

STUTTGART

DEMOKRATIE & ARBEITERGESCHICHTE



Republicanismischer Buchhändler

Demokratie und Arbeitergeschichte
Jahrbuch 2
Geschichtsschreibung – Medienkritik – Unterrichtsmaterialien

Herausgegeben von der
Franz Mehring Gesellschaft Stuttgart

Die Franz Mehring Gesellschaft e. V. hat sich die Erforschung und Verbreitung der Demokratie- und Arbeitergeschichte zum Ziel gesetzt. Dies soll vor allem durch die Veranstaltung öffentlicher Vorträge geschehen.

Ihre Mitglieder vertreten ein breites Meinungsspektrum. Nicht alle Autoren des Jahrbuchs sind auch Mitglieder der Franz Mehring Gesellschaft. Für die in den Beiträgen formulierten Forschungsergebnisse und Meinungen sind die Autoren selbst verantwortlich.

Redaktionskollektiv: Axel Kuhn, Wolfgang Schneider, Wolfgang Niess, Frieder Schmidt, Gerd Stemann.

Kontaktadresse: Franz Mehring Gesellschaft, Historisches Institut, Keplerstr. 17 (K II), 7000 Stuttgart 1

Copyright ©by Alektor-Verlag, Stuttgart
Printed in Germany 1982

ISBN 3-88425-019-1

Geschichtsverständnis

7 Rotkraut für Harmonisten

9 Hans Pöschko
Geschichtsbewusstsein als Grundbegriff der Geschichts-
didaktik?

Geschichte schreiben

16 Theodor Bergmann
Entmaoisierung als typische Entwicklungsphase
sozialistischer Länder

30 Axel Kuhn
Die Entnazifizierung meines Vaters

34 Ulrike Zubal
«Das macht nach Adam Ries 10 Komma nichts»
Der Wandel der Rechenmethoden und der Rechtsauf-
fassung an der Wende zur Neuzeit

51 Wolfgang Christian Schneider
Hitlers «wunderschöne Hauptstadt des Schwabenlandes»
Nationalsozialistische Stadtplanung, Bauten und
Bauvorhaben in Stuttgart

96 Eva Walter
«Meine Frau hat keine Zeit!»
Frauen in der KPD während der Weimarer Republik

108 Cornelius v. Grumbkow
Franz Theodor Mathias Biergans (1768-1842)
Zu Leben und Werk eines rheinischen Jakobiners

Lebensläufe

120 Petra Schneider
«Meinen Wert als Frau hatte ich zu beweisen, indem
ich einwilligte, ein Mann zu werden»
Die Frauenfrage in der DDR-Literatur der fünfziger
und frühen sechziger Jahre

Medienkritik

139 Manfred Heinfeldner
Die Commune – Eine Revolution auf Schallplatte(n)?

157 Norbert Umlandt
Weltpolitik in der Hauptschule

Unterrichtsmaterialien

Die schönste kritische Bemerkung zu unserer Arbeit gelang ausgerechnet einem Neuling. Norbert war das erstmal auf einem unserer *jours fixes* und erlebte eine frustrierende Diskussion über unser Selbstverständnis, in der am Ende scheinbar auch der letzte Rest Gemeinsamkeit verloren ging. Es sei ihm nicht klar geworden, was wir eigentlich wollten, meldete er sich zu Wort. Wir verwiesen auf unser erstes Jahrbuch. Darin steht ja auch alles wie Kraut und Rüben durcheinander, antwortete er. Daraufhin fühlte sich Axel verpflichtet, das Jahrbuch in Schutz zu nehmen. Umständlich setzte er zu einer Erklärung an, dass wir nur bestimmtes Kraut und bestimmte Rüben annehmen, dass . . . Daraufhin Norbert: Ja, Rotkraut!

Auch in diesem zweiten Jahrbuch legen wir wieder Rotkraut vor. Abermals verzichten wir darauf, alle Beiträge um ein bestimmtes Thema zu gruppieren. Aber wir glauben, dass sich derselbe rote Faden durch die Beiträge zieht, wie im ersten Jahrbuch. Wir meinen, dass er sich nun vielleicht besser erkennen lässt. Jedenfalls sehen wir ihn beim zweitenmal deutlicher – und können ihn freilegen.

Wir haben uns vorgenommen, Demokratie- und Arbeitergeschichte zu erforschen und diese Themen einer breiteren Öffentlichkeit bekannter zu machen. Hinter der Formel Demokratie- und Arbeitergeschichte verbirgt sich der Versuch, Geschichte derjenigen zu schreiben, die sie bisher weitgehend passiv erfahren haben, meist als Leidende im wörtlichen Sinne: der «da unten», der «kleinen» Leute. Der grösste Teil der Geschichtsschreibung ist heute immer noch den «grossen» Personen, den «grossen» Ereignissen, den «grossen» Organisationen gewidmet. Viel zu häufig wird Vergangenheit immer noch aus der Perspektive und im Interesse der Minderheit «da oben» dargestellt. Dadurch erfahren wir nichts oder nur mittelbar über unsere Vergangenheit.

Auf diesen allgemeinen Nenner können wir von der Franz Mehring Gesellschaft uns immer schnell einigen. Dann aber kommen die Schwierigkeiten. Es stellt sich heraus, dass es nicht so einfach ist, die Alternative zu einer Geschichtsschreibung der Grossen, der Sieger, zu formulieren. Wir finden kein einheitliches Schema, mit dem die Unterdrückten aller Zeiten zu erfassen wären, und unter uns gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, wer zu einer bestimmten Zeit eigentlich unterdrückt ist. Diese Gegensätze halten wir für nicht aufhebbar; eine Aufhebung anzustreben, erscheint uns auch nicht sinnvoll.

So haben wir viele Sympathien zu verschenken:

- an die Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen die kapitalistische Barbarei,
- an die radikalen Demokraten, die nicht beim ersten Schritt halt machen,
- an die Frauen in ihrem Kampf gegen das Patriarchat,
- an die Splittergruppen und Organisationen, die auch in der traditionellen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung vergessen werden,
- an die Mitglieder von Parteien und Vereinen, die in einer an Vorsitzenden, Funktionären und Führern ausgerichteten Organisationsgeschichte nicht vorkommen,
- an die Randgruppen in der Gesellschaft,
- an die Unorganisierten, deren Alltagsleben der Überlieferung nicht für würdig befunden wird,
- an die Bewegungen, die sich quer legen,
- an die Geschichtsschreiber, die uns mit neuen Fragen zwingen, liebgeordnete Vorstellungen zu überdenken.

Alle diese Sympathien zum Gegenstand unserer Beschäftigung zu machen, ist weisgottanspruchsvoll. Eingrenzen wollen wir unser Blickfeld aber nicht, weil es uns gerade darum geht, Scheuklappen abzulegen. Wir konzentrieren uns aber auf die deutsche Geschichte. Nicht aus Überheblichkeit, sondern weil wir hier leben. In unserem Geschichtsbild gibt es noch soviel zu verändern, dass wir um Arbeitslosigkeit nicht fürchten müssen. Freilich können wir unseren Anspruch selbst noch nicht voll einlösen; in der Kritik fühlen wir uns sicherer als beim Selber-An de r-Machen. Uns genügt es vorerst, wieder auf dem Weg zu sein.

Die Franz Mehring Gesellschaft wurde in Stuttgart 1979 gegründet. Sie ist ein eingetragener Verein und lebt finanziell von den Bei-

trägen ihrer Mitglieder. Neben Veröffentlichungen führen wir Vortragsveranstaltungen durch und sprechen miteinander in regelmässigen Abständen über historische Themen im weitesten Sinne.

Die Gründungsmitglieder glaubten zu erkennen, dass das Interesse an der Vergangenheit in der Bevölkerung zunimmt. Sie spürten aber ein Unbehagen über die herkömmliche Art, in der Geschichte vermittelt wird. An den Universitäten wird meistens an althergebrachten Fragestellungen festgehalten, und diejenigen, die es anders machen, drücken sich oft so geschraubt aus, dass sie ausserhalb des Elfenbeinturms Hochschule nicht verstanden werden – da wir auch Universitätslehrer unter uns haben, ein Stück Selbstkritik. Studenten schreiben ihre Referate für Scheine, Prüfungen, oder Professoren – viel zu wenig Menschen, die an Geschichte interessiert sind, lernen das reiche Material kennen, das in diesen Arbeiten steckt. An den Schulen wird den Schülern frühzeitig Geschichtsinteresse ausgetrieben. Wenn auch heute nicht mehr hauptsächlich durch Auswendiglernen von Namen und Zahlen. Doch die Rahmenbedingungen der Institution Schule, das Korsett der Chronologie und das Fehlen geeigneter Unterrichtsmaterialien üben eine ähnliche Wirkung aus. Daran scheitern diejenigen Lehrer, die es anders machen wollen. In den Medien Rundfunk und Fernsehen gibt es eine Reihe von Geschichtssendungen; aber diese unterliegen nur dann einer kritischen Diskussion, wenn die Teilnahme so breit ist, wie etwa bei der Holocaust-Serie.

Das sind einige Gedanken, die uns zur Gründung der Franz Mehring Gesellschaft veranlassen. Wir haben uns fest vorgenommen, in unseren Jahrbüchern neben Aufsätzen zum Geschichtsverständnis, neben Geschichtsschreibung, neben Lebensläufen auch kritische Arbeiten über die Geschichtsdarstellung in Filmen, auf Schallplatten und Vorschläge zur Gestaltung des Geschichtsunterrichts zu veröffentlichen. Darin unterscheidet sich das Jahrbuch wohl bisher von vergleichbaren Zeitschriften. Mit den Beiträgen wird nicht nur Wert auf Innovation und individuelle Leistung gelegt (das sind Massstäbe althergebrachter Wissenschaft: es muss neu sein und es muss jemand ganz oder teilweise allein gemacht haben). Uns kommt es auch auf die Verbreitung älterer Erkenntnisse an, denen wir ein grösseres Publi-

kum wünschen. Wir wollen darüber hinaus versuchen, die Arbeit an der Geschichte zu demokratisieren, d.h. gemeinsam zu forschen, schreiben und verbreiten. Doch was im ersten Jahrbuch zwei-, dreimal gelang, ist im zweiten leider wieder verloren gegangen: Alle Beiträge stammen von Einzelpersonen.

Unsere Beschäftigung mit Geschichte beruht auf einem Unbehagen an den Verhältnissen in der Gegenwart. Wir setzen uns mit der Vergangenheit auseinander, in der Hoffnung, darin auch Orientierung für heute und Zukunftsperspektiven zu finden. Wir deuten die gegenwärtigen Verhältnisse nicht als das einzig folgerichtige Ereignis der Geschichte, und wir wollen mit unseren Arbeiten nicht dazu beitragen, dass sich der Bürger vor Zufriedenheit über das Erreichte in seinem Sessel zurücklehnt. Einige von uns möchten die Franz Mehring Gesellschaft stärker in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen engagiert sehen, die in der Öffentlichkeit über die Bewältigung der Vergangenheit geführt werden. Doch die «Mehrheitsfraktion» fürchtet, dass die Franz Mehring Gesellschaft auf diese Weise den Zusammenhang verliert, der sich mühsam zwischen Menschen entwickelt hat, die aus verschiedenen Richtungen zu uns gekommen sind. Denn die zweitschönste Kritik an unserer Arbeit ist es, Harmonisten genannt zu werden.

An der endgültigen Fassung dieses Artikels haben acht Personen mitgewirkt. Axel legte ebenen Entwurf vor, der dann erheblich verändert wurde. Rolf sorgte dafür, dass manche umstrittenen Formulierungen schliesslich doch drin bliebep. Roland gelang es, einige Formulierungen zu verbessern. Helga und Manfred fanden die am Anfang erwähnte Diskussion gar nicht frustrierend. Wolfgang setzte sich erfolgreich dafür ein, die Begriffe «Herz» und «Gefühl» zu streichen; dagegen konnte er seine Meinung nicht durchsetzen, dass ein Korsett einengender ist als Rahmenbedingungen. Gerd bemühte sich vergeblich, Wendungen wie «kapitalistische Barbarei» und «Mehrheitsfraktion» aus dem Text zu entfernen. Ulrike wurde gerügt, weil sie immer «ihr» statt «wir» sagte; vergeblich schlug sie vor, statt «Orientierung für heute» die Worte «uns zu verändern» einzusetzen. Sicher hätte sie mehr Unterstützung gehabt, wenn Frieder, Eva und Thomas wie sonst dabeigewesen wären.

Anstoss nehmen am Alltäglichen

Das Thema der Unterrichtsstunde in einer sechsten Klasse ist der Investitur streit. Der Lehrer erzählt von Heinrichs IV. Zug nach Italien, von seinem Kampf gegen Gregor VII. Er möchte die Schüler verdeutlichen lassen, was darunter zu verstehen ist: «Die haben miteinander gekämpft. Was haben sie da gemacht?» Die Schüler reagieren nicht. Die Situation ist gespannt. Es ist totenstill in der Klasse. – Haben sie die Frage nicht verstanden? Sind sie von ihr überfordert? – Der Lehrer hakt nach: «Was haben sie gemacht? – Haben sie einen Ringkampf gemacht?» Die Spannung löst sich in Gelächter auf. (1)

Diese Unterrichtssituation scheint ganz alltäglich zu sein und daher kein besonderes Interesse zu verdienen. Gerade das Alltägliche jedoch sollte unser Interesse auf sich ziehen, haben wir es doch im Unterricht täglich damit zu tun. Wenn es gelingt, das Besondere des Alltäglichen zu erfahren und zu erfassen, dürfte es auch möglich sein, die Bedingungen zu beschreiben, unter denen Geschichtsunterricht stattfindet, und diese so zu verändern, dass er für Schüler und Lehrer freudvoller und fruchtbarer ist, als es heute vielfach empfunden wird.

Die Frage des Lehrers, was da gemacht worden sei, da gekämpft worden sei, spricht zweifellos ein sprachliches Problem an, wie es häufig im Unterricht vorkommt. Die Schüler kennen die Bedeutung eines Begriffs nicht. Der Lehrer weiss dies oder bemerkt es an ihrem Verhalten und möchte ihn deshalb klären oder klären lassen. In diesem Fall handelt es sich bei dem zu klärenden Begriff nicht um einen Fachterminus, sondern um einen Begriff des Alltags, wie es im Geschichtsunterricht häufig der Fall sein dürfte. Es liegt nun nahe, den Schülern zu der ihnen bekannten Bedeutung durch Definition oder Beispiel noch die in die-

sem Fall zutreffende fächliche Bedeutung zu geben.

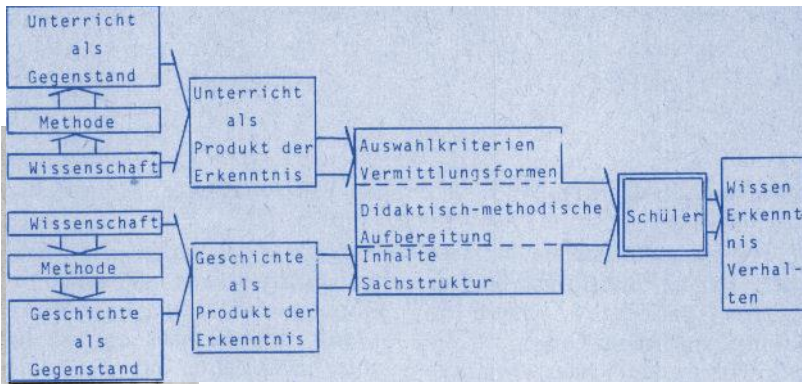
Doch sollte das Verhalten der Schüler stutzig machen. Reagieren sie auf die Frage des Lehrers zunächst mit gespanntem Schweigen, so löst sich dies bei seinem Erklärungsvorschlag in Gelächter auf. Der Lehrer ist ihnen auf die Spur gekommen. Sie fühlen sich erappt. Sie haben sehr wohl gemerkt, dass ihre Vorstellung von «Kampf» nicht nur der in dieser Situation geforderten Bedeutung nicht entsprach, sondern auch der verhandelten Sache nicht angemessen war, dass es sich hier auch um eine andere sprachliche Ebene handelte. Der Lehrer bringt also nicht nur einen verwendeten Begriff zur Klärung, was hier nicht mehr dargestellt werden soll. Er bringt über die Klärung dieses Begriffs die Vorstellungswelt der Schüler zum Vorschein, die Ebene ihres Denkens, die Herkunft ihrer Begrifflichkeit. Die Schüler bringen also immer schon etwas in den Unterricht ein, auch wenn sie noch nichts vom Unterrichtsgegenstand «wissen» und wenn dies unsichtbar bleibt.

Theoretische Zusammenhänge

Die traditionelle Geschichtsdidaktik geht vom Gegenstand aus, den sie zu vermitteln sucht, und legt die Würde dieses Gegenstandes zugrunde. Dieser Gegenstand, z.B. der Investiturstreit, ist mit den anerkannten wissenschaftlichen Methoden ermittelt worden und daher selbst gültig und absolut, soweit er es als Gegenstand sein kann, dessen Erforschung nicht abgeschlossen ist, nicht abgeschlossen werden kann, da mit verbesserten, verfeinerten Methoden und der Entdeckung neuer Quellen ein Wissensfortschritt erzielt werden kann und wird. Die Sache Geschichte hat ihre eigene sachspezifische Struktur, die auch ihre Vermittlungsmöglichkeit bestimmt. Aufgabe der

Schüler als Adressaten der Vermittlung schliesslich adäquat repräsentiert ist. Dieser Zusammenhang lässt sich folgendermassen skizzieren:

Didaktik ist es unter diesen Voraussetzungen, diesen in sich schon strukturierten Gegenstand methodisch so aufzubereiten, dass er beim



Selbstverständlich hängen die Möglichkeiten der didaktisch-methodischen Aufbereitung von den Fähigkeiten der Adressaten ab. Diese haben jedoch keinen Einfluss auf die Struktur des zu vermittelnden Gegenstandes. Die sachspezifische Struktur der Geschichte wird besonders in der Chronologie deutlich. Die Ereignisse folgen zeitlich aufeinander, werden also auch chronologisch beschrieben. Diese chronologische Ordnung der Geschichte ist eng mit dem Kausaldenken verknüpft. Das je zeitlich Vorausgehende wird als Ursache des je zeitlich Folgenden gedacht.

Es dürfte deutlich geworden sein, dass unter solchen Voraussetzungen bei der Vermittlung von Geschichte das Übergewicht bei der Sache Geschichte liegt, dem Schüler nur insoweit Einfluss auf den Vermittlungsvorgang zugestanden wird, als er dessen noch nicht voll ausgebildeten Fähigkeiten angepasst werden muss. Inhalte sind dabei in ihrer Qualität nicht berührt.

Demgegenüber muss gefragt werden: Was passiert eigentlich mit dem, was die Schüler lernen sollen? Die beschriebene Unterrichtssituation lässt erkennen, dass es nicht einfach an bereits Gelerntes angelagert wird, dass es nicht wie ein Teil eines Puzzles zu bereits vorhandenen Teilen hinzugefügt und nach und nach zu einem Bild vervollständigt wird. Jeder Mensch ist in jedem Zustand seines Lebens ein Ganzer. Er ist es als Kind ebensogut wie als Erwachse-

ner mit allen Vorstellungen von sich und der Welt. Allerdings sind diese Vorstellungen nicht angeboren, sondern müssen entwickelt werden und werden auch entwickelt. Und sie sind auch nicht widerspruchsfrei. Der deutlichste Widerspruch besteht zwischen dem je Eigenen und dem je Fremden, dem Bild, das jeder von sich und der Welt hat, und dem, das an ihn herangetragen wird. Jeder muss ständig neu versuchen, diese Bilder miteinander in Einklang zu bringen. Dabei wird das vorhandene Bild umgestaltet, nicht nur ergänzt.

In der beschriebenen Unterrichtssituation wird der Vorstellung, die die Schüler von «Kampf» haben, eine andere Vorstellung davon gegenübergestellt, die des Lehrers, die der Gesellschaft, die der Wissenschaft oder wessen auch immer. Die Reaktion der Schüler macht gerade diesen Zusammenhang deutlich. Ihr Schweigen und ihr Lachen signalisieren, dass sie sich einer Vorstellung gegenübergestellt sehen, von der sie ahnen, dass sie anders ist als ihre eigene, die sie aber nicht kennen und mit der sie nicht umgehen können.

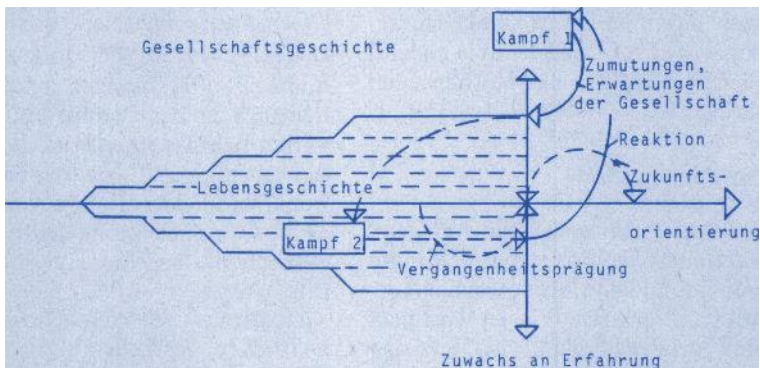
Geht der Lehrer nun nicht auf die Vorstellungen der Schüler ein, so entstehen möglicherweise konkurrierende Vorstellungen, die sie nicht vereinbaren können. Das beschriebene Beispiel ist nicht so schwierig, dass die Schüler die notwendige Verarbeitung nicht von sich aus leisten könnten. Schwerwiegend wird das Problem jedoch dann, wenn die Schüler bei

dem, was ihnen zugemutet wird, den Bezug zu sich selbst nicht mehr herstellen können. Sie bilden ihre eigenen trivialen Geschichtsvorstellungen aus, neben denen die offiziellen des Unterrichts und der Lehrpläne als blosser Lernstoff herlaufen und die nur für die geforderten Lernkontrollen bereitgehalten werden, für die Orientierung in der Welt und damit in der Geschichte jedoch wirkungslos sind. Die Ablehnung des Faches Geschichte bei gleichzeitigem Interesse an Geschichte wird so verständlich.

Die Geschichtsdidaktik darf also nicht erst bei der Frage der Umsetzung von allgemein anerkannten Erkenntnissen in Schülerwissen ansetzen. Sie muss sich dem vorausliegenden Problem stellen, wie Erkenntnis überhaupt und speziell bei Schülern zustandekommt. Ermittlung und Vermittlung geschichtlicher Erkennt-

nisse sind dann nicht grundsätzlich verschiedene Prozesse, sondern nur verschiedene Seiten desselben Prozesses. Gemeinsam ist beiden das Interesse an erfolgsorientiertem Handeln. Es gilt, Wissen und Erkenntnisse zu erwerben, mit deren Hilfe man sein Leben erfolgreich gestalten kann als Individuum, als Gruppe, als Gesellschaft. Wenn aber die Erfolgsbestätigung lediglich darin besteht, bei einer Erfolgskontrolle möglichst gut abzuschneiden, dann wird eben gerade nicht geschichtliche Erkenntnis erworben, sondern nur die Fähigkeit bestärkt, Erfolgskontrollen erfolgreich zu bestehen. Dies ist sicher auch eine wichtige Fähigkeit, um in unserer Gesellschaft bestehen zu können, keinesfalls aber ausreichend, wenn geschichtliche Fragen erörtert werden. Der beschriebene Zusammenhang lässt sich folgendermaßen darstellen: (2)

Handlungsvollzug
in der Gegenwart



Es ist also wesentlich zu erfahren, welche Vorstellungen von Geschichte und von geschichtlichen Erscheinungen Schüler schon in den Geschichtsunterricht mitbringen und wie sie diese verarbeiten, um sich mit ihnen kontrolliert über Geschichte auseinander setzen zu können. Es ist folglich zu fragen, in welcher Weise Schüler mit Geschichte in Berührung kommen und was in ihren Vorstellungen zum Ausdruck kommt.

Schüler äussern sich über Geschichte

Die gestellten Fragen lassen sich am besten mit Hilfe von Schüleräusserungen über Geschichte diskutieren. Als Grundlage dienen hier Auszüge aus Diskussionen mit Schülern eines Gymnasiums. (3)

Schüler einer sechsten Klasse

Wolfgang: «Wir haben ein bisschen Geschichtsersatz, kann man sagen. In Latein machen wir das, das ist, da darf man das nicht falsch verstehen, weil Geschichte, da gehört natürlich später dazu und so. Aber, was wir gerade lernen, ist halt natürlich nur, wenn wir was übersetzen, z.B. wenn der Darius oder irgend so was verschiedene Schlachten, dass wir das dann besprechen. Aber sonst machen wir eigentlich kaum was. Und in Religion kann man auch nicht gerade sagen, dass wir Geschichte machen, sondern halt eher biblische Geschichte vielleicht.»

Bernhard: «Ich finde, warum sollte man eigentlich auch nicht (in der sechsten Klasse) Geschichte machen? Warum soll man das erst

ab der siebten machen? Und zweitens, das stimmt, in Religion machen wir halt bloss solche über die Bibel und dann halt das mit Luther und in Latein halt nur Antike. Aber sonst – Neuzeit – machen wir halt nie. Das kommt halt bloss in der Geschichte. Und da fangen wir vielleicht auch erst mal klein an. Der hat ja auch so Unterrichtsstoff. Und nicht gleich kommt Neuzeit. Und vielleicht fängt der auch erst in der Antike an.»

Io: «Manchmal ist das auch so, also wenn da jetzt so ein Buch liegt von so Schlachten, und da hat man keine Ahnung davon, da macht es einem nicht soviel Spass, wie wenn man was drüber weiss, wo das überhaupt war und wie das da zugging.»

Wolfgang: «Ich finde, Geschichte ist eher die Handlung über Machthaber, über Wandlungen im Land, vielleicht auch über Kriege und so, natürlich, das gehört auch dazu. Ich finde, Tiere und Lebewesen, die neu aufgekommen sind, gehören eigentlich nicht direkt in Geschichte, sondern eher in vielleicht ein anderes Fach. Vielleicht kann das ein bisschen noch zur Biologie zählen.»

Schüler einer zehnten Klasse

Martin: «Also ich glaube, dass das mit dem, was da immer heisst, das bringt mir nichts und so, nach dem Grund kann man dann nicht gehen. Ich meine, in der Hand haben wird man nichts, wenn man sich damit befasst. Man kann also nichts daraus ganz direkt lernen oder so, kann nicht sagen, hat ein Produkt in der Hand oder sowas. Das kann man natürlich nicht. Aber ich glaube, dass das Geschichtsinteresse oder das Desinteresse hauptsächlich daran liegt, dass unsere ganze Zeit ein bisschen geschichtsfeindlich ist oder zumindest geschichtsfeindlich aufgebaut ist.»

Schüler: «Nein! »

Martin: «Dass überhaupt in der ganzen Bundesrepublik an und für sich nach, vor allem natürlich nach dem Dritten Reich dann also eine gewisse Geschichtsaversion da war, weil man Angst gehabt hat, mehr oder weniger. Man wollte darüber nicht reden und so. Und das hat sich dann nicht nur auf das Dritte Reich bezogen, sondern das ist dann verallgemeinert worden. Das spürt man ja auch heute noch. Und dass dann nachher die Generation kam, zu denen wir ja auch zählen, dass die überhaupt nichts mehr zu tun haben mit dem Dritten Reich und die's dann als Geschichte

sehen, dass die dann tatsächlich auch Schwierigkeiten haben, da irgendwie was mitzubekommen. Und dadurch, dass die so ungeschichtlich erzogen worden sind, dass die sich auch gar nicht damit befassen können, überhaupt keinen Sinn darin sehen, überhaupt irgendwelche Ergebnisse da erkennen können. Ich glaube, dass das hauptsächlich an unserer Gesellschaft liegt, dass die also so absolut feindlich eingestellt ist.»

Alexander: «Aber ich glaube, man hat schon ziemlich direkt sogar was in der Hand. Man kann Bezüge herstellen zu damaligen Zeiten und zur heutigen politischen Situation zum Beispiel. Oder man kann sagen, das ist so eine Gesetzmässigkeit, wenn die und die Situation vorliegt, dann ist's in der Geschichte bisher immer so gewesen, dass das und das daraus gefolgt ist. Und so kann man so ruhig Schlüsse ziehen.»

Andreas: «Ich würde sagen, dass sich durch Geschichte schlicht der Horizont vergrössert.»

H.P.: «Was ist das: der Horizont?»

Andreas: «Die Einsicht in das, wie sich das Damalige in das Heutige entwickelt hat und warum sich das so entwickelt hat und wie das geschehen ist und wodurch das geschehen ist. Wenn man keine Ahnung von Geschichte hat, dann, würde ich sagen, fehlt einem doch ein ganz schöner Teil von –.»

H.P.: «Wovon?»

Andreas: von dem Ganzen, vom ganzen politischen Geschehen und vom denkerischen Geschehen, vom philosophischen, weil sich unser ganzer Lebensstandard ja aus der Geschichte entwickelt hat. Man kann Geschichte niemals verdrängen. Man kann niemals sagen: Geschichte ist unwichtig. Das geht nicht.»

Schüler einer zwölften Klassenstufe

H.P.: «Sie haben vorhin gesagt, Geschichte selber interessiert Sie schon gar nicht, oder ist das doch falsch?»

Luc: «Ja, sagen wir mal so, vom Unterricht sowieso nicht. Aber die Geschichte als An-Sich interessiert mich insofern, als dass es eine Reihe von Abläufen, die sich immer wiederholen, ist. Und zwar irgendwie kann man, sozusagen, einen gewissen Lernprozess drauss ziehen. Aber den Sprung, um diesen Lernprozess zu machen, haben die Menschen bis jetzt anscheinend noch nicht geschafft, also die Menschheit als An-Sich, weil sich das mit Kriegen und mit den alles immer wiederholt.»

H.P.: «Sie meinen, da gibt's so einen Kreislauf in der Geschichte?»

Luc: «Nicht direkt Kreislauf. Aber es ist irgendwie ein Ablauf, der sich immer wiederholt. Also jetzt mal von der Frühgeschichte abgesehen. Aber vielleicht ab der Neuzeit oder so ist es ein Ablauf, der sich mit anderen Gegebenheiten, mit moderneren technischen Mitteln immer wiederholt.»

H.P.: «Mich würde interessieren, ob Sie glauben, dass das von dem Geschichtsunterricht kommt, diese Erkenntnis, oder ob Sie das vielleicht sogar gegen den Geschichtsunterricht selbst erworben haben.»

Luc: «Also die Erkenntnis ist ganz bestimmt selbst erworben oder vielleicht gelesen, also ansatzweise. Vielleicht ist der Schluss von mir.»

Zusammenfassende Überlegungen

Die Äußerungen der Schüler lassen erkennen, dass sie sich intensiv mit Geschichte auseinandergesetzt haben und dass die Schule keineswegs der einzige Ort ist, an dem sie mit Geschichte in Berührung kommen. Sie sind sich dessen auch bewusst und bringen in diesem Zusammenhang eher das Defizit als die Leistung des Unterrichts zum Ausdruck. Es wird auch deutlich, dass sie sich um ein Gesamtverständnis der Geschichte bemühen – eine Leitorientierung –, dass sie um eine Einsicht bemüht sind, zu der ihnen die Schule nicht verhilft. Ihr Interesse und ihre Perspektive ist in jedem Fall von ihrem eigenen Standort bestimmt. Die Schüler der sechsten Klasse beurteilen Geschichte und geschichtliche Erscheinungen von ihrem Standort in der schulischen Laufbahn. Die Schüler der zehnten Klasse legen einen gesellschaftlichen Maßstab an. Luc schließlich entwickelt eine weltgeschichtliche Perspektive. Sie erfassen Welt und Geschichte durch ihr Bedürfnis nach Orientierung in ihrer näheren und zunehmend weiteren räumlichen und zeitlichen Umgebung mit Hilfe ihrer bisher erworbenen Fähigkeiten. Insofern ist es berechtigt, dieses Bemühen um Orientierung und die stets vorhandene, lebensgeschichtlich erworbene, wenn auch triviale Fähigkeit der Orientierung zum Kern der Geschichtsdidaktik zu machen, es sei denn, man bestreitet, dass für das Lernen in der Schule das, was Schüler tatsächlich lernen, zentral ist.

Überlegungen zu einer Geschichtsdidaktik auf der Basis des Geschichtsbewusstseins

Orientierung und Handeln in der Welt kann sich nur vollziehen, wenn Verarbeitungsprozesse vor sich gegangen sind, wenn die Ansprüche, Erwartungen, Zumutungen, die an Individuen, Gruppen oder ganze Gesellschaften gestellt worden sind, von diesen mit ihren Erfahrungen konfrontiert und verarbeitet worden sind. Erfahrungen wachsen ihnen notwendigerweise bewusst oder unbewusst zu und erzeugen ganz bestimmte Dispositionen, sich zu verhalten und zu handeln. Die Gesamtheit dieser in Hinsicht auf Geschichte lebensgeschichtlich erworbenen Erfahrungen, die sich in einem wachsenden und umgestaltenden System von Werten und Normen ständig neu zusammensetzen, kann als Geschichtsbewusstsein bezeichnet werden, auch wenn es sich teils um unbewusste Prozesse handelt.

Es ist jedoch auch möglich zu unterscheiden zwischen der unbewussten Wahl eines historischen Standortes, der Identifikation mit historischen Persönlichkeiten, Gruppen oder Verfassungen aufgrund der Affinität zu den von ihnen repräsentierten Werten und Normen und der bewussten Wahl eines solchen Standortes, der bewussten Identifikation aufgrund der Reflexion dieser Werte und Normen, aufgrund der reflektierten Beschäftigung mit Geschichte überhaupt. Im ersteren Fall könnte man von historischer Identität bzw. Identifikation, im zweiten von Geschichtsbewusstsein sprechen.

Die angestellten Überlegungen haben bereits über den traditionellen Rahmen der Geschichtsdidaktik hinausgegriffen und Überlegungen anderer Fachgebiete einbezogen. Mit Hilfe der für die Soziologie bzw. Psychologie wichtigen Sozialisationstheorie bzw. Identitätstheorie wäre der angesprochene Zusammenhang genauer, allerdings auch erheblich komplizierter darzustellen. Sie könnten das grundlegende begriffliche Instrumentarium liefern, mit dessen Hilfe die Geschichtsdidaktik interessiert an den Lernprozessen der Einzelnen als gesellschaftliches Wesen erst noch zu entwerfen wäre. Das Ziel könnte der Aufbau und die Beschreibung einer identitätstheoretischen Geschichtsdidaktik sein.

Im besprochenen Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass ein Grundproblem der Geschichtswissenschaft, der Geisteswissenschaften überhaupt, das der Hermeneutik, die

Frage, wie wir Sinn verstehen können, nicht aus der Schule ausgeschlossen werden darf. Der Ansatz am Geschichtsbewusstsein macht die Frage des Sinnverständnisses zu einer der grundlegenden Fragen der Geschichtsdidaktik und verhindert, dass Geschichte auf «Fakten» verkürzt werden kann. Und was sonst sollten Schüler in Geschichte lernen, als Sinn zu verstehen?

Überblickt man die Äusserungen der Schüler nochmals im Zusammenhang, dann kann man auch feststellen, dass sich eine Entwicklung nicht nur in der Erfassung immer weiterer Räume, sondern auch in der Durchdringung dieser Räume vollzogen hat, deren Untersuchung traditionell in das Gebiet der Entwicklungspsychologie gehört, die sich allerdings auf ihre gesellschaftlichen Bedingtheiten und ihre gesellschaftliche Relevanz befragen lassen muss.

Wenn für die Orientierung in der Welt nicht ewig und überall gültige Werte und Normen unterstellt werden können, wenn Werte und Normen von den Lebensbedingungen abhängen und sich im Laufe der Geschichte ändern, dann muss auch die Untersuchung der sozialen Evolution und ihrer Bedingungen berücksichtigt werden. Es müssten Konzepte entwickelt werden, oder vorhandene Konzepte auf ihre Tauglichkeit geprüft werden, mit deren Hilfe die Komplexität der geschichtlichen Zusammenhänge auf einen nützlichen und pädagogisch und didaktisch nutzbaren Rahmen reduziert werden könnten. (4)

Konsequenzen für die Geschichtsdidaktik

Das am Prinzip der Objektivität wissenschaftlicher Erkenntnis orientierte Primat der Chronologie, wovon unsere Lehrpläne geprägt sind, kann bei einer am Geschichtsbewusstsein der Schüler interessierten Geschichtsdidaktik nicht gehalten werden und muss durch ein Primat der Bewusstseinsprozesse abgelöst werden. Die Chronologie verliert zwar nicht ihren Wert, erhält aber einen neuen Stellenwert. Wenn Schüler um der Chronologie willen «klein anfangen» (5) müssen, dann werden sie in ihren berechtigten Bedürfnissen nach Orientierung über Gebühr beschnitten.

Eine Gesellschaft, die sich als freiheitlich-demokratische versteht, müsste sich erst über die in ihr Geltung beanspruchenden Werte und Normen verständigen, um sie bewusst an die

nach wachsenden Generationen weitergeben zu können. Geschichtswissenschaft und Geschichtsdidaktik sollten eine ihrer wesentlichen Funktionen, die der Traditionskritik, auch auf ihre eigene Arbeit an wen den.

Probleme der Ermittlung von Geschichtsbewusstsein

Die Ermittlung des Geschichtsbewusstseins von Schülern kann sich nicht auf theoretische Erörterungen beschränken. Sie braucht eine konkrete Untersuchungsbasis. Diese kann je nach wissenschaftlichem Standort auf unterschiedliche Weise hergestellt und ausgewertet werden. Der allergische Punkt sind dabei die Kriterien, nach denen diese Untersuchungsbasis entsteht und ausgewertet wird. (6) Es ist zu fragen, inwieweit sie der zu untersuchenden Sache entsprechen, oder von aussen an sie herangezogen worden sind.

Für einen Ansatz, der im Geschichtsbewusstsein von Schülern die grundlegende Kategorie der Geschichtsdidaktik sieht, ist es nicht möglich, ohne Reflexion der Sache allgemeingültige Kriterien zu benennen. Eine Fragebogenuntersuchung – womöglich mit dem Ziel einer repräsentativen Aussage – ist ohne die vorgängige Untersuchung dessen, was sich als Geschichtsbewusstsein von Schülern artikuliert, nicht möglich. Für eine solche vorgängige Untersuchung liegt die Fall Untersuchung nahe. «Fälle» können provoziert werden, indem man mit Schülern über Geschichte spricht und diese Gespräche dokumentiert, wie das bei den wiedergegebenen Äusserungen der Schüler geschehen ist. Diesen Gesprächen können Hinweise für Kriterien entnommen werden, die umfassenderen Untersuchungen wie Fragebogenaktionen zugrundegelegt werden können.

Zum Nutzen der Orientierung am Geschichtsbewusstsein der Schüler

Nun soll nicht behauptet werden, es handle sich bei den besprochenen Zusammenhängen um ganz neuartige, bisher völlig unbekannte Erkenntnisse. Gute Lehrer hat es schon immer ausgezeichnet, dass sie ein Gefühl dafür hatten, was Schüler bewegte, was in ihnen vorging. Die eingangs geschilderte Unterrichtssituation kann als Beleg dafür gelten. Wenn wir jedoch Wert darauf legen, dass Schüler aufgeklärt wer-

den sollen, dass sie kein Bewusstsein entwickeln, das neben oder gegen schulische Bemühungen und dabei womöglich noch von ihnen ausgelöst entsteht, dann müssen wir den Rezeptionsprozessen sehr viel mehr Beachtung schenken, als wir es nach Ausweis der didaktischen Veröffentlichungen bisher tun. Erst durch ihre Berücksichtigung kommen wir in die Lage, es nicht der Sensibilität des einzelnen Lehrers überlassen zu müssen, ob er ein Gespür für die Prozesse geistiger Aneignung bei Schülern entwickelt oder nicht. Wir könnten systematischer lernen, Unterricht offener und als solchen planbarer zu machen.

Anmerkungen:

- (1) Die Unterrichtsstunde wurde im Sommersemester 1976 im Rahmen eines Wochentagspraktikums für Geschichtsstudenten in einer 6. Hauptschulklasse vom Ausbildungslehrer gehalten.
- (2) Die Graphik ist angeregt von Helbig, Ludwig u.a., Lernfeld Sozialisation, Weinheim und Basel 1977, S. 41, und Frieder Stöckle, Aspekte zum Identitätskonzept, hier: Identität und Geschichte, Unveröffentlichtes Thesenpapier, PH Ludwigsburg WS 1980/81.
- (3) Die Gespräche mit den Schülern wurden auf Tonband aufgenommen. Von diesen Mitschnitten wurden Wort-für-Wort-Protokolle angefertigt, die zur besseren Lesbarkeit sprachlich geglättet worden sind. So sind z.B. Wortwiederholungen weggelassen worden. Der Charakter der Äußerungen dürfte hierbei nicht verändert worden sein. Da die Gespräche den Umfang einer Schulstunde hatten, stellen die wiedergegebenen Aussagen selbstverständlich eine extreme Auswahl dar.
- (4) Ein solches Konzept ist von Peter Knoch in seinem Aufsatz «Thesen zur Didaktik historischer Ausstellungen» entworfen worden in: Demokratie- & Arbeitergeschichte. Jahrbuch 1. Stuttgart 1980, S. 28.
- (5) Siehe oben S. 6.
- (6) Die Untersuchung mittels Fragebogen, bei der dieses Problem am sinnfälligsten weit häufigsten auftritt, steht beständig in der Gefahr die Objektivität der Methode für die der Sache zu halten. Theodor W. Adorno, Soziologie und empirische Forschung in: Theodor W. Adorno u.a., Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie, Darmstadt und Neuwied, 6. Aufl. 1978, S. 84.

Entmaoisierung als typische Entwicklungsphase sozialistischer Länder

1. Einleitung: Zugang und eigene Position (1)

Mit der Rehabilitierung Liu Shaoqi's ist eine deutliche Zäsur in der politischen Entwicklung der Volksrepublik China auf vielen Gebieten eingetreten, nicht auf allen. Noch sind die übersetzten Quellen mangelhaft; der Zugang zur chinesischen Sprache fehlt mir. Dennoch wage ich mich an eine Analyse des Politikwandels. Dabei bediene ich mich der historischen Analogie und der Methode der Politikwissenschaft. Ähnliche Vorgänge des Macht- und Richtungswechsels, auch der Verleumdung alter Kampfgenossen sind aus der 64-jährigen Geschichte kommunistischer Regierungen bekannt. Mit allen Vorbehalten wegen der Unterschiede und der Besonderheiten jeden geschichtlichen Vorgangs kann und muss man aus der Geschichte lernen. Ich gehe dabei von zwei Annahmen aus. 1. Es gibt gewisse Parallelen zwischen sozialistischen Ländern. 2. Nach der Revolution durchleben sie ähnliche Entwicklungszyklen. Der Zugang ist ähnlich dem Rosa Luxemburg's in ihrer berühmten Arbeit über die russische Revolution (1918/1979), nämlich

a) Anerkennung der gewaltigen historischen Bedeutung der russischen Revolution für Russland und für die Arbeiterbewegung der Welt.

b) Trotz ihres Erfolges sind die Methoden nicht auf andere Länder übertragbar.

c) An erkennbaren Mängeln ist marxistische Kritik zulässig und erwünscht.

Im Folgenden werden die beiden Hauptrichtungen wegen der Kürze nur mit den Nachnamen ihrer Protagonisten bezeichnet; statt «Gruppe um Mao Zedong» heisst es meist «Mao», statt Gruppe um Liu Shaoqi» nur «Liu». In beiden sehe ich Repräsentanten ganzer Gruppen, Fraktionen, Strömungen, Denkrichtungen, Entwicklungsstrategien im Kommunismus. – Der einzelne Mensch ist mitverantwortlich und entscheidet mit; aber

hier wird keinem Personalkult geopfert. Selbst die Beijing Rundschau (BR) (1980, 4,29.1, S. 4) stellte fest, dass Mao ein Mensch und kein Gott war – welch' eine Entdeckung für Marxisten!

Nach einem Kalendarium ausgewählter Daten der chinesischen Parteigeschichte werden die beiden politischen Alternativen und ihre Implikationen dargelegt, dann die Erklärungsversuche der Mao-Gruppe analysiert, danach Inhalt und Form der Entmaoisierung und schliesslich wird eine Beurteilung der Politikwendung versucht.

2. Auswahl wichtiger Daten zu den Kämpfen in der KP Chinas

1921 Gründung der KP Chinas. Ständiger Richtungs- und Meinungsstreit u.a. um folgende Fragen: a) Einflussnahme von Emissären der Kommunistischen Internationale und der SU gegen einheimische Funktionäre; b) Bedeutung von städtischem Proletariat und Bauernschaft als führende Kräfte der Revolution; c) Einschätzung und Verhalten zu innenpolitischen Gegnern, besonders zur Kuomintang und zur «nationalen Bourgeoisie».

1927 Absetzung von Chen Duxiu als Rechtsopportunist und Kapitulant vor der Kuomintang. Grosse Wendung nach der blutigen Vernichtung der städtischen Parteikader in Kanton und Shanghai: die KP geht aufs Land und entdeckt die armen Bauern als revolutionäre Kraft.

1927-1949 Bürgerkrieg gegen japanische Armee und gegen Kuomintang-Armeen mit gelegentlichen Versuchen der Zusam-

- menarbeit mit der KMT; Errichtung befreiter Gebiete mit eigener Regierung. Über die Fraktionskämpfe ist wenig bekannt. (1930 Korrektur der «linken» Li Lisan-Linie. 1942) 1945 «Bewegung zur Korrektur des Arbeitsstils der Partei» gegen «Moskau-freundliche» Fraktion, Wang-Ming-Linie gerichtet). Stalins Linie der Unterordnung unter die KMT wird abgelehnt.
- 1949 Sieg der Roten Armeen, Ende des Bürgerkriegs, Einmarsch in Beijing, 1. Oktober Ausrufung der VR China, Zentralregierung. Mao Zedong vereinigt allmählich wichtige Funktionen in Partei und Regierung. Über parteiinterne Auseinandersetzungen wird wenig bekannt: Absetzung regionaler Funktionäre (Kao Kang?) in der Nordost-Region, die vermutlich prosovjatisch sind, und regionale Unabhängigkeit von Beijing anstreben und die nicht maotreu sind und «prosovjatischer» Leitungsmitglieder (Li Lisan).
- 1958 Der grosse Sprung nach vorn erweist sich ökonomisch und technisch als Misserfolg. Mao wird abgesetzt und ins zweite Glied relegiert.
- 1959-1965 Liu Shaoqi wird Präsident, Mao bleibt Parteivorsitzender.
- 1960 Die länger schwelenden Spannungen zwischen SU und China werden öffentlich bekannt; die SU zieht ihre Wirtschaftsexperten zurück.
- 1963 Offener Bruch auf Parteiebene zwischen KPSU und KPCh, u.a. durch Deng Xiaoping in Moskau vollzogen.
- 1965/1966 «Grosse proletarische Kulturrevolution» von der Mao-Richtung inszeniert,
- 1969 endgültige Absetzung Liu's (offiziell erst im Oktober 1968) «Auflösung» der KPCh und Reorganisation mit Hilfe der Roten Armee.
- 1971 Lin Biao, «Mao's engster Kampfgelährte und designierter Nachfolger» (seit dem 9. Parteitag vom April 1969) wird nach einem missglückten Versuch, Mao abzusetzen, bei einem Fluchtversuch in die SU (?) mit Begleitern und Familie abgeschossen.
- 1973 Auf dem 10. Kongress der KP wird Lin als Verräter angeklagt und einstimmig verurteilt.
- 1975 Unter dem Einfluss von Zhou Enlai werden viele Überlebende der 1965ausgeschlossenen bzw. degradierten Gruppe rehabilitiert. Deng Xiaoping wird ein Stellvertreter des Ministerpräsidenten Zhou.
- 1976 Januar: Zhou Enlai stirbt, Deng wird zum 3. Mal degradiert. Hua Guofeng wird Ministerpräsident. Demonstrationen für Zhou (und für Deng) am Tien Anmen-Platz werden vom Militär blutig unterdrückt.
September: Mao Zedong stirbt.
Oktober: Hua Guofeng wird Mao's Nachfolger.
- 1977 Juli: Deng wird zum 3. Mal rehabilitiert; nimmt die Position von Zhou Enlai ein (Vize-Ministerpräsident, stellvertretender Parteivorsitzender, Generalstabschef der Armee). Die «Vierbande» wird entmachtet. Die vier Modernisierungen werden erneut verkündet, Öffnung für Aussenhandel und Technologietransfer. Versprechen innerer Liberalisierung. Begrenzte Rehabilitierung der Opfer der Kulturrevolution beginnt.
- 1980 Februar: Rehabilitierung von Liu Shaoqi, März von Li Lisan.
November: Beginn des Prozesses gegen die Gruppen um Jiang Qing und um Lin Biao.
- Bis dahin war Liu eine Person ohne Namen:
«Der oberste Machthaber in der Partei, der den kapitalistischen Weg geht, vertritt die Interessen der chinesischen Bourgeoisie und handelt entsprechend den Bedürfnissen des Imperialismus und aller Reaktionenäre. Er war es, der der reaktionären Bourgeoisie den Weg für deren wütende Angriffe auf das Proletariat bahnte . . . Der Ehrgeiz dieses Mannes liegt darin, den Kapitalismus zu entwickeln und in China eine Restauration des Kapitalismus zu ermöglichen, das heisst, es auf den alten halbfeudalen und halbkolonialen Weg zurückzuzerren . . .
(Renmin Ribao vom 8.4.1967)
- Sein Schicksal galt als unbekannt. Jetzt sind

alle Verleumdungen gegen ihn von einer Sonderkommission des ZK untersucht und widerlegt:

«Anhand der Untersuchungen der Zentralen Disziplinarkontrollkommission und zahlreichen Beweismaterials einiger alter Revolutionäre wurde festgestellt, dass die Anschuldigungen Renegat, versteckter Kollaborateur und Arbeitverräter gegenüber Genossen Liu Shaoqi falsch sind. Die 5. Plenartagung des XL ZK der KP Chinas hat daher beschlossen, Genossen Liu Shaoqi posthum zu rehabilitieren. Liu Shaoqi, ehemals Vizevorsitzender des ZK der KP Chinas und Vorsitzender der Volksrepublik China, geboren 1898 im Kreis Ningxiang, Provinz Hunan, trat 1920 dem Sozialistischen Jugendverband Chinas bei und 1921 der Kommunistischen Partei. Er war einer der wichtigsten Parteiführer. In der Kulturrevolution wurde er gestürzt und starb am 12. November 1969». (BR, 1980, 13, S. 14 ff). «Es war das grösste Fehlurteil in der Geschichte unserer Partei». (BR, 1980, 12, 25. 3., S. 3).

Liu ist wieder als bedeutender Revolutionär anerkannt. Er ist am 12.11.1969 an einer unbekannteren Krankheit im Gefängnis gestorben. Seine Frau war 10 Jahre im Gefängnis, die 4 Kinder verfiel. Die Frau nimmt wieder eine wichtige offizielle Position ein. – Neue Regeln für das Parteileben wurden ausgearbeitet, die eigentlich selbstverständliches festlegen z.B.:

«Willkürliche Entscheidungen Einzelner bekämpfen; die Wahrheit sagen und den Worten Taten folgen lassen; die innerparteiliche Demokratie entfalten und abweichende Meinungen richtig behandeln; die Unverletzlichkeit der Rechte der Parteimitglieder garantieren; Wahlen müssen Ausdruck des Wählerwillens sein; nicht auf Privilegien aus sein». (BR, 1980, 14, S. 11 ff).

D.h. die normalen Regeln kommunistischer Parteien waren bis dahin missachtet und sträflich verletzt worden.

3. Die Alternativen und ihre Implikationen

Die wenigen Daten deuten an, dass die KP Chinas ursprünglich nicht monolithisch gewesen war, sondern pluralistisch, dass in ihr um die richtige Linie diskutiert und gerungen worden war. Einstimmige Akklamation, Kano-

nisierung des Vorsitzenden und seiner Worte sind spätere Phänomene aus der Zeit nach 1949.

Offenbar gab es im chinesischen Kommunismus mindestens zwei verschiedene, eventuell gegensätzliche Entwicklungsstrategien, die sich auf dem Marxismus begründen und auf diesen berufen. Da Marx und Engels sich im Gegensatz zu den utopischen Sozialisten weigerten, Blaupausen sozialistischer Zukunftsgesellschaften zu entwerfen, kann niemand a priori den Marxismus für sich beanspruchen. – Leider sind die alternativen Konzeptionen zum Maoismus bisher nur fragmentarisch bekannt. Die Darstellung der Alternativen ist notwendig selektiv und vereinfachend und lässt einige Bereiche ausser Acht (z.B. Gesellschaftspolitik, Militärpolitik), wo die Informationen noch fragmentarischer sind.

3.1. Agrarpolitik

Der Agrarsektor umfasst heute noch etwa 80% der Bevölkerung; die Bauern waren ein Hauptpfeiler der Revolution. Der Agrarpolitik kommt daher eine Schlüsselstellung in der Wirtschafts- und Innenpolitik zu. Die frühen Tatsachen sind hier bekannt: Der Streit der zwei Linien lässt sich bis in den Anfang der fünfziger Jahre zurückverfolgen. Dagegen erfahren wir erst allmählich etwas über den Zickzack der Agrarpolitik in den späten sechziger und siebziger Jahren, in dem die «Initiative der Bauern erlosch». (BR, 1980, 12, S. 15).

Mao forderte die schnelle Bildung der Volkskommunen, auch wenn moderne Technik noch fehlen sollte. In marxistischen Termini bedeutet das: Überbewertung der neuen Produktionsverhältnisse bei Unterschätzung der notwendigen neuen Produktivkräfte. Aus der Not wurde damit eine Tugend gemacht. Liu wünschte dagegen vorrangig einen Aufbau der Industrien, die dem Agrarsektor die neue Technik liefern sollen. Im Gleichschritt mit dem Zufluss der neuen produktionssteigernden Produktionsmittel seien höhere Formen der Kooperation zu entwickeln. Denn (nur) so würden sich die Bauern von den Vorzügen der genossenschaftlichen Arbeit überzeugen, freiwillig in die Produktionsgenossenschaften eintreten und sich mit diesen innerlich identifizieren. Die Verlangsamung der Transformation würde durch die Vorteile der Freiwillig-

keit und höheren Motivation ausgeglichen und durch den Wegfall bzw. die Abschwächung des bäuerlichen Widerstandes, der die Vorteile der Kollektivierung in der SU nachhaltig beeinträchtigte.

Eine Gefahr der Rückkehr zur früheren, politisch-sozialen Machtstruktur besteht nach den ersten, entscheidenden Schritten der radikalen Agrarrevolution nicht mehr. Diese haben einen Markstein der Irreversibilität errichtet. Die alten Grundbesitzer können nicht mehr hoffen, die neuen Kleinbauern, die Begünstigten der Landverteilung brauchen nicht länger zu fürchten, dass «das Rad der Geschichte zurückgedreht werden kann».

Beide Linien haben ihre Konsequenzen in anderen Sektoren der Politik. Liu's Linie hätte bedeutet a) stärkere Berücksichtigung der natürlichen, klimatischen, ethnischen, Landnutzungsunterschiede bei der Struktur der Produktionsgenossenschaften, Vielfalt der Organisationsformen statt Einfachheit, b) Aufbau von Maschinen- und Traktor Stationen als erste Stufe überbetrieblicher Mechanisierung, später Landmaschinen als Eigentum der Volkskommunen und Produktionsbrigaden, c) mehr Rücksichtnahme auf die materiellen Bedürfnisse der VK-Mitglieder, mehr materielle Anreize, d) höhere Priorität für den Agrarsektor in der volkswirtschaftlichen Gesamtplanung, Vorrang für den Bau von Dünger- und Landmaschinenfabriken (2), e) Lernen von «fremder» Technologie und deren selektive Übernahme. Aussenpolitisch impliziert eine solche Linie die Übernahme sowjetischer Technologie und Ingenieure und daher Verzicht auf weltpolitische Konfrontation mit der SU. Bisher allerdings führen die Liuisten offiziell den gleichen antisowjetischen Kurs wie die Maoisten.

Interessante Parallelen bestehen zur agrarpolitischen Debatte in der Sowjetunion in den zwanziger Jahren und in Jugoslawien (3). Agrarpolitik und Kollektivierung erweisen sich in allen sozialistischen Ländern als zentrale Problemkomplexe der Innen- und Wirtschaftspolitik.

3.2. Wirtschaftspolitik (4)

Trotz z.T. gegenteiligen Versicherungen bedeutete Mao's Wirtschaftspolitik

- faktischer Vorrang der Schwer- (und Rüstungs)industrie

- weitgehend zentralisierte Planung, Überschätzung ihrer Wirksamkeit
- selbständige Mobilisierung lokaler und kommunaler Ressourcen ohne zentrale Hilfe (5)
- hohe Investitionsquoten, geringer Konsum, starke Vernachlässigung der «nichtproduktiven» Investitionen (Wohnungsbau)
- weitgehender Verzicht auf Technologie-Import, vielmehr weitgehende Self-reliance (6)
- weitgehender Verzicht auf materielle Anreize, stattdessen politische Motivation
- geringe Einkommensdifferenzierung
- menschliche Arbeitskräfte als Ersatz für fehlende Technik
- Ablehnung von Familienplanung und Geburtenregelung (7)
- Überschätzung der volkswirtschaftlichen Kapazität im grossen Sprung nach vorn
- Einschränkung aller gewerkschaftlichen Aktivitäten, schliesslich Auflösung der Organisationen, Verhinderung der Artikulation von schichtspezifischen Interessen.

Die liustische Linie beinhaltet weitgehend entgegengesetzte Vorstellungen. Sie ist weniger voluntaristisch, erkennt die Realität besser, auch die begrenzten Potentiale eines armen, unterentwickelten Agrarlandes, versucht die materiellen Bedürfnisse der Produzenten, die in ihrer Gesamtheit zugleich die Konsumenten sind, zu befriedigen, wünscht zumindest ihre Artikulierung und Vertretung. In Zhou Enlai's grossem Modernisierungsplan von 1975, in den Wirtschaftsreformen des neuen Kurses und in den vier Modernisierungen unter Deng Xiaoping und Zhao Ziyang zeigen sich viele Ideen des Liu-Konzeptes.

3.3. Self-reliance versus Technologietransfer

Zhou Enlai akzeptierte die Self-reliance nur als notwendiges, möglichst kurzes Durchgangsstadium, während dessen die eigenen materiellen und geistigen Kräfte weitestmöglich zu entfalten sind. Das schafft die Vorbedingungen für gleichberechtigte Positionen bei den folgenden ausenwirtschaftlichen Verhandlungen und dem Austausch, ökonomisch sind nun Gegenlieferungen möglich; technologisch ist man zu fachkundiger Auswahl der «angepassten» Angebote bei Gütern und Dienstleistungen fähig.

Dieses Konzept erkennt die sozialen Kosten

der Selbstisolierung, die in der SU nach 1917 auf die Fremdisolierung antworten sollte. Zweiterfindung bereits vorhandener wissenschaftlicher Erkenntnisse und technischer Entdeckungen kostet Entwicklungszeit und Geld. Die Abschliessung von Wissenschaft und Forschung gegen die Aussenwelt ist zweiseitig: sie vermindert die Abwanderung teuer ausgebildeter Fachleute (Brain-drain), verhindert aber zugleich das Lernen und den geistigen Austausch.

Das wohlwollendste Argument für die Mao-Linie wäre, dass die neue Phase zwar die alten Methoden aufhebt, aber auch auf ihren Ergebnissen aufbaut. Vielleicht wäre bei weniger Dogmatisierung ein früheres Umschalten zur neuen Konzeption möglich gewesen.

Die Linie der Modernisierungen widerlegt die Mystifizierung und Überhöhung der Mao-Linie durch europäische Mao-Apologeten. China hat keine neue, maoistische, arbeitsintensive, angepasste, intermediäre Technologie erfunden. Arbeitsintensive Technologie ist eher ein notwendiges Übel, solange Maschinen und verdinglichte Arbeit fehlen. Erkenntnisse von Naturwissenschaft und Technik sind nicht spezifisch für Kulturen und Gesellschaftssysteme, sondern von diesen unabhängig und weltweit gültig. Ihre Anwendung dagegen ist von politischen Entscheidungen, also von politischen und ökonomischen Machtverhältnissen abhängig. Aber China hat selbständig die passende Technologie ausgewählt, diese an klimatische und andere Daten angepasst und grössenordnungsmässig an dem Bedarf von 970 Millionen Menschen ausgerichtet.

Die Übergangsphase wird wenigstens bis zum Jahre 2000 dauern. Moderne Grosstechnologie wird in der langen Übergangsperiode neben manueller oder manufakturaler Kleinproduktion stehen. Erst langsam, branchenweise, nach ökonomischer Priorität, nationalen Ressourcen, regionalen Potentialen wird die moderne Technologie dominant werden. Ungleichgewichte sind also diesem langen Prozess immanent.

3.4. Innenpolitik und innenpolitisches Leben

Bevor weitere Quellen zugänglich werden, befinden wir uns in diesem Punkt weitgehend auf dem Boden der Spekulation.

Die Beschleunigung des ökonomischen Wachstums und der wissenschaftlich-technischen

Modernisierung erfordert mehr Initiativen, mehr materielle Anreize, mehr Diskussion und Kritik ohne Strafdrohung oder -furcht, also innenpolitische Liberalisierung, ökonomische und politische Stagnation sind korreliert; das hat N.S. Chruschtschow entdecken müssen. Daher sind auch politische und ökonomische Liberalisierung eng verknüpft, und ohne einander nicht zu realisieren. Da die KP das wichtigste, führende, kontrollierende Element aller staatlichen und innenpolitischen Aktivitäten ist, setzt das innerparteiliche Leben Massstäbe, wirkt zurück, strahlt aus auf das Leben der Gesellschaft.

Mao hat sich zwar formal dazu bekannt «100 Blumen blühen zu lassen» (1957), hat aber mit zunehmender Härte abweichende Meinungen niedergekämpft und administrativ -repressiv, statt argumentativ überwunden. Zweifel an seiner Weisheit wurden von ihm – oder mit seiner Zustimmung von seinen Fraktionsgenossen – nicht zugelassen. Demgegenüber dürfte es in der «Liu-Aera» (1958 – 1965) etwas freimütiger in der Partei zugegangen sein. (8)

Die Überalterung der Parteiführung und der Kader, der Aufstieg von Jiang Qing als Frau des Parteivorsitzenden, nicht aus eigener politischer Leistung, die beibehaltene Führungsposition Mao's trotz des schweren Schlaganfalls – das sind deutliche Symptome der Erstarrung einer Partei an der Macht, die aus einer lebendigen, attraktiven, geistig und politisch mobilisierenden Bewegung hervorgegangen ist (9). In seinem Interview geht Deng (1980) auf dieses Problem ein:

«Genug; diese Geschichte der Alten, die fortfahren zu regieren bis zum Tage ihres Todes. Genug von den Führern auf Lebenszeit! Nirgendwo ist geschrieben, dass die Alten regieren müssen, noch dass die Führer bis ans Ende bleiben müssen. Das ist eine der Plagen unseres Systems, eine seiner Schwächen. Warum die Jungen am Aufstieg hindern? Man hindert damit zugleich das Land an der Erneuerung seiner Führungsgruppe. Und China braucht das sehr wohl».
(S. 35)

Der Verjüngung der Führungskader stehen die Folgen der Kulturrevolution im Wege. Während dieser etwa 10-12 turbulenten Jahre gab es keine höhere Ausbildung; eine halbe Generation von Fachleuten fiel aus. Das muss sich jetzt bei der Suche nach jüngeren Funktionären auswirken.

4. Erklärungen und Begründungen der Mao-Fraktion (10)

Die meisten offiziellen Behauptungen der Mao-Equipe sind, soweit sie die innerparteiliche Opposition betreffen, inzwischen als bewusste Unwahrheiten und Entstellungen entlarvt. Ihr Inhalt war absurd. Wäre es wahr gewesen, dass die KP ständig Klassenfeinde und Verräter hervorbringt, so wäre das die Bankrotterklärung des Kommunismus. Sein Sieg gegen eine mächtige Welt von Feinden würde unerklärbar. – Aber einige schein theoretische Verbrämungen wurden vorgebracht und sind hier zu behandeln.

1. «Der Klassenkampf verschärft sich nach dem Sieg des Sozialismus». – Diese Erklärung Stalin's wurde auch von Mao's Anhängern übernommen. Sie stützt sich auf ein missbrauchtes Lenin-Zitat. Lenin meinte offensichtlich den Klassenkampf von aussen, die Intervention fast aller kapitalistischen Mächte. Bei Stalin und später bei Mao ging es aber nicht um den Kampf gegen die als Klasse liquidierten Kapitalisten oder gegen die deutschen Faschisten, sondern um den Kampf gegen opponierende Kommunisten. Spätestens seit dem 20. Parteitag der KPdSU mit der enthüllenden «Geheimrede» N.S. Chruschtschows über die Verbrechen der Stalin-Aera müsste jeder Kommunist das wissen. Wer danach noch die offiziellen Parolen Mao's gegen Liu oder Breshnjev's gegen Dubcek etc. glaubte, ist an seiner späteren Enttäuschung selber schuld. Liu selbst hatte 1961 liberalere Vorstellungen über innerparteiliche Auseinandersetzungen: *«Dem Vorsitzenden Mao zu widersprechen, bedeutet einer Person zu opponieren . . . Wer bei Parteisitzungen seine Meinung ausspricht, darf nicht bestraft werden».* (1968, S. 137).

2. «Gegen äussere Gefahren bedarf die Partei der monolithischen Einheit». – Diese stalinistische Vorstellung kann zwar Mao nicht zugeschrieben werden. Sie ist jedoch unter unkritischen Kommunisten kapitalistischer Länder verbreitet. Sie ist eine Verdrehung der wirklichen Geschichte der kommunistischen Bewegung, auch in China. (Siehe darüber das Kalendarium im Abschnitt 2). Faktisch gab es in Zeiten der grössten Gefahr die grösste Diskussionsfreiheit und Liberalität. Eine von oben kommandierte und erzwungene Disziplin wäre in diesem Stadium garnicht durchzusetzen gewesen. Proletarischer, revolutionärer Kampf

und Kadavergehorsam passen nicht zusammen. Mit der Festigung des Staates, dem Ausbau der äusseren Verteidigung verstärkt sich die innere Uniformierung; Alternativen und Opponenten im Kommunismus werden verketzert. Am Ende dieses Prozesses steht die Entpolitisierung der Massen und der Parteimitgliedschaft. (11)

3. Die grosse proletarische Kulturrevolution wurde erklärt als erneute Mobilisierung, als Kampf gegen Erstarrung des Apparates, gegen neue soziale Stratifikation, als Ausgleich zwischen Stadt und Land, als Rotation zwischen manueller, physischer und geistiger, administrativer Arbeit. De facto handelte es sich um einen verdeckten, brutalen Fraktionskampf, der von oben organisiert, inszeniert, initiiert war. Das als Revolution zu bezeichnen, zeigt ein unmarxistisches Verständnis sozialer Bewegungen. (12)

Eine kritische soziologische Analyse dieser «Revolution» fehlt noch. Aber es scheint, dass die herrschende Fraktion unzufriedene Schichten, Zukurzgekommene, Nichtgewählte («deklassierte Elemente») mobilisieren konnte. Wenn hunderttausende Funktionäre der Partei, Staatsbeamte, Wirtschaftskader abgesetzt und ersetzt wurden, waren manche persönlichen Ambitionen zu befriedigen, konnte eine ganze Schicht von Trägern der neuen Linie geschaffen werden. (13)

4. Die Parteisäuberung wurde als demokratischer Zentralismus ausgegeben. – Real bedeutet sie eine scharfe Zentralisierung, den Abbau innerparteilicher Demokratie, die offizielle Einstimmigkeit aller Gremien bei allen Beschlüssen, z.B. der Parteikongresse, die erst Lin Biao einstimmig zu Mao's designiertem Nachfolger wählen, ihn dann einstimmig als Verräter verurteilen. Diese Einheit kann nur scheinbar sein. Sie führt zu Heuchelei, Unehrlichkeit, politischer Schizophrenie, Denunziation; sie ist das Ende und das Gegenteil der solidarischen Kampfgemeinschaft der heroischen Epoche, ohne die der Sieg nie zu erringen gewesen wäre.

5. Inhalt und Form der Entmaoisierung

Solange Mao lebte, führten seine präsumptiven Erben alle Massnahmen unter Berufung auf ihn durch, obwohl er wahrscheinlich bereits durch einen schweren Schlaganfall paralysiert war. Alle politischen und personellen Alternativen

wurden mit allen Mitteln des Apparates (inkl. der monopolisierten Medien) verleumdet. Dazu gehörte z.B. die Kampagne gegen Konfuzius (und Zhou Enlai, die natürlich auch auf Deng abzielte). Die Entmaoisierung, die etwa Ende 1978 schrittweise, vorsichtig begann, betrieb sich anfangs noch auf Mao, weil die Legitimität der Erschaft im Faktionskampf und für die innere Stabilität erforderlich schien. (14)

Die «Viererbande» wurde parteiintern verurteilt und schliesslich vor Gericht gestellt. Liu Shaoqi wurde öffentlich rehabilitiert, ebenso zahlreiche seiner Schicksalsgenossen. Soweit sie die Verfolgung überlebten, wurden die Opfer der Kulturrevolution» in Partei, Staatsverwaltung, Wirtschaft, Forschung und Lehre in ihre Funktionen wiedereingesetzt bzw. entschädigt. Mao wurde auf das menschliche Mass reduziert, das Mausoleum häufig geschlossen, die allgegenwärtigen Riesenbilder zum grossen Teil abgehängt. Allmählich werden die Mitverantwortlichen der z.T. blutigen Ereignisse abgesetzt (z.B. der Oberbürgermeister von Beijing Wu De, der für die blutige Beendigung der Demonstration am Tien Anmen im April 1976 verantwortlich war). Die Ereignisse werden neu dargestellt. Die zuerst als konterrevolutionär verurteilte Demonstration wird nun als mutige revolutionäre Handlung beschrieben. (15)

Dagegen fehlen noch zwei wesentliche Dinge: a) eine gründliche Kritik der Mao-Führung. In Ansätzen wird sie jetzt bei der Begründung der neuen Wirtschaftspolitik geliefert. (16) Liu erklärte 1963 einmal:

«Marx, Engels, Lenin und Stalin und der Vorsitzende Mao haben viele Fehler gemacht». (1968, S. 137).

b) Eine Analyse der tieferen Ursachen für die maoistische Deformation der KP Chinas und ihrer negativen Wirkungen, die die Struktur kritisch durchleuchtet. Dann käme man nicht nur vom alten, abgelehnten Personenkult weg, sondern auch von der Personalisierung der Probleme der Erneuerung, von Vierer- und Fünferbanden etc. Eine vertiefte, öffentlich vorgetragene Kritik hilft auch, das Misstrauen und die Angst der «Zuschauer» und «gebrannten Kinder» zu überwinden, ohne deren aktive Mitarbeit die neue Politik nicht erfolgreich sein kann. Rosa Luxemburg (1918) hat ansatzweise diese Kritik eingeleitet. Deng deutet sie in seinem Interview an.

6. Beurteilung der Entmaoisierung

Wir befinden uns sicher erst am Anfang eines langen Prozesses von Debatten, Kritik, Reformen. Rückschläge sind nicht auszuschliessen. Dennoch soll hier Beurteilung und Rezeption des Prozesses dargestellt werden. Zum Vergleich bietet sich die Entstalinisierung in der SU an.

6.1. Vergleich von Entstalinisierung und Entmaoisierung

Neben Ähnlichkeiten bestehen wesentliche Unterschiede. Dennoch scheinen die beiden Prozesse Parallelitäten anzudeuten, die auf strukturelle Zusammenhänge zwischen den bisherigen Modellen des real existierenden Sozialismus und den Formen ihres Wandels hinweisen und diese Formen als typisch ausweisen.

Eine Gleichsetzung von Mao und Stalin ist abzulehnen. Mao war gebildet, hat mehr eigene, originelle Beiträge zur soziologischen Theorie und zum Marxismus geleistet als Stalin. Er und die KP Chinas hatten mehr Verständnis für die Rolle der Bauernschaft in der Revolution, hatten das stärkere Gewicht des Agrarsektors erkannt und anerkannt, eine vorsichtige Agrarpolitik geführt, die Landwirtschaft in der Planung weniger vernachlässigt, die Produktionsverhältnisse in kleinen Reformschritten langsam verändert. Dabei konnte man partiell auf die russischen Erfahrungen, auch die negativen, zurückgreifen. In der Planung wurden die Prioritäten etwas anders gesetzt und ein langsames Tempo eingeschlagen.

Das Modell der Kollektivierung wurde in den Volkskommunen weiterentwickelt.

Der Marxismus wurde sinisiert.

Die Methoden und die Brutalität der letzten Fraktionskämpfe scheinen sich kaum wesentlich von denen der Stalin-Aera unterschieden zu haben (verlogene Dossiers, erpresste Geständnisse, absurde Verleumdungen, Folter, Haft, Entlassung, wirtschaftliche Sanktionen, Bespitzelung, Ausbau der Geheimdienste usw.). Deng erklärte, man werde wegen der Grösse des Landes die Gesamtzahl der Opfer nie erfahren. BR, 1980, 48 v. 2.12. brachte eine Zahlenzusammenstellung, die erschreckend ist und den Aderlass deutlich macht (siehe Anhang!). Liu wurde ausführlich, offen und öffentlich

rehabilitiert, ebenso seine Kampf- und Leidensgefährten. In der SU wurden Bucharin, Trotzki und viele andere trotz Chruschtschows Bemühungen und anderen Aufforderungen bisher nicht rehabilitiert. Die Wendung in China ist vielleicht gründlicher, offener, ehrlicher.

6.2. Kritik am Maoismus und an der Entmaoisierung

Zwei Hauptlinien lassen sich unterscheiden: systemexterne und systemimmanente Kritik. Die systemexterne Kritik sieht im Maoismus den Beweis für die innere Logik der marxistischen Weltanschauung. Stalinismus und Maoismus seien die einzig möglichen, realen, typischen Formen kommunistischer Regierung. Alles andere seien Utopien. Der Kommunismus sei unfähig zu flexibler Regierungskunst. Planwirtschaft sei praktisch unmöglich, oder ihre sozialen Kosten seien höher als die kapitalistischer Profitwirtschaft. Die neue Wendung komme auch von oben, sei also genauso unehrlich wie die Mao-Politik. (Plus ca change, plus ca dure). Es sei besser, die alte Ordnung beibehalten und sie vorsichtig, in kleinen Schritten zu ändern, falls und soweit notwendig.

Die systemimmanente Kritik dagegen akzeptiert die Notwendigkeit radikaler sozialer Transformation, das Recht der unterdrückten Klasse auf Reform oder Revolution, je nach dem Bedürfnis nach Veränderung, dem Widerstand der bisher herrschenden Klasse, der Reformfähigkeit der Gesellschaft. Sie hat nach der Revolution Verständnis für harte Diskussion über alternative Politikvorschläge und Entwicklungsstrategien, Unterstreichung jedes Standpunktes, die Notwendigkeit von Beschluss und Handlung. Daraus ist die «Übertreibung» jedes Standpunktes, auch des herrschenden oder zeitweilig obsiegenden, erklärbar.

Aber alternatives Denken – so argumentiert diese Kritik weiter – darf nicht nur nicht vermehrt werden; es ist zu stimulieren, zu fördern, weil ein Irrtum der vorherrschenden Richtung denkbar ist. Diskussion zwingt zu schärferem Nachdenken, minimiert Fehler und soziale Kosten, entwickelt und entwirft alternative Konzepte, Auswege aus Schwierigkeiten. Vor allem aber überzeugt die verbale Auseinander-

setzung die Ausführenden und motiviert sie in ihrem Handeln. Marxismus geht von der Entwicklung in Widersprüchen aus. Vor der Höherentwicklung zur Synthese steht die Antithese. Ohne diese ist der Marxismus sterilisiert, nicht entwicklungsfähig.

Diese Kritik kann sich sogar durchaus auf Mao selbst berufen, der formal Kritik forderte, den Personenkult zeitweilig kritisierte etc. (17). Aber Mao hat sehr vieles gesagt, oder sehr vieles ist ihm in den Mund gelegt und von ihm abgesegnet worden. Aber ein Teil seiner Erklärungen ist dogmatisiert und kanonisiert worden, und daran ist er und seine Fraktion mitschuldig.

Politik, Regieren ist eine Kunst, bei der mit minimalen Inputs ein maximales oder optimales Ergebnis erzielt werden soll. In kommunistischen Ländern ist es häufig noch umgekehrt: man schießt mit Kanonen nach Spatzen, verkennt die wirklichen Gefahren und Feinde, ist unfähig, Opponenten zu überzeugen und ihre Fähigkeiten zu nutzen. Die historische Erfahrung im Regieren ist noch ungenügend. Es fehlen im Regierungssystem die countervailing powers, die Gegengewichte, die Vertretungen der legitimen, unterschiedlichen Interessen der sozialen Schichten. Aber es fehlt auch noch das Verständnis für ihre Notwendigkeit und ihren Nutzen im kommunistischen Regierungssystem.

Der regierende Kommunismus ist erstarrt, auch in China. Rotation und Kulturrevolution haben diese Erstarrung nicht gelöst. Gerontokratie und Monopolisierung der Macht, Abbau der Sowjets, der Rätedemokratie, Aushöhlung und Funktionslosigkeit fast aller Parlamente» auf allen Ebenen sind einige Symptome der Erstarrung. Eine Redemokratisierung der kommunistischen Parteien ist erforderlich. Erweist sich diese als unmöglich, müssen in jedem Lande mehrere kommunistische Parteien entstehen, um zu einem pluralistischen, demokratischen Kommunismus zurückzufinden.

Ist eine Entmaoisierung von Maoisten durchzuführen? Daran und an der Ehrlichkeit der neuen Führung, der Wahrheit ihrer Behauptungen wird von ausländischen Beobachtern gezweifelt, vermutlich auch von vielen Chinesen. – Leider wurden die Alternativen in China grossenteils liquidiert, wenn auch regional sehr unterschiedlich, sodass man mit diesen maoistischen Überlebenden die Erneuerung versuchen muss. Daher bedarf es der Geduld, Diskussion, Überzeugung. – Aber unter den

Überlebenden gibt es zwei Richtungen und Antwortmöglichkeiten auf die neue Lage und ihre Herausforderungen: den Mantel darüber decken oder die Eiterbeule aufschneiden. So ist Geschichte nicht deterministisch zu sehen. Immer wieder haben Menschen Entscheidungen zu treffen.

Die bisherigen Formen des Regierungswechsels und der Änderungen (Wendungen) der Politik in sozialistischen Ländern sind unbefriedigend, z.T. inhuman, des Kommunismus unwürdig, der die Politik verwissenschaftlichen und zugleich öffentlich, transparent, für jede Waschfrau durchschaubar und mitwirkungs-offen, völlig demokratisch gestalten wollte. Politische Führer dienen auf Lebenszeit, sterben in den Sielen oder werden hingerichtet als Verräter. Im besten Fall werden sie mit Schelte und ohne Dank hinausgeworfen. Chruschtschow hat gegenüber der Stalin-Aera eine Humanisierung der Formen des Wechsels versucht. Aber da bleibt noch viel zu lernen.

63. Die Rezeption der politischen Wendung

Die Reaktionen auf die grossen Veränderungen in der VR China reichen von Unverständnis über Enttäuschung, falschen Hoffnungen, Misstrauen bis zur Hoffnung auf ein besseres Modell des Kommunismus. Hier ist es nicht notwendig, sich mit den Hoffnungen der CSU auf neue Achsen München-Beijing gegen die SU zu befassen oder den Verkaufserwartungen westeuropäischer Grossunternehmen. – Europäische Maoisten sind verständlicherweise schwer enttäuscht, weil sie offizielle chinesische Schlagworte für bare Münzen von Dauerwert genommen und die dortige Entwicklung als nachahmenswertes Modell verstanden haben. Probleme, Mängel, Fehler waren für sie nicht vorstellbar. Diese unkritische Nähe reflektierte ihre politische Ohnmacht und ihre Distanz von den wirklichen sozialen Bewegungen in ihren Ländern. Die globale Begeisterung schlägt nun bei vielen in Hoffnungslosigkeit oder gar Antikommunismus um. (18)

Bei anderen bleibt ein Unbehagen und Misstrauen: Sind die Behauptungen der altneuen Führung vielleicht genauso fabriziert und unwahr wie die früheren? – Das lässt sich zwar nicht im Einzelfall nachprüfen. Die weitgehend bekannte Geschichte des Stalinismus deutet jedoch darauf hin, dass die gegenwärtige Darstellung und Kritik der Mao-Aera

weitgehend realistisch ist, eher manche Verbrechen und Fehler bagatellisiert oder noch nicht ganz öffentlich macht.

Einige sowjetische Arbeiten zeigen völliges Unverständnis und Ratlosigkeit gegenüber der neuen Entwicklung. (19) Parallelen zur Entstalinisierung dürfen sie aus naheliegenden Gründen nicht ziehen, obwohl diese manches verständlich machen könnten. Hauptfrage ist für diese Kommentatoren die aussenpolitische Orientierung; hier suchen sie nach Neuorientierung und finden sie nicht. Selbst die gelegentlichen, vorsichtigen Signale der chinesischen Führung werden nicht erkannt. Die «Klassenanalyse» des Maoismus bleibt platt. Mao war «Verfechter der ökonomischen und politischen Interessen der nationalen Bourgeoisie» (Feoktistow 1980, S. 1184).

Die neue Führung hat

«den Sozialchauvinismus, Militarismus und Antisowjetismus Mao Zedongs voll und ganz übernommen und weiterentwickelt» (S. 1185).

«Die chinesische Führung hat sich aus einer Reserve des Weltimperialismus in dessen direkten Bündnispartner verwandelt» (S. 1186).

und schliesslich:

«Das Gerede von einer angeblichen Demaoisierung in China hat keine reale Grundlage. Es zeugt lediglich von einem bewussten oder unbewussten Ausserachtlassen des Hauptmerkmals des Maoismus – seines militaristischen, chauvinistischen Wesens, welches alle seine übrigen sekundären Elemente bestimmt.» (S. 1193).

Auch in der Innenpolitik wird ein Wandel bestritten:

«Deng Xiaoping als Hauptinitiator der Entwicklung einer weiteren, modernen Version des Maoismus möchte freie Hand haben für einen probürgerlichen, rechten Kurs in der Innen- und Aussenpolitik.» (S. 1189).

Die Beijing Rundschau lehnt das Wort Entmaoisierung ab, denn es habe auch keinen Maoismus gegeben. Offiziell sind die Mao Zedong-Ideen noch gültige Grundlage, weil die neue Führung zumindest anfangs noch die Legitimität der Erbschaft brauchte. Allerdings werden sie zur kollektiven Weisheit der Partei erklärt, die von dieser mitentwickelt und bei Bedarf korrigiert worden seien. Aber allmählich muss die Kritik tiefer greifen und kann Irrtümer und Fehler Mao's und seiner Führungsgruppe nicht aussparen. Überreste des

Feudalismus werden für die Mao'sche Deformation verantwortlich gemacht (BR 1980, 36, 9.9. S. 23).

Deng geht in seinem Interview wohl am weitesten, wenn er von «Plagen unseres Systems» spricht, also von strukturellen Mängeln, die durch die neuen Regeln des Parteilebens und der Ablösung von Funktionären behoben werden sollen.

Schliesslich wird von kritisch-marxistischen Beobachtern gefragt, welche Klassen die beiden antagonistischen Parteilinien vertreten. Kann Mao als Repräsentant der Bauern, Liu der der Arbeiter angesehen werden? Oder vertritt einer von ihnen, am ehesten Deng die neue Technokraten-Klasse? – Darauf lassen sie drei Dinge sagen.

1. Es ist eine Vereinfachung des Marxismus, jede politische Richtung mit einer Klasse oder sozialen Schicht zu identifizieren. Innerhalb der Arbeiterklasse kann (und muss) es mehrere politische Richtungen geben; solange kein Konzept des politischen Kampfes sich durchsetzt und die grosse Mehrheit erobert hat. Der Marxismus determiniert das Denken der Marxisten nicht eindeutig. Alternative Denkmodelle sind möglich, ja erwünscht.

2. Liu hatte zwar enge Kontakte zur städtischen Arbeiterklasse, hatte wesentlichen Anteil am Aufbau der Gewerkschaften. Aber er hatte ebensoviel Verständnis für die Bauernmassen, wie Mao, vielleicht sogar mehr.

3. Zwei Klassen bestehen im Sozialismus jedenfalls weiter: Die Arbeiter und die arbeitenden Bauern. Ihre Interessen können kurz- und mittelfristig gegensätzlich oder zumindest unterschiedlich sein. Nach der im Kapitalismus üblichen Anwendungen des Marx'schen Klassenbegriffs gibt es im real existierenden Sozialismus keine «neue Klasse» (Djilas, 1976). Denn die Technokraten sind nicht Eigentümer der Produktionsmittel. Aber sie entscheiden viel weitgehender über die Verwendung des Mehrproduktes als die Arbeiter. Andererseits sind sie aus der Arbeiterklasse hervorgegangen. Wenn man nicht scholastisch und semantisch argumentieren will, müsste daher für nachkapitalistische Gesellschaften der Begriff der Klasse neu definiert werden.

6.4. Der Prozess

Der Prozess in Beijing, in dem 10 führende Funktionäre der Mao-Aera angeklagt waren, ist

auf Unverständnis gestossen und hat z.T. merkwürdige Kritik provoziert. – Ohne Zweifel handelt es sich um die Fortsetzung der innerparteilichen Auseinandersetzungen, des Machtkampfes der zwei Linien mit juristischen Mitteln. Diese sind zwar als Entscheidungsinstrument in politischen Kämpfen ungeeignet. Aber sie sind humaner als die blanken Waffen der Repression, gegen die es keine Gegenrede und Revision gab. Sie dienen auf mehrfache Weise auch der Erklärung, Belehrung und Motivation.

1. Eine neue, sozialistische Gesetzmässigkeit wird etabliert, die es während der Revolution noch nicht geben konnte, die jedoch in der Mao-Aera sträflich beiseitegeschoben wurde.

2. Die Konsolidierung der neuen Gesellschaft wird angezeigt; Angst und Misstrauen der Menschen sollen abgebaut werden.

3. Die Vergangenheit wird öffentlich diskutiert, wobei die Angeklagten das Recht der öffentlichen Widerrede haben. Dadurch sollen auch jene mittleren Kader belehrt werden, die während der «Kulturrevolution» in ihre Stellungen gekommen sind.

4. Es wird unterschieden zwischen politischen Fehlern und kriminellen Handlungen, Verbrechen gegen die Gesetze des Staates und der Partei. Erstere lägen ausserhalb der gerichtlichen Verhandlung. Damit soll offiziell politische Debatte und Kritik von der Drohung mit Sanktionen befreit werden.

Eine vertiefte, wenn auch wohl noch nicht endgültige Beurteilung Mao Zedong's wird im Prozessverlauf erarbeitet. Die Kritik beschränkt sich nicht auf die Angeklagten, sondern bezieht Mao ein, wobei seine historischen Verdienste nicht gestrichen werden.

«Der Prozess.....berührt nicht die Verantwortung, die Verdienste oder Fehler des Genossen Mao Zedong, Seine Fehler sind dem Charakter nach ganz verschieden von den Verbrechen Lin Biaos und der Viererbande.

Der Vorsitzende Mao führte unsere Partei und unseren Staat mehrmals aus schweren Krisen heraus.....

Aber die Siege haben ihn etwas unvorsichtig werden lassen, und in seinen letzten Lebensjahren hatte er einige ungesunde Ideen, vor allem «linke» Ideen. Er war den praktischen Verhältnissen nicht sehr nahe und führte den guten Arbeitsstil der Vergangenheit wie den demokratischen Zentralismus und die Massenlinie nicht gut durch. So hat

er in seinen letzten Jahren, vor allem während der von ihm persönlich initiierten und geführten «Kulturrevolution» nicht geringe Fehler begangen, unserem Staat und unserem Volk viel Unglück gebracht.....

Die Verdienste des Vorsitzenden Mao überwiegen die Fehler. «

Eine abschliessende, vielleicht noch tiefer greifende Kritik an Mao ist also zu erwarten. Die Grenze ist allerdings gezogen:

«Wie berichtet, wird die KPCh die Verdienste und Fehler des Vorsitzenden Mao allseitig bewerten..... China wird sich gegenüber dem Vorsitzenden Mao mit Sicherheit nicht so verhalten wie Chruschtschow gegenüber Stalin.» (BR, 1981, 1,6.1., S. 3-4).

Man möchte hoffen, dass die «neue sozialistische Gesetzlichkeit» human vorgeht und keine Hinrichtungen durchführen lässt. Aber ein Vergleich mit den Stalinschen Säuberungen, Geheimprozessen vor Militärtribunalen, Massenhinrichtungen scheint völlig unangemessen. Unverständlich erscheinen auch die Proteste mancher linken Gruppen, die wie «Lotta continua» im Interesse des Sozialismus und der Humanität gegen den Prozess Stellung beziehen, oder der Feministinnen, die die Anklage gegen Frau Jiang Qing als frauenfeindlich ablehnen.

7. Lehren

Bei diesem Punkt wird die Subjektivität der Aussagen noch stärker als im bisherigen Teil.

1. Der Stalinismus in der SU, der Maoismus in China sind nicht synonym mit dem Kommunismus. Der real existierende Sozialismus in beiden Ländern ist eher historisch und geographisch bedingte Deformation und Umweg als vorbildliches, nachahmenswertes Modell.

2. Im Kommunismus gab und gibt es immer wieder politische und personelle Alternativen, Erneuerungs-, Reform-, Demokratisierungsversuche. Sie sind dem Kommunismus immanent. Dieser ist also kein geschlossenes, uniformes, monolithisches, vorher determiniertes System, sondern offen. Die oft zitierten «Gesetzmässigkeiten» sind nicht unabänderliche Naturgesetze, sondern grossenteils Folgen menschlicher Entscheidungen.

3. Es besteht ein prinzipieller Unterschied zum Faschismus, der nur durch äussere Kräfte gestürzt werden konnte. Der Kommunismus

erzeugt innere Oppositionen. Die Totalitarismusthese, die Kommunismus und Faschismus gleichsetzt, ist falsch.

4. Es gibt in den kommunistischen Systemen Strukturmängel, die Flexibilität, politische Veränderungen, Ablösung von Regierenden und Regierungen erschweren. Ihre Ursachen sind zu analysieren und Korrekturen bzw. Korrekturmechanismen einzuführen (Re-demokratisierung, Rätedemokratie). (20)

5. Die Mao-Linie war zu keiner Zeit die einzig mögliche; sie war nur die vorübergehend siegreiche. Die alternativen Konzeptionen und Entwicklungsstrategien stehen auf dem Boden des Kommunismus, nicht ausserhalb oder diesem feindlich. Kritiklose Apologie der Mao-Linie kann es nur bei ahistorischen Menschen geben. Die anderen sollten die Präzedenzfälle kennen oder studieren einschliesslich der offiziellen, leider verspäteten Korrekturen. – Wer die Entmaoisierung begrüsst, wie der Autor dieser Arbeit, billigt damit keineswegs alle Teilaspekte der neuen Politik. Man kann die drei Modernisierungen (Landwirtschaft, Industrie, Bildungswesen) begrüssen und die vierte («Verteidigung») und ihre Stossrichtungen kritisieren. Gerade in diesem Punkt möchte man weitere Revision wünschen.

6. Sinn von Entstalinisierung und Entmaoisierung ist die Reinigung, die Selbstreinigung von verabsolutierten Fehlern und vom Unfehlbarkeitsdogma. Offene Kritik, Selbstkritik, Diskussion befreit von Angst, erweckt neue Ideen und motiviert die Menschen zu grossen Initiativen, ohne die die Schwierigkeiten bei der Modernisierung des chinesischen Milliardenvolkes nicht zu überwinden sind.

Anhang

Statistik des Schreckens

Laut Anklageschrift wurde eine grosse Zahl von Kadern und Massen von den Cliques um Lin Biao und Jing Qing zu Unrecht beschuldigt und verfolgt. Die wichtigsten Fälle sind:

	zu Unrecht Beschuldigte ums Leben Gekommene	
Der Fall Osthebei	84.000	2.955
Der Fall des Agenten Zhao Jianmin in Yunnan		14.000
Der Fall der Revolutionären Volks- partei in der Inneren Mongolei	346.000	16.222
Der Fall der Renegatenclique in Xinjiang	92	26
Der Fall der konterrevolutionären Rene- gaten- und Kapitulantenclique der «Nord- ost-Mafia»	90	4
Der Fall der Untergrund-Parteiorganisation von Guangdong	7.100	85
Der Fall der Volksbefreiungsarmee	80.000	1.169
Der Fall der gewaltsamen Auseinander- setzung in Shanghai	741	
Der Fall der gewaltsamen Auseinander- setzung in Jinan	388	
Verfolgte Führer der Demokratischen Parteien		18
Persönlichkeiten aus verschiedenen Kreisen	211.100	40
Heimgekehrte Auslandschinesen		281
	<hr/> 729.511	<hr/> 34.800

Zusammengestellt von «Beijing Rundschau»
2.12.1980, Nr. 48

Literatur

1. Bergmann, Theodor (1962), Bilanz und Überwindung der Stalin-Aera. In: Periodikum für wissenschaftlichen Sozialismus, H. 22, S. 5-16.
2. Bergmann, Theodor (1977), The development models of India, the Soviet Union and China – a comparative analysis. Assen, Netherlands.
3. Bergmann, Theodor (1978), 50 Jahre KPD (Opposition) – Der Beitrag der KPD zur marxistischen Theorie und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Versuch einer kritischen Würdigung, Hannover.
4. Bergmann, Theodor (1979), Agrarpolitik und Agrarwirtschaft sozialistischer Länder. Saarbrücken.
5. Bettelheim, Charles (1978), The great leap backward. In: Monthly Review, 30, pp. 14 ff.
6. Broyelle, C. (1973), Die Hälfte des Himmels. Frauenemanzipation in China. Berlin.
7. Broyelle, C., J. Broyelle und E. Tschirhart (1977), Hundert Blumen. Zweite Rückkehr aus China. Berlin.
8. Bucharin, Nikolai et al. (1973), La question paysanne en URSS (1924-1929). Paris.
9. Deng Xiaoping (1980), Comment les erreurs de Mao nous ont conduit à la guerre civile. In: Nouvel Observateur, no. 827, pp. 30-36, no. 828, pp. 111-142. Paris.
10. Deutscher, Isaac (1962), Trotzki I – III. Stuttgart.
11. Djilas, Milovan (1976), Die neue Klasse. Wien.
12. Feoktistow, F.W. (1980), «Entmaoisierung» oder eine neue Version des Maoismus? In: Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 33, 11, Nov. S. 1180-1193. Berlin (Ost).
13. Kardelj, Edvard (1960), Les problèmes de la politique socialiste dans les campagnes. Paris.
14. Lasarew, W. (1980), Die antimaoistische Bewegung in der VR China, In: Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 33,9, September, S. 977-991. Berlin (Ost).
15. Liu Shaoqi (1968), Quotations from president L. Melbourne.
16. Liu Shaoqi (1980), Three essays on party-building, Beijing.
17. Luxemburg, Rosa (1918/1979), Zur russischen Revolution. In: Gesammelte Werke, IV, S. 332-365. Berlin (Ost).
18. Mäding, Klaus (1979), Strafrecht und Massenerziehung in der Volksrepublik China. Frankfurt/Main.
19. Medwedew, R., R. Havemann, J. Steffen u.a. (1977), Entstalinisierung – Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen. Frankfurt/Main.
20. Menzel, Ulrich (1978), Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells. Opladen.
21. Senghaas, Dieter (1980), Sozialismus – Eine entwicklungsgeschichtliche und entwicklungstheoretische Betrachtung. In: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 8,1, S. 10-40.
22. Snow, Edgar (1975), Die lange Revolution – China zwischen Tradition und Zukunft. München.
23. Thalheimer, August (1929), Um was geht es? – Zur Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin.
24. Weggel, Oskar (1973), Die Alternative China-Politik, Gesellschaft, Wirtschaft der Volksrepublik China. Hamburg.
25. Xue Muqiao (1979), Zur planmässigen Verwaltung der sozialistischen Wirtschaft. In: Beijing Rundschau, 43,30.10., S. 14-20.
26. Xue Muqiao (1980), Zur Reform des wirtschaftlichen Verwaltungssystems. In: Beijing Rundschau, 4,5.2., S. 16-21; 14,8.4., S. 21-26.
27. Xue Muqiao (1980), Mehr über die Wirtschaftsreform. In: Beijing Rundschau, 36,9.9., S. 17-22.
28. Das System der lebenslangen Amtsdauer leitender Kader beseitigen (1980). In: Beijing Rundschau, 26,18.11., S. 20-24.
29. Einige Tendenzen der inneren Lage Chinas. In: Sowjetwissenschaften – Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, 33,6, Juni, S. 638-656. Berlin (Ost).
30. Richtlinien für die chinesischen Kommunisten (1980). In: Beijing Rundschau, 14,8.4., S. 1-20.
31. Über die Rolle des Individuums in der Geschichte (1980). In: Beijing Rundschau, 32, 12.8., S. 17-21.

Anmerkungen

- (1) Für kritische Kommentare und Verbesserungsvorschläge bin ich Eckart George, Stuttgart, und Ulrich Menzel, Frankfurt, zu Dank verpflichtet. Für die hier vertretenen Meinungen, für Fehler und Irrtümer bin ich jedoch allein verantwortlich.
- (2) Offiziell wurde zwar vom Gehen auf zwei Füßen gesprochen, dem gleichberechtigten Vorrang von Landwirtschaft und Leichtindustrie vor der Schwerindustrie; faktisch bestand jedoch in der Mao-Ära eine hohe Priorität der Schwerindustrie, was dem Stalinschen Entwicklungsdogma entsprach.
- (3) Vgl. dazu Bucharin (1973), Kardelj (1960), Deutscher (1962), Bergmann (1977, 1979).
- (4) Zu den alternativen Wirtschaftspolitiken des Maoismus und des Liuismus vgl. Menzel (1978) und Weggel (1973).
- (5) Hier scheint ein Widerspruch zum vorigen Punkt zu bestehen. Aber die Darstellung entspricht den offiziellen Publikationen.
- (6) Dieser Verzicht mag als durch die sowjetische Haltung aufgezwungen angesehen werden und insofern als ursprünglich nicht beabsichtigt. Aber er wurde später dogmatisiert.
- (7) In diesem Punkt wurde bereits Anfang der siebziger Jahre eine Korrektur vorgenommen.
- (8) Vgl. dazu auch Abschnitte 4 und 5.
- (9) Zu diesem Prozess der inneren Wandlung kommunistischer Parteien nach ihrer Machteroberung vgl. auch Bergmann (1978).
- (10) Das Wort von der Mao-Fraktion ist eine Vereinfachung. Ihre Zusammensetzung hat sich mehrfach verändert. Offensichtlich hat z.B. Lin Biao nur bis Anfang 1971 zu ihr gehört.
- (11) Polen 1980 ist ein typisches Beispiel für diese innere Aushöhlung und Lähmung der führenden Partei, ihrer Loslösung von den arbeitenden Massen.
- (12) Bereits vor den Enthüllungen der Entmaoisierung habe ich (in Bergmann, 1977) die maoistische Darstellung der Kulturrevolution kritisiert.
- (13) Thalheimer nannte diese Kaderpolitik «Auslese der gehorsamen Dummköpfe.»
- (14) So behauptet Deng in seinem Interview nach harter Kritik an Mao, dass dieser ihn während der schweren Verfolgungen geschützt habe. Das klingt nicht sehr wahrscheinlich. Denn gleichzeitig berichtet er von langfristigen Spannungen zwischen ihm und Mao.
- (15) Siehe darüber ausführlich bei Mäding (1970).
- (16) Vgl. dazu z.B. folgende ausführliche Beiträge in BR: Xue Muqiao (1979, 1980 a, 1980 b).
- (17) Siehe z.B. Snow (1975).
- (18) Vgl. z.B. Bettelheim (1978) und Broyelle (1973, 1977).
- (19) Siehe etwa die Arbeiten «Einige Tendenzen» (1980) und von Feoktistow (1980).
- (20) Mit Senghaas (1980) ist zu fragen, ob diese Strukturängel des Regierungssystems vielleicht Folgen der zentralisierten Planwirtschaft sind.

Die Entnazifizierung meines Vaters

Eigentlich wollte ich über die Entnazifizierung Karl Strölins schreiben, der von 1933-1945 Stuttgarter Oberbürgermeister war und als Mitläufer in dieselbe Kategorie eingestuft wurde wie mein Vater. Das Vorhaben kann nicht ausgeführt werden, weil niemand die Akten der Entnazifizierungs-Spruchkammer einsehen darf. Als nämlich nach der Gründung der Bundesrepublik die Verantwortung für die Entnazifizierung ganz in deutsche Hände übergang, verabschiedete der Bundestag am 17. Dezember 1950 Empfehlungen an die Länder zur einheitlichen Beendigung des Verfahrens. Daraufhin wurde in Baden-Württemberg ein «Gesetz zur einheitlichen Beendigung der politischen Säuberung» verabschiedet und am 13. Juli 1953 im Gesetzblatt des Landes veröffentlicht. In der geänderten Fassung vom 20. Mai 1957 gilt es noch heute. Darin ist festgelegt, dass «Einsicht in die Verfahrensakten nur noch Behörden gewährt» wird. «Auskünfte aus den Akten können den am Verfahren Beteiligten erteilt werden, wenn diese glaubhaft machen, dass ein rechtliches Interesse daran besteht.» Dieser § 10 Absatz 4 leistet meiner Meinung nach einen Datenschutz, der weit über den grundgesetzlich verankerten Personenschutz hinausgeht. Mich selbst hindert er in der mir ebenfalls grundgesetzlich zugesicherten Forschungsfreiheit. Er gehört abgeschafft, damit wir unsere Vergangenheit und die unserer Eltern vollständig bewältigen können.

Vor etwa zwei Jahren übergab mir mein Vater ein dünnes Aktenbündel, in dem er, wie er es als Buchhalter gelernt hatte, die Unterlagen seiner Entnazifizierung aufbewahrt hielt. Beim Studium dieser Quellen wurde mir klar, dass die Entnazifizierung für Millionen Menschen ein Stück Alltagsgeschichte gewesen ist. Als solche verdient sie ebenso unser Interesse wie der Lebensweg eines nationalsozialistischen Oberbürgermeisters. Wie die Dinge nun einmal liegen, kann die Alltagsgeschichte der Entnazi-

fizierung, gestützt auf private Nachlässe, heute eher geschrieben werden, als die der spektakulären Fälle.

Eine erste Fassung des Manuskripts habe ich mit meinem Vater rund vierzehn Tage vor seinem überraschenden Tod besprochen. Er gab mir dabei Hinweise, die aus den schriftlichen Quellen nicht ersichtlich waren.

Geschichte des kleinen Mannes verlangt eine andere Darstellungsform, als diejenige, die wir im Allgemeinen gewohnt sind, und die von den jeweiligen zentralen Einrichtungen (Regierungen, Parteien, Institutionen) und Ereignissen ausgeht. Wie griff die Entnazifizierung das Leben einer höchst durchschnittlichen deutschen Familie ein? Bei der Beantwortung dieser Frage bemühe ich mich, nicht in das entgegengesetzte Extrem zu verfallen und nicht bloss eine Geschichte zu erzählen. Die persönliche Geschichte, die ich erzähle, soll in die allgemeinen Ereignisse der Nachkriegszeit eingebettet werden, die ich aus den gängigen Handbüchern ermittelt habe. Dass sie das Schicksal vieler Menschen widerspiegelt, kann ich nur vermuten. Die Statistiken am Schluss beweisen da gar nichts, die Zustimmung kann nur von den Lesern kommen, und aus eben diesem Grunde habe ich mich entschlossen, auf Anmerkungen ganz zu verzichten.

Die Entnazifizierung diente einem doppelten Zweck. Sie sollte den Einfluss des Nationalsozialismus auf das öffentliche Leben, die Wirtschaft und die Erziehung in Deutschland ausschalten. Und sie sollte den aktiven Nationalsozialisten eine Sühne auferlegen. Zum Zeitpunkt der deutschen Kapitulation gab es jedoch zwischen den Besatzungsmächten keine gemeinsamen Richtlinien darüber, welche zusätzlichen Massnahmen über die Zerschlagung des NS-Apparates und die Bestrafung der Kriegsverbrecher hinaus ergriffen werden sollten, um den Nationalsozialismus, wie auf den Kriegskonferenzen vereinbart, endgültig zu

vernichten. Es wurden dann im Jahre 1946 gemeinsame Richtlinien festgelegt und als Kontrollratsdirektiven veröffentlicht. Es empfiehlt sich aber nicht, bei der Behandlung des Themas von diesen Kontrollratsdirektiven auszugehen. Sie täuschen nämlich eine Gemeinsamkeit in den 4 Besatzungszonen vor, die in Wirklichkeit nicht bestand. Tatsächlich beschritt man in den vier Besatzungszonen unterschiedliche Wege der Entnazifizierung. In den westlichen Besatzungszonen betrieb man sie als einen Prozess personaler Säuberung, der mit unterschiedlicher Strenge durchgeführt wurde. In der sowjetischen Besatzungszone war die Entnazifizierung ein Teil der gesellschaftlichen Umgestaltung. Man wollte dort dem Faschismus durch eine Bodenreform und eine Verstaatlichung der Produktionsmittel die Grundlage entziehen. Wohl wurden auch in der SBZ ehemalige NSDAP-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst (über 500'000 Personen) entfernt; aber man verzichtete auf eine Gesamterfassung der Bevölkerung. In den Westzonen erhielt die Entnazifizierung dagegen den Charakter eines bürokratischen Inquisitionsverfahrens der Gesinnungsschnüffelei.

Mein Vater und meine Mutter haben während des Krieges geheiratet und ihr erstes Kind bekommen. Willi Kuhn, der bei der Machtübernahme der NSDAP 20 Jahre alt und arbeitslos gewesen war, hatte nach seinem Eintritt in die NSDAP zum 1. Mai 1933 Arbeit gefunden, meist als Schreibhilfe, dann ab April 1934 als Buchhalter in der Gau-Kassenverwaltung der NSDAP. Nach seiner Einberufung zur Wehrmacht im Mai 1940 kam er im Juni 1941 an die Ostfront, und im Januar 1945 an die Westfront. Dort geriet er im April 1945 in französische Gefangenschaft. Frau und Kind leben nach ihrer Evakuierung bei den Eltern bzw. Grosseltern in Höxter a.d. Weser, einer Kleinstadt, die später zum Bereich der britischen Zone gehören wird.

Inzwischen war von den Amerikanern die erste Initiative zur Durchführung einer personalen Säuberung ausgegangen. Am 26. April 1945 wurde an den Oberbefehlshaber der Besatzungsgruppen die Weisung JCS 1067 erlassen. Sie ging von der Kollektivschuld der Deutschen aus. «Deutschland», so hiess es, «wird nicht besetzt, um befreit zu werden, sondern weil es ein besiehtes feindliches Land ist». Deshalb wurde den Besatzungsangehörigen verboten, mit Deutschen zu «fraternisieren», und die Militärregierung angewiesen, sich auf keine po-

litische Gruppe zu stützen. Diese Regelung sollte aber nur «für die erste Zeit nach der Niederlage Deutschlands gelten». Für einen späteren Zeitpunkt wurde die «Wiederherstellung eines politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage» vorgesehen. In diesen Rahmen ordnen sich die in der US-Weisung enthaltenen Entnazifizierungsbestimmungen ein. Nicht «alle Mitglieder der Nazipartei» sollten ausgeschaltet werden, sondern nur solche, «die mehr waren als nominelle Teilhaber». Hierbei dachte man zunächst an Amtsträger und an andere Personen, die den Nationalsozialismus aktiv unterstützt hatten. Dieses Überprüfungs-kriterium «mehr als nominelle Tätigkeit» wurde aus der Weisung in das Potsdamer Abkommen übernommen (Punkt 6 der politischen Grundsätze). Um mit diesem Kriterium arbeiten zu können, entwickelte die amerikanische Militärregierung in ihrer Zone komplizierte und bürokratisch perfektionierte Verfahrensweisen. Sie erlangten über den Kontrollrat formelle Geltung für das gesamte besetzte Deutschland. Dadurch, dass die anstehenden Fälle jetzt in die Millionen-zahlen wuchsen, sahen sich die Amerikaner aber gezwungen, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht die Mithilfe von Deutschen bei der Entnazifizierung in Anspruch zu nehmen. Schliesslich wurde die Verfahrensweise in der Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 festgelegt. Es gab sogenannte Spruchkammern, die die Untersuchung in gerichtssähnlichen Verfahren durchführten. Alle Personen über 18 Jahren sollten einen Fragebogen ausfüllen, der in 133 Ziffern Auskunft über ihr Leben, Beruf und politische Vergangenheit verlangte. Es gab fünf verschiedene Kategorien, in die man eingeteilt werden konnte: 1.) Hauptschuldige, 2.) Belastete, 3.) Minderbelastete, 4.) Mitläufer und 5.) Entlastete. Je nach Klassifizierung und Beurteilung des individuellen Falles konnten Strafen verhängt werden bis zu 10 Jahren Gefängnis, über Zwangsarbeit, Eigentumsverlust, Ausschluss von öffentlichen Ämtern, Entzug des Wahlrechts bis zu Bussgeldzahlungen zugunsten von NS-Opfern. Ein Umstand trug dazu bei, dass die Angaben in den Fragebogen auf ihre Genauigkeit hin überprüft werden konnten. Den Alliierten fiel in einer Münchener Papierfabrik die gesamte Mitgliederkartei der NSDAP und ihrer Gliederungen in die Hand, als sie gerade eingestampft werden sollte. Die Mitgliederkartei ist dann zum Grundstock des Berliner Document

Centers geworden; das übrigens bis heute noch nicht den deutschen Behörden übergeben ist.

Kehren wir zurück zur Geschichte der Familie Kuhn! Als Kriegsgefangener wird Willi Kuhn innerhalb eines Jahres in acht verschiedene Gefangenenlager gesteckt und dann im April 1946 entlassen. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft kommt er gleich in das Civilian Internment Camp Darmstadt, einem Internierungslager also, zur Überprüfung seiner Tätigkeit bei der Gaukassenverwaltung. Dieses Schicksal teilte er in den Westzonen mit rund 180 000 Deutschen, die in der ersten Phase der Entnazifizierung bis zum Anfang des Jahres 1947 verhaftet werden, knapp die Hälfte von ihnen wird in dieser Zeit wieder entlassen. So auch Willi Kuhn, der nach 4 Monaten, im August 1946, freikommt. Der Prüfungsausschuß des Direktors der Militärregierung für Groß-Hessen hatte sich davon überzeugt, daß die Tätigkeit eines Buchhalters in der NSDAP-Kreiskassenverwaltung nicht zu

politischen Führungsaufgaben in der NSDAP gerechnet werden kann, Kuhn wird in die Gruppe 4 (Mitläufer) eingestuft und ohne Bedingungen entlassen. Inzwischen hat seine Frau im Februar 1946 die Mitteilung erhalten, daß ihr gesamtes Vermögen beschlagnahmt ist, aufgrund des Gesetzes Nr. 52 der britischen Militärregierung. Damit sie keine Vermögensgegenstände veräußern kann, muß sie eine Inventarliste ausfüllen und auf dem Rathaus abgeben, die bis zum Kindersocken jeglichen Besitz verzeichnet. Um von den Sparkonten, die auf Sparkassen in drei verschiedenen Städten ein bescheidenes Guthaben aufweisen, eine monatliche Rate von 250 RM zur Bestreitung des Lebensunterhaltes zu bekommen, muß ein dauernder Papierkrieg mit den Stadtverwaltungen und den Sparkassenverwaltungen geführt werden. Nach der Entlassung aus dem Internierungslager ist Willi Kuhn in der britischen Zone bis Oktober 1948 als Hilfsarbeiter tätig. Eine Kontrollratsdirektive vom 12. Januar 1946 hat nämlich weitere Entnazi-

E. MITGLIEDSCHAFTEN

24. In der folgenden Liste ist anzuzeigen, ob Sie Mitglied einer der angeführten Organisationen waren und welchen Rang oder welchen Amt (Amt) Sie in dieser (diesem) innehabten. Andere Vereinigungen, Handelsvereinigungen, Berufsvereinigungen, Verbände, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kameraden, Institute, Gruppen, Körperverbände, Vereine, Verbände, Klubs, Logen oder andere Organisationen beliebiger Art, wenn sie geschichtslos, politischer, juristischer, gesellschaftlicher, landwirtschaftlicher oder beruflicher Art, mit welchen Sie ja, selbst noch vor Abreise nach Deutschland, verbunden waren, oder welche Sie beigetreten waren, sind auf Zeile 25-31 anzugeben.

1. Spalte: „Ja“ oder „Nein“ sind hier einzusetzen **nur**: Anfalls ihrer Mitgliedschaft in der angeführten Organisation. Falls Sie **Amt** oder **Stellenamt** oder **Erweiterndes Mitglied** oder im „**Führeramt**“ waren, ist unter **Nächsten Amt** die Angabe des Spaltens des Wort „**Amt**“ oder „**Erweiterndes Mitglied**“ oder „**Führeramt**“, sowie das Datum ihrer **Anmeldung** oder die **Dauer** ihrer Mitgliedschaft als **Erweiterndes Mitglied** oder in **Erweiterndes Amt** anzugeben.

2. Spalte: **Eintrittsdatum**. 3. Spalte: **Austrittsdatum**. 4. Spalte: **Mitgliedsnummer**.

5. Spalte: **Höchster Amt**, höchster Rang oder eine anderweitig stufbedeutende, von Ihnen bekleidete Stellung. Falls nicht stufbedeutend, ist das Wort „**Amt**“ in Spalte 5 und 6 einzusetzen.

6. Spalte: **Austrittsdatum** für **Amt**, **Rang** oder **stufbedeutende Stellung** laut Spalte 5.

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
	Ja oder Nein	Von	Bis	Nummer	Nächsten Amt oder höchster Rang	Austrittsdatum des Amtes oder Ranges
24. NSDAP.	Ja	1.5.33	Kriegs-ende	?	Kein	entfällt
25. Allgemeines BB.	Nein					25
26. Waffen-SS.	„					26
27. Reichsbundwehr der SS.	„					27
28. SA.	„					28
29. SA, einschließlich BDM.	„					29
30. NSDDB.	„					30
31. NSDGB.	„					31
32. NS-Franzosenbund	„					32
33. NSKK.	„					33
34. NSFK.	„					34
35. Reichsbund der deutschen Beamten	„					35
36. DAF, einschließlich NSBO.	Ja	1933	1943	?	Kein	entf.
37. EDP.	Ja	1936	1936	?	Kein	entf.
38. NSV.	Ja	1935	Kriegs-ende	?	Kein	entf.
39. NS-Reichsbund deutsch. Schwabener	Nein					39
40. NSKOV.	„					40
41. NS-Bund Deutscher Techniker	„					41
42. NS-Lyrikerbund	„					42
43. NS-Lehrerbund	„					43
44. NS-Rechtswahrerbund	„					44
45. Deutscher Frauenwerk	„					45
46. Reichsbund Deutsche Familie	„					46
47. NS-Reichsbund für Leibwächlerinnen	„					47
48. NS-Altenverbund	„					48

fizierungspraktiken der Amerikaner auf die Westzonen ausgedehnt. Nicht nur müssen alle Beamte, die vor dem 1. Mai 1937 Mitglieder der NSDAP geworden sind, den Dienst quittieren. Auch in der privaten Wirtschaft gilt für NSDAP-Mitglieder jetzt ein Beschäftigungsverbot. Sie dürfen nur für größte Hilfsarbeiten verwendet werden. Kuhn verdient in den letzten 2 1/2 Monaten des Jahres 1946 zusammen 206 RM, nachdem er von August bis Oktober ohne Arbeit gewesen war. Es stellt sich heraus, dass die Entnazifizierungsunterlagen aus der amerikanischen Zone nicht an den neuen Wohnort in der britischen Zone weitergeleitet worden sind. Herr Kuhn ist gezwungen, im März 1949 einen neuen Antrag auf Kategorisierung zu stellen, und zwar an den Entnazifizierungsausschuss der Stadt Münster, in der er von 1934-1940 gearbeitet hat. So beginnt der Zirkus von Neuem, diesmal in der britischen Zone. Wieder der Fragebogen mit den 133 Fragen: Nennung aller Beschäftigungen seit dem 1.1.1931, Mitgliedschaften: 35 namentlich aufgeführte Organisationen, 31 mal Nein, 4 mal Ja (NSDAP, Deutsche Arbeitsfront, Kraft durch Freude, Nationalsozialistische Volkswohlfahrt). Keine politische Betätigung seit 1933, keine organisierte Widerstandstätigkeit nach 1933. Zweieinhalb Monate später erhält er die Vorladung zur mündlichen Verhandlung in der mehr als 100 km entfernt liegenden Stadt, zahlt die Entnazifizierungsgebühr in der neuen Währung (30 DM) und erhält ein Entlastungszeugnis. Nun ist er nicht mehr in der Gruppe IV als Mitläufer, sondern in der Gruppe V als Entlasteter eingestuft. Im September 1949, zwei Tage nach der Regierungserklärung des ersten Kanzlers der BRD, in der Adenauer davon sprach, dass die Zweiteilung des deutschen Volkes in politisch Einwandfreie und Nichteinwandfreie verschwinden müsse, stellt er einen Antrag auf Aufhebung der Vermögenssperre. Dem Antrag wird stattgegeben. Durch die Währungsreform war das Guthaben auf den Sparkassenbüchern inzwischen auf 6,5% seines Wertes vermindert worden. Herr Kuhn arbeitet fortan wieder als Buchhalter.

Eine ganz alltägliche Geschichte. So oder ähnlich mag sie sich von 1945 bis 1949 in vielen Haushalten abgespielt haben. Eine Vorstellung über den Umfang des gesamten Entnazifizierungsverfahrens in den drei Westzonen (dem Gebiet der Bundesrepublik also) geben folgende Zahlen:

Von den eingereichten Fragebögen wurde 3,6 Millionen bearbeitet. Es fanden folgende Einstufungen statt:

Gruppe 1 (Hauptschuldige)	:	1'667
Gruppe 2 (Belastete):		23'060
Gruppe 3 (Minderbelastete):		ca. 150'000
Gruppe 4 (Mitläufer):		ca. 1 Million
Gruppe 5 (Entlastete):		ca. 1,2 Millionen

Typisch an der vorgetragenen Geschichte des Willi Kuhn ist auch die unterschiedliche Einstufung in der amerikanischen und in der britischen Zone: In der amerikanischen Zone wurden nämlich 51,1% aller Fälle in Gruppe 4 und nur 1,9% in Gruppe V eingestuft. In der britischen Zone galten dagegen nur 10,9% als Mitläufer und 58,4% als entlastet. Deutlich wird an diesen Vergleichszahlen, dass von den Amerikanern nicht nur das bürokratische Verfahren entwickelt, sondern die Gesinnungsschnüffelei auch am unnachgiebigsten durchgeführt wurde. Auch die Zumessung der Strafen in den verschiedenen Zonen war nicht einheitlich. So wurde etwa in der britischen Zone im Unterschied zur amerikanischen über Mitläufer kein Berufsverbot verhängt. Unterschiedlich wurde auch das aktive und passive Wahlrecht den Gruppen 3-5 zugebilligt bzw. vorenthalten.

Betrachtet man das Endergebnis der Entnazifizierung in den Westzonen, so kann man sagen, dass es im Wesentlichen ein Fehlschlag war. Aus verschiedenen Gründen:

- die Entnazifizierung fand nicht als Selbstreinigungsprozess der Deutschen statt, sondern wurde von den Besatzungsmächten oktroyiert;
- dem Entnazifizierungsprozess lag ein Faschismusverständnis zugrunde, das nicht vom Klassencharakter, sondern vom Massencharakter des Systems ausging. Daraus folgte die Kollektivschuldthese. Diese wiederum führte zum Versuch einer rein personellen Säuberung;
- das bürokratische Verfahren traf die vielen Mitläufer in ihrem Lebensbereich härter, und die Belasteten weniger hart, als sie es verdient hatten;
- wohl auch aus diesen Gründen liessen die deutschen Behörden es zu, dass mit Ausnahme der strafrechtlich Verurteilten fast alle, die aus ihren Ämtern entfernt worden waren, wieder zurückkehrten. Eine Handhabe zur Wiedereinstellung dieser Beamten wurde mit Artikel 131 GG geschaffen.

«Das macht nach Adam Ries 10 Komma nichts»

Der Wandel der Rechenmethoden und der Rechtsauffassung an der Wende zur Neuzeit

Die Erleuchtung oder: Wie Fräulein Franziska aufgrund der Erfahrung, dass Nichts doch etwas sein kann, ihre Selbstsicherheit wiederfindet.

Als Fräulein Franziska die Stuten zum Eingangstor der städtischen Grund- und Hauptschule für Mädchen in P., einer Kleinstadt im hohen Norden Deutschlands, emporstieg, entrannt ihrer Brust ein leiser Seufzer, in dem sich ihr in heftiger Bewegung befindliches Herz der Last zu entledigen suchte, die sie auch heute, einen Tag danach, ungemindert niederdrückte. Immer noch klangen ihr die Worte des hochverehrten Pastors Fürchtegott Gellert aus der gestrigen Sonntagspredigt in den Ohren: « ,Darum spricht Gott der Herr, weil Ihr Trug redet und Lügen wahr sagt, siehe, darum will ich an Euch, spricht Gott der Herr. Und meine Hand soll über die Propheten kommen, die Trug reden und Lügen wahrsagen. Sie sollen in der Gemeinschaft meines Volkes nicht bleiben/ Und deshalb,» so war er mit donnernder Stimme fortgefahren, «meine lieben Brüder und Schwestern in Christo, ist jene» – Pastor Gellert hatte an dieser Stelle gestockt und ganz offensichtlich nach Worten gesucht, die seiner Empörung angemessen waren, überlegte Fräulein Franziska, – «ist jenes Hirngespinnst, scheinbar zum Wohle des Einzelnen ersonnen, in Wahrheit jedoch zügelloser Freizügigkeit Tür und Tor öffnend,» – gedankenverloren erwiderte Fräulein Franziska den Guten-Morgen-Gruss des Hausmeisters Michel, der vor ihr die Eingangstür zur Schule aufgerissen hatte und nun wieder – erengelgleich – seine gewohnt erfurchtgebietende Haltung neben der Pforte einnahm, um so den Einzug der Schülerinnen zu überwachen und für ein der Würde des Hauses entsprechendes Verhalten Sorge zu tragen, – «ich wiederhole, ist jenes Hirngespinnst die Ausgeburt einer teuflischen Phantasie, die die elementaren Grundeinsichten des Gotteswortes zu leugnen sucht. Jene, die sich Wissen-

schaftler nennen, die unter Berufung auf die ihnen von Gott gegebene Vernunft Gott zu widersprechen wagen und die Trugschlüsse ihres Gehirnes auch noch durch Beweise zu erhärten trachten, die sie als natürlich der Natur selbst in die Schuhe schieben» – Fräulein Franziska zuckte zusammen, als sie an diesem Punkt der Sonntagspredigt angekommen war: das Bild schien ihr verunglückt und der Hoheit des Gedankenganges abträglich –, «stellen die natürlich-göttliche Weltordnung auf den Kopf. 'Und Du, Menschenkind, richte Dein Angesicht gegen die Töchter Deines Volkes, die aus eigenem Antrieb als Prophetinnen auftreten und weissage gegen sie und sprich: Weh Euch, die Ihr Binden näht für alle Handgelenke und Hüllen für die Köpfe der Jungen und Alten, um Seelen damit zu fangen? « Hier hatten sich seine himmelblauen Augen durchdringend auf sie gerichtet, so dass sie die ihren bestürzt zu Boden hatte senken müssen. – Pastor Gellert war im weiteren Verlauf seiner Äusserungen dazu übergegangen, sein ursprüngliches Thema, die Gotteslästerlichkeit der Wissenschaften im Allgemeinen und der Naturwissenschaften im Besonderen, um eine weitere Dimension zu bereichern, und hatte die zunehmende Sittenlosigkeit vornehmlich des weiblichen Geschlechtes angesprochen, das Mann und Kind vernachlässige und sich auf die unheilvolle Suche nach . . . Etwas beuge, einen Beruf erlerne und sich anmasse, in die den Männern vorbehaltenen Gefilde des Geistlich-Geistigen vorzudringen, doch hatte seine Predigt Fräulein Franziska bis zu diesem Zeitpunkt schon in eine derartige Verwirrung gestürzt, dass sie diese und die folgenden Worte kaum mehr vernommen hatte und erst nach seiner brillant hergeleiteten Konklusion, die das Übel von Wissenschaft und Emanzipation des Weibes auf atheistische Gesellschaftskonzeptionen zurückführte, bei den Worten, – «Lasset uns beten», – aus ihrer Erstarrung er-

wacht war.

Es muss an dieser Stelle gesagt werden, dass Fräulein Franziska Mathematikerin war und dass sie ihren Beruf als Rechenlehrerin mit Leib und Seele ausführte. Die nüchterne und saubere Art mathematischer Überlegungen sagte ihr zu, dieses Denken sine ira et studio, bei dem Gefühle keine Rolle spielen. Das System der Zahlen war für sie der Inbegriff der Reinheit, gefeit gegen jegliche Form emotionaler Versuchung, die sie als gläubige Protestantin für äusserst gefährlich erachtete. Gerade deshalb hatten sie die Worte des Pastors auch so verletzt. Freilich: Naturwissenschaftliche Erkenntnisse und Glaube schienen in vielerlei Hinsicht unvereinbare Gegensätze – auch ihr waren ja, seit sie sich intensiv mit der Mathematik beschäftigte, hie und da Zweifel an gewissen Aussagen der Bibel gekommen – sie brauchte nur an die im Alten Testament angegebenen biblischen Lebensalter und die darauffussende Zeitrechnung zu denken – aber war sie deshalb schon eine Gefahr für die ihrer Obhut anvertrauten Kinder? War sie mitschuldig an der umsichgreifenden Freigeisterei der Zeit?

An diesem Punkt ihrer Überlegung angekommen, fand sie sich vor der Tür des Klassenzimmers wieder. Sie öffnete und entliess für einen Moment Licht in den schmalen, dunklen Gang, den sie entlang geschritten war und nun für die nächsten 50 Minuten hinter sich zurücklassen sollte. Siebenunddreissig Mädchen verteilten sich in Windeseile auf ihre Plätze, Fräulein Franziska schritt vor an den Katheder, schlug ihr Rechenbuch auf, und die Stunde konnte beginnen.

Sie übte heute das Addieren und Subtrahieren mit ganzen Zahlen: «8-7 ist, 6-4 ist, 3 + 9 macht, 14-2 ist, 19 + 5 ist.» Zwei Mädchen, die sie herausgerufen hatte, schrieben auf die zusammengeklappte Tafel Aufgaben und Lösungsvorschläge, der Rest der Klasse war über seine Hefte gebeugt. Fräulein Franziska diktierte in die Stille hinein, und ihre Gedanken begannen zu wandern.

«So spricht Gott der Herr: Weh den törichten Propheten, die ihrem eigenen Geist folgen und haben doch keine Gesichte.» Was wenn Pastor Gellert die Bibel zu streng auslegte? Waren denn alle Errungenschaften der Mathematik Teufelswerk? Hatte nicht gerade sie schon oft den Menschen geholfen? Hatte nicht gerade das Rechnen den allgemeinen Nutzen befördert und List und Betrug unter den Menschen

eine Schranke gesetzt? Teufelswerk?

Fräulein Franziska schüttelte heftig den Kopf, und ein lautes «Nein» entfuhr ihren Lippen, das sie, die erstaunten Gesichter der Kinder bemerkend, dazu benutzte, ihre Schülerinnen nochmals streng auf die Notwendigkeit einer sauberen Zahlendarstellung hinzuweisen.

Und hatte sie nicht irgendwo gelesen, dass auch und gerade Melanchthon, der grosse Freund des Reformators, seine Studenten in Wittenberg dazu aufgefordert hatte, das Rechnen mit den arabischen Ziffern zu lernen? Ihm konnte man ja nun wirklich nicht den Vorwurf machen, die Menschen zu gotteslästerlichem Tun verführt zu haben. Gewiss, es war eine islamische Wissenschaft gewesen, aber war nicht auch Jesus Christus, was seine Abstammung betraf, ursprünglich Jude?

Fräulein Franziska erschrak ob des blasphemischen Charakters ihrer Gedankengänge und wandte sich, das innere Reich der Freiheit verlassend, entschlossen dem äusseren Reich der Unfreiheit und ihren Schülerinnen zu. «Wir wollen heute etwas weiter gehen in unserem Stoff», meinte sie, «und uns das Rechnen mit jenen Zahlen vornehmen, die nicht ganze Zahlen sind.» Als erstes führte sie das Komma ein und erklärte seine Funktion. Dann übte sie das Theoretisch-Gesagte an Beispielen, und die schwarze Tafel füllte sich erneut mit weissen Kreideziffern, die diesmal von vertikalen und horizontalen Linien durchbrochen waren. Den Kindern machte es Mühe, 1 Komma 2 und 3 Komma 8 zusammenzuzählen. Sie setzten das Komma falsch oder rundeten nicht auf, kurz Fräulein Franziska war nach 20 Minuten am Ende ihrer Weisheit angelangt. Es war den Mädchen nicht klar zu machen, dass, wenn man Etwas zu Etwas hinzutat, Nichts das Ergebnis war, dass aus 3 Komma 25 plus 6 Komma 75 10 Komma nichts folgte.

Beide Seitentafeln waren schon vollgekritzelt und wurden zur Seite hin aufgeklappt. Pastor Gellert, das Alte Testament, der Islam und Melanchthon waren vergessen. Fräulein Franziska arbeitete angestrengt. Und in dem Moment, als sie zum wiederholten Male die addierten Zahlen aufrundete, und, um den Rechenvorgang anschaulich zu machen, zwei Nullen hinter das Komma malte, brach durch die Wolken des trüben Novembertages die Sonne hervor, und ein Strahl fiel genau auf die mysteriöse Ziffer 0. Da war es Fräulein Franziska, als sei der Geist Gottes über sie gekommen, und sie erkannte das Wesen der Null. Da

wusste sie, dass Pastor Gellert und alle jene nicht recht hatten, die die Mathematik als Teufelswerk verdammt. Denn die Null war wie Gott, für sich genommen nichts und doch für die Rechenkunst alles. Auf sie war alles in der Mathematik bezogen. Nur durch sie war 2 als Zahl von einstelligem Wert, als 02, erkennbar. Nur sie machte aus einer beliebigen Ziffernfolge drei sieben fünf die Zahl dreihundertundfünfundsiebzig. Sie war absolut wie Gott, nicht sichtbar, nicht greifbar und doch alles Sichtbare und Greifbare bestimmend, ihm seine Position und seinen Wert verleihend. Die Mathematik war ein Zeichen Gottes, das begriff sie, Sinnbild seines Wirkens auf Erden. Und sie, Fräulein Franziska, Mathematikerin, war in einem jener unerschöpflichen und unbegreiflichen Gnadenakte Gottes dieses Wissens, das Glaube ist, teilhaftig geworden. «Denn darin wird offenbart die Gerechtigkeit, die vor Gott gilt, welche kommt aus Glauben in Glauben, wie denn geschrieben steht: Der Gerechte wird aus Glauben leben.» Sie war die Verkünderin göttlichen Willens, in ihrem schwarzen Kleid mit weissem Spitzenkragen vor dem schwarzen Altar aus Schiefer.

Als die Schulglocken das Ende der Rechenstunde einläuteten, berührten ihr Gebimmel das Ohr einer Gewandelten. Fräulein Franziska wusste sich eins mit den Gläubigen der Christenheit und, weit über die Grenzen des Abendlandes hinaus, mit den Gläubigen des Islam, eins mit Ihm und vor Ihm, wusste sich 1 im Angesicht Gottes.

Kritik der Erleuchtung oder: Wie einige Wissenschaftler aufgrund der Erkenntnis, dass das Nichts, das Etwas ist, irgendwann für null und nichtig erklärt werden könnte, ihre Selbstsicherheit zu verlieren beginnen.

Thesen zu einem Wissenschaftsproblem, die in ein dichterisches Gewand gekleidet sind, werden von Wissenschaftlern meist keiner weiteren Überlegung für würdig gehalten. Im Allgemeinen teile ich diese Bedenken hinsichtlich der Diskussionswürdigkeit dichterischer Aussagen nicht, doch scheinen sie mir gerade, was den hier vorweg abgedruckten Text betrifft, angebracht zu sein. Denn Fräulein Franziskas Behauptungen über das Wesen des indisch-ara-

bischen Zahlensystems sind schlichtweg falsch, einmal ganz abgesehen davon, dass sie es für eine islamische Erfindung hält, obwohl doch allgemein bekannt sein dürfte, dass sein Ursprungsland Indien ist.

Ich will meine Ansicht begründen:

Fräulein Franziska schreibt dem dezimalen Positionssystem transzendente Bedeutung zu, indem sie die Funktion der Null als indirekten Beweis für das absolute Wirken Gottes in der Welt begreift, das eben auch im Bereich der Zahlen erkennbar sei. Sie führt die Existenz des indisch-arabischen Zahlensystems letztendlich auf den unerklärlichen Willensakt eines Gottes zurück, der – und das meint hier «absolut» – «losgelöst» von allen sinnlich konkreten Erscheinungen als Grösse an sich existiert, unwandelbar und ewig, aller Geschichtlichkeit enthoben, eines Gottes, der in Beziehung auf alle sichtbaren, konkreten Erscheinungen der Umwelt «uneingeschränkt» bedeutungsgebend wirkt.

Damit aber verabsolutiert sie eine wissenschaftliche Methode und letztendlich auch die aus ihr kommenden Erkenntnisse, die sie göttliche Merkmale annehmen lässt und damit ihrer Einbindung in einen ganz bestimmten kulturellen bzw. historischen Zusammenhang enthebt, anstatt Gott und die Null, so wie sich ihr beide in ihren Wirkungen darstellen, als Ausdruck einer besonderen Art zu denken aufzufassen, die ihrer Person eigen ist.

Ähnlich wie Pastor Gellert versteht sie unter Glaube ein Wissen absoluter Wahrheiten, überträgt jedoch im Unterschied zu ihm diese Vorstellung auch auf den Bereich der Naturwissenschaften, speziell auf die Mathematik. Letztere erscheint nunmehr losgelöst von einem erkennenden Subjekt, geschichtlicher Wandelbarkeit entrückt und objektiv.

Ich muss gestehen, dass mich die Erkenntnis, meinem eigenen Hirn eine derartige gedankliche Fehlleistung entsprungen zu sehen, schmerzlich traf – oder sollte ich meine Geschichte falsch verstanden haben?

Es sei, wie es sei: Ich will im Folgenden der oben aufgeworfenen Frage, ob die Mathematik einer Zeit auf einem ganz bestimmten Denkverhalten der zu dieser Zeit lebenden Personen beruht oder ob sie selbst in ihren methodischen Ansätzen und daraus resultierenden Erkenntnissen objektiver Natur sei, weiter auf den Grund gehen und sie in einer diesmal wissenschaftlich sich gebenden Untersuchung erneut diskutieren. Ich greife Fräulein Franziskas Anregung auf und untersuche das dezimale Positionssystem vor dem Hintergrund seiner endgültigen Rezeption in Deutschland, die im späten 15. und frühen 16. Jahrhundert vor sich ging.

Meine These lautet folgendermassen: Mathematische Methoden und Erkenntnisse sind Zeugnisse eines Denkverhaltens, das kulturell bzw. historisch eingeordnet werden kann. Demgemäss muss sich die gedankliche Struktur, die in der Mathematik zum Tragen kommt, auch in den gleichzeitigen Vorstellungen zu inhaltlich ganz anders gearteten Lebensbereichen auffinden lassen, wie z.B. in der Rechtsauffassung einer Kultur, bzw. Epoche. Auf unseren Fall angewandt heisst das, dass wir zunächst die gedankliche Struktur des Rechnens mit den indisch-arabischen Zahlen beschreiben müssen. Sie wollen wir durch einen des Kontrastes halber gewählten Vergleich mit einer anderen Rechenmethode gewinnen, die schon in der Zeit vor 1500, aber auch noch danach gebräuchlich war. Unsere Stukturbeschreibung muss so beschaffen sein, dass sie ein inhaltlich vollkommen andersgeartetes Gebiet, den Rechtsbereich, zu erfassen vermag, d.h. sie wird ziemlich abstrakt aussehen müssen. In einem zweiten Schritt wollen wir dann die erarbeitete Struktur mit der des andersgearteten Lebensbereiches vergleichen und ihrer beider Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung feststellen. Erst danach wird es möglich sein, eine Aussage zu wagen über die Geschichtlichkeit mathematischer Methoden und Erkenntnisse und eine vorläufige Antwort zu geben auf die Frage, ob diese Wissenschaft ein Glaube ist, d.h. ob durch sie den Menschen Wahrheiten über die Welt vermittelt werden, die unabhängig von ihnen Gültigkeit besitzen oder ob sie ein Glauben ist, dh. ein gedankliches Verhalten einer Personengruppe und historischem Wandel unterworfen. (1)

Im deutschen Reich des späten 15. und beginnenden 16. Jahrhundert gab es zwei Methoden, elementare Rechenoperationen wie Addition, Subtraktion, Multiplikation und Division auszuführen, denen überregionale Bedeutung zugesprochen werden kann. Die eine war das sog. Rechnen auf den Linien, die andere das Rechnen auf der Feder, wie der indisch-arabische Rechenweg genannt wurde.

Betrachten wir zunächst das Rechnen auf den Linien, und versuchen wir, seine gedankliche Struktur herauszuarbeiten, vor deren Hintergrund die Eigenart des dezimalen Positionssystems schärfer gefasst werden kann.

Das Linienrechnen war im Deutschland des 15. und 16. Jahrhunderts allgemein verbreitet, wird in mehreren der zu dieser Zeit aufkommenden, gedruckten Rechenbüchern beschrieben und auf einer Fülle von Bildern dargestellt. (2) Es weist Ähnlichkeiten mit dem römischen Rechnen auf, das ebenfalls mit einem Rechenbrett arbeitete und seit dem frühen Mittelalter auch im Gebiet nördlich der Alpen bekannt war. Aus ihm ist es vielleicht im 13. Jahrhundert entstanden. (3)

Diese Methode rechnet auf nicht-abstraktem Wege, was sich schon in der Wahl der Hilfsmittel zeigt: Das Rechnen auf den Linien erfordert Hände, Rechenpfennige und eine Rechenbank. Die einzelnen Rechenoperationen werden ausgeführt, indem man die Rechenpfennige auf dem Rechenbrett hin und her verschiebt, so dass sie in Gestalt einer auf diese Weise gelegten Figur einen bestimmten Zahlenwert darstellen. Auf dem Rechenbrett, der Rechenbank aus Holz, das auch durch ein Papier oder Tuch ersetzt werden kann, sind mehrere waagrechte Linien angebracht, die von unten nach oben gelesen Einer-, Zehner-, Hunderter- und Tausenderwerte versinnbildlichen. Die Räume zwischen den Linien bedeuten jeweils die Hälfte des Wertes der darüber liegenden Linie, also Fünf, Fünfzig, Fünfhundert usw. Der eigentliche Rechengang erfordert eine gewisse manuelle Fertigkeit beim Verschieben der Rechenpfennige, sowie die Fähigkeit, fünf Pfennige bündeln und dafür einen Pfennig nach oben in den Zwischenraum legen, letztendlich also fünf Finger als zu einer Hand gehörig erkennen zu können, bzw. zwei Pfennige im Zwischenraum bündeln und auf die nächst höhere Linie legen, also zwei Hände

als zu einem Körper gehörig erkennen zu können. Das Rechnen auf den Linien ist ein Rechnen mit den Händen, welches Prinzip durch die Verwendung der römischen Ziffern unterstützt wird, wie sie im Mittelalter gebräuchlich waren: I II III IIII V VI VII VIII VIII X. Die sinnlich gegebene Anzahl Rechenpfennige auf dem Rechenbrett kann eins zu eins in die Schriftzeichen übertragen werden.

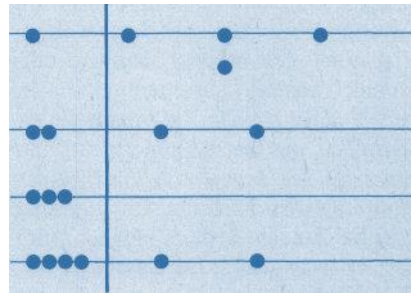
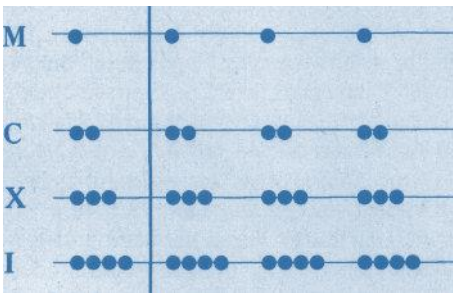
Um das Gesagte zu verdeutlichen, sei der Vorgang einer Multiplikation kurz dargestellt: Gefragt sei nach dem Ergebnis der Rechnung MCCXXXIII mal III.

Die waagrechten Linien werden durch einen senkrechten Strich in zwei Bereiche aufgeteilt, in dessen linken der Ausgangswert gelegt wird, während der rechte der eigentlichen Rechenoperation, bzw. dem Resultat, vorbehalten bleibt. Man verteilt die Rechenpfennige im linken Bereich auf die einzelnen Linien. Der Multiplikand III wird gesondert vermerkt, und die links vorgegebene Figur so oft im rechten Bereich gelegt, wie der Multiplikand vorgibt.

Um zu begreifen, wie sehr viele Menschen im späten Mittelalter gerechnet (und gedacht) haben, ist es unbedingt nötig, selbst einmal eine Rechenoperation auf diese Weise ausgeführt zu haben, da nur so die Besonderheit dieser Methode verstanden werden kann, die durch einen völligen Mangel abstrakter Denkvorgänge gekennzeichnet ist. Ich erwähne das an dieser Stelle, weil mir selbst, die ich gedanklich

geschult wurde am indisch-arabischen Zahlensystem, der Fehler unterlief, dieses entscheidende Moment zu vergessen: Ich verdreifachte die links vorgegebene Pfennigzahl Linie für Linie nacheinander im rechten Bereich, statt die sinnlich wahrnehmbare Einheit der Zahlenfigur, die alle vier Linien von I bis M umfasst, zu wahren. Ich sah keine Gestalt, sondern lediglich wiedergegebene Zahlen. Die Anschaulichkeit dieser Rechenmethode ging dadurch, dass ich meinen Kopf zu Hilfe nahm und automatisch die im linken Bereich auf den verschiedenen Linien ausgelegten Rechenpfennige jeweils mit Dezimalpositionen in Verbindung brachte, verloren.

Im Folgenden werden jeweils fünf (zwei) Rechenpfennige gebündelt, wobei gleichgültig ist, wo man beginnt. Ein Pfennig wird dafür in den Zwischenraum (auf die Linie) darüber gesetzt und die restlichen vier Pfennige (bzw. der verbleibende Pfennig) werden weggenommen, so dass, beginnt man z.B. auf der untersten Linie, im untersten Zwischenraum zwei und auf der untersten Linie ebenfalls zwei Pfennige liegen bleiben. Die im Zwischenraum liegenden zwei Pfennige werden durch einen auf der nächst höheren Linie ersetzt usw., bis man keine Pfennige mehr bündeln kann und das gewünschte Resultat sichtbar in einer nur noch wenige Pfennige umfassenden Figur vorliegt.



Die zu einer neuen Gestalt vereinigten Pfennige können nun sofort in die römische Ziffernsprache übertragen werden: MMMDCCII. Versuchen wir nun abstrakt zu beschreiben, was geschehen ist: Die arithmetische Operation beruht auf mechanischen Handlungen, in deren Verlauf sinnlich gegebene Elemente, die Rechenpfennige, in das Geschehen einbezogen

oder aus ihm ausgeschlossen werden. Der Wert des einzelnen Elementes, des einzelnen Rechenpfennigs, ergibt sich allein aus seiner Einbezogenheit in die gerade ablaufende Handlung, losgelöst von ihr bleibt er wertlos: Behält man z.B. einen vor Beginn der Rechenoperation markierten Rechenpfennig im Auge, so stellt man fest, dass sich sein Wert laufend

ändert, je nachdem, an welchem Punkt der Operation man ihn betrachtet. Dem einzelnen Element (Rechenpfennig) wird kein eigener, von der momentan ablaufenden Handlung unabhängiger (abstrakter) Wert zugesprochen. Er ist kein eigenständiges Element, sondern ein Moment der Handlungseinheit. (Ergebnis 1).

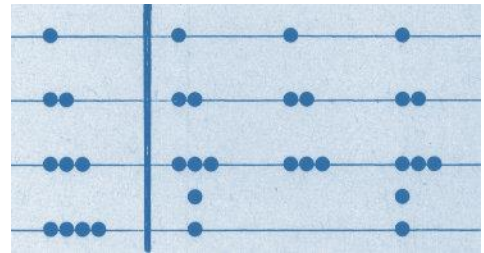
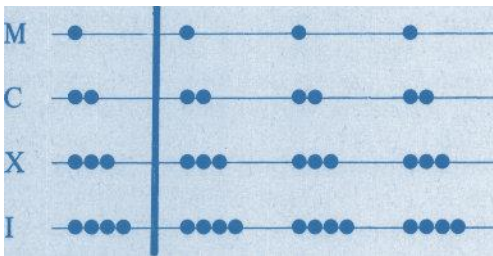
Gehen wir einen Schritt weiter:

Bei dieser Rechenmethode ist nach jeder Handlung ein Gesamtergebnis gegeben, da zu jedem Zeitpunkt der Multiplikation die Gesamtheit der Rechenpfennige und nie nur ein Teil von ihnen betroffen ist. Zu allen Zeitpunkten, nach jeder Handlung liegt ein Zahlenwert vor,

der alle von der Multiplikation betroffenen Handlungsmomente umfasst und die zuvor gefundenen Ergebnisse durch ein neues ersetzt. Eine inhaltliche Unterscheidung zwischen Gesamtergebnis und davon unabhängig bestehendem Teilergebnis gibt es also nicht. Dementsprechend auch keine Über- bzw. Unterordnung von Gesamtergebnis und Teilergebnis.

Ich will dies an dem weiter oben ausgeführten Rechenbeispiel deutlich machen: Beginne ich z.B. in einem ersten Schritt auf der untersten Linie zweimal jeweils fünf Pfennige zusammen zuzählen, verschiebe sodann zwei nach oben, so ergibt sich folgende Figur und damit folgender Zahlenwert:

Schaubild II



Übertragen in das römische Ziffernsystem lautet das Ergebnis:

MMMCCCCCXXXXXXXXXXVII, also 3702.

Das Ergebnis ist in diesem Falle auch das Endergebnis. (4)

Fassen wir zusammen:

Menschen, die so rechnen (und denken), gehen davon aus, dass alle ablaufenden Handlungen für sie im Augenblick und sofort ein Gesamtergebnis haben müssen. D.h. sie sehen ihre augenblicklichen Handlungen nicht als Teilschritte an oder anders ausgedrückt, sie ordnen sie nicht einem in der Zukunft liegenden Ziel (Endergebnis) unter, von dem allein aus ein für sich bestehender Teilschritt seine Bedeutung erhielt. (Ergebnis 2). Ist ein dergestalt zustande gekommenes Ergebnis nicht zufriedenstellend, so wird der gesamte Vorgang wiederholt, bis das Resultat «richtig» ist. Anders formuliert: Aus dem Fehlen einer Unterscheidung zwischen Gesamtergebnis und Teilergebnis folgt, dass, sobald diese Menschen nach Abschluss einer Operation einen Fehler begangen zu haben glauben, sie zur Probe die gesamte Operation von Neuem und ganz von

vorne beginnen müssen, da ja immer die Gesamtheit der Elemente betroffen ist und nie nur ein Teil derselben, was es einem andernfalls ermöglichen würde, nur die ihn betreffende Handlung zu wiederholen. (Ergebnis 3). Betrachten wir nun vor diesem Hintergrund das Rechnen auf der Feder. Es ist eine dem Mittelalter in Deutschland unbekanntere Rechenkunst, die zwar schon in der Spätantike entwickelt wurde (5), jedoch im Bereich nördlich der Alpen bis in die Zeit der Renaissance nie Fuss gefasst hat. Man kann gegen diese Behauptung einwenden, dass doch schon Gerbert, der allseits berühmte Wissenschaftler und spätere Papst Sylvester II (um 1000), die indisch-arabischen Ziffern gekannt habe, wenn auch zugegebenermaßen nicht die Null, und dass um 1200 eine Handschrift aus dem Kloster Salem alle Zahlen von 1 bis 9 mitsamt der Null verzeichne. (6) (Übrigens: Um sich ihre Bedeutung klar zu machen, verglich der Verfasser die Null mit Gott!) Doch sind dies erstens Einzelbeispiele, die breitenwirksame Rezeption der indisch-arabischen Zahlen findet erst im 15. und 16. Jahrhundert statt. (7)

Zum zweiten muß man unterscheiden zwischen der Rezeption der indisch-arabischen Individualziffern von 1 bis 9, der Rezeption der Null als Lückenzeichen und der Rezeption der indisch-arabischen Rechenmethode. (8) Letztere ersetzte ja nicht nur die römischen Ziffern vollständig durch neue, erforderte nicht nur ein Maß an Abstraktionsfähigkeit, das es erlaubte, ein Zeichen zu verstehen, das eine Lücke, ein Nichts markierte, sondern verlangte

das Vermögen, eine Operation im Kopf durchzuführen, zu deren Gelingen es nötig war, jedes der an ihr beteiligten Elemente mit einer abstrakten Position zusammendenken zu können, die sich aus der Beziehung des Elementes auf die Null ergab. Und dieses Vermögen wurde augenscheinlich in Deutschland erst um 1500 erworben.

Ein Beispiel:

Ab 1470 finden wir in den Rechnungen der Stadt Augsburg neben den römischen die indisch-arabischen Ziffern von 1 bis 9, mitsamt der Null. Dennoch ist in allen diesen Fällen eindeutig mit Hilfe des Rechenbrettes gerechnet worden, denn neben den Bezeichnungen für realexistierende Geldsorten, Gulden und Heller, taucht der Begriff „Pfund“ auf, der eine reine Bündelungseinheit ist. So kannten die städtischen Rechner wohl die fremdländischen Ziffern und konnten eine auf ihrem Rechenbrett durch Rechenpfennige nicht besetzte Stelle mittels einer Null schriftlich bezeichnen, aber die Art und Weise, wie sie tatsächlich rechneten, war voll und ganz die alte geblieben. (9)

Worin unterscheidet sich nun das Rechnen auf der Feder vom Linienrechnen?

Man benötigt nun Papier und Feder, da der Rechenvorgang mit dem Notationsvorgang identisch geworden ist, das Einmaleins, die Kenntnis der indisch-arabischen Ziffern von 1 bis 9, sowie ein hohes Maß an Abstraktionsfähigkeit, das die Null in ihrem eigentlichen Wert als positionierendes (wertgebendes) Element erfassen kann.

Die Null ist ein Element, dem bei sämtlichen mathematischen Operationen entscheidende Bedeutung zukommt, ohne daß ihr in der Realität ein sinnlich handgreifliches Äquivalent entspräche (Null ist Nichts) und ohne daß sie während der rechnerischen Operation als Zeichen (0) realisiert werden müßte. Und diese ihre Bedeutung verzögerte m.E. die Rezeption des indisch-arabischen Rechenwegs im Deutschen Reich um mehrere Jahrhunderte und verlegte sie ins 16. Jahrhundert.

Als Ziffer für sich allein genommen ist die Null bedeutungslos: $3 + 0 = 3$, $3 - 0 = 3$. Sobald sie jedoch zu den anderen Individualziffern hinzutritt, erhält sie eine Bedeutung, verwandelt sie die Ziffer 3 in ihren 10fachen, 100fachen etc. Wert. Aber nicht nur das: Der mit den indisch-arabischen Ziffern Rechnende muß nicht nur die Eigenschaften des Wertes Null kennen, sobald er in Form eines Kringels

Rechnung auff der Linien vnd Federn/

Auff allerley handehirung gemacht/
durch Adam Risen.



Zum andern mal übersehen.
vnd gencket.

Anno M. D. XXXVI.

vor Augen erscheint, sondern auch dann, wenn er überhaupt nicht sichtbar vorhanden ist. Er allein verwandelt eine beliebige Aufeinanderfolge von Ziffern, z.B. drei sieben fünf zwei in die Zahl dreitausendundsiebentundzweiundfünfzig, insofern er jeglicher Ziffer über ihren Wert als individuelles Zeichen hinaus zusätzlichen Positionswert verleiht, insofern er die Ziffer 7 in der oben angeführten Zahl als 700, also als Zahl von dreistelligem Wert, erkennbar macht.

Betrachten wir zum Vergleich die römische Zahlennotation, wie sie beim Linienrechnen üblich war. Der Zahlenwert dreitausend-siebentundzweiundfünfzig, römisch MMMDCCLII, ergibt sich nach einer gewissen Zeit dadurch, dass man von einer beliebigen Ziffer ausgehend eine Ziffer nach der anderen hinzuzieht, wobei gleichgültig ist, bei welcher man beginnt: Ich erkenne M gleich tausend, D gleich fünfthundert, also tausendfünfthundert, dann wieder M, also zweitausendfünfthundert usw. Wenn alle Ziffern einbezogen sind, kann ich den Zahlenwert angeben, vorher nicht. Anders im indisch-arabischen Zahlensystem: $3 \cdot 752$. Sobald die Anzahl und Art der Positionen bestimmt worden ist, d.h. sobald die Ziffern auf die Null bezogen worden sind, die bei diesem Beispiel gar nicht sinnlich gegeben ist, ist der Wert der Zahl von der ersten (linken) Ziffer an erkennbar und von links nach rechts ablesbar. Durch die Beziehung aller Ziffern auf die Null im dezimalen Positionssystem ist es möglich geworden, den Zahlenwert einer Ziffernfolge bei gleichzeitigem Fehlen aller Ziffern annäherungsweise zu rekonstruieren (Tausender-, Hunderterwert), nur durch die Angabe der Positionen. Das ist bei den römischen Ziffern nicht möglich. Ich beschreibe die Funktion des Elements Null also folgendermassen: Sie ist absoluter Natur, in dem Sinne, dass es 1. «abgelöst» von allen sinnlich wahrnehmbaren Erscheinungsformen als Wert an sich existiert und 2. in Beziehung auf alle jene gleichermaßen, «uneingeschränkt», wertgebend (positionierend) ist.

Offenbar hat sich das Bild des Menschen gewandelt: Der Mensch einer Welt, die auf den Linien rechnet, sieht seinen persönlichen Wert im Moment einer mehrere Personen umfassenden, ritualisiert ablaufenden Handlung, gegeben. (Ergebnis 1). Der Mensch der Welt, die auf der Feder rechnet, besitzt einen von der momentan ablaufenden Handlung unabhängigen, individuellen Wert, der sich aus

seiner Unterordnung unter ein absolut verstandenes Element ergibt. (Ergebnis 1').

Gehen wir einen Schritt weiter:

Ich erwähnte, dass beim Linienrechnen keine Unterscheidung zwischen Gesamtergebnis und Teilergebnis getroffen wird. Dies ist hier anders: Zu einer Multiplikation wie z.B. $1'234 \times 3$ sind mehrere Einzelergebnisse nötig, die sich jeweils nur auf einen Teil des Ausgangswertes beziehen und neben andere Teilergebnisse treten, z.B. $4 \times 3 = 12$, $30 \times 3 = 90$ usw. Die Zwischenergebnisse 12 und 90 stehen unabhängig voneinander und unabhängig vom Ausgangswert $1'234$. Die Art und Weise der Operationen wechselt: Es wird multipliziert und addiert. Auch hierin unterscheidet sich das indisch-arabische Rechnen vom Linienrechnen, bei dem ein- und derselbe mechanische Vorgang, Auslegen der Aufgabe, Bündelung und Verschieben, wiederholt wird.

Die Abfolge der Rechenschritte ist nun genau festgelegt. Es gibt über- und untergeordnete Schritte: Der Rechnende muss von rechts nach links gehend multiplizieren und addieren. Es müssen zunächst die Zahlen miteinander multipliziert worden sein, bis die Teilergebnisse addiert werden dürfen. Eine freie Entscheidung darüber, was man als erstes und was als zweites tun will, ist also nicht erlaubt. Menschen, die so rechnen (und denken), gehen nicht davon aus, dass alle ablaufenden Handlungen für sie im Augenblick und sofort ein Gesamtergebnis haben müssen, das die vorhergehenden Ergebnisse ersetzt, sondern sie sehen ihre augenblicklichen Handlungen als Teilschritte an. Anders ausgedrückt, sie ordnen sie einem in der Zukunft liegenden Ziele (Endergebnis) unter, das allein dem einzelnen Teilschritt (z.B. der Multiplikation 4×3) seine Bedeutung in der Gesamtabfolge der Handlungsschritte gibt. (Ergebnis 2'). Die Teilschritte sind von unterschiedlicher Art und Weise. Es gibt über- und untergeordnete Teiloperationen. Ihre Abfolge ist in sich streng geregelt. Aus dem Vorhandensein einer Unterscheidung zwischen Gesamt- und Teilergebnis folgt, sobald diese Menschen nach Abschluss einer Operation einen Fehler begangen zu haben glauben, sie nur jene Teilschritte überprüfen müssen, bei denen sie den Fehler vermuten. (Ergebnis 3'). Die Tatsache, dass das Rechnen auf der Feder, wie schon sein Name zeigen soll, ein schriftliches Rechnen ist, bei dem der Rechenvorgang selbst festgehalten werden kann, ermöglicht diese Vorgehensweise.

Die Bedeutung von Adam Ries

V.a. in der Zeit nach 1500 setzte sich die indisch-arabische Rechenmethode in Deutschland durch. Dies ist wesentlich das Verdienst von Adam Ries (1492–1559), des bis heute bekanntesten Mathematiklehrers der Frühen Neuzeit. (10) Es gelingt ihm das für sehr viele Menschen der damaligen Zeit schwer verständliche Denkmodell anschaulich zu machen und das Rechnen auf der Feder der Jugend „mit lust und fröhlichkeit“ (11) zu vermitteln. Seine Lehrerfolge beruhen nicht zuletzt darauf, daß er das seit langem in Deutschland bekannte und praktizierte Linienrechnen zur Grundlage des Verstehens des dezimalen Positionssystems machte, freilich nur deshalb, weil er das alte System gänzlich von seinem neugewonnenen, abstrakten Denken her verstand. So erläutert Adam Ries das Linienrechnen mit Hilfe der indisch-arabischen Zahlen und übersieht dabei die Sinnfälligkeit der römischen Ziffern, die diesen in jenem Denken eigen war.

Seine neue Denkweise zeigt sich auch darin, wie er das ältere Modell völlig neu deutet. Die waagrecht übereinanderliegenden Linien sind ihm nun Ausdruck abstrakter Dezimalpositionen, wodurch der Übergang von dieser zur neuen Rechenmethode einfach erscheint. Die waagrechten Linien werden durch senkrechte ersetzt:

„Linck 5786 Recht“ (12)

ein
zehn
hundert
tausent

In dieser Weise nahm er das ältere Denkmodell in seinen Lehrstoff auf und verbreitete es, ohne sich seiner Andersartigkeit bewußt zu werden.

Im Alter von 32 Jahren wird Adam Ries Rezeßschreiber des Bergamtes St. Annaberg, welches Amt die Überprüfung der vierteljährlichen Rechnungsbücher beinhaltete, die von den Leitern der einzelnen Zechen vorgelegt wurden. Er war nun in herzoglich-sächsischen Diensten. 1518, sechs Jahre zuvor, hatte er sein erstes Buch veröffentlicht, das sich mit dem Linienrechnen befaßte. In den darauffolgenden Jahren schrieb er ein bis heute unverfälscht gebliebenes Werk, in dem er früher

erworbene metallurgische und münztechnische Kenntnisse verarbeitete. Hierin verwandte er nur noch die indisch-arabischen Zahlen. (13) 1522 erschien sein nächstes Buch, das neben einer Einführung in das Linienrechnen auch die neuartige indisch-arabische Rechenmethode erklärte. 1523 eröffnete Ries eine Rechenschule in St. Annaberg, die sehr bald einen guten Ruf genoß. Zu dem Zeitpunkt, als er Rezeßschreiber wurde, war er also schon als unkonventioneller Mathematiker bekannt.

Ein Jahr später, 1525, geht Adam Ries seine erste Ehe ein, erwirbt ein eigenes Haus, wird Bürger von St. Annaberg und vollendet sein erst 25 Jahre später im Druck erschienen Hauptwerk mit dem Titel: „Rechenung nach der lenge/ auff den Linihen vnd Feder. Darzu forteil vnd behendigheit durch die Proportiones/ Practica genannt/ Mit gruentlichem vntericht des visierens.“

1525 gibt er die 2. Ausgabe des Rechenbüchleins von 1522 heraus und bittet einen Freund, die neuartige Rechenmethode „wider die feinde dieser kunst“ zu beschützen. (14)

Im selben Jahr kommt es in der Gegend um St. Annaberg wie im ganzen Deutschen Reich zu blutig ausgetragenen Feindseligkeiten zwischen Personen aus meist ländlichen Gebieten und den städtischen und landesherrlichen Obrigkeiten. Mitte Mai 1525 schreibt ein gewisser Bastian Epperstein zu St. Annaberg an Herzog Georg einen Brief, in dem er ihm Nachrichten über die Aufständischen in der Stadt schickt. Unter anderem berichtet er, daß „Adam Ryß receßschriber (. . .) auch darpei gestanden“ sei, als aufrührerische Reden gegen die Obrigkeiten gehalten wurden. (15)

Bastian Epperstein, „von jugent auf pei dem adel“ (16) aufgewachsen und über die Vorstellungen der Aufständischen entsetzt, sucht auch Adam Ries in den Kreis der Verdächtigen einzureihen, doch kann er augenscheinlich nichts anderes gegen ihn vorbringen, als daß er „darpeigestanden“ sei.

Es gibt keine Anzeichen dafür, daß Adam Ries aktiv an den Aufständen der Jahre 1525/26 auf Seiten der Rebellierenden mitgewirkt hat. Dennoch: Es läßt sich eine Übereinstimmung seiner Denkweise, wie sie in seinen Bemühungen um die fremdländische Rechenmethode zum Ausdruck kommt, mit jener der Revoltierenden nachweisen. Doch hierzu müssen wir ihn und den Bereich der Mathematik verlassen und uns den Rechtsvorstellungen der Aufständischen zuwenden.

Die Revolutionierung der Rechtsauffassung im Bauernkrieg

Ende Februar, Anfang März 1525 hatte der Memminger Kürschnergeselle Sebastian Lotzer auf Grund zahlreicher Beschwerden oberschwäbischer Dörfer zwölf Artikel aufgestellt, die bald im Druck erschienen waren und an die sich schon kurz danach sehr viele Schriften der Aufständischen aus anderen Gebieten des Deutschen Reiches gedanklich anlehnten. (17) In ihnen kommen folgende Rechtsvorstellungen zum Tragen:

1. Gefordert wird die Anwendung eines Rechtes, das schriftlich fixiert ist, nämlich des göttlichen Rechtes der Heiligen Schrift.

2. Das göttliche Recht der Heiligen Schrift, des Wort Gottes, des Evangeliums soll für alle Menschen uneingeschränkte Gültigkeit haben. Die Rechtsvielfalt (Kaiserrecht, kanonisches Recht, Stadtrechte etc.), mit Hilfe derer einzelnen Personengruppen ein jeweils eigener Rechtsstatus zuerkannt wurde – ein in der ständisch-spätgotischen Welt üblicher Gedanke (18) – wird abgelehnt. Alle Rechtskodifizierungen werden durch den Anspruch des göttlichen Rechtes der Heiligen Schrift auf alleinige Gültigkeit ausser Kraft gesetzt.

3. Es kommt unter den Aufständischen die Vorstellung auf, dass es so etwas wie Rechtsprinzipien gäbe, die in der Heiligen Schrift niedergelegt seien und allein über den Wert eines konkreten Gesetzes, seine Rechtmäßigkeit, entschieden.

Das heisst: Die Rechtsvorstellungen der Aufständischen von 1525 lassen Gedankengänge erkennen, die abstrakter sind als die der meisten ihrer Gegner. Für die Rebellierenden verkündete das Evangelium Rechtsprinzipien, die absolut verstanden wurden, in dem Sinne, dass sie uneingeschränkte Grundlage aller Rechtshandlungen werden sollten, selbst jedoch erst noch der Ausführung in konkret gehaltenen Gesetzen bedürften.

Ein Beispiel: In Artikel 10 verlangt Lotzer im Namen der Bauern die Rückgabe von Wiesen und Äckern an die Gemeinde. Diese ganz konkrete Forderung bezieht ihre Rechtskraft aus den Heiligen Schriften, wie die Marginalien (Luce. 6, Deutr 18, Math 8) nahezu legen suchen. (19)

Mit dem Aufkommen der Vorstellung, dass jedes konkrete Recht auf einen Kanon absoluter

Rechtsprinzipien bezogen werden müsse, wird ein jahrhundertlang vorherrschendes Rechtsdenken aufgegeben, das jeder einzelnen Personengruppe in der Gesellschaft einen ihr eigenen, spezifischen Rechtsstatus zusprach, der sie von allen anderen unterschied. Ein bestimmtes Recht hatte sich immer auf eine so oder so definierte Personengruppe beschränkt. Nun aber konnten sich die Aufständischen auf absolut wirkende Rechtsgrundsätze berufen, die nun nicht mehr auf bestimmte Personengruppen begrenzt blieben, sondern alle und damit jeden Einzelnen betrafen, wie z.B. auf das Recht des Individuums auf die durch Christi Tod erlangte Freiheit.

Machen wir uns das zuletzt Gesagte an einem weiteren Beispiel deutlich:

1492 wenden sich die Untertanen der Fürstbistümer Kempten mit mehreren Klagen an ihren Herrn. U.a. beschwerten sich die Leibeigenen über die Todfallabgabe, deren Beschaffenheit «wider ir alts Herkomen» verändert worden sei. Der Anspruch des Kemptener Abts auf die Abgabe steht 1492 nicht zur Debatte. Allein die Art und Weise, wie er sie einzieht (sofort, halb, ganz, ohne Berücksichtigung der Hinterbliebenen), wird beanstandet. (20)

1525 fordern die oberschwäbischen Bauern dagegen im 3. Artikel der oben zitierten Schrift die vollständige Aufhebung der Leibeigenschaft und begründen ihren Anspruch damit, dass sie frei seien «angesehen das uns Christus all mit seinem kostparlichen Blutvergüssen erlöst und erkauf hat, den Hirten gleich als wol als den Höchsten, kain ausgenommen.» (21)

Im 11. Artikel derselben Schrift kommen sie auf die Todfallabgabe zu sprechen. Sie verlangen ihre Abschaffung, da sie «wider Got und Eeren» eingenommen werde. (22)

Die in der Heiligen Schrift offenbarten Prinzipien (Freiheit und Ehre des Menschen) sind zu Grundrechten geworden, auf die sich jedes Individuum berufen kann. Sie stellen als absolute Rechtsprinzipien alle Rechtsgepflogenheiten grundsätzlich in Frage, wie z.B. die gemäss altem Herkommen bis dahin üblichen Abgabenverhältnisse.

Fassen wir zusammen:

Sebastian Lotzer und seine Mitstreiter gestehen dem Einzelnen einen individuellen Rechtswert zu, der sich aus seiner und aller Menschen Beziehung auf einen Kanon absoluter Rechtsprinzipien ergibt. (Ergebnis 1')

Gehen wir einen Schritt weiter und fragen da-

nach, wie sich die Aufständischen die Reform des Gerichtswesens vorstellten, die nun nötig geworden war.

Am ausführlichsten und klarsten geht auf diese Frage Friedrich Weygandt ein, ein in erzbischöflich-mainzischen Diensten angestellter Keller zu Miltenberg. (23)

1. Die bisher geltenden «weltlich Recht» werden durch das eine «göttlich und natürlich Recht» ersetzt. (24)

Das hatte Konsequenzen: Der in der spätgotisch-ständischen Welt übliche Gedanke der Rechtsvielfalt, die sich u.a. in geographischer wie schichtenspezifischer (ständischer) Hinsicht ausgewirkt hatte, wird durch den der Einheitlichkeit ersetzt. Sie umfasst nun das gesamte deutsche Reich und alle in diesem Raum lebenden Personen und fordert die rechtliche Gleichheit der Menschen aller Stände vor Gottes Gesetz.

2. Das Gerichtswesen wird einheitlich für das gesamte Reich reformiert. Es soll ein Kammergericht geben, vier Hofgerichte, sechzehn Landgerichte, vierundsechzig freie Gerichte sowie eine zahlenmässig nicht genau festgelegte Anzahl von Stadt- und Dorfgerichten, wobei auf die einzelnen Regionen des Reiches jeweils die gleiche Anzahl und Art Gerichte entfällt. Alle Personen, die Recht sprechen, müssen auf eine diesbezügliche Berufserfahrung verweisen können, dürfen jedoch keine am römischen Recht geschulten Juristen sein. Sie sollen aus allen Ständen kommen, wobei die unteren Stände prozentual die Mehrheit stellen.

3. Der Zuständigkeitsbereich der einzelnen Gerichte wird in dem einheitlich vorgestellten Rechtsraum neu und mittels sach-, nicht ständisch bezogener Kriterien geordnet. Welches Gericht wann zuständig ist, richtet sich in allen Fällen nach der Höhe des Geldbetrages, der umstritten ist.

4. Die einzelnen Gerichte werden einer in sich genau geregelten Hierarchie unterworfen. Je höher der Geldbetrag ist, über den das Gericht verhandeln darf, desto höher befindet es sich in der Rechtsprechungshierarchie. Weygandt geht dabei von einer Zehnerpotenzierung aus. «Item von Stat- und Dorfgerichten mag appellirt werden an das nechst Freigericht, doch unter 10 Gulden nit, es betreff dann Ehr oder Erbteil. Item vom Freigericht mag appellirt werden an das nechst Landgericht, doch unter

100 Gulden nit. Item vom Landgericht mag appellirt werden an das nechst Hoffgericht, doch unter 1'000 Gulden nit. Item vom Hoffgericht mag appellirt werden an das Camergericht, doch unter 10'000 Gulden nit.» (25)

Fassen wir zusammen:

In Friedrich Weygandts Plan ist eindeutig festgelegt, welches Gericht wann und wofür zuständig ist, d.h. welche Position es in der Hierarchie der Gerichtshöfe einnimmt. Für ihn ist die Abfolge der einzelnen Handlungsschritte im Falle eines langwierigen Prozesses in sich streng geordnet. Wenn der umstrittene Geldbetrag hoch ist, können mehrere Einzelschritte nötig werden, die dem in der Zukunft liegenden Ziel (Prozessabschluss) untergeordnet sind (Ergebnis 2') und deren Abfolge in sich hierarchisch gegliedert ist. Der Beschwerdeführende muss mit seiner Appellation beim Freigericht beginnen, bevor sein Fall an das Landesgericht weitergeleitet werden kann. Eine umgekehrte Reihenfolge ist nicht denkbar. Da die Ausführungen Weygandts an dieser Stelle ziemlich kurz gehalten sind, kann man nur vermuten, dass, wird auf einer Zuständigkeitsebene ein Urteil angezweifelt, der Fall auf derselben bzw. bei gestiegener Bedeutung auf der nächst höheren Ebene wiederum behandelt werden kann, ein erneuter Durchgang durch alle schon durchlaufenen Instanzen jedoch nicht nötig ist. (Ergebnis 3'). Die gedankliche Struktur dieses Handlungsablaufes stimmt mit jener des dezimalen Positionssystems überein.

Traditionelle Rechtsvorstellungen der Bauern

Die soeben beschriebene Identität könnte ein Zufall sein, doch schon die Tatsache, dass ein dem Linienrechnen strukturell vergleichbares Rechtsdenken in jener Zeit aufzufinden ist, schränkt diese Möglichkeit ein. Überraschenderweise müssen wir jedoch feststellen, dass es gerade bei jenen Menschen zu finden ist, die 1525 zusammen mit Personen wie Sebastian Lotzer, seinen Mitstreitern und Friedrich Weygandt den Aufstand tragen: Die rebellierenden Massen von 1525/26 sind, was ihr Denkverhalten angeht, nicht als in sich einheitliche Personengruppe anzusehen. Einige Teile der deutschsprachigen Landbevölkerung bezogen ein konkretes Recht nicht wie ihre aufständischen Standesgenossen auf ein Absolutum, sondern dachten auch noch 1525 in ihrem tra-

ditionellen Denkschema weiter, das schon im Falle der oben zitierten Kemptener 1492 erkennbar war. Vor allem in der Grafschaft Tirol war das der Fall. Für die Tiroler Landbevölkerung ist auch 1525 ein Recht altes Herkommen. Z.B. für die Nachbarschaft Geschnitz aus dem Gericht Steinach bei Innsbruck. 1525 klagt sie die ihnen «durch Kay. Mt. (Kaiserliche Majestät, Anm. d. Verf.) hochlöblicher gedchnus (. . . und) die vordem lanndsfursten in ewig rat» zugegebene und verordnete Freiheit zu jagen und zu fischen ein, «vnd seind der hofnung, man lass vnns noch bey vnnsern allten freyhaiten vnd alten herkomen beleyben». (26) Das Recht, auf das sich die Geschnitzer Bauern berufen, beruhte nicht auf einem im Evangelium verkündeten Rechtsprinzip. Es war auch kein Recht, das sich auf irgendeine schriftliche Urkunde stützen konnte, die bezeugte, dass die Geschnitzer das Vorrecht vor anderen Personengruppen besaßen, frei jagen und fischen zu dürfen, also auch kein Recht, wie es der spätgotisch-ständischen Welt vertraut war. Es war überhaupt kein schriftlich niedergelegtes Recht, das sie beanspruchten. Es war eine ihnen von einer Person, seiner «Kay. Mt.» bzw. mehreren Personen, den «vordem lanndsfursten», zugestandene Handlungsmöglichkeit, die über Jahre hinweg praktiziert zur Gewohnheit geworden und niemals schriftlich niedergelegt worden war.

Folgendes war geschehen:

1497 hatte König Maximilian die Gerichte Steinach und Matrei an Hans Fieger (oder Fueger) verkauft unter Vorbehalt des Rückkaufrechtes und des Verzichtes auf Jagd und Fischfang zugunsten seiner Person. Anscheinend waren die Bestimmungen des Vertrages vom Käufer eingehalten worden, während die ländliche Bevölkerung von Geschnitz, die «wir in der hoch vnd wild sitzen vnd hausen,» (27) des spätestens seit dem Tode Maximilians 1519 eingetretene Herrschaftsvakuum ausgenutzt hatte und jagen gegangen war. Die Ablegenheit der Behausungen mag ihr dabei zu statten gekommen sein. In einem Zeitraum von 28 bzw. 6 Jahren war aus einer zufällig entstandenen Handlungsmöglichkeit eine Gewohnheit geworden, auf die sie sich als rechtmässig berufen konnte.

Für die Bauern im Geschnitztal war das Recht auf freie Jagd und freien Fischfang eine allgemein akzeptierte, «gebilligte» Handlungseinheit, deren Rechtmässigkeit sich aus der langen

Dauer ihres Bestehens ergab. Dieses und alle entsprechend vorgestellten Rechte galten jeweils allein für den Personenkreis, der in die Handlungseinheit einbezogen war, und darüberhinaus nicht. So blieb die Forderung der Geschnitzer auf ihre Gemeinde beschränkt und machte in derselben Beschwerdeschrift nochmals eine Forderung nach Befreiung des Rot- und Schwarzwildes nötig, die sich diesmal auf die Personengemeinschaft des gesamten Gerichtes Steinach bezog. (28)

Absolute Rechtsprinzipien sind dem Denken in Handlungen fremd. Von daher gesehen ist es auch verständlich, dass in dieser Welt juristische Aussagen über einen die einzelne Person, das Individuum, in den Mittelpunkt stellenden Rechtswert fehlen und sämtliche Rechte, auf die die Mehrzahl der Tiroler Bauern sich beruft, in Form von Fallbeschreibungen überliefert sind.

Fassen wir zusammen:

Für die Landbevölkerung des Gerichtes Steinach ist ein Recht eine oft wiederholte, ritualisiert ablaufende Handlungseinheit, in der eine überschaubare Anzahl von Personen übereinstimmend, sie billigend, handelt. Der Rechtswert des Einzelnen ergibt sich allein aus seiner Einbezogenheit in die Handlungseinheit. (Ergebnis 1).

Gehen wir wiederum einen Schritt weiter:

Wir haben gesehen, dass Friedrich Weygandt das Gerichtswesen zu reformieren dachte, indem er die Gerichtshöfe neu gestaltete und in eine einheitliche Ordnung brachte, sowohl was ihre personelle Besetzung anging, als auch ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich und indem er die Beziehungen der einzelnen Gerichtshöfe zueinander bis in alle Einzelheiten klärte. Keinen dieser Gedanken finden wir hier wieder. Die Vorstellung, dass es so etwas wie «Instanzen» im soeben beschriebenen Sinne (Berufsjuristentum, sachlich bestimmte Zuständigkeitsbereiche, streng geregelter Instanzenzug) geben könnte, war den Bauern nicht vertraut.

Bekannt war ihnen eine Form der Rechtsfindung, die darin bestand, dass die streitenden Parteien untereinander oder mit Hilfe «etlicher vnuerwonter erberer leut» (29) die Angelegenheit bereinigten, also eine Form der Urteilsfindung, die ohne jegliche Einwirkung von Berufsjuristen zustande kam, allein durch Beratung von Personen, die von Fall zu Fall zusammentraten.

Auch die Vorstellung, dass sich innerhalb einer Rechtsgemeinschaft eine Personengruppe durch ein ihr allein zuerkanntes Vorrecht, z.B. einen ihrer Rechtsprechung vorbehaltenen Zuständigkeitsbereich vor anderen Personengruppen auszeichne (z.B. Rechtsprechung in Malefizfällen oder solchen, in denen Klerus oder Adel direkt betroffen war), scheint von den Tiroler Bauern nicht akzeptiert worden zu sein. 1519 beklagt sich die Gemeinde von Kaltem, dass sie bei schweren Vergehen, sog. Malefizfällen, nicht Recht sprechen dürfe. (30) Ihrem Pfleger hingegen ist eine derartige Vorstellung vertraut. Er weist darauf hin, dass dieses Recht seines Wissens allein dem «Potestaten» oder «Weisen» von Trient zustehe, es sei denn, die Kalterner könnten anhand von schriftlich niedergelegten Statuten und Herkommen ihren besonderen Rechtsanspruch geltend machen. (31)

Rechtsentscheidungen von Seiten solcher Gerichtshöfe, die im Falle von Streitigkeiten zwischen Angehörigen unterschiedlicher Stände von den Personen des höheren Standes angerufen werden und die Rechtsprechungsbefugnis der örtlichen Gemeindegerichte damit ausser Kraft setzen, lehnen sie ab und bitten, dass dies künftighin nicht mehr vorkommen solle, sondern «edl oder unedl (. ..) in dem gericht, do ainer sitzt» den Fall vortragen möge, «damit der arm man gegen dem pfaffn und edllewtn zu rechtn können mugen». (32) Ebenso lehnen die Bauern Einschränkungen ab, die den Rechtszug von einem Gericht zum andern betreffen.

1519 beklagen sich die Kalterner darüber, dass ihr Pfleger die «Appellations»möglichkeiten beschneide. Der Pfleger hatte jedoch kein anderes Verbrechen begangen, als die Wahlmöglichkeit zwischen zwei Gerichtshöfen, dem landesfürstlichen Hofgericht zu Innsbruck und dem Trienter Gericht, dahingehend einzuschränken, dass er für ein Entweder-Oder plädierte und eine Praxis, in der die Bauern darauf bestanden, beide Möglichkeiten gleichzeitig wahrzunehmen bzw. die getroffene Wahl von Statut zu Statut, von Fall zu Fall, unterschiedlich aussehen zu lassen, nicht akzeptieren wollte. (33)

Soviel konnten wir bisher feststellen:

Friedrich Weygandts Vorstellungen zum Thema Gerichtswesen entsprachen nicht im geringsten denen der soeben geschilderten Bau-

ern. Wie aber haben wir uns letztere zu denken?

Das folgende Beispiel macht anschaulich, wie sich die Kalterner 1519 verhielten, als sie in einem Streitfall keine Einigung mit ihrem Pfleger erreichen konnten. (34) Im zweiten Punkt ihrer dem Innsbrucker Hof übergebenen Beschwerden kommen sie auf einen Richter mit Namen Michel Notari von Thuno zu sprechen, den der Pfleger Wolfgang von Liechtenstein in sein Amt eingesetzt hatte und den die Gemeinde nicht akzeptierte. Sie verwies darauf, dass mit Willen und Wissen der ganzen Gemeinde, wie «von aliter heer ist kommen», der Richter erwählt, gesetzt und bestätigt werden müsse, was in diesem Fall nicht geschehen sei. Vor dieser Klage der Kalterner war es schon zu einer Reihe von Konflikten mit ihrem Pfleger gekommen. Wolfgang von Liechtenstein, der Michel Notari als Richter einsetzen wollte, hatte anfänglich «etlich» zu sich gerufen und sie aufgefordert «wie es ainer dem andern auch anzaigen sollt und dem tschintn (von syndicus, eine Art Gemeindevorsteher, Anm. d. Verf.); haben sy gesagt, sy wellen sich der Sachen allain nit beladen, sonnder ainem tschingn und gemain anzaign». Der Gemeindevorsteher seinerseits beschliesst, den Fall «an ain gmaine rigl zu bringen und, was er alsdann in ratt findt, wellen sy thun».

Das scheint geschehen zu sein, denn als der Pfleger ihnen nochmals Michel Notari als Richter zu bestätigen vorhält, «haben sy géant wurt, sy wellen den eegenanntten Micheln de Thuno nit haben, ursach er sey bescholten worden an ainer offnen rigl unnd sollichs nit ab im pracht.» Daraufhin verantwortete sich Michel Notari vor der Gemeinde und dem Pfleger. Diese jedoch wollte nun die Angelegenheit bei Hofe vorbringen. Wolfgang von Liechtenstein erklärte sich einverstanden und wollte den dort gefällten Spruch – «was alsdann die herrn beslissen, sey meinthalben siecht» – anerkennen. Doch damit war die Sache nicht erledigt. Denn alsbald erschien der Gemeindevorsteher mit anderen zum dritten Male vor dem Pfleger. Sie fragten ihn, ob er nicht wisse, «das die gmain zwen erwellt haben und alsdann die herrschafft ainen daraus genomen zu ainem richter und bestatt, hab ich geanntwort, mir sey nicht wissend.» Daraufhin forderten sie erneut die Einsetzung eines Richters gemäss ihren Statuten und Gebräuchen. Wolfgang von Liechtenstein jedoch setzte nach einigem Hin und Her wiederum Michel

Notari als Richter ein, und der ganze Streit wurde wiederum der Regierung in Innsbruck in Gestalt der uns überlieferten Quelle vorgelegt.

Für uns wesentlich an diesem Beispiel ist, dass der Entscheid des Hofes anscheinend für die Gemeinde von Kaltem ungünstig ausgefallen war, denn die zwei zur Klärung des Falles «verordennt commissari» (35) hatten Micheln Notari ein Zeugnis ausgestellt, dass die Gemeinde «nit gnuegsam Ursachen, derhalber berurtter von Thavon (Notary) nit zu richter gesetzt soll werden» (36) vorgebracht habe. Und erst daraufhin hatte der Pfleger nach seinen eigenen Angaben «eegenanten Michel Notari von Thuno zu ainem richter bestetten welln, wie ich obgemelt hab; darauf mir ain nachperschafft zu antwort geben, sy welln in nit haben.» (37)

Wir können wiederum feststellen, dass Weygandts Vorstellungen zu einer Reform des Gerichtswesens, was die Einsetzung von Berufsjuristen betrifft und die Einführung eines in sich streng und hierarchisch geordneten Instanzenwesens, hier nicht wiederzufinden sind. Die Bauern der Gemeinde Kaltem behandeln den Fall Michel Notari in ihrer Gemeinschaft. Als ihre Entscheidung vom Pfleger nicht akzeptiert wird, wenden sie sich an Dritte, die ihnen helfen sollen, die Angelegenheit zur allgemeinen Zufriedenheit zu bereinigen. Der weitere Verlauf des eben geschilderten Falles zeigt, dass dem von Seiten dieser dritten Person gefällten Urteil jedoch keine besondere Bedeutung zugesprochen wird, in dem Sinne, dass die Bauern es als von einer übergeordneten Instanz kommend anerkennen würden: Denn als der dort gefällte Entscheid für sie nicht zufriedenstellend ausfällt, rollen sie die umstrittene Angelegenheit von Neuem und ganz von vorne auf, d.h. verstehen ihn als letztendlich an ihren Konsens gebunden. Sie reagieren auf den von Seiten der Regierung gefällten Rechtsentscheid weder zustimmend noch ablehnend, sie scheinen ihn gar nicht wahrzunehmen, wie ihre Argumentation anlässlich der dritten Zusammenkunft mit dem Pfleger zeigt, sondern wiederholen vor dem Pfleger und nochmals in Form der uns schriftlich überlieferten Beschwerdeschrift an den Hof stereotyp ihre ursprüngliche Forderung und die anfänglich genannten Gründe dafür (Einsetzung eines Richters nach ihren Statuten und Gebräuchen) Fassen wir zusammen:

Die Struktur dieses Handlungsablaufes stimmt

mit der beim Linienrechnen beobachteten überein. Die Kalterner ordnen ihre Handlungen nicht einem in der Zukunft liegenden Ziel unter. Sie unterscheiden nicht zwischen über- und untergeordneten Handlungsschritten, zwischen Gesamt- und Teilergebnissen. Sie nehmen ein Teilergebnis (den Entscheid von Seiten des Hofes) (38) gar nicht als solches wahr und bauen ihre weiteren Handlungen argumentativ nicht auf ihm auf (im Unterschied zu ihrem Pfleger). Sie betrachten die Wendung an die Regierung als eine Handlung, die neben vielen anderen gleichgearteten steht. (Ergebnis 2). Im Falle eines Missglückens – wenn sie mit dem Ergebnis der Handlung nicht zufrieden sind – wird der gesamte Vorgang wiederholt oder anders ausgedrückt: Vorher ausgeführte Handlungsschritte gehen nicht als Teilschritte (Argumente) in den nun ablaufenden ein, sondern werden durch ihn vollständig ersetzt. (Ergebnis 3).

Der Vergleich zwischen Weygandts programmatischem Entwurf und dem Vorgehen der Kalterner während des Streites mit ihrem Pfleger mag auf die Kritik stossen, dass man zwei völlig verschiedenartige Sachverhalte miteinander vergleiche: Im ersten Falle handle es sich um blosse Gedanken einer einzelnen Person, im zweiten Falle um ein Geschehen, das tatsächlich stattgefunden habe. Ich möchte hierauf Folgendes antworten:

1. Weygandt steht mit seinen Vorstellungen nicht allein da. Sein Plan hat Vorläufer. (39)
2. Seine Art zu denken, wie sie in seinen Vorstellungen zu einer Reform des Gerichtswesens zum Ausdruck kommt (das natürliche und göttliche Recht als absolute Basis aller Rechtskodifizierungen, Berufsjuristentum, Einführung von sachlich bestimmten Zuständigkeitsbereichen, strenge Regelung des Instanzenzuges) wird im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts, z.B. von Seiten der Territorialfürsten übernommen: Wesentliche Grundlage der Neuordnung des Gerichtswesens wird nun freilich gerade das Römische Recht, das Weygandt ablehnt. (40) Die Vorstellung von der Existenz absoluter Rechtsprinzipien setzt sich in Form der Grund- und Menschenrechts-erklärungen des 17. und 18. Jahrhunderts nach und nach durch.
3. Die Kritik ist berechtigt: Man vergleicht tatsächlich zwei völlig verschiedenartige Sachverhalte miteinander, doch ist dies nicht ein Fehler des Argumentierenden, sondern ein «Fehler» des von ihm beobachteten Sachverhaltes:

a) Der Denkweise von Personen wie den oben zitierten Kalternern entspricht es nicht, Programme aufzustellen, die einen gegebenen Tatbestand auf welche Weise auch immer vollständig umgestalten und in ferner Zukunft regeln wollen, da ihnen Vorstellungen völlig fremd sind, die das Hier und Jetzt einem in der Zukunft liegenden Ziele unterordnen, (s. Ergebnis 2). Sie denken in Handlungen hier und jetzt, und die Vorschläge, die sie zur Lösung einer strittigen Angelegenheit machen, stützen sich auf Gegebenes und können sofort verwirklicht werden, wie z.B. die Vorschläge des Malser und Steinacher Gerichtes. (41) Dagegen ist die Tatsache, dass die oberschwäbischen Bauern 1525 ein Programm wie die zwölf Artikel herausgeben, in dem sie eine Beilegung der Streitigkeiten zwischen Obrigkeiten und Bauern fordern auf der Basis eines göttlichen Rechtes, das zu jenem Zeitpunkt noch in keinem Gesetz konkretisiert worden war, schon allein ein Beleg dafür, dass ihre Art zu denken nicht mehr die alte war.

b) Der Vergleich zwischen beiden Denksystemen erbrachte das Ergebnis, dass sich beide auch und gerade darin unterscheiden, dass die eine Kultur sich mündlich «verhält» und die andere sich schriftlich äussert. Und genau diese Unterscheidung finden wir auch hier wieder: Weygandt und Sebastian Lotzer schreiben ein Programm, die Kaltener handeln. Über ihre Handlungsweise wissen wir nur Bescheid durch den schriftlich überlieferten Bericht des nicht ihrer gedanklichen Welt angehörenden Pfleger.

Zusammenfassung

Wenn wir abschliessend die Unterschiede zwischen beiden gedanklichen Systemen zusammenfassen, dann ergibt sich folgendes Bild:

1. Den Elementen wird in beiden Systemen eine jeweils andersartige Funktion zugesprochen. Das traditionelle Denken (Linienrechnen und Handlungsrecht) gesteht den Elementen keinen von den Handlungen unabhängigen Eigenwert zu, während das andere (indisch-arabische Rechnen und neuzeitliche Rechtsvorstellungen) ihnen einen handlungsunabhängigen, individuellen Eigenwert zuschreibt, der sich aus ihrer Bezogenheit auf ein Absolutum ergibt. (Ergebnis 1 und 1')

2. Beide Denksysteme unterscheiden sich hinsichtlich der Art und Weise, wie sie einen Handlungsablauf gliedern. Während die Menschen der einen Kultur ihre momentanen

Handlungen einem in der Zukunft liegenden Ziel unterzuordnen verstehen, handeln die Personen der anderen in diesem Sinne nicht zielorientiert. (Ergebnis 2 und 2').

3. Das zu jener Zeit im Deutschen Reich neu aufkommende Denksystem zerlegt einen Handlungszusammenhang in mehrere unabhängig voneinander bestehende Teilschritte, deren Aufeinanderfolge in sich hierarchisch geordnet ist. Das andere Denkmodell tut dies nicht. (Ergebnis 3 und 3')

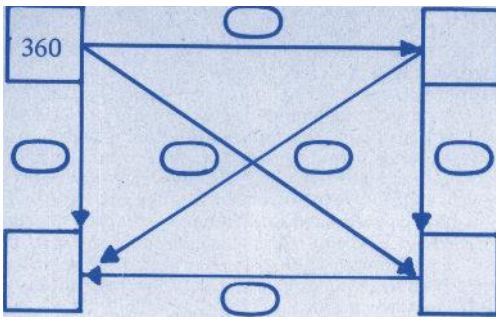
Mathematische und rechtliche Gegebenheiten einer Zeit beruhen, wie ich zu zeigen versuchte, auf einem ganz bestimmten Denkverhalten einer kulturell bzw. historisch einordenbaren Gruppe von Personen. Auch jene Wissenschaft, die scheinbar mit dem Menschen überhaupt nichts zu tun hat, die scheinbar unabhängig von ihm besteht und überzeitlich gültige Regeln und Gesetze der uns umgebenden Welt formuliert, ist geprägt von der in allen Bereichen der Gesellschaft zu beobachtenden gedanklichen Struktur, die mehreren Menschen zu einer Zeit, aber bei Weitem nicht allen, eigen ist, ist, um auf unsere zu Beginn gestellte Frage zurückzukommen, kein «Glaube», sondern ein «Glauben» und historisch wandelbar.

Allmähliche Erleuchtung oder: Wie einige Wissenschaftler aufgrund persönlicher Erlebnisse zu der Erkenntnis gelangen, dass die Relativierung des Etwas, das Nichts ist, das Etwas nicht etwa null und nichtig mache, sondern zu etwas Andersartigem.

Ich möchte zum Schluss einen Blick in die Gegenwart werfen und drei Vorkommnisse schildern, die sich in meinem näheren Bekanntenkreis ereignet haben. Sie haben bei den mir darüber berichtenden Personen Erstaunen und Verwunderung hervorgerufen ob der Andersartigkeit scheinbar vertrauter oder doch zumindest bekannter Menschen.

Fall 1: Der 11jährige Jens, mit dem sein Vater ohne Schwierigkeiten über Eisenbahnen und Autos reden kann, begeht des Öfteren den Fehler, zwei DM und fünf Pfennige zu 2,5 DM statt 2,05 DM umzuschreiben.

Fall 2: Die 9jährige Ulrike erarbeitet ohne Weiteres Lösungen von Rechenaufgaben, zu denen ihr Vater erst einer Weile Bedenkzeit bedarf. Rechenaufgaben von der folgenden Art:



In die rechteckigen Kästchen gehören Zahlen, in die ovalen operationale Symbole und Zahlen (z.B. ± 100), die Pfeile geben Beziehungen an. Es gilt, mehrere Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Fall 3: Ein älterer Herr, der an derselben Universität wie ich Geschichte studiert und viele Jahre seines beruflichen Lebens als Exportbeauftragter für eine grössere deutsche Firma tätig war, erzählte mir lächelnd, dass Mitte der 60er Jahre zu einer Verkaufsverhandlung in Hongkong der chinesische Geschäftspartner mit einem der dort gebräuchlichen Rechenbretter unter dem Arm erschienen sei und auf ihm seine Kalkulationen in Blitzesschnelle unter dem leisen Klick-Klack der Kugeln ausgeführt habe.

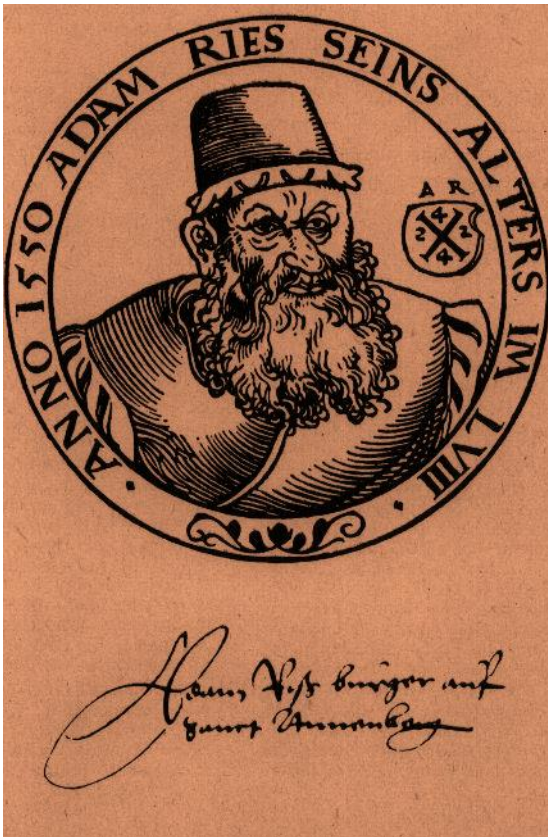
Ich überlasse es der Phantasie des geeigneten Lesers, sich auszumalen, wie diese Vorkommnisse zu interpretieren sind und was sie für uns erwachsene Europäer bedeuten könnten.

Anmerkungen:

- (1) Für Anregungen und Kritik möchte ich ganz besonders Frau Prof. Dr. Karin Reich und Frieder Schmidt danken.
- (2) Vgl. dazu Karl Menninger, *Zahlwort und Ziffer, eine Kulturgeschichte der Zahl*, 2 Bde ²1957/58 Bd II S. 144ff; Moritz Cantor, *Vorlesungen über Geschichte der Mathematik*, 2 Bde, Reprint 1965 (Nackdruck der 3. und 2. Auflage von 1907 und 1900) Bd II S. 141ff.
- (3) Menninger, a.a.O. II S. 142.
- (4) Bei einer Subtraktion oder Division, wo man den umgekehrten Weg zu beschreiben und von Anfang an Rechenpfennige aufzubündeln und wegzunehmen, statt dazugeben hat, ergibt sich zwar nicht sogleich das Endergebnis, aber ein Ergebnis, das zu jedem Zeitpunkt einen Zahlenwert darstellt, der alle Handlungsmomente umfasst und die zuvor gefundenen Ergebnisse durch ein neues ersetzt. Im Falle der Addition und Multiplikation bin ich ja auch zunächst gezwungen gewesen, die Figuren im rechten Bereich zu vervielfachen, habe also auch nicht von Anfang an das Endergebnis vorliegen gehabt, wohl aber immer ein Gesamtergebnis.

- (5) Menninger, a.a.O. II S. 214 f; die erste schriftliche Überlieferung der Null stammt aus der Zeit um 870 n. Chr.
- (6) Dazu Cantor, a.a.O. I S. 847ff und Menninger, a.a.O. II S. 132ff und S. 240. Weitere Bearbeitungen der Arithmetik des Alchwarizmi, also der indisch-arabischen Rechenmethode, aus dem 12. und 13. Jahrhundert, die im bayerisch-österreichischen Raum entstanden sind, nennt Kurt Vogel: *Der Donaauraum, die Wiege mathematischer Studien in Deutschland*, *Neue Münchner Beiträge zur Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften. Naturwissenschaftshistorische Reihe*, Bd. 3, 1973, S. 11 und 26, Anmerkung 20.
- (7) Noch im 16. Jahrhundert ist die römische Ziffer unter dem Namen «deutsch Zal» bekannt! Menninger, a.a.O. II S. 86. Frau Prof. Dr. Reich wies mich freundlicherweise daraufhin, dass ab 1400 die Arithmetik des Johannes de Sacrobosco an den Universitäten des Deutschen Reiches Verbreitung gefunden hat.
- (8) Auf diese äusserst wichtige Unterscheidung weist Menninger, a.a.O. II S. 99ff hin.
- (9) Vgl. dazu Menninger, a.a.O. II S. 93ff, v.a. S. 97 und S. 99.
- (10) Die folgenden Aussagen zu seinem Leben stützen sich auf die Schriften von Fritz Deubner, Adam Ries, der Rechenmeister des deutschen Volkes, in: *NTM (Zeitschrift für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin)* 1. Jahrgang 1960 Heft 3 S. 1 If; Walter Schellhas, der Rechenmeister Adam Ries (1482-1559) und der Bergbau, in: *NTM* 12, 1975 Heft 2 S. 14ff und Kurt Vogel, Adam Riese, der deutsche Rechenmeister in: *Deutsches Museum, Abhandlungen und Berichte*, 27, 1959 Heft 3 S. 5ff.
- (11) Alle Zitate aus einem Faksimiledruck nach einem Original aus dem Jahre 1550. Aufgelegt im Jahre 1976 in einer begrenzten Stückzahl. Herausgeber Ruf Datensystem, Karlsruhe; «Zum Leser» S. lv.
- (12) Ries, a.a.O. S. 2r, Abschnitt «Numerirn/Zelen».
- (13) Nach Schellhas, a.a.O. S. 17.
- (14) Zitiert nach Schellhas, a.a.O. S. 19.
- (15) *Akten zur Geschichte des Bauernkrieges in Mitteleuropa*, Bd. II, herausgegeben von Walther Peter Fuchs unter Mitarbeit von Günther Franz, 1942 S. 298 (abgekürzt Akten).
- (16) *Akten*, a.a.O. S. 298.
- (17) *Abgedruckt in: Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges*, herausgegeben von Günther Franz, 1963 (Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe, *Ausgewählte Quellen zur Deutschen Geschichte der Neuzeit Bd II*) S. 174ff (abgekürzt Quellen).
- (18) Über das Denkverhalten der ständisch-spätgotischen Welt kann im Rahmen dieses Aufsatzes nichts gesagt werden, doch will ich in meiner Dissertation ausführlich darauf eingehen. Dort sollen u.a. sowohl die Rechtsvorstellungen wie die Rechenweise dieser Personengruppe dargestellt werden.
- (19) *Quellen*, a.a.O. S. 178.
- (20) *Quellen*, a.a.O. S. 25f.
- (21) *Quellen*, a.a.O. S. 176.
- (22) *Quellen*, a.a.O. S. 178.
- (23) *Quellen*, a.a.O. S. 374ff. Ein Keller ist eine Art Steuereinzahler. Weygandts im Folgenden geschilderte Gedanken sind zu dieser Zeit nicht vollkommen neuartig. Über Vorläufer siehe Günther Franz, *Der deutsche Bauernkrieg*, ¹⁰1975 S. 199.

- (24) Quellen, a.a.O. S. 377; vgl. weiter oben S. 43 Punkt 1-3.
- (25) Quellen, a.a.O. S. 378.
- (26) Tiroler Geschichtsquellen, herausgegeben vom Tiroler Landesarchiv, Nr. 3. Die durch den Landtag 1525 (12. Juni-21. Juli) erledigten «Particularbeschwerden» der Tiroler Bauern, Tiroler Landesarchiv, Handschriften Nr. 2889, ed. von Fritz Steinegger und Richard Schober, 1976 S. 30 (abgekürzt TGQ).
- (27) TGQ, a.a.O. S. 30.
- (28) TGQ, a.a.O. S. 33 «Dann von wegen der rotvnd schwartzwild wellen vnd begern sy hinfuro frey zu haben vnd nicht gesondert oder gefreyt haben, dann daraus volgt dem gericht mercklich verderben.»
- (29) TGQ, a.a.O. S. 11 Gericht Altenburg.
- (30) Quellen zur Geschichte des Bauernkrieges in Deutschtirol 1525, Teil 1, Quellen zur Vorgeschichte des Bauernkrieges. Beschwerdeartikel aus den Jahren 1519-1525, herausgegeben von Hermann Wopfner, Reprint 1973 (Nachdruck der Ausgabe Innsbruck 1908) S. 11 (abgekürzt Wopfner).
- (31) Wopfner, a.a.O. S. 11 «Weiter ist mir nit anderst wissen, es gehör zu urtailn über malefitz nach laut Triennndtner statut zu Triennt durch den potestat oder weyssn daselbs, so hab ichs vormals zu merer mal begert, mir zu hannden stellen ire statut unnd heerkomen, aber nit beschehn, wie oben gemelt.» Der Ausdruck «zu hannden stellen» bedeutet soviel wie «schriftlich übergeben». Vgl. dazu Wopfner, a.a.O. S. 9 Zeile 40-44.
- (32) Wopfner, a.a.O. S. 19lf Gericht Mals.
- (33) Wopfner, a.a.O. S. 13.
- (34) Wopfner, a.a.O. S. 8f.
- (35) Wopfner, a.a.O. S. 13.
- (36) Wopfner, a.a.O. S. 13 Anmerkung 1; aus dem Text geht nicht klar hervor, ob die «commissari» vom Hof zu Innsbruck als dem ersten Personne nkr eis, an den sich die Kalterner wandten, «verordennt» worden waren oder vom Trienter Gericht, wofür der Ausstellungsort der von ihnen aufgesetzten Urkunde sprechen würde sowie eine in diesem Zusammenhang gemachte Erwähnung der Trienter Statuten von Seiten des Pflegers. Vgl. Wopfner, a.a.O. S. 9 Zeile 30.
- (37) Wopfner, a.a.O. S. 13.
- (38) Träfe die in Anmerkung 36 angedeutete zweite Möglichkeit zu, so würde die hier gegebene Interpretation noch durch ein weiteres Moment gestützt: Dann haben die Kalterner nicht nur am Hof, sondern auch in Trient um einen Entscheid nachgefragt, haben also ein- und denselben Streitfall zu wiederholten Malen verschiedenen Personen vorgelegt, ohne auf die jeweils getroffene Entscheidung im Geringsten zu achten.
- (39) Vgl. Anmerkung 23.
- (40) Zur Rezeption des Römischen Rechtes in Deutschland vgl. Franz Wieacker, Privatrechtsgeschichte der Neuzeit unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Entwicklung, ²1967 und dort besonders seine Ausführungen zum Thema Ausbildung und Hierarchisierung des Instanzenzuges S. 185f.
- (41) Vgl. S. 46 Anmerkung 32 und vgl. S. 45 Anmerkung 28.



Hitlers „wunderschöne Hauptstadt des Schwabenlandes“

Nationalsozialistische Stadtplanung, Bauten und Bauvorhaben in Stuttgart

Dem Gedenken an Albrecht Schneider und Albert Stütz

Die ideologischen Vorgaben der Stadtplanung

Die Gestaltung der Umwelt betrifft den Menschen unmittelbar und umfassend. Der Nationalsozialismus war sich dessen in hohem Grade bewußt. Neben der Propaganda wurde daher die bauliche Gestaltung der Umwelt als wesentliches Instrument zur Heranbildung des „nationalsozialistischen Menschen“ aufgefaßt. Architektur und Stadtplanung waren gerade auch deshalb ein besonderes Interessengebiet Hitlers. Schon 1925 stellt er in „Mein Kampf“ (1) fest:

Das Wesentliche aber ist doch noch folgendes: Unsere heutigen Großstädte besitzen keine das ganze Stadtbild beherrschenden Denkmäler, die irgendwie als Wahrzeichen der ganzen Zeit angesprochen werden könnten. Dies aber war in den Städten des Altertums der Fall, da fast jede ein besonderes Monument ihres Stolzes besaß. Nicht in den Privatbauten lag das Charakteristische der antiken Stadt, sondern in den Denkmälern der Allgemeinheit, die nicht für den Augenblick, sondern für die Ewigkeit bestimmt schienen, weil sich in ihnen nicht der Reichtum eines einzelnen Besitzers, sondern die Größe und Bedeutung der Allgemeinheit widerspiegeln sollte. So entstanden Denkmäler, die sehr wohl geeignet waren, den einzelnen Bewohner in einer Weise mit seiner Stadt zu verbinden, die uns heute manchmal fast unverständlich vorkommt. Denn was dieser vor Augen hatte, waren weniger die ärmlichen Häuser privater Besitzer, als die Prachtbauten der ganzen Gemeinschaft. Ihnen gegenüber sank das Wohnhaus wirklich zu einer unbedeutenden Nebensächlichkeit zusammen.

Hitler fordert ein Stadtbild, das mit „beherrschenden Denkmälern“ Herrschaft darstellt und herstellt, das, über baulich notwendiges hinaus, wesentlich politisch und gesellschaftlich wirksam wird, den Menschen in seinem alltäglichen Leben in eine festgelegte „ewige“ Ordnung einfügt. Der Einzelne mit seinem eigenartigen Willen, seinem Wohnhaus, soll dabei gegenüber der „Allgemeinheit“ d.h. gegenüber der von einem denkmalhaft vorgegebenen „Führer“ hergestellten „Volksgemeinschaft“ zu einer „Nebensächlichkeit“ zusammensinken. Hitler führt diesen Gedanken – negativ formuliert – näher aus:

So fehlt unseren Städten der Gegenwart das überragende Wahrzeichen der Volksgemeinschaft, und man darf sich deshalb auch nicht wundern, wenn diese in ihren Städten kein Wahrzeichen ihrer selbst sieht. Es muß zu einer Verödung kommen, die sich in der gänzlichen Teilnahmslosigkeit des heutigen Großstädtlers am Schicksal seiner Stadt praktisch auswirkt.

Auch dieses ist ein Zeichen unserer sinkenden Kultur und unseres allgemeinen Zusammenbruches. Die Zeit erstickt in kleinster Zweckmäßigkeit, besser gesagt im Dienste des Geldes. Da aber darf man sich auch nicht wundern, wenn unter einer solchen Gottheit wenig Sinn für Heroismus übrigbleibt. Die heutige Gegenwart erntet nur, was die letzte Vergangenheit gesät hat.

Alle diese Verfallserscheinungen sind im letzten Grunde nur Folgen des Mangels einer bestimmten, gleichmäßig anerkannten Weltanschauung sowie der daraus sich ergebenden allgemeinen Unsicherheit in der Beurteilung und der Stellungnahme zu den einzelnen großen Fragen der Zeit.

Dem Mangel an „beherrschenden Denkmälern“ entspricht der Mangel an einer „bestimmten, gleichmäßig anerkannten Weltanschauung“, die das Wesen dieser „Volksgemeinschaft“ ausmacht. Eine Vielzahl einzelner Meinungen kann in diesem Sinne nur „allgemeine Unsicherheit“ gegenüber „einzelnen großen Fragen der Zeit“ sein. In einer denkmallos verödeten Stadt erstickt der Großstädter ohne Teilnahme an der „Allgemeinheit“ in kleinster Zweckmäßigkeit, „im Dienste des Geldes“. Beherrschende Bauten aber würden über die Herstellung einer einheitlichen Volksgemeinschaft auch den Einzelnen zur Teilnahme an der vorgegebenen Ordnung und dem vorbestimmten Handeln führen und zu einem „Heroismus“ bewegen, zur inneren Annahme eines Krieges. Damit werden Bauten und Stadtplanung wesentliche Instrumente zur Herstellung der umfassenden Verfügbarkeit des einzelnen Menschen und zu seiner Einbeziehung in die vom „Führer“ autoritär verfügte Ordnung mit ihren gewalttätigen Inhalten.

Die Umsetzung dieser Vorstellungen Hitlers in konkrete bauliche und planerische Maßnahmen soll hier für Stuttgart nachgezeichnet werden. Dabei kann es – ganz im Sinne von Hitlers eigener Anschauung und Absicht –

nicht um eine gewöhnliche Architekturge-
schichte oder um politische Lokalgeschichte
gehen, vielmehr müssen wesentlich gerade
auch die sozialen und menschlichen, politi-
schen, ästhetischen und propagandistischen
Inhalte und Hintergründe dieses nationalsozia-
listischen Planens und Bauens berücksichtigt
werden. Es entsteht auf diese Weise eine Ver-
mischung von üblicherweise getrennt betrach-
teten Zusammenhängen und Fragestellungen;
aber erst dadurch wird deutlich, wie umfas-
send der engere Lebensbereich und der Alltag
der Mensch einer Stadt von nationalsozia-
listischer Weltanschauung, Politik und Herr-
schaft durchdrungen werden sollte.

Unmittelbar nach der Machtübernahme der
NSDAP leitete Hitler in Berlin und kurz dar-
auf auch in München und Nürnberg die Umge-
staltungen der Städte nach seinen Grundsät-
zen ein. Festere Form nahmen diese Massnah-
men ab 1937 mit den sog. Neugestaltungser-
lassen an, auch für die anderen Grossstädte des
Reiches. (2) Da für Stuttgart ein solcher Neu-
gestaltungserlass fehlt, war man lange Zeit der
Ansicht, dass es hier zu keiner nationalsozia-
listischen Umgestaltungsplanung kam. Möglich
wurde dies durch die dezente Vergesslichkeit
der Stuttgarter Stadtverwaltung. Diese Auf-
fassung muss jedoch korrigiert werden.

Im Dezember 1941 wurde «dem Henn Reichs-
statthalter und Gauleiter Wilhelm Murr» von
dem damaligen Stuttgarter Oberbürgermeister
Dr. Karl Strölin eine Denkschrift vorgelegt:
«Neugestaltung der Stadt der Auslandsdeut-
schen Stuttgart». (3) In dieser kaum bekannt
gewordenen Schrift äussert sich die national-
sozialistische Stadtverwaltung über die Grund-
sätze der Neugestaltung Stuttgarts «nach sieg-
reicher Beendung dieses Krieges» (S. 23). Ein-
geleitet wird die Schrift mit der Darlegung der
vier eng verflochtenen Probleme Stuttgarts,
wie sie die nationalsozialistische Verwaltung
sieht: zunächst «das Raumproblem in der In-
nenstadt». Mit den wachsenden Aufgaben der
Stadt Stuttgart – so wird festgestellt – hat die
bauliche Entwicklung nicht Schritt gehalten.
Nach dem drängenden Wachstum der Stadt
seit der Jahrhundertwende setzte mit der
Machtergreifung «eine neue Epoche in der
Entwicklung der Stadt ein». Als Gauhaupt-
stadt, als Wirtschafts- und Handelszentrum
sowie als kultureller Mittelpunkt des Landes
Württemberg nimmt sie den ersten Platz unter
den Städten im Südwesten des Reiches ein.

«Diese Entwicklung der Stadt wird weiter ge-
fördert werden durch die besonderen Aufga-
ben, die sie als Stadt der Auslandsdeutschen
vom Führer zugewiesen erhalten hat. Die Er-
füllung der Aufgaben, Stuttgart zur geistigen
Heimat aller Auslandsdeutschen zu machen,
erfordert die Schaffung einer Reihe weiterer
Einrichtungen, insbesondere von Heimen und
Bildungsanstalten für die Auslandsdeutschen.»
Ebenso besteht «ein sehr grosser Bedarf nach
Verwaltungsgebäuden der öffentlichen Hand»

— die bisher «unzulänglich und über das ganze
Stadtgebiet hin zersplittert untergebracht»
sind – «und nach Gebäuden für die Industrie,
das Gewerbe und die Geschäftswelt. Dazu
kommt vor allem die Notwendigkeit, Partei
und Staat repräsentativ in Erscheinung treten
zu lassen.» Eine Lösung all dessen «wird nur
möglich sein durch bauliche Massnahmen
grossen Stiles in der Innenstadt. Insonderheit
zu erwähnen sind hier der Bau eines repräsen-
tativen Gauforums als Sitz des Reichsstatthal-
ters, die Neubauprojekte für Verwaltungsge-
bäude des Staats, der Wehrmacht, der Stadt-
verwaltung, der wirtschaftlichen Organisations-
en, ferner Bauten, die für Veranstaltungen
der Partei und für kulturelle Veranstaltungen
oder für Zwecke der Volksgesundheit dienen.
Des Weiteren muss für eine Ausweitung der Ge-
schäftsstadt gesorgt werden» (S. 3f).

Verbunden mit dem Raumproblem in der In-
nenstadt sieht die Denkschrift das «Raum-
problem am Rande der Stadt». Stuttgart muss
sich «das für künftige Wohn- und Arbeitsstät-
ten erforderliche Gelände im weiteren Wirt-
schafts- und Siedlungsraum der Stadt» sichern
(S. 4). «Infolge der natürlichen Bevölkerungszu-
nahme der herrschenden Wohnungsnot, der
Notwendigkeit industrieller Verlagerung und
der allgemeinen Tendenz zur Auflockerung
der Grossstädte besteht gerade im Aussengebiet
der Stadt Stuttgart ein sehr beträchtlicher
Raumbedarf, auch wenn vielleicht vorüber-
gehend durch Abzug von Kräften in den Osten
die Dringlichkeit dieses Raumbedürfnisses
nach aussen nicht so stark in Erscheinung tritt.
Die Lösung dieser Raumprobleme im Aussenge-
biet der Stadt Stuttgart ist durch die seit
dem Jahr 1933 durchgeführten und insbeson-
dere auch durch die am 1. April 1942 in Kraft
tretenden Eingemeindungen gefördert wor-
den. Eine abschliessende Lösung dieser Fragen
— insbesondere durch die bereits vorgesehene
Eingliederung des zu Stuttgart gehörenden
Wirtschaftsraumes der Filder – wird der künf-

tigen Friedenszeit vorbehalten bleiben müssen.»

«Hand in Hand mit diesen Raumproblemen der Stadt Stuttgart gehen ‚die Verkehrsprobleme‘ (. . .). Die Verkehrsprobleme erfordern daher zu ihrer Lösung ebenso entschlossene wie grosszügige Massnahmen. In der Innenstadt lassen sich die Verkehrsprobleme naturgemäss nur in engster Verbindung mit den städtebaulichen Aufgaben lösen, die der Deckung des gekennzeichneten grossen Raumbedürfnisses dienen. Hier bilden die zur Aufnahme des ruhenden und des fliessenden Verkehrs erforderlichen Anlagen ebenso wie die zu schaffenden Bauwerke wesentliche Elemente einer umfassenden städtebaulichen Lösung. Im Aussengebiet der Stadt Stuttgart aber stellen die Verkehrseinrichtungen in ihrer geplanten Ausgestaltung das Gerippe für die wirtschafts- und siedlungspolitische Erschliessung des Gebietes dar»(S. 5).

«Die Lösung dieser umfassenden Verkehrsprobleme muss nun aber zugleich zum Anlass genommen werden für eine tiefgreifende städtebauliche Neugestaltung der Stadt Stuttgart». Das Stadtbild von Stuttgart ist bis heute bestimmt durch die weiten Wohngebiete, die sich im Talkessel und insbesondere über die Höhen hin ausbreiten. Es wird für die Zukunft erforderlich sein, dem Stadtbild von Stuttgart weiterhin noch eindrucksvolle Dominanten zu geben und dabei nach dem Grundgedanken der nationalsozialistischen Weltanschauung die Bauten der Gemeinschaft zum beherrschenden Element der städtebaulichen Gestaltung zu machen. Die vorliegenden Raum- und Verkehrsprobleme erfordern schon aus sachlichen Gründen[^] eine solche Fülle grosszügiger Lösungen, dass sich daraus ohne Zwang ein eindrucksvolles Stadtbild gestalten lässt, das Ausdruck der nationalsozialistischen Weltanschauung ist. Die Stadt Stuttgart hat sich seit der Machtübernahme in vielfachen planerischen Untersuchungen mit diesen Problemen befasst, sie hat sich dabei auch von ausserhalb der Stadtverwaltung stehenden Fachleuten des Städtebaus und des Verkehrswesens beraten lassen» (S. 5f).

Die in diesen Text immer wieder eingeflochtenen Verweise auf die nationalsozialistische Weltanschauung sind nicht vage, oberflächliche Zutat; die scheinbare Sachlichkeit der

Problemstellung antwortet vielmehr ganz unmittelbar auf die Forderungen Hitlers in «Mein Kampf». Wenn Hitler das Fehlen von «das ganze Stadtbild beherrschenden Denkmälern» feststellt und als vorbildlich eine Stadtgestaltung herausstellt, in der der einzelne Bewohner einer Stadt durch die Denkmäler der Allgemeinheit mit seiner Stadt verbunden wird, und in der das Wohnhaus gegenüber den Prachtbauten der Gemeinschaft zur «unbedeutenden Nebensächlichkeit» zusammensinkt, spricht die Denkschrift von «baulichen Massnahmen grossen Stils in der Innenstadt», um «Partei und Staat repräsentativ in Erscheinung treten zu lassen» und auf diese Weise einem durch weite Wohngebiete bestimmten Stadtbild «noch eindrucksvolle städtebauliche Dominanten zu geben» wodurch «die Bauten der Gemeinschaft zum beherrschenden Element der städtebaulichen Gestaltung» gemacht würden. Obwohl der spätere Text eine kühlere, sachlichere Sprache zeigt, erscheint in beiden wesentlich Gleiches: In der Denkschrift der Stuttgarter Stadtverwaltung soll, wie in «Mein Kampf», die bauliche Gestaltung der Stadt durch übergrosse Bauformen der Gemeinschaft – die mit Staat und Partei gleichgestellt wird – Herrschaft darstellen und herstellen, den einzelnen und die eigene bauliche Gestaltung seines Lebensbereiches in seinem Wohnhaus «bestimmen» oder «zusammensinken» lassen. Eine solche Gestaltung entspricht dann der Notwendigkeit – so ist zu folgern – «einer bestimmten gleichmässig anerkannten Weltanschauung», wie sie Hitler fordert, die keine allgemeine «Unsicherheit in der Beurteilung und der Stellungnahme zu den einzelnen grossen Fragen der Zeit» kennt und schliesslich auch wieder dem «Sinn für Heroismus» Raum gibt.

Schon 1935 beschrieb Strölin die Grundsätze einer solchen nationalsozialistischen Baupolitik in einer Rede vor dem Gemeinderat anlässlich der Verabschiedung der neuen – heute weitgehend noch gültigen – Ortsbausatzung: (4) «Es handelt sich für uns auf dem Gebiet des Städtebaus und der Baukunst letztes Endes wie auf allen anderen Lebensgebieten um den Kampf für die nationalsozialistische Weltanschauung (im Gemeinderat lebhaft Zustimmung). Städtebau und Baukunst waren zu allen Zeiten Ausdruck einer bestimmten geistigen Einstellung. Wir denken an die grossen Stilformen der Vergangenheit, an den romanischen, den gotischen, den Renaissance

und Barockstil; sie alle waren geschlossene Ausdrucksformen einheitlicher Weltanschauungen. Gegenüber diesen starken inneren Bindungen der alten Stilformen machte das 19. Jahrhundert erfüllt von den Gedanken des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus auch in Städtebau und Baukunst das Freiheitsstreben des Einzelnen, das freie Spiel der Kräfte und die möglichst hemmungslose Herrschaft der sogenannten Gesetze der Wirtschaft zur obersten Richtschnur. Aus dieser Einstellung heraus hat sich das 19. Jahrhundert in seinem Bauwesen ein wenig rühmliches Denkmal gesetzt; in seiner un wahrhaftig en Fassadenarchitektur ebenso wie in den auf krasse Profitwirtschaft abgestellten Mietskasernen und Hinterhäusern oder in den rein intellektualistischen und rationalistischen Wohnmaschinen des internationalen Weissenhofstils. (Aus dem Gemeinderat: «sehr richtig!»). Der materialistischen, mechanistischen internationalen Weltanschauung des Liberalismus und des Bolschewismus hat der Nationalsozialismus eine neue Weltanschauung gegenübergestellt. Sie geht aus von dem Volksganzen, von dem Gemeinnutz als oberstem Gesetz, von der Boden- und Blutsverbundenheit der Volksgenossen. Dementsprechend müssen im Geist des Nationalsozialismus auch Städtebau und Baukunst den Forderungen des Volksganzen unterstellt und im Volk und seiner Eigenart verwurzelt sein. (Beifall im Gemeinderat.)» In den überdimensionalen Wortungetümen seiner Rede hat Strölin genau abgebildet, was er in Stuttgart erst noch bauen wollte.

Neben den Äusserungen über die städtebauliche Neugestaltung Stuttgarts steht das «Raumproblem» in der Innenstadt und am Rande der Stadt im Mittelpunkt der Ausführungen der Denkschrift; auch dies nicht von ungefähr. Es ist wiederum in der engen Vertrautheit Strölin mit Hitlers theoretischen Überlegungen begründet. Die auffällige Häufung des Begriffs «Raum» («Raumproblem», «Raumbedarf», «Wirtschaft- und Siedlungsraum», «Raummangel», «Raumbedürfnis») weist auf Hitlers – freilich auf die Nation und den Staat bezogene – Überlegungen zur Bedeutung der Grundfläche und der Raumgrösse: «Nur ein genügend grosser Raum auf dieser Erde sichert einem Volke die Freiheit des Daseins. Dabei kann man die notwendige Grösse des Siedlungsgebietes nicht ausschliesslich von den Erfordernissen der Gegenwart aus beur-

teilen (. . . denn es . . .) kommt der Grundfläche eines Staates ausser ihrer Bedeutung als direkter Nährquelle eines Volkes auch noch eine andere, die militärische, zu. Wenn ein Volk in der Grösse seines Grund und Bodens seine Ernährung an sich gesichert hat, so ist es dennoch notwendig, auch noch die Sicherstellung des vorhandenen Bodens selbst zu bedenken. Sie liegt in der allgemeinen machtpolitischen Stärke des Staates, die nicht wenig durch militärgeographische Gesichtspunkte bestimmt wird» (Mein Kampf S. 728). Aus dem «jämmerlich» beschaffenen «Verhältnis von Volkszahl zur Grundfläche» (S. 729) des damaligen Deutschlands ergab sich für Hitler die Forderung nach einer Erweiterung der «Raumgrösse», nach einer «Vergrösserung des Lebensraumes unseres Volkes in Europa» (S. 741), nach einem Lebensraum im Osten.

Auf kommunaler Ebene verfolgt Strölin das gleiche Ziel der Raumbeschaffung mit seinen Eingemeindungen, das militärische Element ist freilich durch das wirtschaftliche und verkehrstechnische ersetzt. Die neuen Reichsautobahnen und der neue Stuttgarter Verkehrsflughafen bei Echterdingen sind ihm dabei wesentliches Mittel. Seit der Machtergreifung bemüht sich Strölin das Land bis zu den vier «Autobahnhöfen Stuttgarts», den vier Autobahnanschlussstellen und dem Verkehrsflughafen über Eingemeindungen in die Kontrolle der Stadt zu bringen; zwischen ihnen läge dann «der Raum Gross-Stuttgart, noch mehr als bisher eine Einheit darstellend», wie der NS-Kurier feststellt. (5)

Schon 1933 erreichte die Stadt – was in der Denkschrift von 1941 hervorgehoben wird – zahlreiche Eingemeindungen, gegen den Willen der dortigen Bevölkerung. Im Zusammenhang mit erneuten Eingemeindungsforderungen rechtfertigt dies Strölin in einem Schreiben vom 16.3.1936 an den württembergischen Ministerpräsidenten Mergenthaler. Ganz im Sinne von Hitlers Forderung die «lächerliche Grundfläche» Deutschlands durch neuen Lebensraum im Osten zu erweitern, sieht er die Notwendigkeit einer «Auflockerung» der zu eng besiedelten Grossstadt – eine Erfordernis, die auch bei sinkender Bevölkerungszahl in Stuttgart durch die Besiedelung des Lebensraumes im Osten bestehen bleibt, wie die Denkschrift von 1941 betont –: «Die Eingemeindung von Feuerbach mit sei-

nem Stadtteil Weilimdorf, von Mühlhausen und Zazenhausen ist dadurch gekennzeichnet, dass hier im Zusammenhang mit dem Durchbruch der bevölkerungspolitischen Grundsätze des Nationalsozialismus die Beschaffung von weiterem Siedlungsgelände zur Auflockerung der Grossstadt mit von ausschlaggebender Bedeutung wurde.» (6) In einem schon 1934 geschriebenen Aufsatz «Das städtische Siedlungswesen und die Bodenreform» (7) führt Strölin diese Gedanken genauer aus, wobei auch die Verbindung vom «Raumproblem in der Innenstadt» und dem «Raumproblem am Rand der Stadt» und auch die Behandlung der Menschen, wie sie der nationalsozialistische Bürgermeister sieht, deutlich wird: «Blut und Boden sind die Grundlagen des Daseins des Volkes. Für seine Zukunft ist daher von entscheidender Bedeutung die Bodenfrage. (. . .) Rosenberg hat kürzlich mit vollem Recht darauf hingewiesen, wie gerade in dieser Atmosphäre der Grossstadt der Mensch, losgelöst von Blut und Boden, der Weltanschauung des Liberalismus und des Marxismus anheimfallen musste. Die für die Zukunft unseres Volkes bedrohlichste Auswirkung der Verstädterung liegt aber eher wohl auf dem bevölkerungspolitischen Gebiet. Die Grossstadt in ihrer heutigen Form führt zum Volkstod; in ihr wird unserem Volk keine zahlreiche, gesunde und starke Jugend erwachsen. Der Nationalsozialismus fordert daher auf dem Gebiet des Wohnungswesens eine grundlegende Umkehr. Er verlangt vor allem die Auflockerung der Grossstadt. Diese Forderung bedeutet auf der einen Seite Wegversetzung der Stdter auf das Land, sei es durch bäuerliche Ansiedlung, sei es durch Ansiedlung der gewerblichen Arbeiter in bestehende oder neu zu errichtende Landorte und kleine Städte. Auf der anderen Seite ist es aber eine vordringliche Aufgabe, die Auflockerung der Grossstadt in der Richtung zu betreiben, dass die Bevölkerung unter Beibehaltung der 'grosstdtischen Arbeitsplätze im Randgebiet der Grossstadt oder auf benachbarten Markungen angesiedelt wird. Auch bei gleichbleibender und sogar bei sinkender städtischer Bevölkerung wird ein Bedarf nach derartiger städtischer Siedlung entstehen, durch die Altstadtsanierung. Zahlreiche Altstadtwohnungen entsprechen in keiner Weise mehr den sozialen und hygienischen Anforderungen und müssen daher abgebrochen werden. Die freiwerdende Fläche wird man aber nur zum kleinsten Teil wieder mit Wohnungen

besetzen; teilweise wird man sie für Geschäft- und Verwaltungsräume verwenden; zu einem erheblichen Teil wird man sie aber als Parkplätze für Kraftfahrzeuge oder als öffentliche Grünanlagen offenhalten müssen. Die wegfallenden Wohnungen müssen durch Siedlungshuser am Rande der Stadt ersetzt werden. (...)

Hier schliessen sich die einzelnen Überlegungen und Forderungen zu einem Gesamtbild, das von einem technokratisch geprägten Nationalsozialismus bestimmt ist. Die Innenstadt wird für Gebäude des Staates, der Wehrmacht, der Stadt, der Wirtschaft, der Partei oder für repräsentative Grünflächen und Parkplätze freigemacht, nicht etwa für die Bevölkerung saniert. Für die in der Stadt lebenden Menschen hat eine solche Auffassung nur die Wendung «Wegversetzung» oder «Umsiedlung» übrig – auf das Land in neu zu errichtende Landorte oder in Randgebiete um die Stadt, damit dem Volk auf diese Weise eine gesunde, starke Jugend, eingefleischt in «Blut und Boden» erwächst. Der einzelne Mensch wird negiert. Aus einem solchen menschenlosen Planungsdenken entspringen die «Raumprobleme» und die Raumbedürfnisse der Stadt (die damals weniger als 390'000 Einwohner hatte), die weite eigenartige ländliche Gebiete wie die Filderebene selbstverständlich nur als «zu Stuttgart gehörenden Wirtschaftsraum» verstehen kann. Aus der Notwendigkeit dieses beanspruchte weite Gebiet zwischen Eltingen, Ditzingen, Münchingen, Stammheim, Hegnach, Fellbach, Ruit, Nellingen, Plieningen, Möhringen und Vaihingen, – die weit über die heutige Stuttgarter Markung hinaus ganz oder teilweise eingemeindet werden sollten – verfügbar zu machen, entstehen die «Verkehrsprobleme», die wiederum «zu ihrer Lösung ebenso entschlossene wie grosszügige Massnahmen» erfordern und in der Innenstadt Stuttgarts die Schaffung eines Stadtautobahnartigen Innenrings und eine grosse Fläche für Parkplätze verlangen, die ebenso wie die Fläche für die grosszügigen Staats-, Partei- und Wirtschaftsgebäude durch die «Altstadtsanierung freigemacht wird. Die umfassenden Durchbrüche für den Innenstadtring ermöglichen und erzwingen zugleich wiederum die Umgestaltung grosser Strassenfluchten, die daher mit diesen Staats-, Partei- und Wirtschaftsbauten eindrucksvoll gestaltet werden. Dadurch wird schliesslich erreicht, dass das ein-

zelle Wohnhaus gegenüber solchen bestimmenden Bauten der Gemeinschaft in seiner Bedeutung herabsinkt, wie es die nationalsozialistische Weltanschauung erfordert.

Der ‚Führer‘ der Stadt

Die treibende Kraft bei der nationalsozialistischen Durchdringung und Umgestaltung Stuttgarts war Dr. Karl Strölin. Als Strölin im Zuge der «Gleichschaltung» am 16. März 1933 vom kommissarischen Innenminister Schmid zum Staatskommissar für das Oberbürgermeisteramt bestellt wurde – die NSDAP hatte in Stuttgart bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 nur 33,8% erhalten – konnte er schon auf eine langjährige Parteiarbeit für die NSDAP zurückblicken. (8) Schon im Oktober 1923 war er (unter der Mitgliedsnummer 50 171) der NSDAP beigetreten, die schon am 10. Juli 1920 nach mehreren Reden Hitlers in Stuttgart eine Ortsgruppe, die erste ausserhalb Bayerns, hatte gründen können. (9) Bald nach seinem Parteieintritt wurde er 1924 «Bezirksleiter der NSDAP von Stuttgart Stadt und Land». Nach der Auflösung der Partei erneuerte Strölin erst Ende 1930 zum 1.1.1931 seine Mitgliedschaft in der NSDAP (Mitgliedsnummer 420 359). In der Gemeinderatswahl vom 6.12.1931 erlangte er einen Sitz im Gemeinderat und wurde dort Fraktionsvorsitzender der NSDAP. Nach seiner Bestellung zum Staatskommissar wurde Oberbürgermeister Lautenschlager am 9. Mai 1933 zwangsweise in den Ruhestand versetzt. An seiner Stelle liess sich der Staatskommissar Strölin vom «gereinigten» Gemeinderat als Oberbürgermeister bestätigen. Er leitete unverzüglich die Entfernung zahlreicher nicht genehmer Verwaltungsleute ein, insgesamt fielen in der Stuttgarter Stadtverwaltung 190 Personen diesen Massnahmen zum Opfer. (10)

Die Opfer

Der Machtübernahme der NSDAP folgte auch in Stuttgart die planvolle Verfehmung, Vertreibung und Vernichtung von Menschen, die dem nationalsozialistischen Menschenbild mit seinen politischen, «rassehygienischen» und «arbeitsmarktpolitischen» Vorstellungen nicht entsprachen. Die nationalsozialistische Stadtführung unter Strölin erwies sich dabei als be-

sonders eifrig und beflissen und bezog dies wie selbstverständlich auch in ihre städtebaulichen und stadtplanerischen Massnahmen ein.

Unmittelbar mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten begann die Verfolgung der Juden, die die nationalsozialistische Stadtführung unter Strölin immer wieder auch für ihre städtebaulichen Vorhaben ausnutzte. Ab 1933 agitierten die SA- und SS-Formationen für den Boykott jüdischer Geschäftsleute. Der Besitzer, der vor der Verfehmung flohen und auswanderten, wurde zugunsten des Staates eingezogen, ihre Wohnungen dem städtischen Wohnungsmarkt zugeführt. (11) Nach den Nürnberger Gesetzen verschärfte die Stadtverwaltung ihre Massnahmen. In der Gemeinderatssitzung vom 3.9.1936 stellte Strölin auf seine Einstellung zur «Judenfrage» angesprochen fest, dass die gewisse »Zurückhaltung« gegenüber den Juden nicht «weichlichen Gefühlen» entsprang, vielmehr allein aus aussenpolitischen Rücksichten erfolgte. Er habe von Anfang an darauf hingearbeitet, «Stuttgart zur ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ erklären zu lassen» und habe daher «immer die aussenpolitischen Verhältnisse besonders im Auge behalten müssen». (12) Schon in der Sitzung vom 21.9.1936, in der Strölin die Folgerungen aus dem neu erlangten Herrschaftstitel vorträgt, stellt er dann seine Überlegungen zur «Judenfrage» an, «dh. die Frage, durch welche Massnahmen der Stadtverwaltung die Juden in noch stärkerem Masse als bisher aus dem öffentlichen und vor allem auch aus dem wirtschaftlichen Leben zurückgedrängt werden können.» Er führte dazu aus: «die Stadtverwaltung (werde sich) in erster Linie bemühen, die Juden nunmehr auf den städtischen Märkten ganz auszuschalten. Das Verhalten des Wirtschaftsministeriums und des Polizeipräsidiums bleibe allerdings noch abzuwarten, da diese Behörden auf dem Standpunkt stehen, eine gesetzliche Handhabe zu einem Marktverbot für Juden bestehe nicht.» (13) Während das zuständige Ministerium und die Leitung der Polizei also noch zurückhaltend sind, gibt sich Strölin als antisemitischer Vorkämpfer zu erkennen. Er forderte seine Ratsherren auf, sich Massnahmen gegen die Juden einfallen zu lassen. Am 5. November 1936 legte Strölin dann dem Gemeinderat Richtlinien für das Verdrängen der Juden aus dem wirtschaftlichen und dem öffentlichen Leben der Stadt vor. Mit diesem Katalog von 30 Anweisungen

legt sich die nationalsozialistische Stadtverwaltung offiziell auf die Verfehlung der Juden fest. (14) Im weiteren Verlauf des Jahres kam es in Stuttgart zu einer Reihe von «Arisierungen» von Betrieben, die Juden gehörten. Die wesentliche Funktion dieser Arisierungen für die Stadtverwaltung beleuchtet eine Mitteilung des NS-Kuriers kurz nach der «Reichskristallnacht» der mutwilligen Zerstörung des Eigentums von Juden: «Die vorhandenen Einzelhandelsgeschäfte – in Stuttgart sind es nicht mehr sonderlich viel – werden wohl jenen Geschäftsleuten übertragen, die ihre Ladengeschäfte durch die Altstadtanierung verlieren. Damit finden sie die richtigen Besitzer, denn die Ersatzbeschaffung für die durch die Altstadtanierung verschwindenden Läden ist eine nicht geringe Sorge». (15) Gemeint waren hiermit besonders die Geschäfte im Bohnenviertel, die zugunsten eines Herrschaftsbaus der nationalsozialistischen Stadtverwaltung, eines Stadtforums mit dem Neubau eines grossen Rathauses (wie es auch auf dem Hitler am 1.4.1938 präsentierte Modell deutlich zu sehen ist), abgerissen werden sollte. In den Jahren 1941 und 1942 ging die Stadtverwaltung ähnlich vor. Als sich die Stuttgarter und Württembergischen Juden auf dem Killesberg «einzufinden hatten», um in die Vernichtungslager verbracht zu werden, wurden die von ihnen unter Zurücklassung des Mobiliars zwangsweise aufgegebenen Wohnräume als Ersatz für den durch den Krieg zum Erliegen gekommenen städtischen Wohnungsbau eingesetzt. So führt Strölin in seinem Verwaltungsbericht 1940 aus: LDurch entsprechende Zusammenlegung jüdischer Familien auf Grund des Reichsgesetzes über die Bewirtschaftung jüdischen Wohnraums konnten dem Wohnungsmarkt weitere 400 Wohnungen zugeführt werden.«J16) Im Verwaltungsbericht des folgenden Jahres konnte Strölin dann eine Gesamtzahl von 600 Wohnungen (von 721 am 30.4.39 bestehenden) bekanntgeben, die federn Wohnungsmarkt zur Unterbringung arischer Familien zugeführt werden konnten. Eine weitere Entlastung des Wohnungsmarktes brachte die «Freimachung jüdischer Altersheime und deren Umwandlung in städtische Altersheime». Strölin führte weiter aus: «In diesem Zusammenhang werden Sie sich für den derzeitigen Stand der jüdischen Bevölkerung in Stuttgart interessieren. Die Zahl der Juden ist neuerdings durch Verweisung von Juden nach einigen Orten in Württemberg, wie Buttenhausen,

Haigerloch, Oberdorf bei Bopfingen und Weissenstein, ferner durch die Evakuierung eines Teils der Juden nach dem Osten stark zurückgegangen. Während bei der Machtübernahme rund 5'000 Juden in Stuttgart gewohnt haben, ist ihre Zahl bis heute auf 845, also etwa ein Fünftel zurückgegangen.» (17)

Weitere Opfer der Stadtplanung im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung waren die sogenannten Asozialen. Schon bald nach der Machtübernahme waren in Gaisburg und auf dem Killesberg unter dem unverfänglichen Namen «Beschäftigungsstelle» kleinere Arbeitslager errichtet worden, in die nicht hinreichend angepasste «Pflichtarbeiter» eingewiesen wurden. Als Nachteil erwies sich die zu grosse Nähe zur Stadt, zumal da, während ein Teil der Eingewiesenen in Arbeit «abging», ein Teil der Pflichtarbeiter «sich aber an die Einrichtung der Pflichtarbeitsstelle so gewöhnt (hat), dass er kein Streben nach dem freien Arbeitseinsatz mehr empfand» – wie sich Bürgermeister Ettwein im Gemeinderat ausdrückte. (18) Daher forderte Strölin's Stellvertreter Stadtkämmerer Hirzel in Briefen vom 12. Dezember 1933 und 27. Januar 1934 an das württembergische Wirtschaftsministerium die Durchführung von Enteignungen von Teilen des Wurzacher Rieds «zwecks Errichtung eines Beschäftigungslagers für arbeitsscheue und charakterlich defekte Elemente, die ein stetiges Hindernis für den Wiederaufbau unseres Volkes bilden.» Ein solches Lager zur «Ausscheidung Asozialer» kann, «wenn es seinen Zweck erfüllen soll, nur fern von der Grossstadt errichtet werden.» (. . .) «Wir dürfen in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass auch die Stadt Berlin nach Presseberichten eine solche Bewahranstalt schon jetzt vor Erlass des zu erwartenden Bewahrungsgesetzes geschaffen hat, um asoziale Personen in geschlossene Fürsorge zu nehmen und je nach ihren Kräften zur Arbeit heranziehen zu können.» (19) Schon die Begrifflichkeit zeigt, um was es sich dabei handelte. Die Initiative ging dabei eindeutig von der Stadtverwaltung aus. Im Wurzacher Ried kam die Stadt nicht zum Zuge. Stattdessen konnte Strölin in seinem Verwaltungsbericht für 1934 vor dem Gemeinderat den Erwerb des Weidenbach'schen Hofgutes in Buttenhausen Kreis Münsingen bekanntgeben. Die Stadt beteiligte sich an der neugegründeten «Beschäftigungs- und Bewahheim GmbH». «Die Wirtschaftlichkeit des Un-

ternehmens» – so konnte Strölin vor dem Gemeinderat vortragen – «kann als sichergestellt angesehen werden.» Strölin führte in diesem Zusammenhang aus: «Der Führer hat das Ziel aufgestellt, dass jedem Volksgenossen Arbeit zu beschaffen ist (. . .) Der Sorge des Staates und der Gemeinde um die Beschaffung von Arbeitsplätzen für jeden Volksgenossen entspricht aber auf der anderen Seite die Pflicht jedes Volksgenossen, Arbeit zu leisten. Wer dieser Pflicht entwöhnt ist, muss mit aller Energie wieder an geordnete Arbeit gewöhnt werden.» (20) Die hier angesprochenen Menschen trugen später in den Konzentrationslagern ein, schwarzes Dreieck auf der Häftlingskleidung. In der gleichen Sitzung hatten die Gemeinderäte auch dem Kauf eines Anwesens in Nagold zum 1.12.34 zuzustimmen, das als «Umschulungslager» für die «einjährige geschlossene Unterbringung von etwa 30 arbeitslosen~Stuttgarter Mädchen vorgesehen war; der BdM sollte dabei die politische und weltanschauliche Schulung in die Hand nehmen.

Nahezu vergessene Opfer der nationalsozialistischen Lebensplanung sind die altersschwachen, gemütskranken und geistesschwachen Menschen, die in Pflegestätten untergebracht waren, von wo sie – oft über mehrere Zwischenaufenthalte – nach Grafeneck bei Reutlingen verbracht und unter dem Schlagwort «Euthanasie» oder «Gnadentod» als lebensunwertes Leben» vergast wurden. Im Zuge dieser Aktion wurde auch die Stuttgarter Stadtführung tätig, ältere Menschen wurden in Heimen zusammengefasst, schwierige Pflegefälle aus Heimen und Krankenhäusern des Stadtgebietes in Heime auf dem Land überwiesen, von wo sie dann wesentlich unauffälliger nach Grafeneck überführt werden konnten. (21) Wieviele Stuttgarter Menschen Opfer dieser Machenschaften wurden, mit denen die Stadtverwaltung versuchte, den Wohnraum zu beschaffen, der wegen der Kriegsrüstung nicht erstellt werden konnte oder durch den Kriegsverlauf zerstört wurde, ist unbekannt.

All diese Massnahmen zur Verfehlung, Vertreibung und Ermordung zahlloser Menschen müssen auch als Teil der Stuttgarter Stadtplanung in der Zeit des Nationalsozialismus verstanden werden.

Bauten und Planungen zwischen der Machtergreifung und dem Besuch Hitlers von 1938

Ähnlich wie in Berlin und den anderen grossen Städten des Reichs wurde auch in Stuttgart die Baupolitik in den ersten Jahren nach 1933 noch von Einzelprojekten bestimmt. Dies ist zu einem erheblichen Teil auf die noch verhältnismässig ungesicherte wirtschaftliche Lage zurückzuführen. Darüber hinaus bedeutete die Auffassung der Nationalsozialisten von Herrschaft, Staat und Gemeinschaft in fast jeder Hinsicht einen Bruch mit den Grundannahmen der Republik, so dass die Nationalsozialisten für die ihrer «Nationalen Revolution» entsprechende Umgestaltung des öffentlichen und privaten Lebens und die Umgestaltung der Städte und des ganzen Landes die sachlichen Voraussetzungen erst noch schaffen mussten.

Strölin legte vom Beginn seiner Amtstätigkeit an seinen Massnahmen in jeder Hinsicht die «nationalsozialistische Weltanschauung» zu Grunde und sorgte für die sachlichen Grundlagen einer solchen Politik. Sein besonderes Interesse galt Verwaltungsfragen, der Stadtplanung und dem Wohnungsbau. Schon wenige Tage nach seiner Einsetzung bestellte er am 15.5.1933 eine Kommission für eine neue Ortsbausatzung. Ihren Zweck erläuterte er anlässlich der Verabschiedung am 15.10.1934: «Mit ihr soll der Grund gelegt sein für eine von wahrhaft nationalsozialistischem Geist getragene, dem Gemeinwohl dienende Bauentwicklung. Die neue Ortsbausatzung soll den Beweis liefern, dass auch das Bauwesen wieder zu einem Massstab des geistigen Wertes des Volkes geworden ist.» (22)

Eine erste Folge der Machtübernahme der Nationalsozialisten war die auf die Anregung der deutschen Forstwirtschaft zurückgehende „Cohenhofsiedlung“. (23) Die 25 Einfamilienhäuser der «Ausstellung Deutsches Holz für Hausbau und Wohnung» wurde von Kritikern der «Werkbundausststellung» auf dem Weissenhof von 1927 geplant, zumeist Architekten, die der sogenannten «Stuttgarter Schule» zuzurechnen sind. Bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme waren die Bemühungen um einen solchen Gegenentwurf zur Weissenhofsiedlung schleppend vorangegangen, im Mai 1933 änderte sich dies. Zur Durchführung der Arbeiten für Siedlung und

Ausstellung gründete man den «Verein Deutsches Holz für Hausbau und Wohnung», dessen Ziele von den nationalsozialistischen Machthabern für «reichswichtig» erklärt wurden, so dass die Arbeit die Unterstützung aller Reichs- und Landesbehörden fand. Die betonte Werbung für den Einsatz von «deutschem Holz» im Wohnungsbau verwundert nicht angesichts des wachsenden Eisen- und Betonmangels im Zuge der Vorbereitungen der Wiederaufrüstung, zu der auf diese Weise die Stuttgarter Architekten indirekt beitrugen. Der Bauausschuss, der aus den Stuttgarter Professoren Wetzel und Schmitthener bestand, konnte mit dem Oberbaurat Dr. Stroebel vom Stadtplanungsamt sehr schnell den Bebauungsplan für das 133 Ar grosse Areal erarbeiten. «Die Bestimmungen gaben unter Wahrung aller wirtschaftlichen Belange der Bauherren jedem Architekten die Möglichkeit, seine Auffassung der Konstruktion und der künstlerischen Gestaltung des Holzbaus zu zeigen; sie verlangte aber auch die unbedingte Unterordnung unter einen Führerwillen unter Ausschaltung aller architektonischen Kunststücke und Effekthaschereien.» Die Arbeiten sollten dem «Stadthaus aus Holz» gelten. Es sollte, wie Erich Hengerer weiter feststellte «keiner Experimentalarchitektur für Wohnmaschinen Vorschub geleistet werden, vielmehr will man bewusst das alte städtische Bürgerhaus wieder zum Leben erwecken. Die Siedlung knüpft deshalb an die gute Tradition an, wie sie z.B. in Goethes Gartenhaus in Weimar und in zahllosen Bürgerhäusern kleiner und grosser Städte aus der Zeit vor den 70er Jahren verkörpert ist.» (24) Das Ergebnis dieser Bemühungen erinnert in seiner Mischung aus Restauration und Biederkeit an die Bauten der Nachkriegszeit. Auf der Ausstellung waren Bauten zu sehen von Paul Schmitthener, Paul Bonatz – F.E. Schöler, Gerhard Graubner, Alfred Kircherer, Otto Köbele, Eisenlohr – Pfennig, Ernst Leister, Wilhelm Tiedje u.a.; es ist der Personenkreis, der für die folgenden Jahre bis in die Nachkriegszeit den Städtebau und die Stadtplanung in Stuttgart bestimmt.

Auch die Stadt selbst wurde im Siedlungsbau tätig. Noch im Jahr 1933 erreichte Strölin die Eingemeindung von Feuerbach mit Weilimdorf, Mühlhausen am Neckar und Zazenhausen. So konnte er am 19.5.34 den ersten Spatenstich zu einer Kleineigenheimsiedlung «Reissach» in Stuttgart-Weilimdorf vorneh-

men. Er hob in diesem Zusammenhang hervor, dass die Stadtverwaltung (es) sich zur Aufgabe gemacht (habe), Grundsätze für eine neue Siedlungsart zu schaffen, wie sie den herrschenden arbeitsmarktpolitischen und rassehygienischen Forderungen entsprechen». (25) Weitere Siedlungen dieser Art waren in Hofeld, im Steinhaldenfeld, im Seelachwald und im Neuwirtshausgelände geplant. Hinzu kamen eine SA-Siedlung in Büsnau und eine Mustersiedlung für Alte Kämpfer in Zuffenhausen. (26) Die grösste Siedlungsanlage sollte auf dem Fasanenhofgelände entstehen; der nationalsozialistische Siedlungsideologe Gottfried Feder sah dort in seinem 1941 vorgelegten Strukturplan 10'000 Einwohner vor. (27) Die Aufgabe dieses Siedlungswesens bestand, wie Strölin in einem Papier vom 12.12.34 näher ausführte, «darin, die Volksgenossen auf dem deutschen Grund und Boden so zu verteilen, wie es die wirtschafts- und sozialpolitischen sowie die wehrpolitischen Gesichtspunkte erfordern.» Dies bedingt die «Schaffung umfassender, den Erfordernissen der städtischen Siedlung entsprechender Stadtgebiete (. . .). Es ist daher notwendig, dass den bestehenden Städten umfassende Aussengebiete mit Landvorrat angeschlossen werden. Zur Überwindung der gegenüber Eingemeindungen bestehenden psychologischen Hemmungen müssen diese Massnahmen vom Staat in die Wege geleitet und gefördert werden.» Die Siedlungsaufgabe kann dabei «nur gelöst werden in unmittelbarem Zusammenhang mit einer allgemeinen Wirtschaftsplanung einschliesslich Verkehrsplanung.» (28)

«Das erste grosse Gemeindebauwerk in Stuttgart seit der nationalsozialistischen Erhebung», das die neue Stadtführung plante, ist das «Haus der Technischen Werke der Stadt Stuttgart» in der Lautenschlagerstrasse. Der Bau wurde von vornherein als Teil der politischen Auseinandersetzung verstanden: «Wie auf allen anderen Gebieten so kämpft unsere heutige Weltanschauung auch um eine grundlegend neue geistige Einstellung in der Baukunst. Das neue Bauen soll naturverbunden, technisch und betriebswirtschaftlich richtig und vor allem vom Kulturwillen unserer Zeit erfüllt sein.» (29) Am 8.2.34 beantragte Strölin bei der württembergischen Staatsführung den Bau eines technischen Rathauses, um darin die von ihm noch als Staatskommissar am 1.5.33 im Sinne seiner neuen Organisation nach dem

Führerprinzip zusammengefassten städtischen Versorgungsunternehmen unterzubringen. (30) Er begründete dies auch städtebaulich mit der Notwendigkeit einer weiteren Erschliessung des Bahnhofgeländes, denn zwischen Bahnhof und Schlossplatz dominiere noch eine verhältnismässig flache und kleinteilige Bauweise – eine Folge der Bahnhofsverlegung. Den Entwurf zu dem Gebäude, einem kahlen sandsteinverkleideten Eisenbetonskelettbau, lieferte das Städtische Hochbauamt unter der Oberleitung von Baudirektor Schmidt. Über den ästhetischen Wert des geplanten Baus gab es

eine aufschlussreiche Meinungsverschiedenheit zwischen dem Staatsministerium und Strölin. Während der Referent Mergenthalers anmerkte: «Eine Verschönerung der Lautenschlagerstrasse ist von diesem schmucklosen Zweckbau mit seinen langen, gleichmässigen, kasernenartigen Fensterfronten meines Erachtens nicht zu erwarten», stellte Strölin fest, dass hinsichtlich der baulichen Gestaltung die Stadt sich «in Übereinstimmung mit den hervorragendsten baukünstlerischen Sachverständigen in Stuttgart» befinde. Die Beobachtung des offensichtlich ästhetisch noch nicht recht gleich-

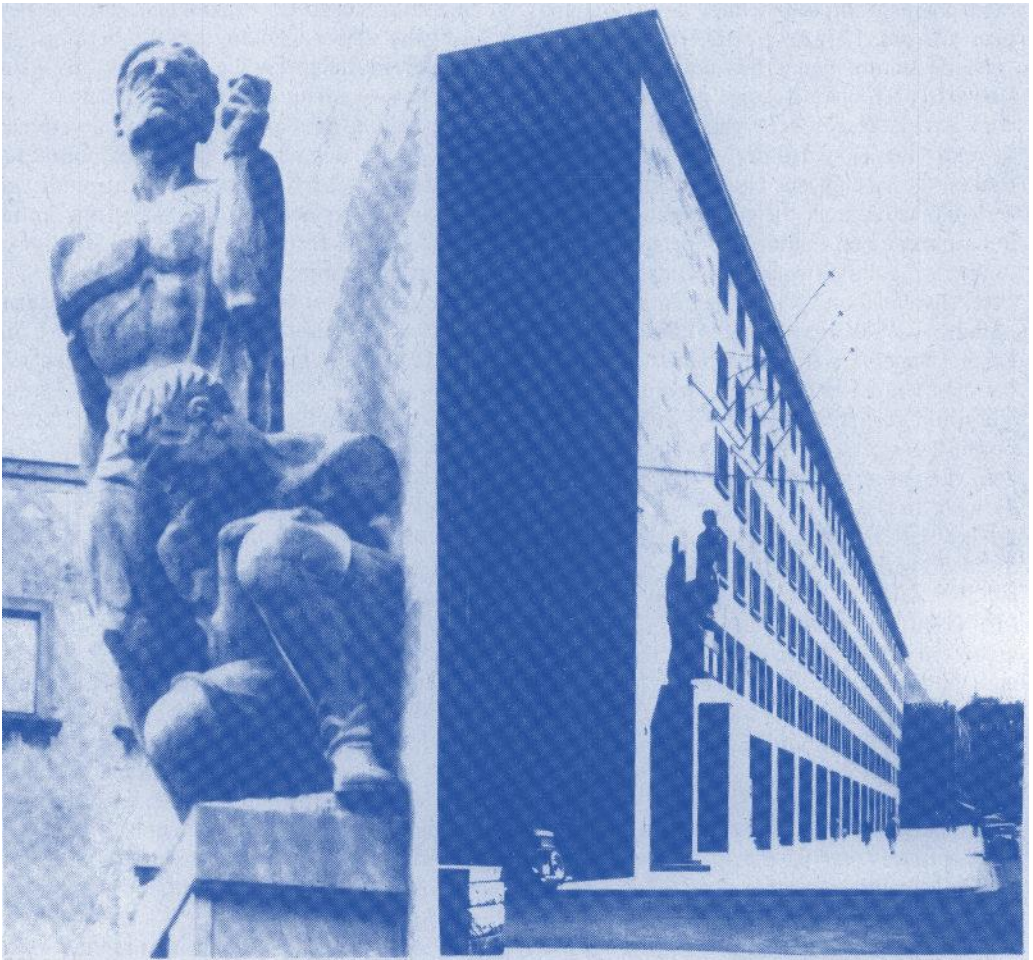


Abb. 1 Das «Haus der Technischen Werke» mit der Plastik von W. Julius Frick über dem Haupteingang.

geschalteten Ministerialbeamten ist treffend, aber gerade dieses «Gleichmässige, Kasernenartige» ist das Ziel der Gestaltung, die an das Reichsluftfahrtministerium in Berlin von Ernst Sagebiel erinnert. (31) Als die Notwendigkeit der Genehmigung durch das Staatsministerium entfiel, begann die Stadt im Oktober 1934 den Bau in eigener Verantwortung. «Am 19. September 1936 im vierten Jahr des Neuen Reiches» (32) wurde er eröffnet. Über dem Eingang befand sich eine (im Kriege zerstörte) monumentale Plastik von W. Julius Frick, «die freie und die gebundene Kraft darstellend» (33) die in ihrer – auch in der Detailgestaltung formulierten – Gewalttätigkeit präzise zum Ausdruck brachte, was Stuttgart bevorstand. (Abb. 1)

Schon im Laufe des Jahres 1934 beginnen jedoch auch Überlegungen und Planungen von nationalsozialistischen Herrschaftsbauten im engeren Sinn in Stuttgart. Den Anstoss dazu gab im Januar 1934 der von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und dem Kulturamt Berlin «unter deutschen Architekten zur Erlangung von Ideen für Häuser der Arbeit» ausgeschriebene Wettbewerb. Ein dabei unter anderen ausgezeichneten Stuttgarter Entwurf von

Regierungsbaumeister Gerhard Graubner (eines Schülers und Assistenten von Prof. Bonatz), Direktor Hagstotz (Leiter des Ausstellungs- und Fremdenverkehrsamtes der Stadt Stuttgart) und Dr. Hengerer erregte bei einer Ausstellung von 36 prämierten Arbeiten in der Gewerbehalle besonderes Aufsehen und wurde in einem längeren Artikel im NS-Kurier vom 22.9.34 zur Durchführung empfohlen. (34) Der Entwurf wird als Grundlage «für die notwendige städtebauliche Flurbereinigung in Berg und für die Neugestaltung des städtebaulichen Gesichtes von Bad Cannstatt» angesehen, «bei dessen Verwirklichung ein neuer Mittelpunkt Stuttgarts geschaffen würde.» Der Plan nützte das vom Berger Park zum Neckar steil abfallende Gelände bei der Einrichtung des «Forums» – einer herrschaftlichen Platzanlage – geschickt für die amphitheatralisch ansteigenden Sitzreihen aus, so dass sich mit der Forumsfläche eine grosse «Thingstätte» ergab, eine Anlage für besondere nationalsozialistische Feierspiele, die «Thingspiele». Die im Jahr 1926 erbaute Stadthalle mit 7'500 Personen Fassungsvermögen sollte «nach wie vor als Sporthalle, für Festakte, Feiern verschiedener Art sowie Kundgebungen des nationalen, sozialen und kulturellen Lebens» dienen, soweit

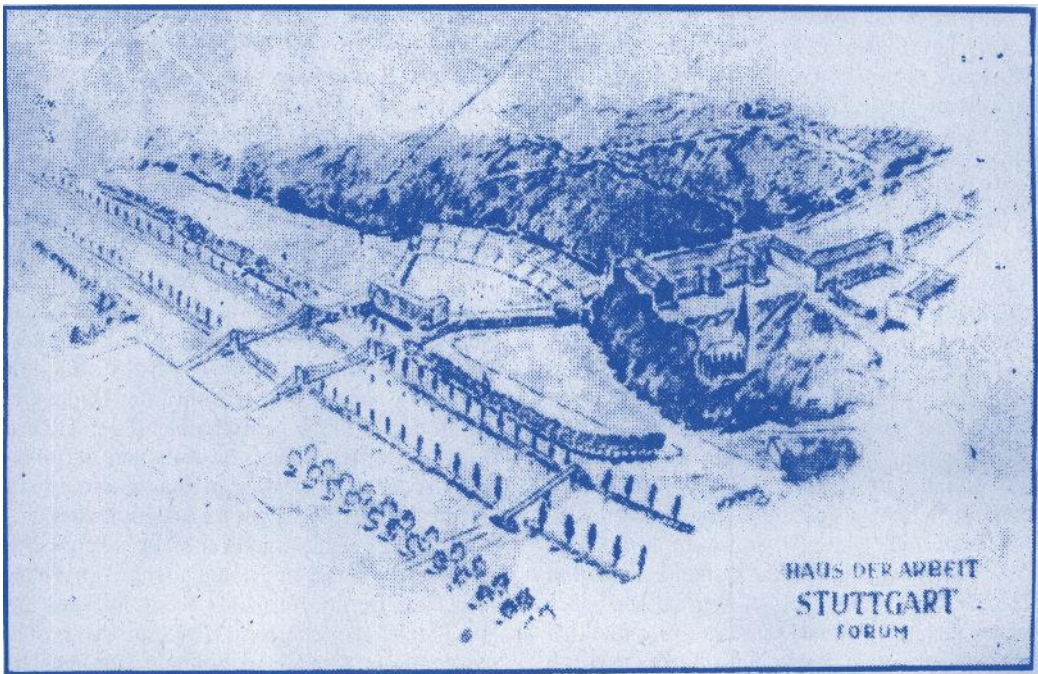


Abb. 2 Das «Haus der Arbeit» mit «Forum» und «Thingstätte» in Berg.

nicht das «Forum» oder die Adolf-Hitler-Kampfbahn dafür in Betracht kamen. Die Kampfbahn auf dem Wasen und ihr Aufmarschplatz, die ja ebenfalls eine grosse Bedeutung für die nationalsozialistische Herrschaftsdarstellung hatten, sollten mit mehreren Brücken an die geplante Anlage angeschlossen werden. Die umliegenden Gebäude sollten dem Badebetrieb gewidmet werden, durch die Niederlegung einer dortigen Fabrik sollte eine grosse Freifläche entstehen, die Aufmärschen und der Erholung dienen und die Verbindung zum Rosensteinpark herstellen sollte. (Abb. 2)

Aufschlussreich ist die veränderte Gewichtung des Entwurfes und des Artikels im NS-Kurier. Im Mittelpunkt des Entwurfes stand noch die Thingstätte, für den Schreiber des Artikels jedoch rückt sie an den Rand, die grossflächige Neugestaltung eines als unzureichend angesehenen Stadtviertels, die Bildung eines zweiten Zentrums in Stuttgart mit repräsentativen Badeanlagen und Freiflächen für Aufmärsche sind sein Hauptinteresse. Das Zurücktreten der «Thingstätte» (eine 1935 von Alker geschaffene und noch erhaltene Anlage befindet sich auf dem Heiligenberg bei Heidelberg) ist ein Zeugnis für eine Umschichtung in der nationalsozialistischen Herrschaftsdarstellung, die – zumeist etwas später – auch an anderen Orten erscheint. Die noch stärker an einem expressionistischen kultischen Bewegungsverhalten orientierten «Thingspiele» verloren zugunsten abgezierter Aufmärsche, die mit ‚frontal‘ angelegten Kundgebungen verbunden waren, an Bedeutung. Darüber hinaus spiegelt die Struktur eines solchen Baues, in der Hörer und Zuschauer hoch über dem Vortragenden stehen, zwar den Gedanken der Gemeinschaft, ansonsten aber gerade das Gegenteil der autoritären hierarchischen Vorstellungen des Führerprinzips. Ab 1936 erlosch daher das Interesse der nationalsozialistischen Führungsschicht an den «Thingspielen» und den «Thingstätten». (35) Auf der Kulturtagung des Reichsparteitages 1938 stellte Hitler schliesslich fest: «Vor allem ist der Nationalsozialismus in seiner Organisation wohl eine Volksbewegung, aber unter keinen Umständen eine Kultbewegung (. . .). Wir haben daher auch keine Kulträume, sondern ausschliesslich Volkshallen, auch keine Kultplätze, sondern Versammlungs- und Aufmarschplätze. Wir haben keine Kulthaine, sondern Sportarenen und Spielwiesen.» (36) Die kleine, wiederum

von Graubner entworfene Thingstätte in der Reichsgartenschau 1939 hat dann mit der ideologischen Bedeutung auch ihren Namen verloren. So ist verständlich, dass diese Ideen zur Umgestaltung Bergs nicht unmittelbar weiterverfolgt wurden. Die Überlegungen zu den Badeanlagen tauchen jedoch in der Denkschrift von 1941 wieder auf.

Die Grosshalle, ein städtisches Herrschaftsinstrument

Eine Fortführung finden diese Vorstellungen jedoch – ganz im Sinne von Hitlers Rede von 1938 – in veränderter Form, in den Bemühungen der Stadt um die Erstellung einer Grosshalle für Württemberg auf dem Wasengelände. Eine solche Halle war auf frontale Versammlungen hin angelegt. Die Notwendigkeit des Baus ergibt sich angesichts der erst acht Jahre zuvor erbauten Stadthalle wesentlich aus dem besonderen Verlangen der Nationalsozialisten, sich selbst und ihre Herrschaft in der Eintönigkeit autoritär formierter Massenveranstaltungen und straff frontal organisierter Kundgebungen zum Ausdruck zu bringen. Die 1926 erbaute Stadthalle, so stellt Strölin in einem ersten Brief an Reichsstatthalter Murr vom 10.12.34 fest, reiche mit ihrem Fassungsvermögen von 7'500 Personen «für die heutigen Bedürfnisse nicht mehr aus. Gauveranstaltungen, ja schon Kreisveranstaltungen der Partei und ihrer Gliederungen sind nur bei überfüllter Halle und durch Übertragung in Parallelveranstaltungen möglich. Die Zersplitterung schwächt die Wirkung der Kundgebungen und ist vom politischen Standpunkt aus unerwünscht. Grossveranstaltungen des Südwestens wären in Stuttgart zur Zeit undenkbar.» (37) In einem Brief an Staatssekretär Waldmann vom 18.12.34 weist Strölin darüberhinaus darauf hin, «dass mit der Schaffung der grossen Volksgemeinschaft und der Zusammenfassung der Massen in der einen nationalsozialistischen Bewegung in ganz Deutschland ein dringendes Bedürfnis nach Grosshallen entstanden ist. Hamburg, Frankfurt, Kiel, Leipzig, Breslau verfügen bereits über entsprechende Hallen. Berlin, Nürnberg, Köln, Dresden haben Pressenachrichten zufolge den Bau grösserer Hallen in Angriff genommen. Die Verhältnisse in Stuttgart sind untragbar geworden (. . .). Bei Veranstaltungen mit Massenveranstaltungen stehen nur die Tribünen mit etwa

4'500 Sitzplätzen zur Verfügung. Davon ist besonders stark die NS-Geme in schatt «Kraft durch Freude» betroffen.» (38)

Neben diesen parteipolitischen Notwendigkeiten, die die Grosshallen als Herrschaftsinstrument zu einem Gegenstand des Rangstreites unter den Städten werden lassen, sieht Strölin auch wirtschaftliche Erfordernisse. «Stuttgart und damit das Wirtschaftsgebiet Württemberg ist mangels geeigneter Räume in letzter Zeit mehrfach mit internationalen Ausstellungen zugunsten von Frankfurt und anderen Städten übergegangen worden.» Er fordert für die Grosshalle ein Fassungsvermögen von mindestens 20'000 Personen, der NSDAP-Kreisleiter Maurer verlangt in einem Schreiben an Strölin sogar Platz für mindestens 30'000 Personen. (39)

In einem Brief an Ministerpräsident Mergenthaler vom gleichen Tage begründet Strölin seine Forderung nach einer Grosshalle darüber hinaus damit, dass «bei der kommenden territorialen Neugliederung des Reiches» – «die nach der Saar ab Stimmung besonders stark in Vordergrund treten wird» – «für die Gestaltung des Südwestens mit von entscheidender Bedeutung sei, ob in Württemberg und besonders in Stuttgart auch die äusseren, räumlichen Voraussetzungen für eine Lösung im schwäbischen Sinne vorhanden sind.» Gegen den Vorschlag seines Referenten, der auf die Möglichkeiten der Rundfunkübertragung verwiesen hatte, zeigt sich Mergenthaler persönlich mit dem Vorhaben einverstanden; er merkt an: «Die Stadthalle reicht für politische Grosskundgebungen nicht mehr aus, das ist entscheidend – Rundfunkübertragungen in andere Säle ist ein Notbehelf, da der persönliche Eindruck durch den Redner fehlt.» (40) Die Grosshalle, in der die zuhörenden Massen in Grosskundgebungen ihre «Einstellung» erfahren, wird damit ausdrücklich als Herrschaftsinstrument gekennzeichnet.

«Der natürliche, nach der ganzen Entwicklung gegebene und verkehrsmässig am günstigsten gelegene Platz für die Grosshalle ist wohl der Cannstatter Wasen», meint Strölin, er begründet dies mit der Nähe zu landwirtschaftlichem Hauptfest, Volksfest und zur Adolf-Hitler-Kampfbahn; (41) auffällig ist freilich auch die Nähe zu dem Platz des vorher geplanten «Forums» mit der Thingstätte, das der zweite Mit-

teltpunkt Stuttgarts sein sollte.

Der politische Gehalt des Bauvorhabens und seine politische Zielrichtung wird in einer Aufstellung der Aufgabenverteilung zwischen der Gewerbehalle, der Stadthalle und der künftigen Grosshalle, die Strölin seinem Brief an Waldmann beilegt, genauer sichtbar. (42) Die Gewerbehalle war als Sporthalle vorgesehen, zumal für Parteisportbünde, und für Marktzwecke. Die Stadthalle für kleinere Veranstaltungen bis 7'000 Personen, Ausstellungen, Sportveranstaltungen, kleinere Unterhaltungsvorstellungen; für die Grosshalle listet er auf: «Grossveranstaltungen der Partei und ihrer Gliederungen (insbesondere die NS-Frauenschafter, NS-Hago, H.J., Beamenschaft, NS-Lehrerbund, Gau- und Kreisveranstaltungen von Kraft durch Freude; Maifeier / Kundgebungen der Bauernschaft, des Handwerks und der Arbeitsfront / Reformationsfeier / Katholikentag/ SA-Appelle / Grosssportveranstaltungen / Grosskonzerte (insbesondere auch Sängerefeste) / grosse gesellschaftliche Veranstaltungen / Grossveranstaltungen der Wehrformationen / Parallelveranstaltungen zur Adolf-Hitler-Kampfbahn.» Obwohl Strölin den Innenminister Dr. Schmid gewinnen konnte (43) und Reichsstatthalter Murr feststellte, dass die grossen politischen Kundgebungen ein Bedürfnis gezeigt hätten, scheiterte das Projekt einer Grosshalle zunächst am Widerstand des Finanzministeriums, das auf eine Neubausperre hinwies, die das Reich den Ländern auferlegt hätte, was diese ihrerseits in der Gemeindeaufsicht beobachten müssten. (44)

Die Stadt führt jedoch ihre Bemühungen um den Bau der Grosshalle weiter. So stellt eine vom städtischen Nachrichtenamt am 28.12.34 herausgegebene Presseverlautbarung «Stuttgart – Programm 1935» das Bauvorhaben als besondere Aufgabe für das neue Jahr heraus. (45) Ebenso fordert der städtebaulich sehr eifrige Leiter des Fremdenverkehrsamtes Hagstotz in einer Rede am 10.6.1935 erneut die Grosshalle, eine «Schwabenhalle», «wie die Deutschlandhalle in Berlin, die Westfalenhalle in Dortmund, die Rheinlandhalle in Köln, die Frankenhalle in Nürnberg, die Hanseatenhalle in Hamburg.» (46) Die hier aufgezählten Hallen waren meist erst kurz zuvor fertiggestellt worden, notwendig geworden durch die autoritäre Staatsform, die zur Darstellung ihrer Herrschaft diese Bauform benötigte. Auch bei

der Neuplanung Berlins sollte der übergrosse Kuppelbau am Ende der Prachtstrasse – von Hitler nur «Grosse Halle» genannt – mit einem Fassungsvermögen von 150'000 Personen den Kern der neuen Anlage und den Mittelpunkt der Herrschaft darstellen. (47)

Die Bemühungen der Stuttgarter NS-Verwaltung um die Grosshalle sind als Versuch aufzufassen, sich ein zentrales Herrschaftsinstrument zu beschaffen. Geradezu notwendig wurde dieses Instrument nationalsozialistischer Herrschaftsausübung, als sich allmählich ein Erfolg der Stuttgarter Bemühungen um eine gesicherte Stellung im Ranggefüge der Grossstädte des Reiches abzeichnete.

Nicht ‚Stadt der Reichsparteitage‘ sondern ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘

Strölin, der selbst unverzüglich nach seiner Machtergreifung in Stuttgart das Führerprinzip durchsetzte, war von Anfang an um einen von «Führer» abgeleiteten Herrschaftstitel für Stuttgart bemüht, nur so war auch für ihn als Oberbürgermeister eine höhere Stellung innerhalb der nationalsozialistischen Hierarchie zu gewinnen. Es überrascht daher nicht, dass Hitler im Juli 1933 vor einer Abordnung der Stadt Nürnberg feststellte, Stuttgart bemühe sich um eine Verlegung des Reichsparteitages der NSDAP in die Stadt. (48) Freilich blieb Nürnberg, für das ja auch eine gewisse Tradition sprach, erfolgreich. Im Dezember 1933 ergab sich jedoch eine neue Möglichkeit. Bei der Amtseinführung Strölins als Präsident des gleichgeschalteten Deutschen Auslands Instituts (DAI), das eng mit der Stadtverwaltung verflochten wurde, gebrauchte der württembergische Reichsstatthalter und Gauleiter Murr die Wendung: «Stuttgart, Hauptstadt des Schwabenlandes, die als Stadt des Auslandsdeutschtums gelten darf». In der Abwandlung «Stadt der Auslandsdeutschen» wurde dies sofort von den Publikationen des DAI übernommen und ab 1934 nicht nur fester Bestandteil der Werbeschriften der Stadt, sondern auch immer häufiger und selbstverständlicher von der örtlichen Presse angewandt. (49)

Der Bedeutung Stuttgarts wird von den leitenden Stellen der Stadt immer enger mit dem Begriff des Auslandsdeutschtums verbunden. So kommt es schliesslich zur Einrichtung von

Ausstellungsräumen für das Auslandsdeutschtum. Unter der Überschrift «Grosszügige Planungen von Oberbürgermeister Dr. Strölin für das Jahr 1935» schreibt das ‚Stuttgarter Neue Tageblatt‘, «dass die Möglichkeiten Stuttgarts vor allem in den einzigartigen Mineralquellen liegen» – ein erneuter Rückbezug auf die Planungen von Graubner und Hagstotz –, «und in ihrer Mission als ‚Stadt des Auslandsdeutschtums‘. Für Stuttgart als ‚Stadt des Auslandsdeutschtums‘ wird das Jahr 1935 zunächst die Eröffnung des Heims für auslandsdeutsche Handwerker bringen. Im Wilhelmopalais, dem künftigen Ehrenmal der deutschen Leistung im Ausland, werden zu Beginn des neuen Jahres die erforderlichen Ausstellungsräume eingerichtet. Hier sollen die kulturellen, wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Leistungen des Deutschen Volkstums im Ausland zu würdiger und umfassender Darstellung gebracht werden.» (50)

Der Bau des Wilhelmopalais mit seinem strengen Neoklassizismus war für seine nationalsozialistische Nutzung besonders geeignet, denn es war ja gerade der Neoklassizismus, aus dem die ersten Architekten des Nationalsozialismus ihre Formsprache entwickelten, wie etwa Paul Troost im ‚Haus der Deutschen Kunst‘ in München, dessen Stuttgarter Gegenstück nun das Ehrenmahl mit seinen 37 Ausstellungsräumen wurde. Dieses Ehrenmal sollte schliesslich in einem neuen Gebäude zu einem «Nationalmuseum des Deutschtums in aller Welt» ausgebaut werden. (51)

Nach intensiven Bemühungen des Gauleiters und Reichsstatthalters Murr, Ministerpräsidenten Mergenthaler und Oberbürgermeisters Strölin gelang es schliesslich, die Namensbeifügung in einen ‚Herrschaftstitel‘ umzugestalten. Am Tag der Einweihung des ‚Ehrenmal der Deutschen Leistung im Ausland‘, dem 27.8.36, wurde Stuttgart «vom Führer und Reichskanzler» die Bezeichnung ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ verliehen und durch einen Erlass des Reichs- und preussischen Ministers des Inneren vom 11. September 1936 bekanntgegeben. (52)

Stuttgart steht mit dieser Zusatzbenennung nicht allein, zur gleichen Zeit erwarben sich aus ähnlichen Gründen auch andere Städte solche Namenszusätze, etwa die ‚Reichsmessestadt‘ Leipzig, das ‚Tor zur Welt‘ Hamburg,

die ‚Stadt des Deutschen Handwerks‘ Frankfurt, die ‚Stadt der schaffenden Arbeit‘ Düsseldorf und besonders München, die ‚Hauptstadt der Bewegung‘ und Nürnberg, die ‚Stadt der Reichsparteitage‘.

Argwöhnisch beobachtete Strölin die Entwicklung dieser Städte, sammelte Verlautbarungen und Presseartikel, in denen diese Städte ihre Planung erarbeiteten oder darstellten und übermittelte diese Waldmann. (53) Besonders deutlich tritt dieses sozialdarwinistische Gerangel um ideologische Führungspositionen in einem Brief vom 3.8.1938 an Murr und Mergenthaler in Erscheinung. Strölin weist darin warnend auf die Bemühungen Breslaus, ‚Stadt des Deutschen Volkstums‘ zu werden, hin. «Nachdem die Bemühungen Breslaus, ‚Stadt der Volksdeutschen‘ zu werden, offensichtlich nicht zum Erfolg geführt haben, wird jetzt auf diesem Wege» – in einer Rede auf dem Turn- und Sportfest hatte der schlesische Gauleiter Wagner vorgetragen: Breslau möge berufen sein, alle grossen Feste des deutschen Volkstums der Erde in seinen Mauern zu erleben – «planmässig das Ziel weiterverfolgt, für Breslau auf dem Gebiet der gesamtdeutschen Arbeit eine Sonderstellung durchzusetzen. Wie ich höre, benützt Breslau jede Gelegenheit, Berliner Stellen in diesem Sinne zu bearbeiten. Es wird unsere Aufgabe sein, zu überlegen, welche Schritte gegenüber den Ansprüchen Breslaus von unserer Seite aus zu unternehmen sind.» (54)

Der neue Titel Stuttgart wurde nicht als blosse Ehrung verstanden, sondern als die Übertragung einer Spezialaufgabe, durch die Stuttgart einen höheren Rang im Reich erwerben könne. So äusserte sich Strölin nichtöffentlich in der Sitzung des Gemeinderats am 21.9.1936 (in der gleichen Sitzung, in der er seine Überlegungen zur Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen und vor allem aus dem wirtschaftlichen Leben vortrug), es bestehe die Frage «welche Verpflichtungen und Aufgaben sich für Stuttgart aus der Berufung zur ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ ergeben. Er lasse keinen Zweifel daran, dass es sich hier nicht um eine blosse Ehrung handle, sondern vielmehr um die Zuteilung einer Aufgabe, die alle Gebiete der Verwaltung und des öffentlichen Lebens der Stadt erfassen müsse. Ein Arbeitsprogramm sei bereits in Aufstellung begriffen.» (55)

Die öffentlich unangesprochene Absicht, die die Stadtverwaltung mit dem neuen Titel verfolgte, verdeutlicht ein vertraulicher Brief vom 23.2.1937 des Rechtsstadtrates und Verbindungsmannes der Stadt zum DAI, Dr. Könekamp, an den Leiter des DAI Csaki und Direktor Hagstotz, der massgeblich an der Planung des Forums gegenüber des Cannstatter Wasens von 1934 mitgearbeitet hatte: «Das Aufgabenprogramm der Stadt der Auslandsdeutschen, wie es bis jetzt vorliegt, befriedigt mich an sich noch nicht ganz. Es sind zwar eine Reihe grosszügiger Pläne vorhanden, meist sind es aber Dinge, die sich gewissermassen auf dem Papier vollziehen. Die neue Stellung Stuttgart sollte, wie ich schon gelegentlich betont habe, auch in der Gestaltung des äusseren Stadtbildes zum Ausdruck kommen. Wir werden, wenn aus dieser neuen Stellung wirklich etwas werden soll, in dieselbe Entwicklungslinie kommen müssen wie München und Nürnberg. Eine grosszügige städtebauliche Gestaltung Stuttgart muss der sichtbare Ausdruck der neuen Stellung der Stadt werden. Ich schlage nunmehr vor, dass die Herren Dr. Csaki, Geist, Hagstotz und ich sich einmal privatim an ein solches städtebauliches Programm machen, das dann die Grundlage für Vorschläge an die Stadtverwaltung und insbesondere an die technischen Ämter werden soll. Ich habe diese meine Absicht kürzlich dem Henn Oberbürgermeister zur privaten Kenntnis gebracht und sein Einverständnis hierzu erhalten.» (56)

Die gleiche Entwicklungslinie wie Nürnberg, der ‚Stadt der Reichsparteitage‘, und München, der ‚Hauptstadt der Bewegung‘, bedeutet hier den Versuch, eine Teilhabe am Herrschaftsvollzug des Nationalsozialismus zu erreichen. Wie bei diesen Städten sollte dies auch in Stuttgart in der Umformung der Stadt nach der nationalsozialistischen Weltanschauung ihren Ausdruck finden. Der halboffizielle Charakter des Ausland-Instituts und die personelle Verflechtung mit den wichtigsten Stellen der Stadtverwaltung ermöglichte es, ähnlich wie in den anderen Städten die planerische Grundlegung scheinbar inoffiziell durchzuführen. Dass es dabei im Wesentlichen tatsächlich um Stadtplanung ging, belegt die handschriftliche Anmerkung Könekamps, die die Frage nach der «Zuziehung von Bonatz» stellt. Paul Bonatz, dessen Schüler und Assistent an der Stuttgarter Hochschule, Gerhard Graubner, ja schon

bei dem Plan von 1934 federführend beteiligt war, erstellte auch das Obergutachten für die Planung der Denkschrift von 1941 und wurde bis in die 50er Jahre bei allen grundlegenden stadtplanerischen und städtebaulichen Problemen Stuttgarts zugezogen.

Unmittelbar nach der offiziellen Verleihung des Titels ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ begannen in der Stadtverwaltung die Planungen zur Umsetzung dieses Titels; es sind Massnahmen, die einerseits die ‚Einstellung‘ der Stuttgarter Bevölkerung über Rundfunk und Presse «auf den auslandsdeutschen Gedanken» betreffen, andererseits solche, die sich an die «dreissig Millionen Deutscher in aller Welt» richten sollten, die «auf Stuttgart als den ihnen vom Führer gewiesenen geistigen Mittelpunkt und die Verkörperung ihrer geistigen Heimat» blicken. Vor allem ist dabei wieder an eine «der Bedeutung Stuttgarts als Stadt der Auslandsdeutschen entsprechende Gestaltung des äusseren Stadtbildes» gedacht, an den Bau volksdeutscher Feststrassen (worunter wohl besondere Aufmarschstrassen mit volksdeutschen Requisiten vorzustellen sind), die Vergabe auslandsdeutscher Namen an Stuttgarter Strassen, Aufstellung von Denkmälern, Plastiken, Brunnen mit auslandsdeutscher Programmatik. Ebenso wird eine besondere Gestaltung und Beschriftung der Bahnhofsvorhalle, des Bahnhofsvorplatzes und des Flugplatzes, eine Benennung von Hotels und Geschäftshäusern im auslandsdeutschen Sinn und eine besondere Innenausstattung der Gaststätten, zumal im Ratskeller, empfohlen. Vorgeschlagen wurde auch «auf der Höhe, an einer überall sichtbaren Stelle in riesigen Leuchtbuchstaben die Aufschrift Stuttgart Stadt der Auslandsdeutschen‘ anzubringen». (57) Die meisten dieser Massnahmen wurden bei der mit ungeheuren Aufwand vom Land Württemberg und der Stadt Stuttgart ausgerichteten 5. und 6. ‚Reichstagung‘ der Auslandsorganisation der NSDAP (AO) 1937 bzw. 1938 durchgeführt, zumal die Leuchtaufschriften, die von Gerüsten auf den Höhen herab den neuen Herrschaftstitel in die Stadt niederstrahlten, wozu möglicherweise wiederum der Nürnberger Reichsparteitag 1934 mit Speers Lichtdom einen Anstoss gegeben hatte. Die Bevölkerung nahm an diesen Vorhaben teilweise regen Anteil; so schlug der Stuttgarter Kunstmaler Richard Sieber vor, den 50 m

hohen Turm Albert Speers von der Pariser Weltausstellung in Stuttgart wiederaufzustellen, da diese als Stadt der Auslandsdeutschen ein besonderes Anrecht darauf hätte. Desweiteren regte er an, auf der Höhe einen Turm mit einer ‚Deutschtumsglocke‘ und auf der Karlshöhe oder Uhlandshöhe eine grosse Versammlungshalle als Stadtkrone zu errichten. (58) In der Denkschrift von 1941 finden sich diese Vorstellungen, die mit der von Hitler geforderten Gestaltung einer Gauhauptstadt in Einklang standen in konkrete Planungen umgesetzt, freilich ohne den Bau Speers.

Aus der Verleihung des neuen Titels folgte die Stadt, dass nun alle zentrale Reichsstellen, die mit Auslandsdeutschen zu tun haben, nach Stuttgart zu verlegen seien, Stuttgart müsse die Zentrale für die gesamte wissenschaftliche Betätigung des Auslandsdeuschturns werden und der Mittelpunkt für die auslandsdeutsche Volksforschung im Reich; in diesem Zusammenhang sollte auch das immer noch private Lindenmuseum einbezogen werden. Darüberhinaus sollte das ‚Ehrenmal des Deuschturns im Ausland‘ durch eine Gemäldesammlung grenz- und auslandsdeutscher Kunst ergänzt werden. (59)

Mit den Ergebnissen dieser aus dem neuen Titel abgeleiteten programmatischen Selbstfindung wandte sich die Stadt in verstärktem Masse an die führenden Männer des nationalsozialistischen Systems, um dort die aus dem neuen Titel gefolgerte höhere Stellung abzusichern und den diesem Titel entsprechenden eifrigen Einsatz für die nationalsozialistische Weltanschauung und Herrschaft darzustellen. So bemühte sich Strölin zu Beginn des Jahres 1937 intensiv um einen Termin bei Hitler, um ihm die Arbeit der neuen ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ darzustellen, was jedoch nicht zustande kam. Stattdessen erreichte Strölin jedoch ein längeres Gespräch mit Goebbels am 11.2.1937, der sich von der Arbeit der Stadt sehr angetan zeigte, (60) die ja ganz wesentlich die Propagierung des nationalsozialistischen Systems im Ausland betrieb. Strölin selbst reiste mehrmals zu Vorträgen ins Ausland. (61) Auch mit Hess, dem Stellvertreter Hitlers in der Partei, deren Auslandsorganisation ihre Zentrale auf die Dauer nun in der Stadt der Auslandsdeutschen haben sollte, kam es am 21.6.1937 zu ergiebigen Unterredungen. (62)

Der erreichte Herrschaftstitel und die daraus abgeleiteten Planungen, die Stuttgart zu der gesamtdeutschen und auslandsdeutschen Kongresszentrale machen sollten und zum ständigen Tagungsort der Auslandsorganisationen und ihrer Untergliederungen, machte nun den Bau einer Grosshalle für die anstehenden Massenveranstaltungen zu einer dringenden Notwendigkeit. (63)

Die Stadt erneuert daher ihre Vorstösse bei den staatlichen Stellen um die Erstellung der Grosshalle. Am 12.2.1937 legt Strölin dem Ministerpräsidenten Mergenthaler einen Entwurf für die Ausschreibung des Wettbewerbs für die Grosshalle vor. (64) Über die schon genannten Zweckbestimmungen geben einzelne Angaben ein genaueres Bild der Vorstellungen der Stadtverwaltung. So sollten mindestens 15'000 Sitzplätze und 4'000 Stehplätze vorgesehen werden, eine Bühnenanlage mit Garderoben, eine Grossorgel, Umkleieräume für 1'000 Personen, eine Grossgaststätte, Stallungen für ca. 75 Pferde und Arbeitshalle, ferner seien «für die Führer von Partei, Staat und Stadt (. . .) an geeigneter Stelle besondere Logen vorzusehen».

Doch schon in einem Artikel des NS-Kuriers vom 12.3.1937 ist in diesem Zusammenhang von einer provisorischen Schwabenhalle für 20'000 Personen die Rede, während die eigentliche Schwabenhalle, die 60'000 und mehr Volksgenossen Platz bieten soll, erst in einigen Jahren erstellt werden soll. Während die Stadt für diese Grosshalle einige Architekten mit Entwurfsarbeiten beauftragen will, kündigt Strölin Mergenthaler in einem Brief vom 14.4.1937 eine Interimsholzhalle für das kommende Jahr an. (65) Mit dem Bau wurde sofort begonnen, so dass der Bescheid des Reichsbeauftragten für die Rohstoffverteilung, der am 31.7.1937 die Durchführung des Bauvorhabens der Interimsgrosshalle auf dem Wasen aus Gründen der Rohstoffversorgung für nicht erwünscht erklärt hatte, zu spät kam, Reichsstatthalter Murr merkt lapidar an: «die Interimshalle wird schon gebaut und soll bis zur Tagung der Auslandsdeutschen fertiggestellt sein.» (66) So gelang es der nationalsozialistischen Stadtführung Stuttgarts gerade noch kurz vor den einschneidenden Massnahmen zu Rohstoffeinsparungen, die mit der Aufrüstung und den Kriegsvorbereitungen zusammenhingen, sich das wesentliche Instru-

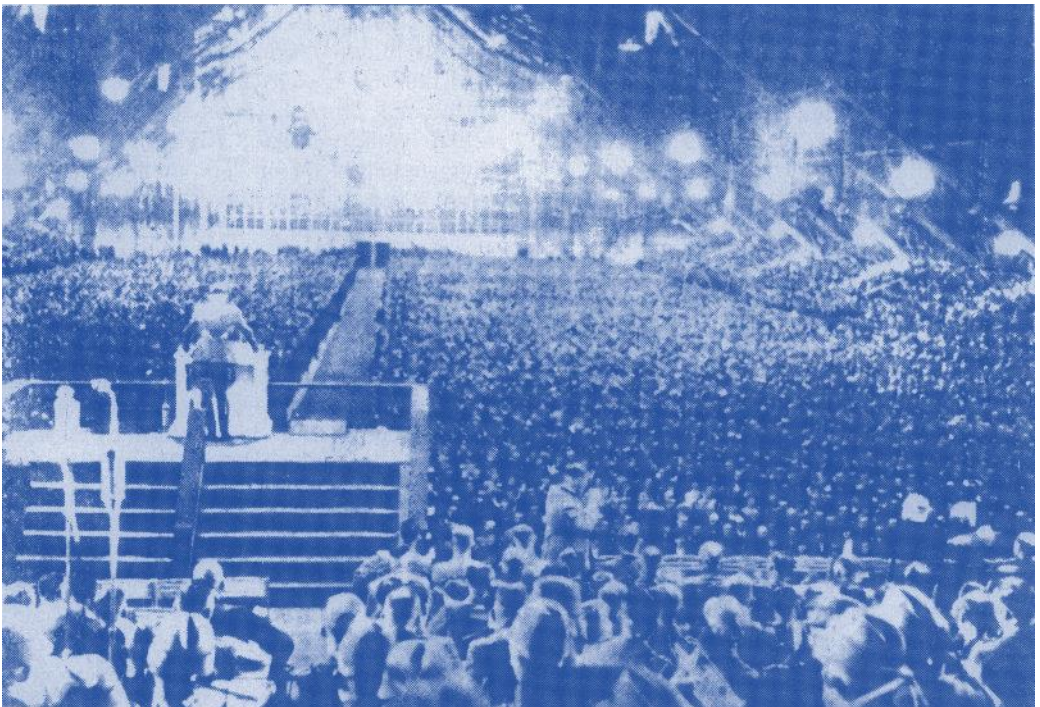


Abb. 3 Die «Schwabenhalle» beim Hitlerbesuch am 1.4.1938 mit 25.000 Zuhörern (am Rednerpult: Gauleiter Murr; neben der Tribüne stehend: Hitler)

ment städtischer Machtstellung zu verschaffen. (Abb.3)

Nach den Entscheidungen zu Anfang des Jahres 1937, durch die Berlin, München, Nürnberg und Hamburg zu «Führerstädten», zu bevorzugten «Neugestaltungsstädten» wurden, war es klar, dass Stuttgart trotz aller Bemühungen, trotz des neuen Titels, auf einer niedrigeren Ebene bleiben müsste. In seiner Rede vor dem Deutschen Gemeindetag vom 8.4.1937 stellte Göring, der Beauftragte für die Durchführung des Vierjahresplanes, fest, dass ausser den vier bevorzugten Städten, die als Träger und Zeugen des nationalsozialistischen Willens ausgebaut werden sollten, die anderen Städte nicht glauben dürften, «zur gleichen Zeit ebenfalls ein Riesenbauprogramm durchführen zu müssen». Die Gemeinden müssten sich «in die Stufenfolge der Dringlichkeit einordnen». (67) Es ist die hohe Rohstoffbeanspruchung der Kriegsvorbereitungen, die die nationalsozialistische Umgestaltung der Städte gefährdet.

In dieser Rede war Hamburg «Stadt der Pflege der Auslandsbeziehungen» genannt worden; Strölin schrieb daraufhin am 13.4.1937 an Göring und wies eindringlich auf «die der Stadt Stuttgart gestellte besondere Aufgabe der Betreuung der Auslandsdeutschen hin (. . . die) den Auslandsdeutschen in aller Welt Symbol ihrer Heimat» sei. «Entsprechend dem Willen des Führers» sollen Berlin, München, Nürnberg «im besonderen Masse ausgebaut werden als Träger und Zeugen unseres nationalsozialistischen Willens auch auf dem Gebiet des Bauwesens.» Er gehe «aber doch davon aus, dass mit Rücksicht auf die Bedeutung, die die Auslandsdeutschen im Hinblick auf unsere gesamte aussenpolitische Lage haben, die Stadt Stuttgart im Rahmen des Möglichen diejenigen Bauten durchführen darf, die im Hinblick auf unsere Rohstofflage möglich sind.» Schliesslich bittet er Göring persönlich «über die besondere Lage der Stadt Stuttgart und über die Aufgaben, die sich aus der Ernennung Stuttgarts zur ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ ergeben, persönlich» vortragen zu können. (68) Der persönliche Vortrag bei Göring kam nicht zustande, der Anspruch jedoch auf einen Spitzenplatz in der Stufenfolge der Dringlichkeit war erhoben; der Referent Görings antwortete, dass Göring Stuttgart nicht hätte zurückstellen wollen.

Die 5. ‚Reichstagung der AO‘ (Auslandsorganisation der Partei) in der eben fertiggestellten Interims-Schwabenhalle wurde von der Stadt, dem Land und dem Gau mit grösstem Einsatz organisiert. Während der Tagung vom 28.8.-3.9.1937 trat mit Ausnahme Hitlers die ganze nationalsozialistische Führerschaft als Redner auf: Hess, Göring, Goebbels, v. Neurath, Himmler, Ley, v. Tschammer und Osten, v. Schirach, Frank und der Leiter des rassenpolitischen Amtes Gross. Die Reichstagung wurde ein grosser Erfolg, der Leiter der Auslandsorganisation Bohle berichtete Strölin und Könemamp die lobenden Äusserungen der Staatsführung: «Der Führer (habe sich) auf Bericht Neuraths hin sehr anerkennend über die Entwicklung Stuttgarts ausgesprochen. Goebbels erklärte, er habe in Stuttgart seine schönste Kundgebung erlebt, auch Göring sei ganz begeistert.» (69)

Hitler erhält die Stuttgarter Planungen vorgelegt

Es ist wohl wesentlich auf den so erfolgreichen Einsatz der Stadt bei dieser Tagung zurückzuführen, dass Hitler wenige Monate später im Frühjahr 1938 auf seinem Propagandafeldzug durch Deutschland für das «Ja» zum Anschluss Österreichs und zu seiner Herrschaft auch am 1. April die Stadt der Auslandsdeutschen berücksichtigte. Königsberg war der Ausgangspunkt dieser «Triumphfahrt des Führers», wie der «Völkische Beobachter» am Abstimmungstag, dem 10.4.1938 meldet, es folgte die ‚Reichsmessestadt‘ (Leipzig), die ‚Reichshauptstadt‘, das ‚Tor zur Welt‘ (Hamburg), Köln, die ‚Stadt des Deutschen Handwerks‘ (Frankfurt). Nach der ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ trat Hitler noch in der ‚Hauptstadt der Bewegung‘ (München), in Graz, Klagenfurt, in der ‚Stadt der Deutschen Bergsteiger‘ (Innsbruck), Salzburg, Linz und Wien auf. Es sind zumeist Städte mit einem besonderen «Herrschaftstitel», einer von Hitler abgeleiteten neuen Identität, für die Hitler auch – ausser Wien – umfassende Neugestaltungen vorsah.

Die Stadtverwaltung, das Land und die Gauleitung der Partei inszenierten mit Pylonen, Fahnen, Schrifttafeln, Aufmärschen und Sonderzügen einen grossartigen Empfang; die Stadt war von Begeisterten überfüllt. Den

Empfang Hitlers im Rathaus nahm die Stadtverwaltung zum Anlass, ihrem Führer, dem die Architekturabteilung der Stuttgarter Technischen Hochschule schon 1933, am Tag der Deutschen Arbeit, den Ehrendoktor angetragen hatte, («dem Manne», wie es in der Begründung hiess, der durch seinen sieghaften Kampf für deutsche Art den Boden bereitet hat, auf dem allein deutsche Baukunst gedeihen kann»), (70) ihre städtebauliche Massnahmen und Planungen mit zahlreichen Modellen und Plänen vorzuführen, meist «Grossbauten, die in Stuttgart geplant sind und die ihre Entstehung dem Deutschland Adolf Hitlers zu verdanken haben», wie das Stuttgarter Neue Tagblatt am folgenden Tag (2.4.38) berichtet. Insgesamt werden genannt: der Ausbau der Adolf-Hitler-Kampfbahn, das Projekt einer Gebietsführerschule der schwäbischen Hitlerjugend, der Ausbau der Kuranlagen von Bad Cannstatt, der Neubau des Reichssenders Stuttgart, des Rathauses, der Markthalle, die Aufstockung der Akademie, die Bauten der 3. Reichsgartenschau, die Neckarkanalbauten und schliesslich die umfassende Planung der Umgestaltung der Innenstadt. Die Stadtverwaltung vermerkte sorgfältig die Äusserungen ihres Führers. (71) Obwohl die Zeit für das Studium dieser Planungen recht kurz war, fielen Entscheidungen.

Die Gestaltung der Gebietsführerschule fand Hitlers uneingeschränkte Zustimmung. Der auch von Speer und Giesler gelobte Entwurf stammte von Hans Duftmann, der auch die Adolf-Hitlerschulen in Potsdam und Heiligenberg gestaltet hatte. Der Bau sollte in der Nähe des Schloss Solitude auf der Gerlinger Höhe, am Ende einer 7 km langen 10 m breiten, durch den Schwarzwildpark geschlagenen achsialen Aufmarschstrasse errichtet werden. Diese Strasse lag ihrerseits in rechtem Winkel zu der alten schnurgeraden Solitudeallee nach Ludwigsburg, deren im 19. Jh. entstandene Unterbrechung bei Korntal die Nationalsozialisten auch zu beheben unternahmen. Die Anlage wurde jedoch nicht nur in die Geometrie barocken Herrschaftsdenkens eingebettet, sondern es wurde auch ein unmittelbarer «Anschluss» hergestellt. Die Militärakademie Karl Eugens, deren Zögling neben vielen anderen Berühmtheiten auch Schiller war, wurde vereinnahmt. Die alte Schule auf der Solitude sollte umgebaut und das «Gesicht der Gebäude aufgefrischt» werden, worunter eine glättende Monumentalisierung zu verstehen ist. In der bewussten Aufnahme dieser Traditionen kommt der Anspruch, der mit der Gebietsführerschule der Hitlerjugend verbunden wurde, deutlich zum Ausdruck. (Abb. 4)

Der NS-Kurier bildet Hitler vor dem Modell ab

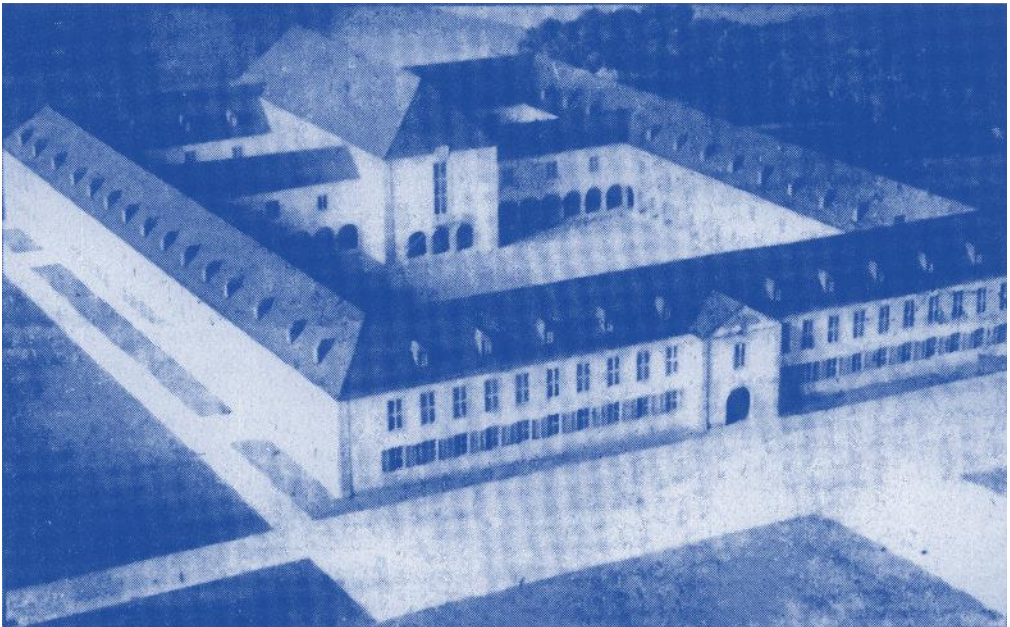


Abb. 4 Modell der «Gebietsführerschule», entworfen von Hans Duftmann

und zitiert Hitlers Urteil: «Das gefällt mir auf den ersten Blick; das ist eine ganz hervorragende Lösung» und «Das ist wirklich eine grosse Sache, die hat meine Anerkennung.» (72) Wenige Tage später vollzog der Reichstatthalter Murr am 20.4.1938, an Hitlers Geburtstag, die Grundsteinlegung.

Ähnlich positiv äusserte sich auch Hitler über den Umbau der Adolf-Hitler-Kampfbahn. Das Stadion auf dem Wasen war 1931-1933 nach Plänen von Bonatz und Schöler für das grosse deutsche Turnfest 1933 angelegt worden. Auf seinen flachen Rängen fanden 35'000 Zuschauer Platz, die Haupttribüne entwarf Dr. Schmid vom städtischen Hochbauamt. (73) Nach der Machtergreifung fertiggestellt, erhielt es seinen Namen Adolf-Hitler-Kampfbahn, womit auch in Stuttgart der hohe ideologische Wert von Sport und Stadionbau gleichermassen seinen Ausdruck fand. (74) Schon im folgenden Jahr wurden die Anlagen ausgebaut; an Stelle der hölzernen Tribüne erhielt die für Aufmärsche genutzte Festwiese eine grosse aus Beton, den Entwurf lieferte wiederum das städtische Hochbauamt. (75) Freilich reichte den Natio-

nalsozialisten dieses Stadion nicht lange, «sowohl für Veranstaltungen der Partei als auch für die Abhaltung sportlicher Veranstaltungen» sei es zu klein, stellte Strölin beim Besuch Hitlers 1938 fest. (76) Das Fassungsvermögen sollte auf 71'000 erhöht werden. Darüberhinaus genügte auch das schlichte Äussere nicht der monumentalen Herrschaftsvorstellung der Nationalsozialisten. Den Entwurf zum Umbau lieferte wiederum das städtische Hochbauamt. Er sah einen hohen Quader mit einer Säulenhalle auf der Frontseite vor, die Ränge sollten ringsum auf Säulen gesetzt werden, so dass sich ein Säulenumgang ergab. (77) Nach der Zustimmung Hitlers wurde der Bau bald begonnen. Er ist einer der wenigen heute noch bestehenden nationalsozialistischen Grossbauten in Stuttgart, der freilich 1973 durch einen Umbau stark verändert wurde. Anlässlich dieser Arbeiten erschien im Städtischen Amtsblatt am 24.5.1973 eine besondere Beilage über die Geschichte des Baus, an keiner Stelle findet sich dort freilich ein Hinweis auf die nationalsozialistische Vergangenheit dieses Baues, der Adolf-Hitler-Kampfbahn, des Neckarstadions. (Abb. 5)

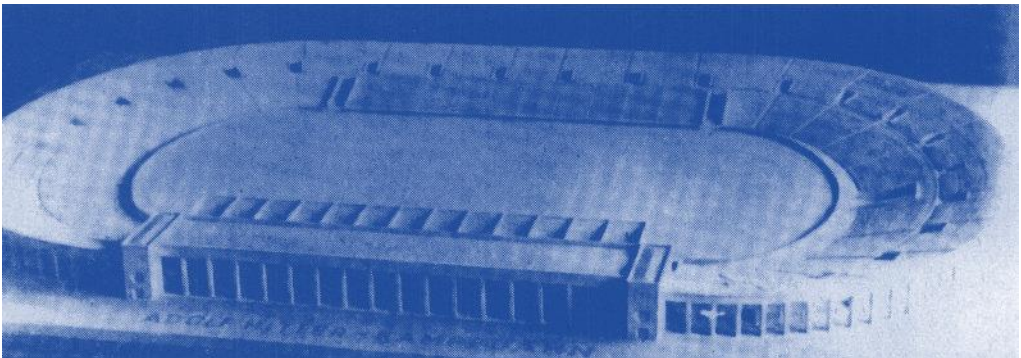


Abb. 5 Modell für den Umbau der «Adolf-Hitler-Kampfbahn»

Auch zu der Gestaltung des erheblich ausgeweiteten Kurgeländes in Bad Cannstatt (Abb. 6) scheint sich Hitler zustimmend geäussert zu haben, das Modell wird jedenfalls ebenso wie die beiden vorhergehenden von Hitler befürworteten Bauten nach dem Besuch im NS-Kurier veröffentlicht, (78) auch wurden erste Arbeiten aufgenommen. Die gesamte Anlage, die wohl wiederum auf das städtische Hochbauamt zurückgeht, zeigt mehrfach die für nationalsozialistischen Bauten typischen achsialsymmetrischen Hofbildungen. Städtebaulich sind die Badeanlagen von Bedeutung,

da sie den zweiten Mittelpunkt Stuttgarts und den Abschluss der grossen achsialen Strasse bilden sollten.

Der von Strölin besonders geförderte Ausbau des Neckars zur Schifffahrtsstrasse gehört zu denjenigen Planungen, die die nationalsozialistische Verwaltung von ihrer demokratischen Vorgängerin voll übernahm. Für Strölin, der schon bald nach seinem Amtsantritt Vorsitzender des Südwestdeutschen Kanalvereins wurde, war die Kanalisierung ein ebenso wesentlicher Beitrag zur Integration eines von Stutt-

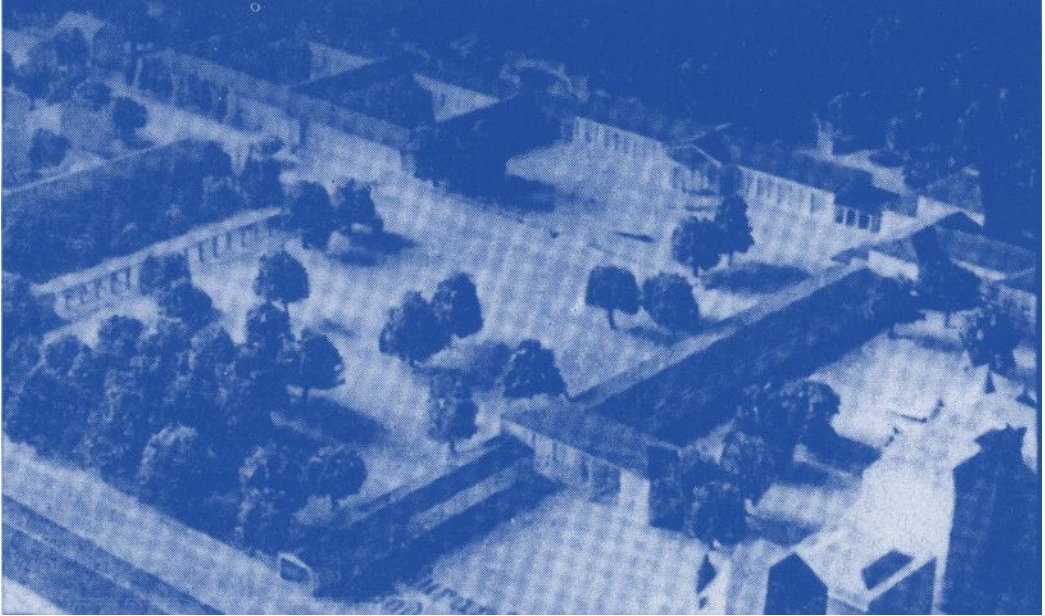


Abb. 6 Modell der Kuranlagen in Stuttgart-Bad Cannstatt



Abb. 7 Mergenthaler, Murr, Hitler, Strölin (v.l.n.r.) vor einer Tafel mit der Rhein-Donau-Kanal-Planung

gart beherrschten Wirtschaftsraumes wie die Reichsautobahnen; unermüdlich trat er deswegen für eine Kanalisierung bis Plochingen und darüber hinaus für eine Rhein-Neckar-Donau-Verbindung ein. (79) Hitler sagte Strölin bei der Besprechung dieser Planungen – die ein Bild des Stuttgarter Neuen Tagblattes festhält (80) – seine Förderung des Neckarkanals und der Rhein-Neckar-Donauverbindung zu, zumal «nachdem das Tal bei Göppingen sehr stark mit Industrie durchsetzt sei» – was wohl auf den Vortrag Strölin zurückgeht, der auf grössere neu aufgeschlossene Erzlager hingewiesen hatte. (81) Da eben der Anschluss Österreichs vollzogen war, hob Hitler jedoch hervor, dass der Rhein-Main-Donaukanal mit Beschleunigung ausgebaut werden müsse, und zwar nicht nur für kleine Schiffe, sondern auch für 1'500 Tonnen-Kähne. Die Donau sei nun der längste deutsche Strom geworden. Ihr Ausbau als leistungsfähige Verbindung zu den Agrarländern des Donau raumes sei aus politischen Gründen sehr wichtig, «weil dadurch eine Hungerblockade gegen Deutschland ausgeschlossen sei.» In diesen bei Hitler immer mit militärischen Fragen verbundenen Überlegungen scheint schon sein Kriegsplan auf. Letztlich bedeutete dies für Stuttgart das Ende der Rhein-Neckar-Donauverbindung. (Abb. 7)

Die zweite über die Stuttgarter Markung hinausgreifende Planung, die im Stuttgarter Rathaus dokumentiert wurde, war Hitler schon bekannt: der Bau des Stuttgarter Verkehrsflughafens bei Echterdingen. Es war notwendig geworden, nachdem das Luftkreiskommando V das reichseigene Flughafengelände in Böblingen am 25.8.1936 für sich beanspruchte. Nachdem der Reichsminister für Luftfahrt am 27.11. sein grundsätzliches Einverständnis für den Bau des Personenflughafens auf der Filder gegeben hatte, wurden die Bauarbeiten im Frühjahr aufgenommen. (82) Die Flughafen Württemberg AG hatte den Ministerialrat Prof. Dr. Ernst Sagebiel vom Reichsluftfahrtministerium beauftragt, der auch die Anlagen von Berlin-Tempelhof schuf. Hitler nahm auf die Gestaltung der Flughafenbauten Einfluss. Als ihm zusammen mit den Plänen der Flughäfen Berlins und Münchens auch die Stuttgarts vorgelegt wurden, verlangte er eine würdige Anlage der Bauten, «und dass der monumentale Ausdruck der neuen Zeit nicht dem rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt geopfert werden darf.» (83) Im August 1938 waren die Bauten im Rohbau fertiggestellt (84).

Sie zeigen tatsächlich eine wenig gegliederte, massige Monumentalität. Strölin, für den der Flughafen genauso wie für seinen Führer ideologischer Bedeutungsträger war, versuchte in der Folgezeit, die Anlage, ebenso wie sämtliche Anschlussstellen der Reichsautobahnen um Stuttgart, durch Eingemeindungen seinem «Raum» zuzuschlagen.

In letzter Zeit bestehen Bestrebungen, die Anlagen, die den Krieg überdauert haben, im Zusammenhang mit dem Bau eines (nebenan stehenden) neuen Flughafengebäudes abzureissen. Wenn dieses Vorhaben gelänge, hätte die frühere ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘, da ja auch die Adolf-Hitler-Kampfbahn (Neckarstadion) 1973 stark verändert wurde, weitere bauliche Spuren ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit ausgelöscht.

Von grösserer Bedeutung für das Stadtgebiet war das geplante Gebäude des Reichssenders Stuttgart. Bei der Bedeutung, die der Nationalsozialismus dem Rundfunk zuerkannte, verwundert es nicht, dass das Reichspropagandaministerium Goebbels gleich nach der Machtergreifung den Süddeutschen Rundfunk an sich brachte. Dem Stuttgarter Sender kam eine besondere Bedeutung zu, da er auch den Elsass und die Schweiz erreichen sollte. Schon damals wurde die Errichtung eines Funkhauses erwogen, der Anstoss dazu ging von der Württembergischen Regierung und der Stadt Stuttgart aus, die 1935 beschlossen, dafür ein grösseres Darlehen und einen Zuschuss zur Verfügung zu stellen. (85) In der Folgezeit kam es zu konkreteren Planungen, für die die Verantwortung beim Stadtplanungsamt unter der Leitung von Baudirektor Dr. Stroebel lag, so dass Hitler bei seinem Besuch zwei Varianten eines Neubaus vorgestellt werden konnten, einmal mit dem Standort Silberburg, dann mit dem Standort auf der Karlshöhe, als weitere Möglichkeit hatte Strölin das Weissenhofgelände vorgeschlagen – als Ersatz für die abzureissenden «entarteten» Gebäude der Werkbundausstellung. Hitler scheint jedoch den Standort Karlshöhe befürwortet zu haben, (86) den dann Reichsstatthalter Murr festlegte. Im Brief Strölin an Goebbels vom 15.6.1938 wird das Rundfunkgebäude als im Entwurf fertig angegeben. (87) Mit der Reichsrundfunkgesellschaft und dem Stuttgarter Sendehaus wurde 1939 eine grundsätzliche Einigkeit über die Gestaltung erzielt. Im Laufe des Jah-

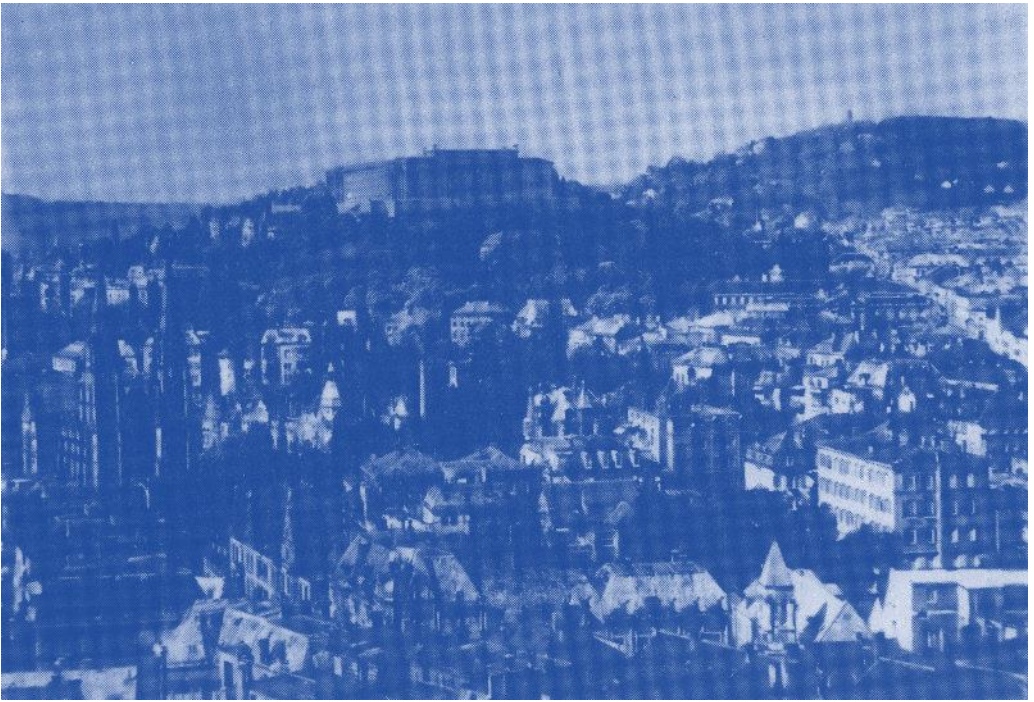


Abb. 8 Der «Reichssender» auf der Karlshöhe



Abb. 9 Gauleiter Murr erläutert Hitler das Modell der Innenstadt

res 1940 wurden die Planungen abgeschlossen und der Bau bei der weiteren Gestaltung der Innenstadt als fester Bestand, gleichsam als schon errichtet, in die Überlegungen einbezogen. (88) Eine Fotomontage, die der Vorlage Baudirektor Stroebels für Strölins Verwaltungsbericht angeheftet ist, bietet eine sehr genaue Wiedergabe von der Gestalt dieses «Propagandaschlusses» von 160 m Länge und 120 m Breite und seiner beherrschenden Wirkung auf die Innenstadt (Abb. 8). (89)

Das grösste Modell, das Hitler vorgestellt wurde, zeigte die Neugestaltung der Innenstadt; die im NS-Kurier vom 4.4.1938 einzeln genannten Vorhaben Neues Rathaus, Markthalle und Aufstockung der Akademie und auch das Ausstellungsgelände sind Teile dieses Gesamtprojektes. Den Kern bildete eine Neuordnung der Strassenführung, die Herstellung eines Verkehrsrings, der bei der besonderen Situation der von drei Seiten von Höhenzügen eng eingefassten Innenstadt nur über St rassen durchbrüche erreicht werden konnte, wie Reichsstatthalter Murr Hitler erläuterte. Die Planung sah drei grosse Durchbrüche vor, wie sich aus den Unterlagen des Vortrags und der Aufnahme des Modells ergibt (Abb. 9). (90) Erstens einen Durchbruch Charlottenstrasse und Holzstrasse, durch den ein durchgehender breiter Strassenzug von der Neckarstrasse bis zur Hauptstätterstrasse entsteht. Hier sollten neben dem «Ehrenmal der Deutschen Leistung» und der aufgestockten Akademie repräsentative Bauten der Partei und ein neues Rathaus Platz finden, gleichzeitig sollte hier die Strasse zur Reichsautobahn ihren Ausgang nehmen. Ein zweiter Durchbruch in der Linie der Rote Strasse sollte nach Südwesten vom Hauptbahnhof in Richtung Westbahnhof erfolgen. Hier sollte das Ausstellungsgelände liegen. Ein dritter sollte parallel zur Schillerstrasse den Talkessel in der Gartenstrasse (heute Fritz-Elsass-Strasse) durchqueren und die beiden Längsdurchbrüche verbinden. Auf diese Weise wäre ein Innenstadtring entstanden. Der Charakter dieser breiten Strassenzüge lässt sich anhand der Aufnahme ungefähr beschreiben. Bestimmend wären nur schwach gegliederte, verhältnismässig gleichartige, gleichhohe, massige Baukörper gewesen, eine gewisse monumentale Monotonie, die durch die langen Strassenfluchten und die straffen, einheitlichen Frontlinien der Bauten betont worden wäre. Der Eindruck gleicht den Planungen Gieslers für München

und Speers für Berlin, wie er sich etwa aus dem Modell der Nord-Südachse ergibt. (91) Die Planungen auf denen dieses Modell aufbaute, müssen mindestens in das Jahr 1936 zurückreichen. Aus dieser Zeit ist von Paul Bonatz, dem wichtigsten Gutachter der Stadt in Angelegenheiten der Stadtplanung, ein genau ausgearbeiteter Entwurf zur Verkehrsführung in der Innenstadt erhalten, in dem auch das neue Ausstellungsgelände und die städtischen Verwaltungsneubauten an der Holzstrasse vorgesehen sind. Auch in dieser Planung erscheint, wenn auch weniger grobschlächtig durchgebrochen, der gleiche Innenstadtring. (92)

Die im NS-Kurier erwähnten Gebäude sind auf dem Modell deutlich zu erkennen. Neben der alten (und jetzigen) Markthalle von Elsässer steht ein hoher Block, wohl die neue Markthalle, am Beginn der Charlottenstrasse erhebt sich rechts mit einem hohen Turm das neue Rathaus, ihm gegenüber erscheint das «Ehrenmal der Deutschen Leistung im Ausland» (das erweiterte Wilhelmspalais). Überbeck ist ein hohes Gebäudegeviert zu erkennen, die Akademie (Hohe Karlsschule), deren kleinteiliger harmonischer Rokokobau zugunsten der Uniformierung dieser im Übrigen von hohen Blöcken gesäumten Aufmarschstrasse mit einer Aufstockung bzw. einem radikalen Umbau monumentalisiert werden sollte. Eine ähnliche Monumentalisierung sollte, wie deutlich zu erkennen ist, das Kronprinzenpalais erfahren, das, nach hinten zu einem Geviert ergänzt, eine Platzanlage an der Rote Strasse (Theodor-Heuss-Strasse) beherrschen sollte. Hitlers Bauwollen, das in Berlin und München in der Anlage der grossen Achsen, die durch «Ringstrassen» grossräumig erschlossen werden, seinen Ausdruck findet, erscheint in Stuttgart also in einer sehr ähnlich gestalteten, um die Innenstadt gelegten rechteckigen «Ringstrasse». Die durch die geographische Situation Stuttgarts bedingten Schwierigkeiten bei der Herstellung einer Achse löste erst Bonatz 1941.

Dem Umfang der Planungen und der Kürze der Zeit entsprechend fielen hier keine Entscheidungen, die Stadt sollte das Projekt zu ruhiger Stunde noch einmal vorlegen. (93) Nachdem Hitler die Modelle gesehen hatte, wurde ein Teil von ihnen – die «noch nicht ausgereiften» – abgeräumt. Die Bevölkerung, die am folgenden Tag das geschmückte Rat-

haus mit der Modellschau besichtigen durfte, (94) bekam aller Wahrscheinlichkeit nach gerade das wichtigste, das Innenstadtmodell, nicht zu sehen, denn in der Stuttgarter Presse wurde in der Folgezeit allein von diesem Modell keine Aufnahme veröffentlicht. Nur das versprengte Bild im «Schwabenland» von Reichsbildberichterstatte Hoffmann, das vor allem wohl Hitler darstellen sollte, bietet auch eine bildliche Darstellung der Planung. Die betroffenen Bewohner wurden an der Gestaltung ihrer Stadt nicht beteiligt, die allein von der höheren Warte der nationalsozialistischen Technokraten aus erfolgte, nach Massgabe der nationalsozialistischen Weltanschauung und der darin begründeten Notwendigkeit. Öffentlichkeit war für die nationalsozialistische Führung allein der Aufmarsch, dessen Gestalt sich ebenfalls nur bei der Sicht von oben, vom Führer aus ergibt, und die Führerbewunderung, ein autoritär gelenktes Bedürfnis, das Strölin dann mit der Ausstellung des «Goldenen Buches» der Stadt mit dem Eintrag Hitlers im Schaufenster des «Haus der Technischen Werke» befriedigte. (95)

Die Planungen nach dem Hitlerbesuch

Schon am 15.6.1938 wendet sich Strölin erneut im Zusammenhang von Städtebau und Stadtplanung an die Staatsführung. Goebbels hatte in seiner Rede anlässlich der Grundsteinlegung des Hauses für den Fremdenverkehr – dem einzigen fertiggestellten Bau an Speers und Hitlers Berliner Prachtstrasse – auf die Bauten hingewiesen, die in München, Nürnberg, Weimar, Hamburg und Dresden im Entwurf fertig oder in der Planung begriffen seien. Da Stuttgart dabei nicht erwähnt wurde, hielt Strölin es für notwendig, Goebbels durch Eilboten «im Hinblick auf die grosse Anteilnahme, die (er) stets der Stadt der Auslandsdeutschen entgegengebracht (habe . . .), eine Übersicht derjenigen Bauten zu übersenden, die in Stuttgart seit der Machtübernahme errichtet wurden, die zur Zeit in vollem Gang sind, oder die im Entwurf fertig und die in der Planung begriffen sind.» Er kündigt an, «demnächst eine eingehende Darstellung zu geben», (96) wohl anlässlich der 6. Reichstagung der Auslandsorganisation der NSDAP in der Stadt der Auslandsdeutschen vom 28.8.-4.9.1938, wo Goebbels wiederum als Hauptredner auftrat. In dieser Aufstellung, mit der

Strölin erneut versuchte, Anschluss an die Spitzengruppe der Führerstädte zu gewinnen, erscheinen in der letzten Gruppe zahlreiche Angaben, die über das im Zusammenhang mit dem Besuch Hitlers Genannte erheblich hinausgehen und einen Einblick in die weiteren Planungen der Stadt gewähren. Unter den ausgeführten und in der Ausführung befindlichen Bauten, mit einem Bauwert von 30 Millionen RM, nennt Strölin meist kommunale Zweckbauten, die auch Hitler bei seinem Besuch in Photos und Zeichnungen gezeigt worden waren: drei Klinikbauten, mehrere Verwaltungsgebäude für Betriebe der Stadt und des Landes, darüber hinaus neben der Adolf-Hitler-Kampfbahn und der (Interims-) Schwabenhalle die Hochbauten der Reichsgartenschau. Die im Entwurf fertigen Gebäude, mit einem Bauwert von 13 Millionen RM, decken sich im wesentlichen mit den Hitler im Modell vorgestellten und von ihm akzeptierten Bauten, dem Rundfunkgebäude, den Bauten der Kuranlage in Bad Cannstatt, der Vergrößerung der Adolf-Hitler-Kampfbahn, darüber hinaus wird noch eine Rudolf-Hess-Jugendherberge genannt, eine höhere graphische Schule, eine Kunsteisbahn. Auch diese Bauten können im Grossen Ganzen noch mit kommunalen Notwendigkeiten begründet werden. Die am Schluss als «in Planung begriffen» aufgezählten Bauten zeigen die weitere Entwicklung der Stuttgarter Stadtplanung und der städtischen Vorstellungen zur «Neugestaltung der Stadt der Auslandsdeutschen» an. Fast alle diese Projekte mit einem Gesamtwert von 113,5 Millionen RM sind als Herrschaftsbauten anzusprechen, nicht mehr aus der Notwendigkeit der kommunalen Arbeit entstanden, sondern – zumal als Neubauten – abgeleitet aus einer technokratischen nationalsozialistischen Herrschaftsvorstellung. Denn es sind überwiegend – freilich auf rangniedrigerer Ebene – Bauten von der Art, wie sie in Berlin die grosse Achse und Prachtstrasse Hitlers säumen sollten, (97) Bauten auch, die später in die Gesamtplanung der Denkschrift von 1941 mit dem Gauforum einbezogen werden. Die Aufstellung zählt folgende Vorhaben auf: Neubauten der Technischen Hochschule, Rathausneubau, Neubauten für Ministerien, Ausstellungsgelände, Parteibauten, Mineralschwimmbäder, Grosshalle, Neubau Staatstheater, Neubau Armee-Oberkommando, Neubau Landesfmanzamt, Neubau Staatsarchiv, Neubau Polizeipräsidium, Neubau Arbeitsamt, Neubau Handelskammer,

Neubau Wirtschaftskammer, Haus der Landesbauernschaft, Landes turn anst alt, Hafenanlage. Zu einem Teil werden diese Gebäude wie das Neue Rathaus und das Ausstellungsgelände wohl schon in das grosse Innenstadtmodell einbezogen gewesen sein, wahrscheinlich entlang des Innenstadtrings.

Im Bemühen der Stuttgarter Stadtverwaltung um Ringstrasse und Achse ist mehr enthalten als nur der Gedanke einer innerstädtischen Pracht- und Aufmarschstrasse. Es schlägt sich darin ein genaues Verständnis von Hitlers Strassenbauprogramm nieder und wiederum der Versuch, eine besondere Stellung für die Stadt der Auslandsdeutschen im nationalsozialistischen Herrschaftsraum zu erreichen. Ein erster Erfolg war in dieser Richtung schon die Tatsache, dass Stuttgart vier «Autobahnhöfe» erhalten hatte. Nach Hitlers Anschauung sollten – wie es eindrucksvoll in Berlin geplant wurde – die innerstädtischen Achsen und Ringstrassen unmittelbar mit der das Land erschliessenden Reichsautobahn verbunden werden, wodurch die Vorstellung der Achse, einer Macht darstellenden Prachtstrasse, über das Land hinweg weitergeführt worden wäre. Deutlich wird dies bei der Besprechung einer Stuttgarter Delegation im Reichspropagandaministerium am 18.10.1938, (98) wo die «Bildung einer ‚Reichsstrasse‘ Hamburg-Berlin-Nürnberg-München», Städten «mit besonderen Aufgaben und bevorzugter städtebaulicher Behandlung», – bei denen gerade besonderes Augenmerk auf die Bildung einer Achse gelegt wurde – mit der «Achse Berlin – Rom» verbunden wird. Weitere Merkmale für die Bedeutung dieser «Reichsstrasse» seien «die Eingliederung der Ostmark und des Sudetenlandes und die auf Osteuropa gerichtete Politik des Reiches.» Angesichts dieser Lage befürchtete Stuttgart mit dem Südwesten in eine windstille Ecke zu geraten und stellte an das Reich die Forderung nach der «Einreihung in die Liste der reichswichtigen Städte Hamburg, Berlin, München usw.» – nach Einreihung unter die «Führerstädte» also. Das Propagandaministerium antwortete darauf, dass es sich «bei den bevorzugten Städten (. . .) nur um eine vorläufig zusammengestellte 1. Gruppe (handle). Eine weitere Gruppe werde zweifellos nachfolgen, da ähnliche Wünsche auch von anderen Städten, z.B. Köln, Breslau, Frankfurt usw. angemeldet worden seien. Nach Erledigung des ersten Abschnitts, der mit Ausnahme von Berlin in etwa

4-5 Jahren durchgeführt sei, werde dann zweifellos ein zweiter Abschnitt mit diesen Städten gebildet. Mit diesem zweiten Abschnitt sei dann zweifellos für Stuttgart die Zeit gekommen, wo es ebenfalls bevorzugt behandelt werden könne.» Der auf besonderen Einsatz gegründete Anspruch Stuttgarts war anerkannt, freilich blieb Stuttgart auf der zweiten Stufe. Goebbels Mitarbeiter verwies auf Speer, den Sonderbeauftragten der Partei für die Neugestaltungsstädte, mit dem die Stadt in dieser Angelegenheit Fühlung nehmen sollte. Die Stuttgarter Stadtführung scheint dies bald getan zu haben. In seinem abschliessenden «Überblick über den Stand der städtebaulichen Arbeiten in den Gaustädten unter besonderer Berücksichtigung der Planung eines Gauforums» an den Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz vom 19.2.1941 führt Speer auch Stuttgart auf und sagt dazu: «Erste städtebaulichen Ideen vor Jahren vorgetragen, aber seitdem keine weitere Kenntnis erhalten.» (99) Es ist anzunehmen, dass dieser Vortrag im Anschluss an die erwähnte Unterredung im Propagandaministerium vom 18.10.1938 erfolgte.

Schon Mitte 1938, nicht lange nach dem «Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte» vom 4.10.1937, ungefähr zur gleichen Zeit wie in den sogenannten Führerstädten (der Neugestaltungserlass für Berlin datiert vom 30.1.1937, der für München vom 12.12.1938) und früher als in den meisten übrigen späteren «Neugestaltungsstädten» liegen in Stuttgart also die Grundzüge der nationalsozialistischen Umgestaltung der Stadt vor. Als treibende Kraft dazu muss nach Ausweis der erhaltenen Quellen Oberbürgermeister Strölin angesehen werden. Die Durchführung der Planungsarbeiten – von den zahlreichen Stuttgarter Architekten immer wieder bereitwillig begutachtet – lag dementsprechend zumeist beim Stadtplanungsamt, was wohl ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Planungen der «Stadt der Auslandsdeutschen» nach dem Krieg im Wesentlichen unbekannt blieben.

Die Reichsgartenschau von 1939

Strölins intensiver propagandistischer Einsatz für seine ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ erreichte, dass Stuttgart mit der Reichsgartenschau für 1939 betraut wurde. Die Vorberei-

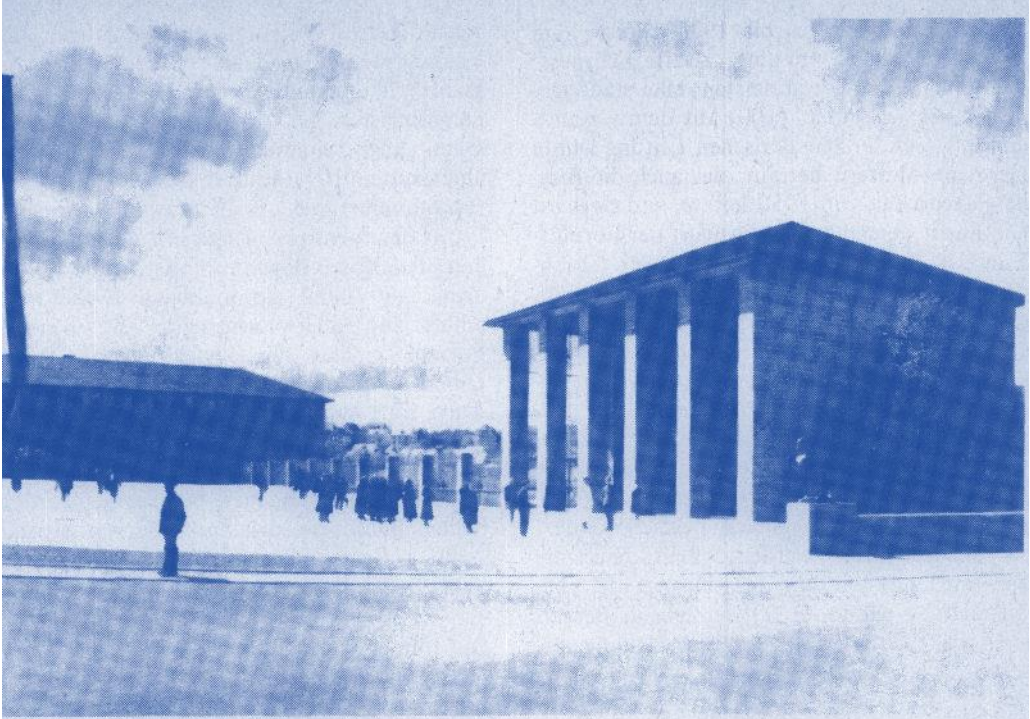


Abb. 10 Das Eingangsgebäude zur „Reichsgartenschau“ von Gerhard Graubner



Abb. 11 Die «Ehrenhalle des Reichsnährstandes» von Gerhard Graubner

tungen dafür reichen bis 1936 zurück. Am 11.3.1937 wurde, um eine «straffe Führung» der Arbeiten zu gewährleisten, eine stadteigene GmbH gegründet. (100) Mit dem Gesamtentwurf und der künstlerischen Leitung wurde Hermann Mattern betraut, der auch die Bundsgartenschau von 1950 leitete, und Gerhard Graubner, der schon am Entwurf der Forumsanlage in Berg von 1934 beteiligt war. Graubner wurde auch mit der Gestaltung der Eingangsgebäude beauftragt. Im Dezember 1937 stellte er seinen Entwurf vor. Mit einer bezeichnenden Veränderung, in der ein wesentliches Moment der nationalsozialistischen Gestaltungsprinzipien zum Ausdruck kommt, wurde dieser zur Ausführung bestimmt; es wurde verlangt, dass die vor dem Eingang vorgesehenen Bäume wegfallen oder zumindest erheblich reduziert werden sollten, damit die beherrschende Wirkung des Eingangs nicht beeinträchtigt würde. (101) Bei seinem Besuch im April 1938 wurde Hitler diese Planung vorgestellt.

Nach Fertigstellung der Arbeiten sah sich der Besucher vor dem Eingang zu einer «Gartenschau» einer pflanzenlosen, von einer harten, hohen Pfeilerhalle beherrschten Fläche ausgesetzt (Abb. 10). (102) Auch hinter den sandsteinverkleideten, gesimslosen Eingangsgebäuden setzte sich im Ehrenhof, der von weiteren gesimslosen Pfeilerhallen umsäumt war, diese kahle Flächigkeit fort.

Das wichtigste Gebäude der Anlage war die von Graubner entworfene ‚Ehrenhalle des Reichsnährstand‘ (Abb. 11). (103) Sie gehört zu den wenigen nationalsozialistischen Herrschaftsgebäuden, die in der ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ fertiggestellt wurden. Aus ihrer Gestaltung lässt sich eine Vorstellung gewinnen, wie die übrigen, nur in Modellen errichteten nationalsozialistischen Gebäude in Stuttgart gewirkt hätten. Die in Sandstein ausgeführte Ehrenhalle mass in der Länge 59 m und in der Breite 20 m, eine Folge von 9 m hohen, direkt auf dem Boden aufruhenden Bögen beherrscht den Raum. Da die Bögen (in der Längsrichtung gesehen) die gitterartig verglasten Seitenwände verdeckten, wurde der Blick streng nach vorne ausgerichtet: dort erhob sich der übergrosse «Hoheitsadler, – Flügelspannweite 6,50 m, Höhe 6,50 m, Gewicht über 5'000 kg, in Eisen hahdgeschmiedet» – wie der in Strölins Auftrag zusammengestellte,

sonst recht wortkarge Bildband über die Reichsgartenschau «Das Erlebnis einer Landschaft» herausstellt, ein Buch, das der Oberbürgermeister der ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ auch seinem Führer zu Neujahr 1940 übersandte. (104) Auf den Besucher wirkt dieses monumentale «Hoheitszeichen» von der Front her ebenso bezwingend wie die drückenden pfeilerlosen Bögen von oben; präziser Ausdruck und Vollzug nationalsozialistischer Herrschaft. Die Anlage entspricht in wesentlichen Formmerkmalen der Gruftanlage der Soldatenhalle von Wilhelm Kreis in Berlin. (105) Auch dort wölbt sich die Decke erdrückend pfeilerlos über den Boden und zwingt den Blick auf das Herrschaftszeichen hin, ein Eichenlaub umschlungenes, blankes Schwert. In beiden Bauten werden für die Herrschaftsdarstellung Gestaltungsformeln des christlichen Sakralbaus ausgebeutet und monumentalisiert.

Die Ehrenhalle wurde im Krieg zerstört – erhalten blieb jedoch die von Richter und Borcherd geschaffene Wasserspielanlage des Eingangsbereichs, die denselben Gestaltungsprinzipien folgt. Sie erschliesst sich von ihrer Nordseite her, auf die man traf, wenn man die Ehrenhalle verliess. (106) Graubner weist ausdrücklich darauf hin, dass der Besucher «zwangsläufig» in dieser Richtung, auf die Ehrenhalle hingeführt würde, wie es auch in der Bilderfolge des Fotobandes erscheint. (107) In einem nichtzugänglichen langrechteckigen Becken formen zweimal zwei gegeneinander gerichtete Reihen von 43 Wasserstrahlen zwei Gewölbe von Wasserbögen mit fast der gleichen Rundung wie die Bögen der Ehrenhalle. An der Gegenseite schiessen über kleinen Konsolen lange, waagrechte Strahlen aus der hohen Steinwand. Wiederum wird der Blick des Betrachters durch die lange Reihung der Bögen auf die hochaufgemauerte Frontseite ausgerichtet, von woher die langen Strahlen auf ihn zielen. So sieht sich der Betrachter selbst in dieser als Spiel entworfenen Anlage der bezwingenden aggressiven Frontalität ausgesetzt. Durch die Verlegung des Eingangs nach dem Krieg trifft man heute zunächst auf die Südseite dieser «Wasserspiele», wo durch eine gänzlich andere, gerade umgekehrte Wirkung entsteht, der Betrachter sieht die Anlage nun zunächst von der früheren Frontseite her, von ihm aus, unter seinen Füßen spritzen die Strahlen nun ins Weite (darüber hinaus wurde eine Mittelfontäne eingefügt); so erscheint nun

gleichsam das Weitausgreifende der Jahre des «Wirtschafts Wunders».

Von erheblicher ideologischer Bedeutung waren die Musterhäuser der Reichsgartenschau, auch sie bezeichnender Weise wiederum aus Holz. (108) Vordergründig stellten sie die staatliche Wohnungsfürsorge dar. Zugleich sind diese «Siedlerhäuser» und «Kleinsiedlerhäuser» aber vor dem Hintergrund des schon geplanten und während der Ausstellungszeit auch begonnenen Kriegs um einen «Lebensraum im Osten» zu sehen. Für die «bald eroberten» Gebiete wurde ja auch kurze Zeit später die Entwicklung von Siedlungsanlagen aufgenommen. Schlaglichtartig weist auf diesen Zusammenhang das Foto eines «Kleinsiedlerhauses» im Bildband der Reichsgartenschau hin. Am offenen Fenster des kleinen Holzhauses steht vor dem dunklen Innenraum ein Globus im hellen Licht. Zur gleichen Zeit, im Frühsommer 1939, liess Hitler am Modell seiner 290 m hohen «Grossen Halle» das Hakenkreuz unter dem Adler durch die Weltkugel ersetzen. Das Kleinsiedlerhaus der Reichsgartenschau und Hitlers «Grosse Halle» im Zentrum der Berliner Achse sind damit beide auf verschiedene – doch komplementäre – Weise Ausdruck eines Anspruchs auf Weltherrschaft. (109)

Das ‚Raumbewusstsein‘ der Gartenschaubesucher wurde auch in anderer Hinsicht im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung geschult. In einer eigenen Ausstellungshalle des «Generalinspektors des Strassenwesens», des späteren Rüstungsministers Todt, wurde ein Modell der im Bau begriffenen und von der Stadt Stuttgart finanziell erheblich bezuschussten Reichsautobahn Karlsruhe-Stuttgart-München aufgebaut und «der Besucher zum tieferen Erleben des durch die Strasse erschlossenen Landschaftsraumes aufgerufen». (110) Selbst bei diesem scheinbar so sachlichen Vorhaben ging es wesentlich um die Herstellung herrschaftlicher Verfügbarkeit über den eigenwertigen Lebenszusammenhang der Landschaft, den «Landschaftsraum», wie es letztlich den militärischen Vorhaben zugunsten eines «Lebensraumes im Osten» entsprach.

Unter den übrigen Bauten der Reichsgartenschau befindet sich auch eine Art Thingstätte, deren Gestaltung jedoch gleichzeitig das Ende dieser nationalsozialistischen Architekturform

kennzeichnet. (111) Am Beginn der Planungsarbeiten der nationalsozialistischen Stadtverwaltung, der Graubnerschen Planung der Forumsanlage in Berg, war die «Thingstätte» noch der dominierende Bau dieses zweiten Zentrums Stuttgarts gewesen. Verdrängt wurde sie seinerzeit jedoch durch die Planung der «Grosshalle», hinter der eine veränderte Herrschaftsauffassung stand, die sich auf dem Killesberg in der Ehrenhalle ausdrückt. In der Reichsgartenschau findet diese Umorientierung ihren Abschluss. Die Thingstätte ist nur noch ein Relikt, das sogar seinen früheren Namen verloren hat; bei erheblich reduzierter Grösse wird sie nur noch «der Vorführgarten, die Stätte froher Unterhaltung und ernster Kunst» genannt. Sehr genau bilden die Architekturformen die vollzogene Veränderung ab. Nicht Volkstanz und Gemeinschaftsspiel drücken die neue Herrschaftsauffassung aus, sondern starre, beherrschende Frontalität.

Bei Beginn des Krieges wurde die Reichsgartenschau vorzeitig geschlossen. Die ursprünglich im Anschluss vorgesehene und vorbereitete Ausgestaltung zu einem Tierpark kam nicht mehr zustande. Dafür erhielt das Gelände, das schon 1934 als Steinbruch «Pflichtarbeitsstelle» für sogenannte «arbeitsscheue und charakterlich defekte Elemente» gewesen war, eine neue «städtebauliche» Funktion, es wurde 1941 Sammellager für die württembergischen Juden vor ihrem Abtransport nach Riga, Izbica oder Theresienstadt. (112)

Das Wehrbereichskommando auf dem Weissenhof

Eine wesentliche Aufgabe der Reichsgartenschau, die das Reichspropagandaministerium für Reichs wichtig» erklärt hatte, war es, siedlungspolitische Impulse zu geben. (113) So müssen die in ihrem Rahmen geplanten und erstellten Siedlungsbauten gleichsam als erneuter nationalsozialistischer Gegenentwurf zu den Bauten der Werkbundaustellung von 1927 auf dem unmittelbar benachbarten Weissenhofgelände angesehen werden, für die der Oberbürgermeister der ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ nur die Bezeichnung «Schandfleck von Stuttgart» übrig hatte. (114) Schon bald bemühte sich Strölin um einen Abriss der ganzen Siedlung. So hatte er wohl schon 1937 das Gelände als Bauplatz für den Reichssender

Stuttgart vorgeschlagen, was aber beim Rundfunk keinen Anklang fand. (115) Seit März 1938 ist stattdessen ein anderer Plan für eine Neuverwendung des Weissenhofgeländes nachweisbar: das Oberkommando des Heeres erteilte seine Zustimmung zum Bau eines neuen Generalkommandos V auf der Anhöhe. Die Gesamtanlage von enormer Grösse sollte am 1.4.1939 begonnen werden. Gegen Ende 1938 wurde ein engerer Wettbewerb veranstaltet, der insbesondere auch die Wirkung der Gebäude für das Stadtbild berücksichtigen sollte. Eingeladen wurden Paul Bonatz mit Kurt Dübbers, Paul Schmitthenner, Alfred Kicherer, Adolf G. Schneck, das Büro Eisenlohr und Pfennig sowie Ernst Horsch mit Walter Hehl und Herbert Hettler. Auf der Grundlage des Entwurfs dieser letztgenannten Architektengruppe wurden unter der Leitung von Hans Herkommer die Ausführungspläne bis zu den Werkplänen erarbeitet. Ein Modell des Ausführungszustandes dieser Planung gibt einen Eindruck, wie man sich diesen Bau, der die Stadtmitte von Norden her beherrschen sollte, vorzustellen hat (Abb. 12). (116) Als die Weissenhofsiedlung schon von der Reichswehr gekauft

und den Mietern (zum 1.4.1939) gekündigt worden war, wurden die schon weitgediehenen Planungsarbeiten eingestellt, da das Generalkommando nach dem Sieg über Frankreich 1940 nach Strassburg verlegt werden sollte. In der städtischen Planung freilich ist es noch im Dezember 1941 berücksichtigt. Einige der leerstehenden Gebäude der Werkbundsiedlung wurden im Zusammenhang mit der Reichsgartenschau mit Büros belegt, andere mit Soldaten einer Flakeinheit.

Zum Komplex der Weissenhofsiedlung – jedoch nicht der Werkbundaussstellung von 1927 – gehört die Brenzkirche. (117) Diese Anfang 1933 von Regierungsbaumeister Daiber in Anlehnung an den Werkbundstil erbaute Kirche wurde schon sechs Jahre nach ihrer Fertigstellung, während die Gebäude der Weissenhofsiedlung auf ihren Abriss warteten, in ihrer äusseren Gestalt völlig zerstört, preisgegeben von einer in diesem Fall den nationalsozialistischen Deutschen Christen folgenden Landeskirche (Abb. 13). Die architektonische «Gleichschaltung» war nötig geworden, weil die monumentalen Eingangsbäude der nationalsozialisti-

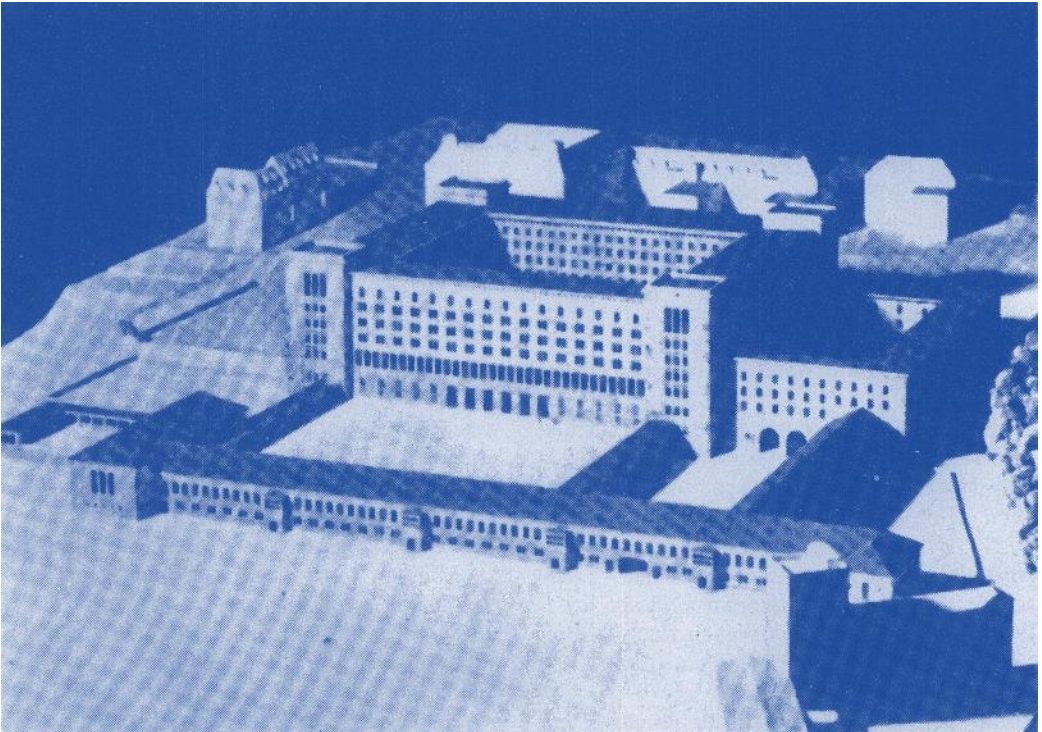


Abb. 12 Das «Wehrbereichskommando» auf dem Weissenhof-Gelände

sehen Reichsgartenschau sich fast genau gegenüber der Kirche erhoben. Da das Kircheng Gebäude zu sehr unter dem Einfluss eines architektonischen, Sachlichkeitsstils stehe und im Hinblick auf die benachbarte Reichsgartenschau wurde der Bau nach Plänen von Prof. Lempp im nationalsozialistischen Sinn umgestaltet. Aus einem flachen Quader mit abge-



Abb. 13 Die Brenz Kirche 1933

Trotz des Kriegs liefen die Arbeiten an der Neugestaltung Stuttgarts seit dem Besuch Hitlers 1938 – wenn man von der Inanspruchnahme der städtischen Stellen für die Reichsgartenschau absieht – kaum vermindert weiter. So berichtet Strölin in seinem Verwaltungsbericht 1939, dass das Stadtplanungsamt «die Untersuchung über die Umgestaltung der Innenstadt planmässig weitergeführt» hat und dass «die im Benehmen mit der Planungsstelle beim Gauamt für Technik durchgeführten Untersuchungen zu einer weitgehenden Klärung der künftigen Strassenzüge im Stadtinneren und der Lage der vorzusehenden wichtigsten öffentlichen Gebäude geführt» haben. (118)

Im Verwaltungsbericht 1940 machte Strölin schon wesentlich genauere Angaben, sie lesen sich wie ein Entwurf für die Ausführungen der Denkschrift von 1941. Über den Ring um die Altstadt hinaus ist ein zweiter äusserer Verkehrsring festgelegt worden, «ausgehend vom Hauptbahnhof über die Lautenschlagerstrasse zum Alten Postplatz, von dort zum Wilhelmsplatz, weiter über die bereits durchgebrochene Hauptstätterstrasse zur Neckarstrasse und über die Schillerstrasse zurück.» Für diese Arbeiten wurde eine Reihe von Fachleuten herangezogen, und zwar die Professoren Pirath und Wetzel, Raab und Alker sowie Tiedje. Für die Beurteilung und Auswertung dieser Entwürfe wurde Prof. Bonatz von der TH Stuttgart als

rundeter Ecke und einem offenen, flachgedeckten Glockenturm mit atelierartigen, den Bau klar gliedernden Fenstern wurde ein spannungsloses öffentliches Gebäude der Zeit mit Gitterfenstern. Bis heute gibt es bei der evangelischen Landeskirche keinerlei Bestrebungen, den von ihr damals ruinierten Bau in seiner klaren Form wiederherzustellen. (Abb. 14)

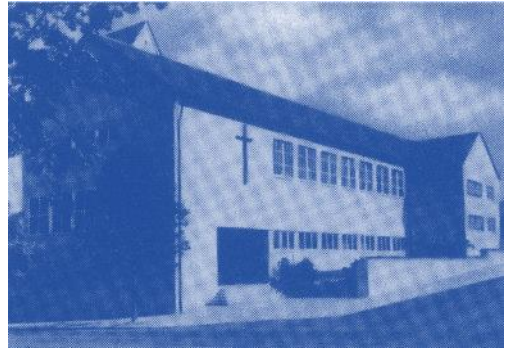


Abb. 14 Die Brenz Kirche 1939

Obergutachter gewonnen. Es ist der Personenkreis, den auch die spätere Denkschrift nennt. Auch auf Bauplanungen geht Strölin ein: „Jie im Zuge des neuen Verkehrsrings geschaffenen Plätze werden die Möglichkeit zur Erstellung grosser öffentlicher Bauwerke bieten. Auch dort, wo Strassendurchbrüche in den bisherigen Gebäudebestand eingreifen, muss Neues geschaffen werden. Gleichzeitig drängt ein seit Jahren aufgespeicherter Bedarf an Verwaltungs- und Geschäftsräumen nach Unterbringung in Neubauten. Die Partei, die Wehrmacht, die Staatsverwaltung und die städtische Verwaltung benötigen grosszügige Verwaltungsbauten, die selbstverständlich auch in entsprechend repräsentativer Form erstellt werden müssen. (. . .). Die organische Verbindung zwischen der Verkehrsgestaltung und dem architektonischen Aufbau, vor allem den vorgesehenen repräsentativen Bauten, soll und wird der Stadt Stuttgart ein neues Gesicht geben, das ihrer künftigen Bedeutung als Gauhauptstadt voll entsprechen wird.» (119)

Die Denkschrift des Jahres 1941

In der gegen Ende des Jahres 1941 dem Reichsstatthalter Murr vorgelegten Denkschrift über die «Neugestaltung der Stadt der Auslandsdeutschen Stuttgart» (120) finden sich die grossen Einzelvorhaben und Einzel-

STADT DER AUSLANDSDEUTSCHEN STUTTGART
 NEUGESTALTUNG DER INNENSTADT
 MIT GAUFORUM AM BOLLWERK



Abb. 16 Die Innenstadtplanung mit „Gauforum“ auf dem Bollwerk

Überlegungen seit der Machtergreifung zu einer geschlossenen Gesamtkonzeption vereinigt. In den Grundzügen bauen die Ausführungen auf dem auf, was Hitler im April 1938 vorgetragen und im Modell gezeigt worden war. Freilich stellt sie dies alles unter dem neuen Gesichtspunkt eines «Gauforums» dar, wobei auch die in den vergangenen beiden Jahren präzisierten und erweiterten Vorstellungen zur Verkehrsführung einfließen.

Erarbeitet wurden die Planungen – wie das Schlusswort Strölins angibt – im Wesentlichen in den städtischen Ämtern. Die grundlegenden Untersuchungen wurden unter der Leitung des technischen Referenten, Stadtrat Dr. Ing. Schwarz, durchgeführt, die verkehrsmässigen Untersuchungen lagen beim Tiefbauamt unter Leitung von Baudirektor Kind, die Planbearbeitung erfolgte durch den Leiter des Stadtplanungsamtes, Dr. Ing. Hermann Stroebel. «Für die Weiterbearbeitung des Neugestaltungsplanes waren aber vor allem die umfassenden Gutachten der Herren Professoren, Dr. Ing. e.h. Bonatz, Stuttgart, Dr. Ing. Raab und Dr. Ing. Alker (der Erbauer der Heidelberger Thingstätte), Karlsruhe, Prof. Dr. Ing. Pirath und Wetzel und von Herrn Prof. Tiedje mit Regierungsbaumeister Rietli, Stuttgart, von wertvollster Bedeutung» (S. 23).

Eingeleitet wird die Schrift mit den eingangs erwähnten grundsätzlichen Überlegungen Strölins zu den Problemen Stuttgarts, dem «Raumproblem in der Innenstadt», dem «Raumproblem am Rand der Stadt», dem «Verkehrsproblem» und der «städtebaulichen Neugestaltung der Stadt Stuttgart».

Zur Lösung des Raumproblems in der Innenstadt, das der Durchgestaltung der Stadt im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung entgegensteht, wird zunächst die Verlegung der Bahnhofsanlagen erwogen – wie es in den Führerstädten Berlin und München auf Anregung Hitlers hin vorgesehen war. (121) Denn auch die bei Abbruch der «geschichtlich nicht wertvollen Altstadtteile» freiwertenden Flächen «sind nicht gross genug, um dort alle auf weite Sicht notwendig werdenden Grossbauten unterbringen zu können.» Der neue Durchgangsbahnhof müsste dann am Rosenstein oder an der Stelle des Cannstatter Bahnhofs liegen, für den ersten Standort sprächen städtebauliche Gründe – die bessere Ein-

beziehung in die Innenstadt –, für den zweiten betriebliche Gesichtspunkte. Schliesslich wird eine solche Lösung verworfen, weil sie ein bis zwei Jahrzehnte in Anspruch nehmen würde (S. 7ff). (Abb. 15)

Die Vorschläge zur Lösung der Verkehrsprobleme entsprechen im Wesentlichen denen der vorangegangenen Jahre (Abb. 16). (122) Mit Hilfe grosser Durchbrüche sollte ein Innenstadtring entstehen, der im Wesentlichen aus der Lautenschlager- und Friedrichstrasse, Rote Strasse (Theodor-Heuss-Strasse), Ernst-Weinstein-Strasse (Sophienstrasse), – ein paralleler Durchbruch von der Gartenstrasse (Fritz-Elsass-Strasse) zur Torstrasse sollte diesen Strassenzug ergänzen – Hauptstätterstrasse, Holzstrasse, Neckarstrasse (Konrad-Adenauer-Strasse), Schillerstrasse, Hindenburgplatz (Bahnhofsvorplatz) bestehen sollte.

Für den Bahnhofsvorplatz war für den Durchgangsverkehr eine Untertunnelung vorgesehen. Von diesem Innenstadtring sollten alle wichtigen Ausfallstrassen zu den Reichsstrassen und Reichsautobahnen abzweigen.

Die Königstrasse sollte die Mittelachse dieses Innenstadtrings bilden, in der unteren Hälfte freilich erheblich verbreitert, die neuen Bauten sollten auf die Baulinie des Neubaus der Girokasse zurückgenommen werden. Noch einige weitere, für das heutige Stuttgart recht aufschlussreiche Einzelheiten werden genannt. Die Neckarstrasse wird als ausreichend breit angesehen, «trotzdem wird für etwa kommende Neubauten die Zurücknahme der Bauflucht auf dieser Strecke notwendig, und zwar beiderseits gleichmässig, damit die Achse der Strasse erhalten bleibt.» Die neue Rote Strasse sollte 40 m breit und beiderseits von Arkaden gesäumt werden, vor dem ‚Haus der Deutschen Arbeitsfront‘ (heutiges DGB-Gebäude) sollte ein neuer grösserer Platz angelegt werden. Die dringend erwünschte mittlere Quer Verbindung des Innenstadtrings, der Adolf-Hitler-Strasse, – die diesen neuen Namen auferlegt bekam, um, wie Strölin sagte, «seinen Namen für alle Ewigkeit mitten in das Herz der Stadt Stuttgart ein(zu)brennen» – (123) (es ist die Planie) «ist angesichts der vielen im Wege stehenden öffentlichen Gebäude: des Prinzenbaus (des Kronprinzenpalais), des Landesgewerbemuseums und der Gebäude am Stadtgarten kaum zu verbessern.» An den

Ecken dieses rechteckigen ‚Innenstadtrings‘ «sind jeweils grosse öffentliche Plätze vorgesehen, die einerseits dazu dienen, den fließenden Verkehr aufzunehmen, andererseits willkommene Park- und Freizeitmöglichkeiten abgeben für öffentliche Bauten, die an diesen städtebaulich betonten Plätzen vorgesehen sind» (S. 10ff).

In dieser Planung gewinnt Stuttgart endlich auch seine langvermisste «Achse», durch die es sich in der Gestaltung an die Führerstädte angleichen kann. Wie in dem am 22.9.1941 im Rathaus vorgetragenen Gutachten von Prof. Bonatz angeregt wird «ähnlich der Ost-West-Achse in Berlin (. . .) für die Cannstatterstrasse eine neue Führung inmitten der Anlagen vorgeschlagen. Diese neue Parkstrasse vermittelt in ungehinderter Fahrt einen Eindruck unvergleichlicher Schönheit von den Kuranlagen Bad Cannstatts bis zum Neuen Schloss. Mit dieser Taleinfahrt mitten durch den Park erhält Stuttgart eine der Bergeinfahrt über die Neue Weinsteige an Schönheit ebenbürtige und überdies leicht durchführbare Prachtstrasse» (S. 12f).

Mit dem Ausbau des immer wieder herausgestellten zweiten Mittelpunktes Stuttgarts, den Kuranlagen Bergs und Bad Cannstatts und seiner nahezu völlig geradlinigen Verbindung mit der Innenstadt in zwei parallelen Strassenzügen (die nur durch zwei Kreisplätze umgebogen werden) erhält Stuttgart die grosse lange Achse, die den Kessel aufbricht, und die der nationalsozialistischen Architektur so wichtige, sich langhinziehende Aufmarschstrasse. Das Neue Schloss wurde in diese neue nationalsozialistische Prachtstrasse einbezogen, es musste mit seiner Gartenfassade die monumentale Perspektive und den monumentalen Abschluss dieser Parkstrasse abgeben, die die Parkanlagen vollends vernichtet hätte.

Die wesentlichen Punkte des Innenstadtrings, die Eckplätze, an denen vor allem die nationalsozialistischen Herrschaftsbauten vorgesehen waren, sollten über den Autoverkehr hinaus auch mit einer unterirdischen Stadt-Bahn-schleife erschlossen werden, mit der der Vortortverkehr der Reichsbahn in die Innenstadt eingeführt werden sollte (S. 13f).

Das Gauforum

Im Mittelpunkt der Planungen der Denkschrift stand das Gauforum. Schon die Berger Planung von 1934 war «Forum» benannt worden, seit Hitlers Neugestaltungserlassen des Jahres 1938 war der Begriff für die zentrale Herrschaftsanlage der Gaustädte üblich geworden. Für die Planung dieser Gauforen waren von Hitler selbst Richtlinien gegeben worden. In seinem Rechenschaftsbericht als Beauftragter für die Neugestaltungsstädte an den Reichsschatzmeister Schwarz vom 19.2.1941 sagt Speer dazu: «Grundsätzlich wünscht der Führer in allen Gauhauptstädten die Errichtung eines Gauforums, an dem in der Hauptsache die Parteibauten, eine Gauhalle, ein Kundgebungsplatz, ein Glockenturm, aber auch die Behörde des Reichsstatthalters einen Sitz hat. Dieses Gauforum ist im Allgemeinen der Mittelpunkt aller städtebaulichen Überlegungen. Neben diesem Gauforum wird fast überall ein neues Theater, ein Hotel, die verschiedensten Verwaltungsbauten des Staates (Polizeipräsidium usw.) und oft eine neue Geschäftsstrasse mit Verwaltungsgebäuden der Wirtschaft und Läden für die Zukunft vorgesehen.» (124)

Die Planung der Denkschrift hält sich, soweit die Angaben und Fotomontagen Auskunft geben, genau an diese Vorschriften; sie fügt sich ja auch folgerichtig in die seit der Machtergreifung in der ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ sichtbaren Planungen ein und bildet zugleich deren umfassenden Abschluss, z.B. was die lang erstrebte Grosshalle angeht, deren partei-gebundenen Charakter die Gleichsetzung mit der Gauhalle, die die Denkschrift (S. 15) vornimmt, erneut deutlich wird.

Über die von Hitler festgelegten Bauten des Gauforums hinaus lässt sich für die ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ jedoch noch ein Gebäude genauer bestimmen. Am 5.6.1940 hatte Alfred Rosenberg in Stuttgart nachgefragt, ob der Gau und die Stadt die Einrichtung des ‚Instituts für Biologie und Rassenkunde‘ als Aussenstelle der ‚Hohen Schule der Partei‘ am Chiemsee unterstützen würden; Frankfurt hätte schon für das ‚Institut zur Erforschung der Judenfrage‘ dieser Hochschule zugestimmt, München für die ‚Arische Geisteswissenschaft‘, Hamburg für die ‚Weltpolitik‘, auch in Kiel sei ein weiteres Institut vorgesehen. Murr stimmte zu und schlug am 5.7.1940 vor, die entspre-

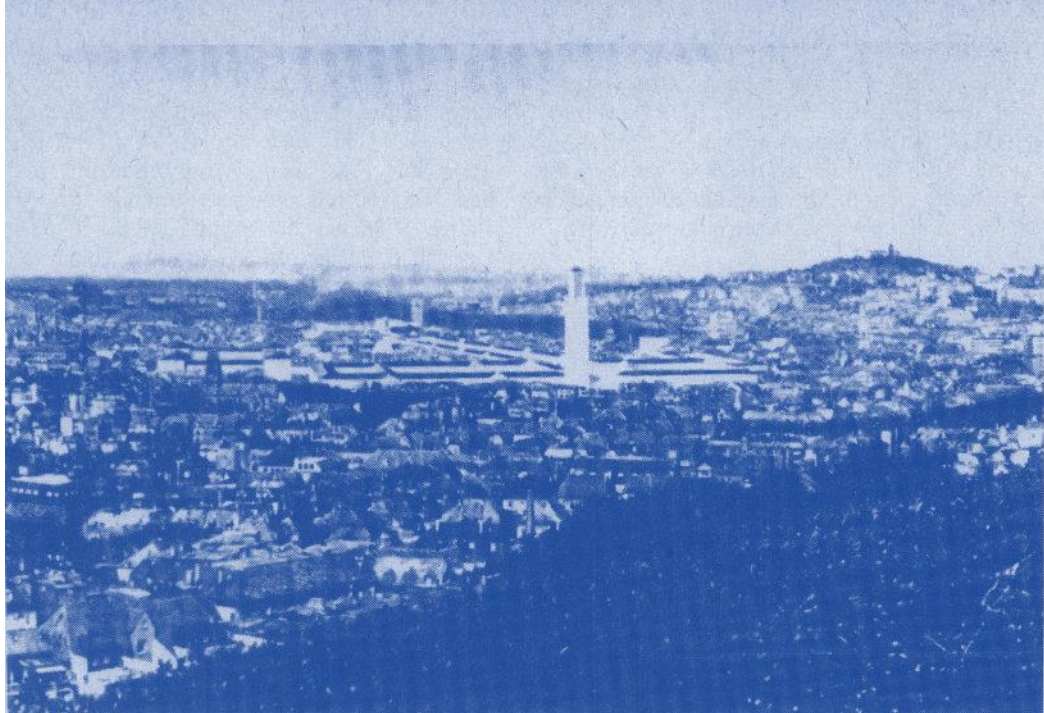


Abb. 17 Das «Gauforum» auf dem Bollwerk – auf der Uhlandshöhe im Hintergrund das «Ehrenmal der Auslandsdeutschen»



Abb. 18 Das «Gauforum» auf dem Rosenstein

chenden Bauten beim Gauhaus zu errichten. Für die Zeit bis zur Fertigstellung dieser Gebäude kaufte die Stadt das Haus Gerokstraße 29 und baute es für dieses Institut um. Im Verwaltungsbericht 1941 gibt Strölin den Abschluß der Gründungsarbeiten bekannt – ein vergessenes Stück Stuttgarter Hochschulgeschichte. (125)

Für das Gauforum der ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ werden in der Denkschrift (S. 15f) drei Plätze vorgeschlagen: das Bollwerk (das Gebiet um die Fritz-Elsaß-Straße), der Rosenstein, die Uhlandshöhe. Der Platzvorschlag beim Bollwerk (Abb. 17) mit 10 ha ermöglicht im Zusammenhang mit der neuen Rote Straße eine repräsentative Bauanlage „am Abschluß der neuen Längsachse“, an einem der wichtigsten Eckpunkte der Innenstadt. Das Gelände bietet genügend Raum für alle baulichen Bedürfnisse von Partei und Staat, einschließlich des Baus einer Großhalle, der Gauhalle. Der zweite Vorschlag, der Rosenstein (Abb. 15,18), besitzt im Park mit 100 ha genügend Fläche. In Richtung Wasen ergäbe sich eine beherrschende Stellung der Anlage, freilich nicht in Richtung der Stadt. Von Nachteil ist auch, „daß die Bevölkerung das Gauforum auf ihren üblichen Wegen in der Innenstadt nicht berühren wird.“ Darüberhinaus würde die Wirkung durch die Bahnanlagen beeinträchtigt. Voraussetzung eines Gauforums im Rosenstein ist daher die – langwierige – Verlegung der Bahnanlagen, nur dann kann das Gauforum „organisch in die Neugestaltung

der Stadt eingeführt werden.“ Der dritte Vorschlag wird deutlich als der bevorzugte Standort herausgestellt (Abb. 19). Die Uhlandshöhe besitzt „als weit vorspringender Höhenzug eine im Stadtbild beherrschende und umfassende Lage. Vom Weichbild und allen Höhen der Stadt aus würde dort ein Gauforum weithin beherrschend ebenso sehr im Mittelpunkt des Blickfelds stehen wie von den Sportanlagen auf dem Wasen und dem weiteren Neckarkanal her.“ Mit 20 ha bietet die Kuppe genügend Fläche. Das Besondere der künstlerischen Aufgabe bei der Gestaltung wird „darin zu liegen haben, den Sitz des Reichsstatthalters und Gauleiters in Verbindung mit den zugehörigen Großbauten kultureller und verwaltungsmäßiger Art so zu gestalten, daß sie, den Willen nationalsozialistischer Staatsführung verkörpernd, sich als beherrschende Stadtkrone über der Stadt erheben. Eine solche Baugruppe würde eine der Lage Stuttgarts angepaßte einzigartige und im Reich überhaupt einmalige Gestaltung eines Gauforums ergeben. Auch das ‚Ehrenmal für die Gefallenen des Krieges und der Bewegung‘ ließe sich mit dem Gauforum auf der Uhlandshöhe in eindrucksvoller Weise verbinden.“ Falls dieser „einmalige Bauplatz für das Gauforum nicht in Frage käme, so wäre es der gegebene Ort für ein ‚Ehrenmal der Auslandsdeutschen‘.“ Die Uhlandshöhe mit ihrer mehrmals hervorgehobenen „beherrschenden Lage“ wäre also in jedem Falle zur Darstellung der nationalsozialistischen Herrschaft genutzt worden. Eine über die Pläne der Denkschrift hinausgehende großflächige Ver-



Abb. 19 Das „Gauforum“ auf der Uhlandshöhe

kehrspannung von Paul Bonatz aus dem Jahr 1941, die besonders die Zufahrtsstrassen zu den geplanten Grossegebäuden auf der Uhlandshöhe und ihre Verbindung zu den Reichsstrassen des Neckartals berücksichtigt, macht freilich die Bevorzugung dieses Standortes für die Gauanlage deutlich. (126)

Nach der Lage des Gauforums richtet sich der Platz der vorläufig noch zerstreuten städtischen und staatlichen Bauten, der Ministerien einschliesslich des Polizeipräsidiums und des technischen Landesamts. Bei einer Entscheidung für Uhlandshöhe oder Rosenstein wird für die staatlichen Verwaltungsbauten das Gebiet am Alten Postplatz (Rotebühlplatz) vorgeschlagen, also die Südwestecke des Innenstadtrings. In der Südecke sollten am Wilhelmplatz das Wohlfahrts- und das Gesundheitsamt erstellt werden. Auch die meisten übrigen, am Schluss in Strölins Brief an Goebbels vom 15.6.1938 genannten Bauten hat man sich in diesen beiden Gegenden vorzustellen. Im Südosten des Innenstadtrings sollte auf der Fläche des Bohnenviertels das «Stadtforum» mit einem neuen Rathausbau angelegt werden, dessen hoher Turm ja schon auf dem Modell von 1938 an entsprechender Stelle deutlich zu erkennen war. Ein Wettbewerbsentwurf Paul Bonatz' von 1942 kann eine Vorstellung vom Aussehen dieses Gebäudes vermitteln. (127) Der Platz vor dem Rathaus wäre mit dem ‚Ehrenmal der Deutschen Leistung im Ausland‘ (Wilhelmopalais), dem ‚Haus des Deutschtums‘ und dem teilweise abgerissenen und dann monumentalisierten «Deutschen Auslandsinstitut» (Waisenhaus) abgeschlossen worden. Im Osten sollte daran das ‚Kulturelle Zentrum‘ anschliessen, das Archiv, die Landesbibliothek, ihnen gegenüber die durch Aufstockung monumentalisierte Akademie, auf die das ‚Haus der Musik‘ an der Stelle der Reithalle folgt. Den Abschluss sollte ein Opernhaus als drittes Haus der Staatstheater bilden. Auf der gegenüberliegenden Seite waren beiderseits der Staatsgalerie neue Museumsbauten vorgesehen, darunter wohl auch das projektierte ‚Nationalmuseum um des Deutschtums in aller Welt‘. An der Ecke Schiller-Neckarstrasse wird der Bau der neuen Stadthalle empfohlen. Vor dem Bahnhof sollten zwei Tunnelröhren den Durchgangsverkehr über eine teilweise unterirdische Kreuzung am Nordausgang in die Heilbronnerstrasse einführen. Die Nordecke des Innenstadtrings war, wie fast die ganze Rote Strasse

(Theodor-Heuss-Strasse) und der untere Teil der Königstrasse – wofür der Marstall abgerissen werden sollte – für Geschäftsbauten (im Plan Abb. mit ‚G‘ gekennzeichnet), und Bauten für den Fremdenverkehr vorgesehen. Am Friedrichsplatz sollte eine Grossegarage entstehen, im Zuge der Heilbronnerstrasse weitere grosse Verwaltungsbauten; als erster Bau war dort schon der Neubau des Oberfinanzpräsidiums fest geplant (vgl. den Plan Abb. 16). Im Westen des Stadtzentrums, im heutigen Universitätsbereich, sollte ein Gelände für Ausstellungen bereitgestellt werden, hier sollte auch die Kongresshalle liegen (S. 16ff). (128)

Doch die Neugestaltung der ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ sollte sich nicht nur auf Abbruch- und Neubaumassnahmen beschränken. Es war vielmehr eine umfassende, «gleichschaltende» Umgestaltung aller an den grossen Strassen liegenden und damit für die Darstellung der Herrschaft bedeutsamen Fassaden vorgesehen – auch von baugeschichtlich wertvollen Gebäuden. In den Plänen wird dies harmlos mit schwarzer Umrandung gekennzeichnet. Darüber hinaus wird dies nur in wenigen Fällen ausdrücklich überliefert. Die Akademie (Hohe Karlsschule) sollte durch Aufstockung monumentalisiert, (129) das Kronprinzenpalais zu einem Gebäudegeviert ergänzt werden. Schwarz umrandet sind aber insbesondere auch die Alte Kanzlei und sämtliche Fassaden der Strassen des Altstadtrings und der Ausfallstrassen.

Schon bei der Alten Schule auf der Solitude sollte 1938 das «Gesicht der Gebäude aufgefrischt» werden. Dass damit nicht einfach eine Restauration gemeint war, zeigt das Vorgehen des in solchen Fragen häufig herangezogenen Paul Schmidhener bei der Wiederherstellung des teilweise abgebrannten Alten Schlosses 1935. Der oberste Stock des Dürnitzbaus wurde neugestaltet, es wurde eine «repräsentative Halle» eingebaut, die, wie der städtische Archivar kritisiert, «angeblich ‚gotisch‘ ist, in Wirklichkeit den Charakter einer Diele eines niederdeutschen Bauernhauses trägt; (. . . was diese . . .) aber auf dem Dachstock eines süddeutschen Renaissance Schlosses soll, ist unerfindlich (. . .). Die Fenster (. . .) bringen einen einförmig erkältenden Ton in die einst so lebendig wirkende Fassade.» Der Streit innerhalb der württembergischen Parteiführung kam bis vor Hitler, der daher am 26.10.35

Albert Speer zur Begutachtung nach Stuttgart sandte. Von diesem befürwortet wurden die monumentalisierenden Veränderungen von Dachstock und Fenster (die auch heute noch so gestaltet sind) verwirklicht. (130) (Abb. 20)

Einige grössere Baukomplexe kommen nach der Planung der Denkschrift von 1941 «ausserhalb des Weichbildes der Stadt» zu liegen: «die neue Technische Hochschule mit der Ingenieur-Offizier-Akademie und der neuen Kunstgewerbeschule in Degerloch, das Sportfeld mit dem grossen Ausstellungsgelände auf dem Wasen sowie eine Reihe von technischen Anlagen wie Grossmarkthalle» u.ä. (S. 18).

Mit der Planung der langgezogenen Achse der Parkstrasse zwischen der Stadtmitte und Bad Cannstatt und Berg ist der Ausbau des zweiten Mittelpunktes Stuttgarts verbunden. Die dortigen Kur- und Badeanlagen werden in Fortführung der «schon 1933 in dieser Richtung in Angriff genommenen Massnahmen und Planungen» ausgebaut – hier beruft sich die Denkschrift auf die «Forums»-Planung von Graubner, Hagstotz und Hengerer. In Bad Cannstatt werden zahlreiche Bauten geplant, es sind wohl zumeist die schon 1938 Hitler gezeigten Anlagen. In Berg wird ein weiteres, in sich abgeschlossenes Kur- und Badezentrum im Rosensteinpark vorgesehen (S. 19f).

Die «beherrschenden» Bauten

Auf drei Seiten sollte damit die Stadtmitte von den Höhenzügen herab durch monumentale Bauten beherrscht werden, wie es der Text immer wieder hervorhebt: im Osten durch das hier bevorzugt vorgesehene Gauforum (Abb. 19) oder – falls dies nicht zustande käme – durch das Ehrenmal der Auslandsdeutschen' (eine Vorstellung von diesem Gebäude gibt Abb. 17 im Hintergrund), im Südwesten das Rundfunkgebäude (Abb. 8), vom Norden her schliesslich durch das Wehrkreis-kommando (Abb. 12). Nimmt man das Gauforum auf der Umlandhöhe an, so vereinigen sich in diesen «beherrschenden» Positionen die Propaganda, die Wehrmacht und die Partei – deren Bauten nach Hitlers Anweisung ja den wesentlichen Teil des Gauforums ausmachen sollten. Es sind diese Körperschaften, die das Zentrum der nationalsozialistischen Machtausübung darstellen. So gilt letztlich für alle diese

drei Bauten, was für das Gauforum auf der Umlandhöhe ausgesagt ist: «dass sie, den Willen nationalsozialistischer Staatsführung verkörpernd, sich als beherrschende Stadtkrone über der Stadt erheben.» Doch auch bei den anderen Standorten für das Gauforum wäre diese Situation im Wesentlichen erhalten geblieben, wie die Fotomontagen zeigen.

Aus den Angaben der Denkschrift lässt sich in Verbindung mit den beigegebenen Plänen und Fotomontagen (Abb. 17,18) und der Aufnahme des Modells von 1938 der Eindruck rekonstruieren, den die nationalsozialistischen Machthaber den Einwohnern in der fertiggestellten ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ auferlegt hätten. Auch die Gestalt der Innenstadt ist durch hohe «beherrschende» Baukörper geprägt, selbst wenn man von den unmittelbar als Herrschaftsbauten benennbaren Gebäuden absieht. Einheitlich-eintönige, monumentale, wenig gegliederte Bauten – zumeist versehen mit leblos-monumentalen plastischen Werken und, etwa in der Rote Strasse, mit Arkaden ausgestattet – hätten die Strassenzüge bestimmt, kaum unterbrochen durch ältere Bauten, da deren Fassaden im Zuge der «Auffrischung» mit den neuen Monumentalbauten «gleichgeschaltet» worden wären. Am Ende der grossen Achsen wäre jeweils ein monumentales Gebäude plaziert gewesen, das den Strassenzug beherrscht hätte. So erhebt sich am Ende der Neckarstrassen-Achse der neue Rathausturm, die Rote Strasse-Achse wird vom übergrossen Glockenturm des Gauforums oder einer anderen ähnlich repräsentativen Ecklösung auf der einen Seite abgeschlossen, auf der anderen Seite durch das Westportal des Bahnhofs, der Mittelteil des Gartenflügels des Neuen Schlosses wird als Abschluss der neuen Parkstrassen-Achse eingesetzt. Das Aussehen und die beherrschende Wirkung dieser Achsen zwischen den übrigen Strassen der Innenstadt kann ein Bild der Planung des Gauforums auf dem Bollwerk (Abb. 17) verdeutlichen, das Aussehen der Fassaden an diesen Strassenzügen der Entwurf des Gauforums im Rosensteinpark (Abb. 18).

„Die Schwere des Deutschland aufgezwungenen Krieges verbietet es« – wie es in Ströllins Denkschrift zu einem Zeitpunkt heisst, an dem er nach eigenen Angaben aus der Zeit nach dem Kriege schon längst, seit 1938, Widerstand leistete – «während des Krieges ein ins

einzelne gehendes Durchführungsprogramm sowie eine Dringlichkeitsfolge der auszuführenden Bauten aufzustellen», wobei er nach einem Hinweis auf notwendige Wohnungsbauten doch gleich die grossen Durchbrüche als vordringlich nennt (S. 210).

Mit dieser geplanten Neugestaltung der ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ entsprach die nationalsozialistische Führung Stuttgarts in allem dem, was Hitler 1924/25 in «Mein Kampf» gefordert und in Berlin und den Führerstädten schon zu verwirklichen begonnen hatte.

Die Planungen in der Endphase der NS-Herrschaft

Der Bombenhagel, unter dem Stuttgart in Trümmer fiel, beendete zunächst weitere Planungen. Und doch machten sich die Nationalsozialisten auch die von ihnen ausgelösten Zerstörungen für ihre Stadtumgestaltungen zunutze und leisteten ihnen teilweise sogar gezielt Vorschub. So berichtet Prof. Fleischhauer vom Württembergischen Landesmuseum, (131) ein Augenzeuge des viertägigen Brandes des schwergetroffenen Neuen Schlosses nach dem 5.3.1944, dass immer wieder aktive Löschtrupps von Militärs oder Parteifunktionären abgezogen worden seien, man ihnen das Wasser abgestellt und sogar die Schläuche abgenommen habe. Schon zuvor hatte auch die im Untergeschoss eingerichtete Flugabwehrzentrale schwere Schäden angerichtet. Die Verantwortlichen liessen Wände und Böden einreissen, um eine Betondecke einzuziehen. Fleischhauer nimmt an, dass diese Massnahmen im Zusammenhang mit einer Äusserung Reichsstatthalter Murrs stehen, der anstelle des Schlosses ein grossartiges Parteigebäude mit Aufmarschplatz geplant habe. Ein Blick auf die nationalsozialistischen Neugestaltungspläne von 1941, zumal die Pläne für die Anlage des Gauforums, verleiht Fleischhauers Annahme hohe Wahrscheinlichkeit. Denn das Neue Schloss ist dem für das Gauforum bevorzugten Gelände auf der Umlandshöhe benachbart und für eine mit dem beherrschenden Gauforum verbundene Platzanlage mit weiteren Partei- und Staatsbauten bestens geeignet. Eine Anlage auf dieser Fläche hätte mit dem schräg gegenüber, auf der Fläche des Bohnenviertels geplanten Stadtforums grossräumig verbunden werden können. Zudem ist von der ebenfalls im 18. Jh. erbau-

ten Hohen Karlsschule ausdrücklich belegt, dass sie den nationalsozialistischen Kunstanforderungen nicht genügt. Darüber hinaus waren in der Neckarstrasse überhaupt umfassende Baumassnahmen vorgesehen. Die weitere Perspektive der Planungen wäre der 1941 zum Bedauern der nationalsozialistischen Planer noch nicht mögliche Durchbruch in der Adolf-Hitler-Strasse (Planie) gewesen, da das Kronprinzenpalais ebenfalls ausbrannte. Das von den nationalsozialistischen Planern geliebte Achsenkreuz wäre damit auch in der ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ möglich geworden.

Nach den umfassenden Zerstörungen des Jahres 1944 kam es kurz vor Kriegsende noch einmal zu nationalsozialistischen Neugestaltungsplanungen, die zugleich als Teil einer zentral angelegten Durchhaltepropaganda angesehen werden müssen. Im Verwaltungsbericht 1944, den er am 4.1.1945 vortrug, (132) geht Strölin angesichts der katastrophalen Lage des von seiner Partei beherrschten Landes ausgiebig auf Fragen des künftigen Wiederaufbaus ein, wobei schon bekannte Namen fallen: «Besonderen Anlass (dazu) gibt mir die Tatsache, dass gerade in den letzten Wochen die Wiederaufbauplanung für Stuttgart von aussen her in stärkere Bewegung gekommen ist. Entsprechend dem Vorgang bei anderen Wiederaufbaustädten hat der Reichsstatthalter im Einvernehmen mit Herrn Reichsminister Speer einem Sonderbeauftragten und zwar dem Herrn Prof. Tiedje von der Technischen Hochschule Stuttgart die Vorbereitung der Planung des Wiederaufbaus von Stuttgart übertragen. Herr Prof. Tiedje hat ebenso wie die Planungsbeauftragten anderer zerstörter Städte einen generellen Vorschlag für den Wiederaufbau unserer Stadt bis zum 1.3.1945 einzureichen. Wir begrüssen es, dass die Wahl des Herrn Reichsstatthalters auf Herrn Prof. Tiedje gefallen ist, denn in seiner Person kommt die hervorragende städtebauliche Tradition der Technischen Hochschule Stuttgart zum Zuge. Ausserdem hat sich Herr Prof. Tiedje seit Jahren mit den städtebaulichen Problemen unserer Stadt intensiv befasst. Er hat vor allem auch – auf meine Veranlassung – an dem Neugestaltungswettbewerb des Jahres 1941 teilgenommen und damit einen namhaften Beitrag zu der damaligen Planung der Neugestaltung Stuttgarts geleistet.» Als Verbindungsmann nach Berlin wurde von Speer Prof. Dustmann, der den Entwurf für die Gebietsführerschule bei der Soli-

tude geliefert hatte, benannt. Im Anschluss daran verbreitet Strölin sich über die weiteren Planungen, im Wesentlichen eine Fortschreitung des in der Denkschrift Angesprochenen, etwa in der Entwicklung des Badewesens, bis er, der im August 1943 in einem – nirgends nachweisbaren – Brief an das Reichsministerium die «Einsetzung eines besonderen Reichskanzlers» gefordert haben will, (133) mit «unserem Führer Sieg-Heil» endet.

Die Stuttgarter Stadtplanung in der Nachkriegszeit

Als aus der ‚Stadt der Auslandsdeutschen‘ wieder die ‚Stadt Stuttgart‘ geworden war, begannen, angesichts der ungeheuren Zerstörungen, mit dem Wiederaufbau schon bald die städtebaulichen Überlegungen. Am 25.10.1945 entwickelte der Referent für Stadtplanung und Wiederaufbau Eugen Mertz seinen Plan, der Stuttgart zu einer Badestadt machen sollte. Er führte damit Strölin's Überlegungen der Denkschrift von 1941 und des Verwaltungsberichtes von 1944 weiter, jedoch unmittelbar auf die Stuttgarter Innenstadt übertragen. Das Neue Schloss sollte Kurhotel werden, die Hohe-Karls-Schule Kurmittelhaus und Badegebäude, das Kunstgebäude Trinkhalle und der Olgabau offizielles Kurcafé werden. Der Plan wurde heftig kritisiert, doch auch die Kritiker orientierten sich an Strölin's Planungen und forderten den Bau eines Innenstadtrings, im Wesentlichen in der Strassenführung, die auch Strölin's Denkschrift vorsah, darüber hinaus sollte auch ein Viertel für Verwaltungsbauten des Staates anstelle der Universitätsbauten angelegt werden. (134) Am 30.6.1947 beschloss der Gemeinderat, den «Verkehrserippeplan der ZAS» (Zentrale für den Aufbau der Stadt Stuttgart) der Weiterbearbeitung der Aufbauplanung zugrunde zu legen. (135) Dieser wesentlich von Richard Docker und Walter Hoss erarbeitete Plan sah wieder die bekannten grossen Längsachsen vor, von denen die westliche jedoch über einen weiteren Durchbruch nach Heschlach weitergeführt werden sollte. Für die östliche sollte die schon den Nationalsozialistischen missliebige Hohe-Karls-Schule preisgegeben werden. Diese Längsachsen werden durch drei Querspangen verbunden, durch einen südwestlichen Strassenzug vom Alten Postplatz über die Torstrasse zum Wilhelmsplatz, einen nordöstlichen vom Bahnhofsvorplatz

über die Schillerstrasse zum Wagenburgtunnel und einen weiteren, mittleren vom Ende der Kreuzung Lautenschlagerstrasse-Friedrichstrasse über den Schlossplatz zur Planie. Mit diesem letzten Durchbruch wurde die von den Nationalsozialisten zu ihrem Bedauern nicht durchführbare Querachse angelegt. Das ausgebrannte Kronprinzenpalais, das einen wesentlichen Teil des Schlossplatzensembles ausmachte, sollte dafür abgebrochen werden. (136) Doch nicht nur dies, sondern auch noch das Neue Schloss wollte Richard Docker, in fataler Nähe zu den letzten Vorstellungen der Nationalsozialisten abreißen. Kritische Einwände beantwortete er schlicht mit der Frage: ob «Wünsche nach etwas Neuem und Artgemässen für eine Zeit und ihre Generation etwa verwerflich zu nennen seien?» (137) Von «Neuem und Artgemässen einer Zeit» sprachen freilich auch immer wieder die Nationalsozialisten. Das «Artgemässe» Dockers waren dann die spannungslosen vorkragenden Flachdächer, mit denen er – der sie schon in seinem Bau auf dem Weissenhof eingesetzt hatte (138) – und seine Generation Stuttgart füllten. Bonatz dagegen sprach sich immer wieder für den Erhalt dieser Bauten aus und trat bis zum Schluss für das Kronprinzenpalais ein. (139) Unterstützt wurde der Abbruch freilich von Oberbürgermeister Arnulf Klett, der auf Vorschlag seines Vorgängers Strölin ins Amt gekommen war. (140) Auch die Planungen zur Verlegung des Bahnhofs lebten wieder auf, Prof. Pirath, auch er oft bemühter Gutachter der Nationalsozialisten, der schon 1945 eine Generalplanung für die Innenstadt erarbeitet hatte, erhielt im Dezember 1947 den Auftrag einer Neuplanung der Hauptbahnhofsanlagen am Süden des Rosensteinparks. (141) Bis auf den Abriss des Neuen Schlosses und die Verlegung des Hauptbahnhofs wurden diese Planungen durchgeführt. Die Verkehrsführung, die von Strölin und seinen nationalsozialistischen Stadtplanern wesentlich mit der nationalsozialistischen Weltanschauung begründet worden war, ist in den Grundzügen die heutige. Sogar die von den Nationalsozialisten geplanten Arkaden an den Gebäuden der überbreiten Rote Strasse (Theodor-Heuss-Strasse) wurden bei den ersten Gebäuden dort durchgeführt.

Auch im Hochbau erwies sich die neue Stuttgarter Stadtverwaltung als ein Erbe der alten. So wurde das ausgebrannte Rathaus, dessen Turm ganz unversehrt geblieben war, grossen-

teils abgerissen und durch einen öden Neubau ersetzt; man denkt sofort an Strölin's Forderung nach einem Rathausneubau. Auch in den übrigen Abbruch- und Nichtwiederaufbaumaßnahmen erscheinen immer wieder die nationalsozialistischen Vorhaben, nicht zuletzt im kurzsichtigen brutalen Abriss des Kronprinzenpalais, dem Abräumen der Hohen-Karls-Schule und des Marstallgebäudes. Auch der Abbruch des neoklassizistischen Archivbaus verwundert in diesem Zusammenhang nicht mehr. Schliesslich wurde an einer Reihe von Bauten die schon von den Nationalsozialisten geplante «Normierung» der Fassaden vollzogen, wobei beim Wilhelmspalais Prof. Tiedje tätig war, (142) beim Königsbau Oberbaurat Drissler, (143) der den ornamentalen und figurativen Schmuck an den Dachenden, obwohl er bei Kriegsende noch erhalten war, abnahm. Eine ähnliche Verödung erlitt das Kanzleigebäude in der Königstrasse, dessen Mittelgiebel verschwand.

Diese Kontinuität kann nicht schlicht mit «Sachzwängen» erklärt werden. Die in neuerer Zeit in Stuttgart begonnenen und erarbeiteten Vorhaben weisen ja auch ganz andere Möglichkeiten auf, die schon damals zu verwirklichen gewesen wären, die auch der Architekt Kurt Leibbrand schon 1950 vorgeschlagen hatte.

(142) Die Nachkriegszeit liegt lange genug zurück, um ein genaueres Sehen zu ermöglichen; verbunden damit ist freilich die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Nationalsozialisten und den Technokraten.

Nationalsozialisten waren nicht nur Blut- und Boden-Schwärmer, autoritär ausgerichtete Führergefollsgelute oder zynische, unmenschliche Juden- und Zigeunervernichter, sondern eben auch Technokraten, die ohne jede ethische Frage oder Rücksicht auf die Menschen allein die Machbarkeit verfolgten; der bekannteste von ihnen ist wohl Albert Speer. Als der führende Stuttgarter Vertreter dieser Art ist Karl Strölin anzusehen. Diese Geistesrichtung blieb – besonders im Zuge des Wiederaufbaus – erhalten, ja, sie war nicht einmal verdächtig. So konnten die Architekten, die 1933-45 bereitwillig für die Nationalsozialisten gearbeitet hatten, ohne allzu viele Einschränkungen oder gedankliche Veränderungen – wenn man von der Aufgabe der Judenvernichtung absieht – nach 1945 ihre Planungen fortsetzen. In der Stadtverwaltung war die personelle Kontinui-

tät dadurch gegeben, dass Strölin selbst Arnulf Klett, der schon unter ihm in der Stadtverwaltung gearbeitet hatte, der Besatzungsmacht als neuen Oberbürgermeister vorschlug; darüber hinaus blieb der engste Mitarbeiter Strölin's Eduard Könekamp noch bis zum 24.10.47 im Amt, wodurch der Übergang noch unmerklicher vor sich ging.

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass Strölin, der schon 1923 in die NSDAP eingetreten war, der in Stuttgart in jeder Hinsicht das Führerprinzip verkörperte, der in Stuttgart teilweise im Vorgriff auf Reichsanordnungen sogenannte «Asoziale» und Juden verfolgte, der mit seinen Stadtplanerischen Vorhaben zielstrebig die Durchgestaltung Stuttgarts nach den Grundsätzen der «nationalsozialistischen Weltanschauung» betrieb, das Entnazifizierungsverfahren als «minderbelastet» verliess, dass die Spruchkammer von dem Mann, der Reichskommissar der «besetzten» Schweiz werden wollte, (145) der Kommissar vor Moskau oder der Krim werden sollte, (146) 1948 feststellen konnte, er habe seit 1938 Widerstand geleistet. (147) Obwohl er nie gewählt worden war, bekam er schliesslich die Pension eines Bürgermeisters. (148)

Anmerkungen:

- (1) Adolf Hitler: Mein Kampf, 97.-101. Aufl., München 1934, S. 290 bzw. 292.
– Der Titel dieses Aufsatzes verwendet einen von Oberbürgermeister Strölin (in: Reichsgartenschau Stuttgart 1939, Amtlicher Führer S. 12) zitierten Ausspruch Hitlers.
- (2) Vgl. dazu Jost Dülffer, Jochen Thies, Josef Henke: Hitlers Städte, Baupolitik im Dritten Reich, Eine Dokumentation, Köln/Wien 1978. Joachim Petsch: Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich, München 1976. Lars Olof Larsson: Die Neugestaltung der Reichshauptstadt – Albert Speers Generalbebauungsplan für Berlin, Stockholm 1978. Anna Teut: Architektur im Dritten Reich 1933-1945, Berlin/Frankfurt a.M./Wien 1967. Jochen Thies: Architekt der Weltherrschaft – Die «Endziele» Hitlers, Düsseldorf 1976. Jochen Thies: Hitler's European Building Programme; in: Journal of Contemporary History 13, 1978, S. 413ff. Vgl. zur neueren Literatur: Wolfgang Schäche: NS-Architektur und Kunstgeschichte – Anmerkungen zum Forschungsstand und zur Forschungsperspektive; in: Kritische Berichte, 8. Jahrg. Heft 1/2, 1980, S. 48ff.
- (3) Die «Ende 1941» datierte Denkschrift (25 S. mit 14 Taf.) liegt im Stadtarchiv (Sign.: 2118) und in der Gemeinderatsbibliothek (Sign.: Ba 16); im Folgenden: Denkschrift 1941.

- (4) Amtsblatt der Stadt Stuttgart (im Folgenden nur: Amtsblatt) 19.1.1935, S. 54f.
- (5) Ausschnitt in der Akte über die Eingemeindungen im Hauptstaatsarchiv Stuttgart (im folgenden: HStA), E 130b Bü. 1000, Bl. 43a.
- (6) Brief Strölins: HStA, E 130b Bü 1000.
- (7) In: Die Deutsche Volkswirtschaft, Nationalsozialistischer Wirtschaftsdienst, 3. Jahrg. 3. Juliheft, 1934.
- (8) Vgl. dazu den von Strölin im Zusammenhang mit seiner Bewerbung vom 19.2.1940 um Anhebung seiner Stellung von einem «Hauptstellenleiter der NSDAP» (Hauptamt für Kommunalpolitik) zu der eines «Reichsamtleiters der NSDAP». Stadtarchiv Stuttgart (im Folgenden: StA) städtische Hauptaktei (im Folgenden nur: H) 002 Bl 46.
- (9) Vgl. Bericht in der Stuttgarter «Süddeutsche Zeitung» vom 13. Juli 1920 (Für diesen Hinweis danke ich Roland Müller.)
- (10) Paul Sauer: Württemberg in der Zeit des Nationalsozialismus, Ulm, 1975, S. 94.
- (11) Vgl. dazu: Maria Zelzer: Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden, Stuttgart o.J. (1964); Boykott: S. 155; zur Enteignung vgl.: NS-Kurier (im Folgenden: NSK) 1.11.1933 A (= Abendausgabe).
- (12) Niederschriften über die Beratungen mit den Ratsherren (im Folgenden: Ratsherren) 3.9.1936 § 72, StA.
- (13) Ratsherren § 89, StA.
- (14) Ratsherren § 122, StA. – Die ganze Liste auch bei: Walter Nachtmann: Stuttgart im Nationalsozialismus, Wiss. Arbeit (Masch.) Stuttgart, 1979 (Stuttgart, Histor. Institut: X 4805).
- (15) NSK. 15.11.1938 M; vgl. dazu Roland Müller: Reichskristallnacht in Stuttgart, Wiss. Arbeit (Masch.) Stuttgart 1979 (Stuttgart, Histor. Institut: X 4750).
- (16) «Die Stadt der Auslandsdeutschen Stuttgart im Jahre 1940 – Verwaltungsbericht 1940» (im Folgenden: Verwaltungsbericht – und Jahr) S. 11.
- (17) Verwaltungsbericht 1941, S. 17f.
- (18) Amtsblatt, 14.1.1935.
- (19) HStA, E 140 Bü 39.
- (20) Amtsblatt, 19.1.1935.
- (21) Zusammenfassung in Heimen vgl. Verwaltungsbericht 1940, S. 11; Verlegung aus Krankenhäusern der Stadt in Heime aufs Land (Stetten) ist für den 2.7.1943 belegt (Chronik der Stadt Stuttgart 1933-1945 – Manuskri.); vgl. dazu bei Zelzer den Fall der Martha Goge: Geb. 26.1.1895, letzter Wohnort: Stuttgart, deportiert nach Grafeneck am 13.8.1940, ermordet dort im November 1940. Vgl. insgesamt dazu Sauer S. 405ff.; Hans Christoph von Hase (Hrsg.): Evangelische Dokumente zur Ermordung der «unheilbar Kranken» unter der nationalsozialistischen Herrschaft in den Jahren 1939-1945; Stuttgart, 1964.
- (22) Amtsblatt 16.10.1934.
- (23) Die 25 Einfamilienhäuser der Holzsiedlung am Kochenhof, Stuttgart, 1933.
- (24) Ebda. S. 2.
- (25) Brief Strölins an Staatssekretär Waldmann HStA, E 140 Bü 41.
- (26) NSK 11.3.1938 M (= Morgenausgabe) und 27.6.1938 A.
- (27) Ratsherren § 6, 26.6.1941.
- (28) HStA, E 140 Bü 39.
- (29) Festschrift zur Eröffnung des Hauses der Technischen Werke der Stadt Stuttgart am 19. September 1936 im vierten Jahr des Neuen Reiches, Stuttgart, 1936, S. 14.
- (30) Der ganze Vorgang: HStA, E 130b Bü 1000.
- (31) Bild: Larsson S. 137, Abb. 13.
- (32) So im Titel der Festschrift.
- (33) Festschrift S. 26.
- (34) NSK 22.9.1934 M (Bild und Text) und 22.9.1934 A (nur Bild).
- (35) Vgl. dazu Henning Eichberg, Michael Dultz, Gien Gadberry, Günther Rühle: Massenspiele – NS-Thingspiel, Arbeiterwehspiel und Olympisches Zeremoniell, Stuttgart-Bad Cannstatt, 1977, bes. S. 35ff und 107.
- (36) Zit. nach Eichberg u.a.: Massenspiele S. 36.
- (37) HStA, E 140 Bü 39.
- (38) HStA, E 140 Bü 41.
- (39) HStA, E 140 Bü 41; Brief Maurers vom 14.12.34.
- (40) HStA, E 130b Bü 1000.
- (41) HStA, E 140 Bü 41; Brief an Waldmann vom 18.12.34.
- (42) Ebda.
- (43) HStA, E 140 Bü 41; Brief Schmidt vom 12.12.34.
- (44) HStA, E 130b Bü 1000, der Vorgang mit dem Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Staatsministeriums vom 17.12.34.
- (45) HStA, E 140 Bü 40.
- (46) Deutsches Volksblatt vom 11.6.1935.
- (47) Vgl. Albert Speer: Erinnerungen, Frankfurt/Berlin 1969, S. 166ff.
- (48) Niederschrift der Stadt Nürnberg, 24.7.1933 über ein Gespräch mit Hitler über Umbauten für den Reichsparteitag 1937, Stadtarchiv Nürnberg C7/1/86; faksimiliert in: Jost Dülffer u.a.: Hitlers Städte, S. 214ff.
- (49) Vgl. dazu: Ernst Ritter: Das Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart 1917-1945, Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976 S. 11 Iff.
- (50) Stuttgarter Neues Tagblatt (im Folgenden: Tagblatt), 19.12.1934.
- (51) Vgl. die Planungen der Denkschrift (wohl Sept. 36), StA, H 342 Bü 98, den «Informationsdienst der Stadt der Auslandsdeutschen Stuttgart» vom 25.8.41, StA, H 342 Bü 96, und NSK 27.8.1941; vgl. auch Niederschrift der Besprechung im Reichspropagandaministerium vom 18.10.1938, StA, H 342 Bü 96.
- (52) Reichsministerialblatt 1936, S. 372.
- (53) Die Sammlung: HStA, E 130b Bü 1000.
- (54) HStA, E 130b Bü 1000.
- (55) StA, H 342 Bü 96.
- (56) StA, H 342 Bü 96.
- (57) All dies: StA, H 342 Bü 98, bes. Denkschrift ohne Datum (wohl Sept. 36).
- (58) StA, H 342 Bü 96, Brief vom 21.1.37, der an den Reichssender weitergeleitet und dann zu den Akten gelegt wurde.
- (59) StA, H 342 Bü 98, Denkschrift o.D. (wohl Sept. 36).
- (60) Vgl. den Bericht Strölins StA, H 342 Bü 97.
- (61) Vgl. die Angaben in seinem Lebenslauf StA, H 002.
- (62) StA, H 342 Bü 97.
- (63) Vgl. die Forderung der Denkschrift o.D. (wohl Sept. 36) StA, H 342 Bü 98.
- (64) HStA, E 130b Bü 1000.
- (65) Ebda.
- (66) Ebda.
- (67) Notizen Strölins über den Vortrag Görings StA, H 342 Bü 97.
- (68) StA, H 342 Bü 97.
- (69) Niederschrift Könekamps vom 23.9.37 StA, H 342.
- (70) Sauer S. 231.
- (71) Niederschrift der Besprechung mit den Technischen Beiräten (im Folgenden: Techn. Beiräte), 8.4.38, Auszug StA, H 000.

- (72) NSK 4.4.1938 M, vgl. 5.4.1938 A (Bild: nur Modell) – das Gebäude ist nun (verändert) Sanatorium.
- (73) Bild: Amtsblatt 24.5.73 (Beilage).
- (74) Vgl. dazu: Franz Joachim Verspohl: Stadionbauten von der Antike bis zur Gegenwart, Gießen 1976; bes. S. 216–251.
- (75) Bild: Amtsblatt 27.10.1934.
- (76) Vorlage zum Besuch Hitlers, StA, H 000.
- (77) NSK 5.4.1938 A.
- (78) NSK 6.4.1938 M.
- (79) Sauer S. 314ff.
- (80) Tagblatt 2./3.4.1938.
- (81) Techn. Beiräte 8.4.38, Auszug, vgl. Vorlage für Hitlerbesuch, StA, H 000.
- (82) NSK 15.4.1937.
- (83) Nach Sauer S. 312.
- (84) Bei Sauer Abb. 98.
- (85) Sauer S. 133ff.
- (86) Techn. Beiräte 8.4.38, Auszug, StA, H 000.
- (87) HStA E 130b Bü 1000.
- (88) Vgl. Verwaltungsbericht 1939 und die Pläne der Denkschrift 1941.
- (89) StA, H 011 Bü 72, Bild der Vorlage des Stadtplanungsamtes vom 3.1.41 angeheftet.
- (90) StA, H 000; Bild im „Schwabenland“ Heft 4, 1938, vgl. auch die Pläne der Südwestecke des Innenstadtrings, der Gegend um die Rotebühlkaserne, im Hintergrund der Aufnahme des NSK vom 2.4.1938 M; als Gesamtanlage erwähnt dieses Innenstadtmodell allein die „Württembergische Zeitung“ vom 2.4.1938.
- (91) Bild in: Jost Dülffer u.a.: Hitlers Städte S. 144 (Berlin), 185f (München).
- (92) Norbert Bongartz, Peter Dübbers, Frank Werner: Paul Bonatz 1877–1956, Stuttgarter Beiträge 13, Stuttgart, 1977, S. 7.
- (93) Techn. Beiräte 8.4.38, Auszug StA, H 000.
- (94) NSK 4.4.1938; Tagblatt 4.4.1938.
- (95) Ein Bild davon: Württembergische Zeitung 6.4.1938.
- (96) Abschrift des Briefes mit einem Schreiben an Mergenthaler (17.6.38): HStA, E 130b Bü 1000.
- (97) Vgl. Speer S. 147ff.
- (98) Niederschrift über die Besprechung: StA, H 342 Bü 96.
- (99) Faksimiliert in: Dülffer u.a. S. 64ff; über Stuttgart S. 77; auf Anfrage erklärte Speer, sich an Datum und genauere Umstände des Vortrags nicht mehr erinnern zu können (Brief vom 3.5.1981 an den Verf.).
- (100) StA: Niederschriften über die Beratungen mit den Beiräten für die 3. Reichsgartenschau Stuttgart 1939, Bd. 42.
- (101) Ebda.
- (102) Bild in: Das Erlebnis einer Landschaft – Ein Bildbericht von der Reichsgartenschau Stuttgart 1939, S. 75 (im folgenden ‚Erlebnis‘).
- (103) Bild: Erlebnis S. 76, 78ff., 124; techn. Angaben: Führer S. 132.
- (104) Erlebnis S. 79; als Geschenk: Verwaltungsbericht 1939.
- (105) Bild: Speer nach S. 192.
- (106) Bild: Erlebnis S. 18ff., 120 (leider schräg aufgenommen).
- (107) Vgl. dazu Graubner in: Führer S. 36; Fotofolge in Erlebnis S. 15–20.
- (108) Bilder: Erlebnis S. 94, 98; und: Reichsgartenschau Stuttgart 1939, der Führer für Gartenfreunde S. 43, 47, 48.
- (109) Das Kleinsiedlerhaus: Erlebnis S. 98; die Weltkugel auf der „Großen Halle“: Speer S. 175.
- (110) Führer (vgl. Anm. 1) S. 90.
- (111) Bild: Erlebnis S. 30.
- (112) Bilder aus dem dort gedrehten Film in: Zelzer S. 433ff. – die Gebäude sind: Ehrenhalle (S. 433 unten), Ausstellungshalle zwischen Eingangsgebäude und Ehrenhalle (Blick nach Süden zum Eingangsgebäude hin: S. 434 oben, Blick nach Norden zur Ehrenhalle hin: S. 434 unten), Situation neben der Eingangstreppe mit Blick auf das Eingangsgebäude (S. 435 oben).
- (113) Vgl. Geleitwort Strölins in: Führer S. 12.
- (114) Zu diesem und dem Folgenden: Jürgen Joedicke, Christian Plath: Die Weißenhofsiedlung Stuttgart, Stuttgart 1977, S. 68ff.
- (115) Techn. Beiräte 8.4.1938 Auszug: StA, H 000/15.
- (116) Bild: Joedicke/Plath S. 70.
- (117) Gustav Wais: Alt-Stuttgarts Bauten im Bild, Stuttgart 1951; S. 626 (mit Bildern beider Zustände).
- (118) Verwaltungsbericht 1939 S. 11.
- (119) Verwaltungsbericht 1940 S. 12f.
- (120) Vgl. Anm. 3.
- (121) Dülffer u.a. S. 90ff., 168ff.
- (122) Plan: Denkschrift 1941 Blatt 1.
- (123) Willi Bohn: Stuttgart: Geheim!, Ein dokumentarischer Bericht, Frankfurt 1969, S. 38.
- (124) Faksimiliert in: Dülffer u.a. S. 64ff. Schon 1935 hatte sich die württ. Gauleitung in Stuttgart um den Bau eines „Hauses der Partei“ im oberen Schloßgarten bemüht (vgl. HStA, E 151a Bü 278).
- (125) Der Vorgang in StA, H 002; vgl. Verwaltungsbericht 1941 S. 12.
- (126) Bongartz u.a. S. 81.
- (127) Ebda. S. 82. Noch Sept. 1943 sind Arbeiten Bonatz' für die Neugestaltung der Innenstadt nachweisbar.
- (128) Vorschläge zur Umgestaltung dieses Areals schon NSK 14.1.1937: Abräumen der Gewerbehalle, Umgestaltung des Hegelplatzes, Bau eines Konzerthauses.
- (129) NSK 2.4.1938.
- (130) Der Vorgang mit dem Brief des Archivars Dr. Stenzel: HStA, E 140 Bü 42 (und 41); der Entscheid: briefl. Mitteilung von Albert Speer vom 3.5.1981 an den Verfasser.
- (131) In: Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Beilage: Beiträge zur Landeskunde Nr. 1, Feb. 1979, S. 13ff.
- (132) StA, H 011, Verwaltungsbericht 1944; Originalms. S. 83ff., Druckfassg. S. 17ff.
- (133) Karl Strölin: Stuttgart im Endstadium des Krieges, Stuttgart 1950, S. 34f.
- (134) Nachrichtenblatt der Militärregierung für den Stadtkreis Stuttgart 1.11.1945; vgl. Hermann Vietzen: Chronik der Stadt Stuttgart 1945–1948, Stuttgart 1972, S. 371f.
- (135) Ebda. S. 376f.
- (136) Ebda. S. 380; die Auseinandersetzung um das Kronprinzenpalais zieht sich bis 1962 hin; am 28.9.62 meldet die Stuttgarter Zeitung den Beginn des Abbruchs, die Stadtverwaltung will nicht einmal das Portal erhalten wissen, lediglich ein Seitenfenster, das heute vor dem mißgückten „Kleinen Schloßplatz“ steht.
- (137) Gerhard Raff: Chronik der Stadt Stuttgart 1954–1960, Stuttgart 1978, 17.2.1954, S. 7.
- (138) Joedicke / Plath S. 26f. vgl. Bild S. 21.
- (139) Stuttgarter Nachrichten 5.4.1950.
- (140) Strölin S. 64f.; Heinz Eschwege: Niedergang und Aufstieg der Stadt Stuttgart 1944–1946 (Maschms. im StA) S. 27–32. Eschwege widerspricht dort auch Strölins Behauptungen (S. 57ff.) für die „kampflöse Übergabe Stuttgarts gearbeitet zu haben: S. 15ff.
- (141) Vietzen S. 375.
- (142) Vgl. die Plakette am Bau.

- (72) Stuttgarter Zeitung 15.8.1959.
 (73) Stuttgarter Zeitung 20.9.1950.
 (74) Brief des SS-Gruppenführers G. Berger an den Reichsführer-SS Heinrich Himmler vom 8.9.1941 über den Streit Strölin und Murrs um diesen «Posten»; in: Léon Poliakov, Josef Wulf: Das Dritte Reich und seine Diener – Dokumente, Berlin-Grunewald ²1956, S. 97. Das Interesse Strölin an einer Position in der «besetzten» Schweiz wird durch die Aussage Teil Gecks im Spruchkammerverfahren gegen Strölin bestätigt; Teil Geck berichtet von Entwürfen für Plakate, die im Deutschen Ausland-Institut erarbeitet werden mussten, mit deren Hilfe in der «besetzten» Schweiz die Gesinnung der Bewohner insgeheim angezeigt werden sollte (vgl. Stuttgarter Zeitung 27.9.1948).
- (75) Niederschrift der Besprechung im Führerhauptquartier 16.7.1941; in: Roman Ilnyckij: Deutschland und die Ukraine 1934-1945, Tatsachen europäischer Ostpolitik, München ²1958, Bd. 2, S. 321; (für diesen Hinweis danke ich Johannes Voigt).

- (76) Vietzen S. 109; vgl. Stuttgarter Zeitung 20.9.1948, den Bericht über den Beginn des Spruchkammerverfahrens gegen Strölin.
 (77) Beschluss der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 17.12.1953.

– Ich widme diesen Aufsatz dem Gedenken an meine Grossväter: DipLing. Albrecht Schneider, der – nach langjähriger leitender Tätigkeit in der Industrie bei Prof. Junkers – 1934 Mitglied des Bruderrates der Bekennenden Kirche Anhalts wurde, die er auf den Bekenntnissynoden von Barmen, Dahlem und Augsburg vertrat, und nach dem Kriege als Pfarrer in Köchstedt amte; DipLing. Albert Stütz, Stadtbau­direktor von Beuthen OS., der während der NS-Zeit ehrenamtlich das Behindertenheim des Erzbistums Breslaus in Beuthen verwaltete und nach 1945 als Stadtbau­direktor in Stuttgart die Enttrümmerung der von den Nationalsozialisten zugrunde gerichteten Stadt leitete.



Abb. 20 Die Stuttgarter Innenstadt mit dem Alten Schloss nach dem – bald darauf wieder zerstörten – Wiederaufbau durch Paul Schmitthenner

«Meine Frau hat keine Zeit!» (1)

Frauen in der KPD während der Weimarer Republik

Das Verhältnis zwischen der Frauenbewegung und der Linken ist seit der Studentenbewegung 1968 in der BRD heftig und oft diskutiert worden. Viele Frauen kamen (und kommen) aus der linken Ecke in die Frauenbewegung, die ihnen – wie sie selbst sagen – mehr Identität und Wirkungsmöglichkeiten bietet. Sie haben schlechte Erfahrungen mit den Linken gemacht; Männerpolitik, «Politmacker-tum» und offene wie versteckte Frauenfeindlichkeit haben sie aus den linken Gruppen und Organisationen vertrieben.

Dies bietet Anlass genug zu einem Blick zurück in die Geschichte. Im Mittelpunkt dieser Betrachtungen stehen die Frauen in der KPD der Weimarer Zeit, ihre Erfahrungen in der Partei und mit Männerpolitik (2).

Die KPD der Weimarer Zeit ist eine ausgesprochene Arbeiterpartei mit 80% Arbeitern, dabei aber auch eine Männerpartei mit 83,5% männlichen Mitgliedern (3), die KPD wird ausserdem in allen Wahlen bis 1933 von bis zu 20% mehr Männern als Frauen gewählt (4). Was soll also angesichts dieser männlichen Übermacht die Frage nach den weiblichen Mitgliedern?

Immerhin wird dieser kleinen Minderheit von 16,5% in der Partei – im Vergleich zum Frauenanteil von 52% in der Gesamtbevölkerung – auf dem Vereinigungsparteitag der USPD (Linke) und der KPD im Dezember 1920 ein gesonderter Programmpunkt gewidmet: die «Richtlinien zur Frauenagitation», die dort auch beschlossen werden (5). Übrigens stimmen diese Richtlinien inhaltlich und teilweise auch wörtlich überein mit den kurze Zeit vorher von Clara Zetkin, einem prominenten weiblichen Mitglied der KPD, im Auftrag der KOMINTERN verfassten «Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung» (6), zu denen auch W.L. Lenin einiges beitrug (7). Frauen sind offensichtlich für die KPD so wichtig, dass dieser Parteitag Grundsätzliches

für die politische Frauenarbeit festlegen und den in der KPD politisch engagierten Frauen die Grenzen ihrer Aktivitäten aufzeigen muss:

- Die Kommunistinnen dürfen sich innerhalb und ausserhalb der Partei nicht als Frauen gesondert organisieren.
- Ihr Kampf als Frauen um ihre Befreiung hat sich einzugliedern in die Parteiarbeit, die den «Sturz des kapitalistischen Systems» und die «Diktatur des Proletariats» zum Ziel hat.
- Nach Ansicht der KPD haben Frauen keine anderen Probleme im täglichen Leben als Männer; sie werden ‚nur‘ stärker ausgebeutet, sie treffen die Massnahmen des Systems am härtesten.
- Die Lage aller Menschen, Frauen wie Männer, wird sich erst im Kommunismus ändern.
- Eine ‚Frauenfrage‘ existiert für die KPD nur in der Öffentlichkeitsarbeit; hier sollen die Frauen stärker angesprochen und aus ihrer «politischen Passivität» herausgerissen werden.
- Ihre «besondere weibliche Art» soll der Ansatzpunkt für die politische Agitation und Propaganda sein.
- Die Notwendigkeit ihrer Aktivierung wird durch ihre zahlenmässige Überlegenheit in der Bevölkerung begründet.
- Innerhalb der Partei sollen alle Mitglieder die gleichen Rechte und Pflichten haben.

Die Rolle der Frau in der Gesellschaft, ihre Funktion in der Familie oder die Machtstrukturen im privaten Bereich werden nicht angesprochen; folglich fallen auch alle Probleme und Schwierigkeiten, die damit Zusammenhängen, unter den Tisch.

Die ideologischen Grundlagen für eine aktive Parteiarbeit' der Frauen sind nun klar; allgemeinen politischen Zielen untergeordnet, gibt

es für die Frauen theoretisch einen weiten Aktionsradius: mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten ausgestattet, könnte es nun losgehen mit dem Klassenkampf.

Doch hier tauchen schon die ersten Hindernisse auf, denn im Rahmen der allgemeinen Parteiarbeit werden den Frauen besondere Aufgabengebiete zugeteilt, in denen sie ihre «weiblichen Eigenschaften» ausnutzen sollen.

Frauen und Mädchen werden bevorzugt bei der «Zersetzungsarbeit» von Reichswehr und Schutzpolizei eingesetzt. Ziele dieses bewussten Einsatzes der Weiblichkeit ihrer Mitglieder sind für die KPD, Soldaten und Polizisten für ihre Partei zu gewinnen, und einen Einblick in die Vorgänge innerhalb der Kaserne zu bekommen, um bei drohender Gefahr rechtzeitig gewarnt zu sein (8). Die Mädchen der Kommunistischen Jugend haben konkrete Anweisungen, in einen solch direkten Kontakt mit Militär und Schutzpolizei zu treten, dass sich ihnen die Möglichkeit bietet, die Soldaten und Polizisten innerhalb der Kaserne zu besuchen. Eine Polizeiakte gibt Auskunft über derartige Vorgänge:

„Nach einer vertraulichen Mitteilung ist der zur Zeit bei der Polizeibereitschaft in der Akademie befindliche Polizeibeamte Wilhelm Krämer, Sohn der Witwe Krämer in Möhringen a.F., dringend verdächtigt, durch Frau Reiber in Stuttgart-Ostheim, mit der er ein Verhältnis unterhält, mit der KP in Verbindung zu stehen. Frau Reiber soll dem Krämer wiederholt Lebensmittel in die Akademie gebracht haben, wobei sie sich jeweils als seine Cousine ausgegeben hat.» (9).

Auch bei der Vorbereitung von Partisanenkämpfen spielen die Frauen ihre ‚weibliche Rolle‘. Gemischte kleine Gruppen von 5 Frauen und 15 Männern sollen gebildet werden. Die Frauen innerhalb der Gruppe leisten Propagandarbeit; sie haben die Aufgabe, in ‚Pousageverkehr mit Laufjägern, Polizeibeamten, Forstangestellten, Feldwächtern« zu treten, also ihren weiblichen Körper angemessen zum Einsatz zu bringen und diese Männer gegen ihre Vorgesetzten aufzuwiegeln (10).

Im Rotfrontkämpferbund (RFKB) bilden die Frauen, im Gegensatz zum Organisationsaufbau der Partei, eine eigene «Riege». Jede Ortsgruppe des RFKB ist in 4 Riegen aufgeteilt: «1. Frontkämpferriege, 2. Riege der Nichtge-

dienten, 3. Jungsturmriege, 4. Frauenriege», wobei die Frauenriege im ‚militärischen Hilfsdienst‘ ausgebildet wird, im Sanitäts- und Pflegebereich, dem traditionellen Bereich der Frauen (11).

1924 richtet die KPD einen Ordnungsdienst (OD) ein, um den Schutz der Organisation beispielsweise bei Demonstrationen zu gewährleisten. Die Mädchen bilden hier wiederum eine gesonderte Gruppe mit den Aufgaben: «Ordnung halten, Erkundigungen, Hilfe im Kampf» (12).

Für die Frauen bleiben nur Hilfsdienste und Handreichungen übrig; hier ist keine Rede mehr von gleichberechtigten und gleichverpflichteten Genossinnen und Genossen. Für ungefährlichere Arbeiten werden Frauen eingeteilt; ihre Leistungen sollen im Rahmen ihrer traditionellen Geschlechtsrolle bleiben, beim militärischen Hilfsdienst. An eine Ausbildung ihrer weiblichen Mitglieder mit der Waffe in der Hand denkt die KPD nicht.

Andere Bereiche der Parteiarbeit bestätigen dieses Bild. Herta Sturm gibt auf dem Bezirksparteitag der württembergischen Kommunistischen Partei 1921 die Bereiche an, in denen die Frauen tätig sein sollen: am Beispiel der Sowjetunion sind es Wohlfahrtspflege und Volksbildungs- und Erziehungswesen.

Konkrete Vorhaben, die auf dem Bezirksparteitag beschlossen werden, sind der Aufbau einer Kindergruppe und der Kommunistischen Jugend, die Schulfrage und die Hilfsaktion für die Sowjetunion (13).

Das sind alles Bereiche, die keinen emanzipatorischen Charakter haben; sie bleiben im traditionellen Rahmen der Weiblichkeit stehen. Ein weiterer Tätigkeitsbereich für die Frauen ist der Konsumverein. Doch haben die Frauen auch hier nicht viel zu sagen: bei den Wahlen zum Vereinsvorstand dürfen sie (1923!) nicht teilnehmen, wenn ihr Mann anwesend ist und dies erledigen kann (14). Gleiche Rechte und gleiche Pflichten also für beide Geschlechter? Wie in allen anderen Parteien setzen auch in der KPD die Männer die Normen, in die sich die Frauen zu fügen haben.

Klar umrissen ist auch der Rahmen der politischen Arbeit, die die Frauen leisten sollen. Ein Vorurteil, das in der KPD vorherrscht, ist, Frauen seien «Mitkämpferinnen». An sehr vielen Punkten zeigt es sich, dass das Interesse der KPD nicht an selbständigen Aktivitäten der Frauen liegt. Frauen sollen ihre Männer im

Kampf unterstützen und nicht eigenständig kämpfen. Aus der Fülle der Belege sei hier ein Teil des Gedichts von Margarete Königsberg mit dem Titel «Lied der Arbeiterinnen» angeführt. Hier wird das harte Los der Arbeiterinnen beschrieben und folgender Ausweg für die Frauen aufgezeigt:

*«Und singet Ihr stolz der'Arbeit Lied
Ihr Männer, Ihr Kampfesbewährten.
Wir Frauen singen es freudig mit
Als eure treuen Gefährten.» (15).*

Auch hier kommt zum Ausdruck, wer unter den Proletariern kämpft – der Mann. Die Funktion der Frau besteht darin, «freudig» mit einzustimmen in den Kampfgesang ihrer männlichen Kollegen und «mit»-zumachen.

Der Grund für ein derartiges Verhalten der Männer liegt in ihrer prinzipiellen Einstellung Frauen gegenüber. Den Frauen wird eine «mangelhafte politische Bildung» und eine «politische Rückständigkeit» unterstellt. Erklärt wird dieses ‚falsche Bewusstsein‘ durch die isolierte Arbeitstätigkeit der Frauen im Haushalt und ihre Fixierung auf Mann und Kinder, auf der dann allerdings wieder die Frauenagitation basiert (16).

Schon in den «Richtlinien zur Frauenagitation» 1920 werden die Frauen in eine niedrigere Kategorie eingeteilt; hier ist die Rede von der «mangelnden politischen Reife der Frau» und von ihrer «erfahrungsgemässen Zurückhaltung von allgemeinen Bildungsveranstaltungen».

Als Lösung wird eine besondere Erziehung der Frauen vorgeschlagen, die erst nach Durchlauf bestimmter Schulungsabende in die Partei aufgenommen werden können (17). Die Norm, an der das politische Bewusstsein gemessen wird, ist die der Männer, die in der Partei das Sagen haben; diese Massstäbe für richtiges politisches Verhalten, Bewusstsein und Handeln werden vom männlichen Geschlecht gesetzt und trägt auch seine Züge (18): politische Arbeit und politische Veränderungen spielen sich in der Öffentlichkeit ab, streng getrennt von der Privatsphäre.

Die geforderten Verhaltensnormen sind Aktivität und Risikofreudigkeit, was die materielle Existenz anbelangt.

Die Existenzfrage ist für Frauen zentral, weil sie ja jeden Tag dafür sorgen müssen, dass etwas zum Essen auf dem Tisch steht und dass ihre Familie satt wird. Diese Bemühungen sind immer, auch bei erwerbstätigen Frauen, Mittel-

punkt ihres Lebens, wonach sich alles andere richtet. Daher steht die geforderte Risikofreudigkeit in starkem Widerspruch zum tatsächlichen Verhalten und Bewusstsein der Frauen. Der geforderten Aktivität der Frauen, auf Partei- oder sonstige Versammlungen zu gehen und dort auch noch das Wort zu ergreifen, steht ihre Alltagsarbeit entgegen. Selbst Frauen von Parteimitgliedern werden dazu angehalten, ihre Aufgaben als Hausfrau, Mutter und Ehefrau zu erfüllen (19).

Männer dürfen mit Alltagsproblemen nicht belangt werden; Männer haben ihre eigenen Probleme; Hausarbeit ist und bleibt Frauenarbeit!

«Quält eure Männer im Gefängnis nicht mit häuslichen Sorgen. Begreift endlich, dass die Kinder, die meistens Angst in euch auslösen, euch gehören, dass die Mutter meistens mehr Einfluss auf die Kinder hat als der Vater. Eure Männer, die im Gefängnis sitzen und auch für die Freiheit eurer Kinder kämpfen, werden von euch unnötig gequält. Ein Revolutionär muss eine Frau haben, die er verlassen kann, ohne ihre Tränen sehen zu müssen.» (20).

Auch die von der KPD geforderten Verhaltensnormen messen mit Männermass. Die aufgestellten Kriterien für richtiges politisches Verhalten sind männlich, kommen aus einem männlichen Bewusstsein und einem männlichen Verständnis von Politik, die sich in der öffentlichen Sphäre von Parlamentswahlen und Berufsleben abspielt

Diese Kriterien können nur von Männern hinreichend erfüllt werden.

Sie beziehen sich nicht auf das Bewusstsein und das Selbstverständnis der Frauen (21). Von diesem Standpunkt aus betrachtet, können die Frauen nur «rückständig» und «dumm» erscheinen, bedürftig für eine »kompensatorische Erziehung«. Erst nach Absolvierung bestimmter Kurse können die Frauen von den Männern ernster genommen werden.

Welches Verhältnis haben nun die Frauen selbst zur politischen Arbeit? Klar ist, dass sie keine von den Männern getrennten Ziele haben; sie wollen nicht ohne die Männer kämpfen, sondern mit ihnen. Sie wollen die Männerkämpfe unterstützen, obwohl dies in manchen Fällen gegen ihr eigenes Interesse ist – bei Streiks beispielsweise, wenn sie mit wenig oder gar keinem Geld eine Familie ernähren sollen –; sie wollen als Frauen ihre Männer an-

spornen, mitzumachen oder weiterzumachen. Dabei erscheint das Selbstbewusstsein und die Selbsteinschätzung der Frauen in der KPD reichlich überzogen. Sie begreifen sich als die Spitze der revolutionären Frauenbewegung. Aus der Masse der Frauen, auch der aktiven, ragen sie ihrer Meinung nach heraus. Sie sehen sich selbst als wesentlichen Faktor in politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen, als Faktor, der diesen Bewegungen erst einen politischen Charakter gibt (22).

Sie meinen, sich von der Masse der Frauen abgrenzen zu müssen, weil sie sich für etwas Besseres halten: die Masse der Frauen ist in ihren Augen »unpolitisch«, die Masse der Frauen hält Politik für etwas, was sie nichts angeht, für einen gesellschaftlichen Bereich, mit dem sie als Frauen nichts zu tun haben.

Sie selbst sind im Besitz des proletarischen Klassenbewusstseins, des »richtigen« politischen Bewusstseins, das sie über die Masse der Frauen hinaushebt.

Ihr Bewusstsein gründet sich auf die Klassenlage, die ja, in ihrer Argumentation, für beide Geschlechter gleich und objektiv messbar ist. Da alle Proletarier gleichermaßen von Ausbeutung und Unterdrückung betroffen sind, kann es für sie auch kein spezifisches Frauenbewusstsein geben.

Diese Aussagen an der Realität überprüft, ergeben nun doch ein etwas anderes Bild. Betrachten wir einmal die private Sphäre der Frauen und Männer in der KPD, so stellen wir fest, dass die Hausarbeit und die Kindererziehung Sache der Frauen bleibt. Ein »Privatleben« gibt es unter Kommunisten nur dann, wenn die politische Arbeit Zeit dazu lässt. Für die Männer steht die ‚Politik‘ und die ‚Partei‘ immer an erster Stelle in ihrem Leben (23); oft leben die Parteifunktionäre lange Zeit von ihren Familien getrennt, wenn es die politische Arbeit von ihnen verlangt (24). Für die Frauen ist dies hart: Liebe und Gefühle dürfen und können sie nicht ausleben (25). Die Hausarbeit bleibt, trotz eigenen politischen Engagements, ausschliesslich in ihren Händen.

Für die Frauen selbst steht der Ehemann und nicht die ‚Politik‘ und die ‚Partei‘ im Mittelpunkt ihres Lebens und ihres Alltags. Die Frauen sind eingebunden in häusliche Pflichten und emotional von ihren Männern abhängig; die Männer betrachten, vor allem, wenn sie Funktionen in der Partei innehaben, ihr »Pri-

vatleben« und ihre privaten Probleme als nebensächlich und sind daher meist gar nicht bereit, solche Auseinandersetzungen zu führen. Dies führt zu Konflikten, die meist auf Kosten der Frau gelöst werden (26).

Zwischenmenschliche Beziehungen und Gefühle, gar Liebe, haben einen sehr niedrigen Stellenwert. Gefühlsäusserungen kommen nur beim Thema Klassenkampf zur Sprache – in Form des Hasses gegen die Unterdrücker – und werden sonst bewusst unterdrückt (27). Persönliche Beziehungen stehen völlig im Hintergrund und sind dem Hauptziel, dem Kampf um die Errichtung einer neuen Gesellschaft, untergeordnet.

Die meisten Frauen leiden unter dieser Gefühllosigkeit und der ihnen abverlangten Härte. Dies kommt jedoch recht selten zum Ausdruck, da sie sich meist einfügen, mit viel Liebe und Verständnis für ihre Männer:

«Wir waren beisammen und glücklich. Nach zwei Wochen wurdest du von der Partei weggeschickt. Du hattest vorher zugesagt, obwohl du wusstest, dass ich zurückkommen würde. Nun, du wolltest etwas leisten. Auch das verstand mein Herz.» (28).

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die in Angriff genommen werden sollen, liegen auf der ökonomischen Ebene; der Kampf um die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die Neuverteilung in der sozialistischen Gesellschaft unter der Diktatur des Proletariats steht im Vordergrund.

Ein scharfer Trennungsstrich wird gezogen zwischen dem Hauptwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung seitens der Kapitalisten, und dem Nebenwiderstand, der die Herrschaftsverhältnisse zwischen Mann und Frau beinhaltet. Dieser Nebenwiderstand hat sich dem Hauptziel, dem ökonomischen und politischen Kampf um die Diktatur des Proletariats, unterzuordnen; das Anpacken von Problemen auf dieser mehr privaten Ebene hat nicht die Wichtigkeit des Klassenkampfes und kann in den meisten Fällen unter den Tisch fallen. Persönliche Veränderungen, das Akzeptieren der Frau als gleichwertige Partnerin oder sogar die Bemühungen, dies zu erreichen, liegen damit automatisch weit entfernt von der politischen Praxis der KPD.

Obleich eine Veränderung des persönlichen Verhaltens der männlichen Kommunisten

mehrmals, vor allem von Frauen, gefordert wird, bleiben die Analysen zu diesem Thema oberflächlich und die Schlussfolgerungen den einzelnen interessierten Genossinnen und Genossen überlassen. Konkrete Anweisungen, die es zur Gewerkschaftsarbeit und Betriebsarbeit gibt, werden nicht erteilt (29).

Zudem wird die Frage nach einer Beteiligung der Männer an der Hausarbeit, die ihre Frauen wesentlich entlasten könnte, überhaupt nicht gestellt.

Schon bei den ‚Klassikern‘ des Marxismus-Leninismus lässt sich durchgehend eine negative Bewertung der Hausarbeit finden; der für sie und ihre politische Praxis wichtige Bereich liegt ausserhalb der häuslichen Sphäre, bei der gesellschaftlichen Produktion, von der ausgehend sie eine Veränderung der Gesellschaft anstreben und erwarten (30). Fest steht, dass man für den Sozialismus kämpft; erst wenn dies erreicht ist, können die Frauen entlastet werden durch Gemeinschaftseinrichtungen wie Küchen und Kindergärten (31).

Vergesellschaftung der Hausarbeit scheint für die Kommunisten die einzige Lösung dieses Problems zu sein. Auf den Gedanken der Teilung der Hausarbeit zwischen Mann und Frau oder auf die Forderung nach Bezahlung auch der Hausarbeit kommen sie nicht (32). In einem Streitgespräch zwischen einer aktiven Genossin und einem Genossen antwortet er auf die Frage, warum er seiner Frau im Haushalt nicht helfe:

«Ich?! – Ja – wie denn und wann denn?? Sie wissen doch recht gut, dass ich beinahe jeden Abend unterwegs bin und sonst wüsste ich nicht ...? Wenn man seine acht Stunden Arbeit hinter sich hat und mit Ruhe essen will, die Zeitung von Anfang bis Ende gelesen hat, dann bleibt kaum noch eine Stunde Zeit, ein bisschen zu schlafen, dann heisst es schon wieder los, oft bis nach Mitternacht – da soll ich meiner Frau noch helfen?? Genossin, Sie sind ein schrecklicher Mensch! Sie müssen doch einsehen, dass dies nicht möglich ist. – » (33).

So sieht der Alltag des Genossen aus, der in der KPD wohl kein Einzelfall ist – während seine Frau um 6 Uhr aufsteht, 16 Stunden ohne Pause arbeitet und, wenn er nach Mitternacht nach Hause kommt, immer noch auf den Beinen ist, keine Zeit hat zum Zeitunglesen, Mittagsschlafhalten oder für den Besuch

von Versammlungen.

Die Struktur der Familie, die Dominanz der Männer innerhalb der Familie, wird im Grunde genommen nicht in Frage gestellt, obwohl dieser Artikel «Meine Frau hat keine Zeit!» ein positives Ende für die Frauen findet, indem der Genosse nämlich verspricht, seine Frau auf die nächste Versammlung zu schicken. Doch seine Dominanz bleibt unbestritten; der eigentliche Verlierer ist nicht er, sondern die aufdringliche Genossin.

Bei Marx/Engels ist die Veränderung der bürgerlichen Familie noch ein wesentlicher Faktor für die Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft. Das Kennzeichen der bürgerlichen Familie ist nach Marx/Engels eine patriarchalische Familienform, deren hauptsächlichliche Basis das Geld ist, der Privaterwerb aus dem Besitz an Produktionsmitteln (34). Dieser Privatbesitz und somit das Geld liegt in den Händen der Männer der Bourgeoisie, die damit ihren Herrschaftsanspruch in Familie und Gesellschaft begründen; der Mann ist der Ernährer der Familie, Frau und Kinder gehören ebenfalls zu seinem Besitz und haben sich in Familie und Gesellschaft unterzuordnen (35). Die theoretischen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft sind nach Marx/Engels «Ehe, Eigentum, Familie» (36), nichts anderes als die bürgerliche Familienideologie mit dem dominierenden Hausherrn als Kopf der Familie, der alle Gewalt über die anderen Familienmitglieder hat und seine Frau besitzt und beherrscht.

Doch kommt die bürgerliche Familienideologie nach Engels nur in der Bourgeoisie zum Tragen, da nur in der Bourgeoisie eine Familie mit patriarchalischen Strukturen vorherrsche.

Diese Familie der Bourgeoisie stellt Engels nun der proletarischen Familie gegenüber; die Proletarier besitzen seiner Meinung nach keine Familie mehr, da «die Grundlagen der klassischen Monogamie beseitigt» waren (3-7). Unter diesen Grundlagen versteht Engels die jahrtausendealte Erbfolge des Besitzes vom Vater auf seinen leiblichen Sohn, die eine strikte Monogamie der Mutter und somit eine exakte Feststellung der Vaterschaft voraussetzt. In diesem Fall ist unter Besitz das Privateigentum an Produktionsmitteln zu verstehen, das die unterdrückten Klassen ja sowieso nicht haben. Daraus zieht Engels den Schluss, dass die Voraussetzung für eine Vererbung, dass etwas Ver-

erbbares vorhanden ist, nicht mehr gegeben und damit die Monogamie der Frau in den unterdrückten Klassen nicht mehr notwendig sei. Mit dem Wegfällen dieser Grundlagen falle ebenfalls der Herrschaftsanspruch des Mannes über die Frau und seine tatsächliche Herrschaft.

Die proletarische Familie hat nach Engels nicht mehr die patriarchalische Struktur; der Mann sei nicht mehr Familienoberhaupt, sondern gleichwertiger Partner seiner Frau. Mit anderen Worten: die bürgerliche Familienideologie gelte für die unterdrückten Klassen nicht, während die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, davon ganz durchsetzt sei.

Hierbei bleibt aber ein Punkt ungeklärt: die hervorstechendste Eigenschaft einer herrschenden Klasse ist doch ihre Herrschaft über die unterdrückten Klassen; diese Herrschaft bezieht sich auf Ökonomie, Politik und Ideologie. Die herrschende Ideologie, in diesem Fall die bürgerliche Familienideologie, ist verbindlich auch für die unterdrückten Klassen; diese Ideologie ist ein wesentlicher Faktor für das Weiterbestehen der bürgerlichen Gesellschaft und gilt bei Weitem nicht nur für die Bourgeoisie, sondern dient gerade zur Niederhaltung der unterdrückten Klassen. Die Basis einer proletarischen Ehe ist ebenfalls das Geld, das der männliche Ernährer nach Hause bringt. Auch in proletarischen Ehen macht dies die Frau abhängig, auch wenn sie über ein eigenes Einkommen verfügt. Von ihrem eigenen Verdienst kann sie nicht leben, da er viel zu gering ist.

Der männliche Herrschaftsanspruch gründet sich auf die Macht, die auch der Proletarier aus seiner ökonomischen Stellung an der Spitze der Familie ableitet. Herrschaft ist immer verbunden mit Gewalt, die der ‚Stärkere‘ ohne Zweifel zur Durchsetzung seiner Herrschaft über die Frau auch körperlich anwendet. Diese Mechanismen funktionieren in bürgerlichen wie in proletarischen Familien (38).

Die Familie hat sich seit der Entwicklung und Ausdehnung der Industrie verändert; die Grossfamilie wird zur Kleinfamilie, die Bindung der Familienmitglieder aneinander wird stärker, die Abhängigkeit der Frau vom ‚Ernährer der Familie‘ wächst.

Dies liegt daran, dass die Frau durch die Industrialisierung an ökonomischer Macht verliert, die sie in der vorindustriellen Gesellschaft aufgrund ihrer Arbeitstätigkeit in der Haus- und

Landwirtschaft besass (39). An der patriarchalischen Struktur der Familie hat sich jedoch auch in der industriellen Gesellschaft nichts verändert, auch nicht in den Proletarierfamilien.

Die Veränderung der Familie geht in die entgegengesetzte Richtung als die von Engels beschriebene. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Widersprüche verschärfen sich mit dem Aufblühen und der Entfaltung des Kapitalismus. Die Pole der beiden gesellschaftlichen Sphären der bürgerlichen Industriegesellschaft entfernen sich weiter voneinander, die Trennung von öffentlicher Sphäre von Politik und Arbeit und dem privaten häuslichen Bereich der Familie wird stärker.

Die Familie wird verstärkt als «Zufluchtsort nach den Anstrengungen der Arbeit» (40) betrachtet. Damit erfahren Familie und Familienideologie eine gesellschaftliche Aufwertung und werden immer mehr zu Stützen des Systems.

Dies wird deutlich in wirtschaftlichen Krisenzeiten, in denen besonders stark versucht wird, Frauen aus ihren Arbeitsplätzen in der Industrie zu verdrängen und sie zu ihrer ‚eigentlichen Bestimmung‘ an den häuslichen Herd zurückzuleiten (41).

Im weiteren Verlauf der Geschichte der Arbeiterbewegung wird die bürgerliche Familienideologie jedoch nicht mehr angesprochen (42). Die bürgerliche Familienideologie setzt sich in den Köpfen der Proletarier, auch der klassenbewussten, immer mehr fest. Daraus ergibt sich eine Widersprüchlichkeit gegenüber der ‚Frauenfrage‘: als politisch wichtiger Faktor werden die Frauen nur in den öffentlichen, von Männern bestimmten Bereichen wie Arbeit und Politik angesehen; im Bereich der Hausarbeit, der Beziehungen zwischen den Geschlechtern und des Privaten fällt Analyse und Praxis unter den Tisch.

Nach wie vor bleibt die Frau an ihre häuslichen Pflichten gebunden und hat in der Familie nichts zu sagen, auch wenn sie erwerbstätig ist und zum Familieneinkommen beiträgt. Nach wie vor gilt der Mann als Ernährer der Familie, der Verdienst der Frau als Zusatzeinkommen (43).

Die ‚Klassiker‘ des Marxismus-Leninismus sind sich darin einig, dass der Platz der Frau in der Gesellschaft nicht ausschliesslich am Kochtopf ist; nur eine erwerbstätige Frau, die über ein eigenes Einkommen verfügt, habe die Möglichkeit zu ihrer Befreiung (44).

Auch die KPD befürwortet die Erwerbstätigkeit der Frau. Dies ist wichtig gerade in den Zeiten des steigenden Konkurrenzdrucks in der Arbeitswelt, der zunehmenden Rationalisierung in den Betrieben, der Massenarbeitslosigkeit und der staatlichen Repressionen gegen Frauen, wie beispielsweise in den Kampagnen gegen das Doppelverdienertum von Mann und Frau einer Familie. Doch dies wird der Lebenssituation der meisten Frauen nicht gerecht.

In den Augen der KPD muss es die Frau so machen wie der Mann, um ihre gemeinsame Befreiung zu erreichen: sie muss ausserhalb des Hauses sich in neue, andere und zusätzliche Abhängigkeiten begeben, und in diesem Rahmen, nur in diesem Rahmen, für eine neue Gesellschaft kämpfen (45). Nur eine Anpassung an die Männerwelt gibt ihr die Chance zu ihrer Befreiung, andere Möglichkeiten lässt Theorie und Praxis der KPD nicht zu (46).

Dass auch andere Widerstandsformen, auch von Hausfrauen, möglich und notwendig sind, beweisen die Teuerungsunruhen zu Anfang der zwanziger Jahre.

Beispielsweise gingen im Oktober 1922 Hausfrauen in Mannheim auf die Strasse und protestierten gegen die Lebensmittelnot. Sie forderten die Einrichtung von Preisprüfungskommissionen, den Verkauf auf dem Markt ab einer bestimmten Uhrzeit und dass mit der Bevorzugung von Bürgerfrauen beim Einkäufen Schluss gemacht werden soll (47). Diese und ähnliche Aktionen erstreckten sich über das ganze Reichsgebiet und waren keineswegs gewaltlos (48).

Sie werden jedoch von der KPD unterbewertet, kritisiert und in eine bestimmte Ebene zu kanalisieren versucht. Denn die Frauen sollen nicht bei ihrem Protest stehenbleiben, sondern weitergehende Forderungen stellen, wie die nach Bildung von Überwachungsausschüssen über die gesamte Produktion und Verteilung, wobei sie sich unter die Führung der KPD stellen sollen (49).

Arbeiterfrauen werden erst dann direkt angesprochen, wenn sie die wirtschaftlichen Kämpfe der Männer unterstützen sollen. Nur in dieser Beziehung sind sie für die KPD wichtig, weil sie ihrer Ansicht nach als Hindernis den Männerkämpfen im Weg stehen.

Als Beispiel soll hier der über zwei Wochen dauernde Streik der Metallarbeiter dienen. In

einem Artikel «Die Frauen im Metallarbeiterkampf» (50) wird die Situation der Familienmütter beschrieben, wie sie mit dem eh schon knappen Haushaltsgeld auch noch in Streikzeiten ihre Familie ausreichend ernähren müssen. Ihre daraus folgende Resignation wird kritisiert und als «Engherzigkeit» und «Kleinmut» bezeichnet. Die Schuld für das Scheitern vieler Arbeiterkämpfe wird den murrenden Arbeiterfrauen in die Schuhe geschoben:

«Jeder Streik, auch der gewaltige wirtschaftliche Kampf in der süddeutschen Metallindustrie, greift tief in das Leben der dadurch betroffenen Familien ein. Sind schon die täglichen Sorgen der proletarischen Hausfrauen gross, wenn der Mann voll beschäftigt ist, weil der kärgliche Lohn nicht Schritt hält mit der rasenden Verteuerung aller Bedarfsgegenstände, so werden sie noch grösser, wenn der Ernährer im Streik steht oder ausgesperrt wird.

Es ist kein Wunder, wenn die Frauen während eines Streiks, zumal dann, wenn er mehrere Wochen dauert, den Mut sinken lassen, schwankend werden vor lauter Kummer und Sorgen des grauen Alltags, das wichtige Kampfziel aus den Augen verlieren und nicht begreifen wollen, um was gekämpft wird.....

Diese schmerzlichen Empfindungen lassen bei den Frauen, deren Männer im Kampf stehen, nur zu leicht den Gedanken aufkommen, dass es besser sei, die Streikenden geben sich mit dem zufrieden, was ihnen angeboten wird, und sie arbeiten in der Woche zwei Stunden länger. Sie wollen lieber eine Niederlage der Arbeiter und einen Sieg der Unternehmer, als dass sie einige Wochen all die Härten eines Streiks auf sich nehmen. Diese Engherzigkeit und dieser Kleinmut ist bei einem grossen Teil der Arbeiterfrauen bei Streiks zweifellos vorhanden. Oft waren es die Frauen, die durch Einwirkung auf die Männer Schuld waren, dass die wirtschaftlichen Kämpfe für die Arbeiter ungünstigabgebrochen werden mussten.» (51).

Arbeiterfrauen haben nach Ansicht der KPD in erster Linie ihre Männer zu unterstützen; wichtig ist hierbei nur die Sache, um die es geht, der Klassenkampf, der wirtschaftliche Kampf.

Arbeiterfrauen müssen die Mehrarbeit in Kauf nehmen, die aus der wirtschaftlichen Notlage eines Streiks entsteht, und zudem noch aktiv

den Kampf der Männer unterstützen, wenn sie von der KPD anerkannt werden wollen (52).

Als Frauen, als eigenständige Personen, mit eigenen Problemen in ihrer Arbeitswelt, dem Haushalt und der Kindererziehung, werden sie von der KPD nicht akzeptiert. Hausfrauen sind in den Augen der KPD nur dann wichtig, wenn sie ihre im Betrieb arbeitenden oder im Streik stehenden Männer unterstützen; sonst werden sie in Agitation und Propaganda nicht angesprochen und sind in ihrer Funktion als Hausfrauen für die KPD kein revolutionäres Potential.

Dennoch ist im Lauf der Jahre eine Veränderung in der Einstellung der Männer der KPD Frauen gegenüber festzustellen. Anfang der zwanziger Jahre findet innerhalb der KPD eine Auseinandersetzung um das Wahlverhalten und das Wahlrecht der Frauen statt. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte nehmen die Frauen an den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 teil, denn die Revolution 1918 brachte ihnen das aktive und passive Wahlrecht. Die Frauen wählen jedoch durchgängig bei allen Wahlen der Weimarer Zeit erheblich konservativer als die Männer (53). Dies veranlasst die Männer in der KPD zu der Meinung, es wäre besser, den Frauen das Wahlrecht wieder abzuspochen, und lässt Aggressivität Frauen gegenüber aufkommen.

Ein Genosse aus Baden bemerkt dazu:

«Es genügt, wenn wir ihnen (den Frauen, E.W.) am Wahltag den Stimmzettel nicht rechts und links um die Ohren schlagen müssen.»

«Frauen stimmten sowieso ‚auf die falsche Seite‘, und zwar nach rechts, und das sei nicht in ihrem Sinne.» (54).

Doch das Wahlrecht lassen sich ihre Genossinnen nicht absprechen. Sie kontern. Als Gründe für das konservative Wahlverhalten der Frauen werden von ihnen genannt: die mangelnde politische Aufklärung aller (!) Parteien, der Einfluss der Kirche auf die Frauen, und «von der Lauheit unserer meisten Genossen der Frauensache gegenüber.» (55).

Den Männern sei es lieber, mit der Emanzipation der Frau abzuwarten, «bis die Diktatur des Proletariats verwirklicht» sei (56), wobei das Wahlrecht für sie ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist. So kommt es zu diesen und ähnlichen Aussagen: «Selbst Genossen stehen darum dem Wahlrecht der Frau skeptisch gegenüber.» (57).

Die Frauen in der KPD wehren sich und sind erfolgreich mit ihrem Protest, denn Ende der zwanziger Jahre ist in der KPD nicht mehr die Rede von einem Ausschluss der Frauen von der Wahl.

Doch zeigt gerade diese Auseinandersetzung die tief verwurzelte Frauenfeindlichkeit der Männer in der KPD; das eigene, männliche Geschlecht wird in Bezug auf sein Wahlverhalten nicht hinterfragt, obwohl viele Männer ebenfalls konservativ wählen (58).

Der von Werner Thönessen festgestellte «proletarische Antifeminismus» in der Arbeiterbewegung (59) setzt sich auch in der KPD der Weimarer Zeit fort.

Diese Frauenfeindlichkeit hat ihre Ursache nicht nur darin, dass in der industriellen Gesellschaft Frauen als Konkurrentinnen auf dem Arbeitsmarkt den Männern gegenüber treten, und dieser Konkurrenz oft zum Opfer fallen. Der Antifeminismus in der KPD hängt auch mit den theoretischen und programmatischen Grundlagen dieser Partei zusammen, nach denen der für Frauen wichtige und zentrale Bereich der Hausarbeit, der Familie und der zwischenmenschlichen Beziehungen als »unproduktiv« abgewertet und in Theorie und Praxis beiseite geschoben wird. Auch in der KPD stellen sich Männer über die Frauen und blicken auf sie mit Geringschätzung herunter. Die Revolution 1918 bringt den Frauen durch ihr Wahlrecht und ihre politische Gleichberechtigung Zugang zu einem ihnen bisher verschlossenen Bereich, der Politik, einem Bereich mit festgeschriebenen und starren Strukturen, an denen sie nichts verändern können, und an dem sie bald das Interesse verlieren (60).

Als linke Kraft in der Weimarer Republik versucht die KPD Einfluss auf die Frauen zu gewinnen. Dies scheidet jedoch in den Augen der KPD am angeblichen Konservatismus und Desinteresse der Masse der Frauen.

Auch innerhalb der Partei versucht die KPD neue Ziele und Methoden; die traditionellen Frauenbereiche, wie sie es in der SPD und in anderen bürgerlichen Parteien gab, soll es als Sondergruppierungen der Frauen in der KPD nicht geben.

Doch haben auch die Frauen in der KPD nur Alibifunktionen, wie ihre Schwestern in anderen Parteien. Sie leisten Hilfsdienste, militärisch wie politisch, öffentlich wie privat. Die per-

sönlichen und die politischen Beziehungen der Mitglieder sind geprägt von männlichen Normen.

Die politische Arbeit steht an erster Stelle und bildet den zentralen Punkt im Leben der Männer, während sich an der Familienorientierung der Frauen nichts ändert. Die Familienorientierung wird im Gegenteil sogar verstärkt, indem alle Probleme und Schwierigkeiten, die sich im privaten Bereich ergeben, als Nebensache beiseitegeschoben werden. Private zwischenmenschliche Beziehungen gelten als Luxus, den sich nur diejenigen leisten können, die genug Zeit dazu haben. Frauen kommen hierbei am Schlechtesten weg. Ihre politischen Aktivitäten werden mit Männermass gemessen. Die politische Arbeit ihrer Männer läuft auf ihrem Rücken ab. Sie selbst kommen mit ihren Bedürfnissen, Wünschen und Vorstellungen viel zu kurz. Dies äusserst sich in einem versteckten Unzufriedensein der Frauen und in einem Gejammer über die geringe Beteiligung der Frauen am jeweiligen Parteitag. Für die Frauen ist die KPD eine schlechte Alternative, da sie ihnen keine Möglichkeit gibt, sich selbst und ihre Alltagswelt in die politische Arbeit einzubringen, ja, es nicht einmal zulässt, dass Frauen ein eigenständiges Bewusstsein als Frauen entwickeln.

In dieser Hinsicht ist die KPD konservativ; sie strebt zwar auf politischer und betrieblicher Ebene gewaltsame Veränderungen an, schliesst den Privatbereich jedoch aus. Damit lässt die KPD in Theorie und Praxis die zwischenmenschlichen Herrschaftsverhältnisse und Unterdrückungsmechanismen ausser Acht und trägt zu ihrer Stabilisierung bei. Die systemerhaltende Wirkung dieser Politik ist offensichtlich.

Anmerkungen

- (1) Wörtliches Zitat eines KPD-Parteimitglieds als Titel eines Artikels in der Regionalausgabe der Parteizeitung der KPD, Rote Fahne, Bezirke Baden und Pfalz, Nr. 164 vom 17.7.1921.
- (2) Über die Frauenpolitik der KPD schreibt Sylvia Kontos: Die Partei kämpft wie ein Mann. Die Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt/Main und Basel, 1979.
- (3) Diese Zahl bezieht sich auf 1929 und ist aus: Hermann Weber. Veränderungen der innerparteilichen Struktur der KPD 1924-1929. Mannheim, 1969. S. 12 f.
- (4) Gabriele Bremme. Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Göttingen, 1956. S. 73.
- (5) Abgedruckt in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band VII, 1. Halbband. Februar 1919-Dezember 1921. Berlin, 1966. S. 396 ff.
- (6) Klara Zetkin. Richtlinien für die kommunistische Frauenbewegung 1920. In: Klara Zetkin. Ausgewählte Reden und Schriften. Band II. Berlin, 1960. S. 260 ff.
- (7) Klara Zetkin. Erinnerungen an Lenin. 1924/25. In: Klara Zetkin. Ausgewählte Reden und Schriften. Band III. Berlin, 1960. S. 89 ff.
- (8) Bericht eines Polizeispitzels über eine Konferenz der KPD-Unterbezirke Württemberg, Abteilung ‚Zersetzung der Reichswehr, Schutzpolizei usw.‘. In: Akte des Polizeipräsidiums Ab. IV vom 18.10.1923. Aus: HStA Stuttgart. Bestand E 131. Pressestelle des württ. Staatsministeriums 1919-1933.
«In Stuttgart sei es besonders durch Zuhilfenahme von Mädchen bei den Kraftfahrern gelungen, entsprechenden Einfluss zu gewinnen.»

«Ludwigsburg: Diese Zersetzung (bei den Minenwerfern, E.W.) sei insbesondere durch die Verwendung von Mädchen erreicht worden.»
«Die anwesenden Genossen wurden dahin unterwiesen, dass sie mit Hilfe von Mädchen sowie Zivilangestellten beider Bataillonen die Soldaten für die KP zu gewinnen versuchen müssen.»

In derselben Akte ist ein weiterer vertraulich zugegangener Bericht: «Die Mädchen der KP-Jugend haben die Weisung, sich an Reichwehrsoldaten heranzumachen, um Einlass in die Kaserne zu bekommen und Vorgänge in der Kaserne zu erfahren.» (9) In: Polizeiakte vom 24.4.1924. Aus: ebd.
- (10) In: Polizeiakte vom 28.1.1924. Betreffs der derzeitige Stand der kommunistischen Bewegung. Im Anhang: Abschriften der «Richtlinien zur Vorbereitung und Durchführung von Partisanenkämpfen.» Aus: ebd.
- (11) «Der Rote Frontkämpferbund». In: ebd.
- (12) «Richtlinien für den OD der KPD» und «Rundschreiben an alle BL (Bezirksleitungen, E.W.). Berlin, 13.3.1924. Zum Aufbau des JOD.» In: ebd.
- (13) Herta Sturm über die Frauenfrage. Bezirkstag der KPD. In: Der Kommunist. Nr. 225 vom 27.9.1921.

- (14) Wahlen zum Mitgliederausschuss der Konsum-Genossenschaften. In: Aus Esslingen und Umgebung. Süddeutsche Arbeiterzeitung vom 18. 11.1921.
«Das Mitgliedsbuch nicht vergessen! Die Frau kann, wenn der Mann verhindert ist, ebenfalls wählen.»
- (15) Erschienen in der Roten Fahne, Bezirke Baden und Pfalz, Nr. 41 vom 19.2.1921.
- (16) Ein Beispiel: Der Hunger. In: Rote Fahne, Bezirke Baden und Pfalz vom 24.4.1922.
«Und sind nicht Deine Kinder schon dem Hunger geweiht? Das Herz blutet Dir beim Anblick ihrer bleichen, eingefallenen Wangen und ihrer glanzlosen Augen.
Steigt uns nicht allen angesichts dieser grossen Ungerechtigkeit tiefe Zornesröte ins Gesicht, wo wir doch wissen, dass die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung und der Staat nicht imstande sind, die heute vorhandenen Kinder zu ernähren und ihnen billiges und genügend Brot zu verschaffen.»
- (17) Siehe Anmerkung (4).
- (18) Siehe dazu Virginia Woolf. Drei Guineen. London, 1938. Dt. München, 1978. S. 114 ff.
- (19) Vgl. Wahllehren. In: Die Kommunistin. Beilage der Süddeutschen Arbeiterzeitung Nr. 250 vom 27.12.1924.
«Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Tätigkeit der Frauen in der Partei erschwert wird dadurch, dass sie nach der Arbeitszeit den Haushalt in Ordnung, für die Kinder und für die Bequemlichkeit des Mannes sorgen sollen.»
- (20) Vgl. An die Arbeiterfrauen, deren Männer im Gefängnis sind. In: Die proletarische Frau. Beilage der Roten Fahne, Bezirke Baden und Pfalz, Nr. 264 vom 17.7.1921.
- (21) Siehe dazu: Ulrike Prokop. Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche. Frankfurt/Main, 1976.
- (22) Vgl. Die Auseinandersetzungen um den Achtstundentag im Rheinland. In: Käte Pohl. Das Mass ist voll! Not und Kampf der Arbeiterfrauen. Berlin, 1924. S. 29 ff.
«Diese Arbeit hat darin bestanden, dass die Kommunistinnen die Frauenmassen durch Einberufung von Versammlungen zusammenfassten, dass sie Anträge auf Veranstaltung von Demonstrationen stellten und an ihrer Spitze marschierten, dass dank ihrer Initiative die Hausfrauen in Betriebsrätevollversammlungen und Belegschaftsversammlungen erschienen, dass sie schliesslich in Betrieben mit vorwiegend weiblicher Belegschaft sich als erste für die Beteiligung am Streik aussprachen und die Arbeiterinnen über die Bedeutung des Streiks aufklärten. Die Kommunistinnen waren das organisierende Zentrum, das politische Rückgrad dieser Bewegung. Ohne Aktivität und Initiative der Kommunistinnen hätte die Beteiligung der Frauen am Kampf einen zufälligen, unorganisierten und deshalb weniger wirkungsvollen Charakter getragen, wäre vielleicht auch schwächer gewesen.»
- (23) Lina Haag. Eine handvoll Staub. Nürnberg, 1947. Neuauflage Frankfurt/Main, 1977. S. 70.
«Die Partei war dir wichtiger, es war auch immer was los, es gab Versammlungen, Streiks, Wahlen.»
- (24) Vgl. Autobiographie von Karl Weber. In: Karl Weber. Halali für ‚Aktion Schneehase‘. Stuttgart, 1968. S. 23 ff.
- (25) Lina Haag. a.a.O. S. 59.
«Ich war für Innigkeit. Du warst dagegen. Für dich war das alles sentimentaler Kitsch. War es vielleicht auch. Meinetenwegen.»
- (26) Vgl. Lebensgeschichte von Lina Haag. a.a.O.
- (27) Vgl. Emma P. Dornberger. Frauen führen Krieg. Moskau-Leningrad, 1934. Auch als Fortsetzungsroman in den zwanziger Jahren in der Süddeutschen Arbeiterzeitung erschienen. Besonders S. 195:
«Er gestand es sich nicht ein, aber es war so: Luise, an die er nun seit einem halben Jahre, besonders im Gefängnis, täglich gedacht hatte, brachte ihn etwas aus dem Gleichgewicht. Zu dumm, dachte er, jetzt habe ich doch Wichtigeres (seine Arbeit im Arbeiter- und Soldatenrat, E.W.) zu tun, wie kann ich jetzt an eine Frau denken, ich muss die Gefühle zurückdrängen. Zu dumm.»
- (28) Lina Haag. a.a.O. S. 97.
- (29) Vgl. Die proletarischen Frauen und die Landtagswahlen. In: Rote Fahne, Bezirke Baden und Pfalz. Nr. 271 vom 19.11.1921.
«Unsere Genossen müssen sich auch im persönlichen Leben viel mehr als bisher bewusst sein, dass sie Kommunisten sind. Sie müssen insbesondere sich prüfen, ob ihr Verhalten ihrer Frau und ihrer Familie gegenüber immer so ist, dass es auch der primitivsten Frau einleuchtet, dass Worte und Taten hier im Einklang stehen. Die Frauen haben hierfür ein sehr feines Gefühl und sie huldigen dem Grundsatz: ‚Die beste Propaganda für unsere Idee ist unser eigenes Leben.‘ und: Parteidisziplin, die Seele des Klassenkampfes. In: Süddeutsche Arbeiterzeitung Nr. 239 vom 13.10.1923.
«Parteidisziplin verlangt auch dein Verhalten in der Familie. Deine Frau wird der ganzen Bewegung unsympatisch gegenüberstehen, wenn dein Verhalten nicht dem entspricht, was billigerweise von einem klassenbewussten Arbeiter erwartet werden muss. Dieser Mangel an Parteidisziplin schadet der Partei sehr.»
- (30) Dazu W.I. Lenin: Zum Internationalen Frauentag, 4. März 1920. In: W.I. Lenin. Werke, Band 30. Berlin, 1961, S. 401.
«Die Frau in die gesellschaftlich produktive Arbeit einzubeziehen, sie der ‚Hausklaverei‘ zu entreissen, sie von der abstumpfenden und erniedrigenden Unterordnung unter die ewige und ausschliessliche Umgebung von Küche und Kinderstube zu befreien – das ist die Hauptaufgabe.»
- (31) Dazu W.I. Lenin. Die grosse Initiative. In: W.I. Lenin. Werke, Band 29. Berlin, 1961. S. 419.
«Die wahre Befreiung der Frau, der wahre Kommunismus wird erst dort und dann beginnen, wo und wann der Massenkampf (unter

- Führung des am Staatsruder stehenden Proletariats) gegen diese Kleinarbeit der Hauswirtschaft, oder richtiger, ihre massenhafte Umgestaltung zur sozialistischen Grosswirtschaft beginnt.»
- (32) Zur Forderung nach Lohn für Hausarbeit siehe: Virginia Woolf a.a.O., S. 60 f.
- (33) Siehe Anmerkung (1).
- (34) Dazu: Karl Marx/Friedrich Engels. Manifest der kommunistischen Partei. In: Marx, Engels, Lenin. Über die Frau und die Familie. Auswahlband. Leipzig, 1976. S. 152.
«Worauf beruht die gegenwärtige bürgerliche Familie? Auf dem Kapital, auf dem Privaterwerb. Vollständig entwickelt existiert sie nur für die Bourgeoisie, aber sie findet ihre Ergänzung in der erzwungenen Familienlosigkeit der Proletarier und der öffentlichen Prostitution.»
- (35) Karls Marx/Friedrich Engels. a.a.O., S. 153.
«Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein blosses Produktionsinstrument.»
- (36) Karl Marx/Friedrich Engels. Die deutsche Ideologie. a.a.O., S. 149.
- (37) Friedrich Engels. Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, a.a.O., S. 170.
- (38) Dazu Kapitel ‚Familien Strukturen‘ bei Ulrike Prokop. a.a.O., S. 54 ff.
- (39) Näheres dazu bei: Ute Gerhard. Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert. Mit Dokumenten. Frankfurt/Main, 1978. S. 74 ff.
- (40) Timothy Mason. Zur Lage der Frauen in Deutschland 1930-1940. Wohlfahrt, Arbeit, Familie. In: Gesellschaft. Beiträge zur marxistischen Theorie Nr. 6. Frankfurt/Main, 1976, S. 178 ff.
- (41) Mehr dazu bei: Karin Jurczyk. Frauenarbeit und Frauenrolle. Zum Zusammenhang von Familienpolitik und Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland von 1918-1975. Frankfurt/Main und New York, 1978⁶.
- (42) Ausführlicher bei: Gundula Bölke. Die Wandlung der Frauenemanzipationsbewegung von Marx bis zur Rätebewegung. Hamburg, 1975<
- (43) 5 Millionen Frauen (von 24, 28 Millionen) haben einen regelmässigen Wochenlohn, den sie durch ausserhäusliche Lohnarbeit verdienen. Der grösste Teil der Frauen arbeitet in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe als mithelfende Familienangehörige vorwiegend unbezahlt oder schlecht bezahlt. Frauenlöhne betragen 60-70% der niedrigsten Männerlöhne. Quelle: Timothy Mason. a.a.O., S. 125.
- (44) Zum Beispiel: Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Berlin, 1973, S. 181/182.
«Hier zeigt sich schon, dass die Befreiung der Frau, ihre Gleichstellung mit dem Manne, eine Unmöglichkeit ist und bleibt, solange die Frau von der gesellschaftlichen produktiven Arbeit ausgeschlossen und auf die häusliche Arbeit beschränkt bleibt.»
- (45) Vgl. Käte Pohl. a.a.O., S. 12.
«Die Reife der deutschen Revolution muss mit daran gemessen werden, inwieweit die Industriearbeiterinnen dafür gewonnen sind. Die Hauptarbeit der KPD unter den werktätigen Frauen, die Hauptarbeit jeder einzelnen Kommunistin, muss daher auf die Industriearbeiterin gerichtet werden.»
- (46) Käte Pohl. a.a.O., S. 12.
«Manche behaupten deshalb, dass die proletarische Hausfrau, die über mehr Zeit als die Arbeiterin verfügt, und derselben Klasse angehört, besser der Revolution dienen kann als die Arbeiterin. Das ist aber falsch. Die Arbeiterin ist manchmal schwerer zu gewinnen, als eine Hausfrau, aber wenn sie einmal für den Klassenkampf gewonnen ist, hat sie ganz andere Wirkungsmöglichkeiten als die Hausfrau und steht unbedingt ihrer Bedeutung nach an der Spitze der revolutionären Frauenbewegung.»
- (47) Frauen heraus! In: Süddeutsche Arbeiterzeitung Nr. 134 vom 10.10.1922.
«In Mannheim sind in den letzten Tagen mehrfach Arbeiterfrauen in geschlossenem Zuge vom Marktplatz zum Rathaus gezogen, um gegen den ungeheuerlichen Wucher mit den wichtigsten Lebensmitteln zu protestieren.»
- (48) Mehr darüber bei: Sylvia Kontos. a.a.O., Im Kapitel: Die KPD und die Antiteuerungsbewegung. 1921-23, S. 208.
- (49) Frauen heraus! In: siehe Anmerkung (47).
«Was aber sollen die Frauen tun? Sollen sie, wie es die Mannheimer Frauen getan haben, vor das Rathaus ziehen und von den städtischen Behörden ein Einschreiten gegen die unbegrenzte Bewucherung der arbeitenden Massen fordern? Ja, gewiss sollen sie das tun, und sie sollen auch, wie es ebenfalls die Mannheimer Frauen getan haben, auf die Bildung von Kontrollausschüssen aus den Reihen der Proletarier und Proletarierinnen hin wirken und dafür sorgen, dass diese Kontrollausschüsse wirklich funktionieren und Einfluss auf die Preisbildung erlangen.
Aber das allein genügt nicht! ...
Und so sehen wir auch hier wieder, wie der Kampf der Frau um die Sicherung der Existenz ein Stück des grossen politischen Machtkampfes ist, der heute entbrannt ist, und der ausgetragen werden muss, wenn das Proletariat nicht verelenden und untergehen soll. ...
Darum, proletarische Frauen führt den Kampf gegen den Hunger, führt den Kampf um die Sicherung eures Lebensunterhalts, führt den Kampf für eine menschenwürdige Existenz eurer Kinder!
Ordnet euch ein in die proletarische Kampffront. Geht hinein in die Kommunistische Partei!»
- (50) Erschienen in der Roten Fahne, Bezirke Baden und Pfalz vom 24.4.1922.
- (51) Die Frauen im Metallarbeiterkampf. In: siehe Anmerkung (50).
- (52) Wie diese Unterstützung aussehen sollte, siehe bei: Die Lehren des Henningsdorfer Kampfes für die Arbeit unter den Frauen. In: Inprekorr Nr. 47, 1929, S. 1147; und: Maria Widmaier, Mansfeld Frauen kämpfen, in: Inprekorr Nr. 50, 1930, S. 1119; in: Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation 1889-1933, Frankfurt/Main 1973, S. 126 ff.
- (53) Zum Wahlverhalten der Frauen siehe: Gabriele Bremme a.a.O. Zum Konservatismus der Frauen

siehe: Annemarie Tröger. Die Dolchstosslegende der Linken: «Frauen haben Hitler an die Macht gebracht.» In: Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin, 1977, S. 332 ff.

- (54) Baden. Die proletarischen Frauen und die Landtagswahlen. In: Rote Fahne, Bezirke Baden und Pfalz, Nr. 271 vom 19.11.1921. Dazu auch ein Zitat in der «Kommunistin», Beilage der Süddeutschen Arbeiterzeitung Nr. 250 vom 27.12.1924, eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, Herrn Peus aus Anhalt zu diesem Thema:
«Wir sind in Deutschland sogar so weit gegangen, dass wir auch die Frauen, trotz ihrer mangelhaften politischen Bildung, wahlberechtigt gemacht haben. Das wird Ihnen (zur Rechten) nützen, denn noch sind die mit den langen Haaren von kurzem Verstand.»
Die in diesem Zitat aufgestellte Behauptung, dass Frauen dumm seien, wird jedoch nicht widerlegt, sondern bestätigt:
«Gewiss heute bezeugen die Frauen mit ihrer Stimmabgabe noch ihre mangelhafte politische Bildung.»
- (55) Die proletarischen Frauen und die Landtagswahlen. In: Siehe Anmerkung (54).
- (56) Herta Sturm über die Frauenfrage. In: siehe Anmerkung (13).
- (57) Ebenda.
- (58) Wahllehren. In: siehe Anmerkung (19).
«Zentrum, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei bekommen die meisten Frauenstimmen. Sollen wir darum dafür sein, dass man den Frauen das Wahlrecht hätte lieber nicht geben sollen?
Durchaus nicht! . . . Sollte man auch den Männern das Wahlrecht nehmen, weil so unendlich viele es heute noch »falsch anwenden‘7»
- (59) Werner Thönessen. Frauenemanzipation. Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863-1933. Frankfurt/Main, 1969.
- (60) Dazu Gabriele Bremme. a.a.O., S. 123.
«Zunächst stiess der Gestaltungswille der Frauen auf die Realität einer politisch-parlamentarischen Ordnung, deren organisatorische Form sich entwickelt und verfestigt hatte, noch ehe die Frauen in das politische Leben eingetreten waren. Für einen besonderen, qualitativ anders gearteten politischen Gestaltungswillen liess dieses System jedoch keinen Raum, die Frauen konnten sich, wenn überhaupt, nur in eingefahrenen Kreisen bewegen, in Formen, die ihnen nicht gemäss waren und bald zu einer Resignation auf beiden Seiten führten.»

Im Rahmen der Neubeschäftigung mit den «deutschen revolutionären Demokraten» am Ende des 18. Jahrhunderts hat Walter Grab u.a. auch auf den rheinischen Jakobiner Franz Theodor Biergans hingewiesen, über dessen Leben und Werk es bislang keine ausführliche Darstellung gab. Ich habe mich in meiner Magisterarbeit mit diesem Thema ausführlich beschäftigt und möchte hier die Ergebnisse meiner Untersuchung zusammenfassend darstellen. (1)

In der bisherigen Rezeption der rheinischen Jakobiner (2) fielen die wenigen knappen Bemerkungen über Biergans besonders abfällig aus. Es wurde sogar bezweifelt, ob man ihn überhaupt den rheinischen Jakobinern zuordnen könne. An einigen Beispielen aus der älteren Forschung soll dies aufgezeigt werden. So erklärte z.B. Clemens Theodor Perthes in seiner 1872 erschienenen Darstellung, dass Geich, Biergans und Sommer «die hervorragendste Stellung» unter denjenigen einnahmen, die «den wildesten Republikanismus in den unteren Schichten der Bevölkerung» verbreiteten. «Viele der damals erschienenen Schriften und Blätter verschonten auch das Ehrwürdigste nicht, aber alle wurden an Schmutz und frecher Gemeinheit durch die von Biergans herausgegebene Dekadenschrift ‚Brutus‘ übertroffen.» (3) Zu einem ähnlichen Urteil wie der konservative Perthes kam der Frühsozialist Jakob Venedey. Seine Darstellung unterschied sich sowohl durch ihre Quellenkenntnis als auch durch ihre positive Grundeinstellung zu den deutschen Republikanern ganz erheblich von allen vorhergehenden und den meisten folgenden Arbeiten zu diesem Thema. Nur in seiner Beurteilung von Biergans wich er nicht ab: «Das ganze Getreibe des ‚Brutus-Biergans‘ verletzte nicht nur die in Köln herrschenden Klassen, Bürger und Geistliche, sondern sehr auch die eifrigsten ‚Patrioten‘. Die Sprache des Brutus war gemein; selbst wo er wahre Übel-

stände in Köln berührte, geschah es in gehässiger, übertreibender Weise, wo er die Mißbräuche und die Lügen der Geistlichkeit angriff, that er es in einem Tone des trivialen Kapuziners. Es stak etwas von einem père Duchêne in dem zukünftigen preussischen Staatsprokurator Brutus=Biergans.» (4)

Es war vor allem die regionale Geschichtsschreibung, die immer wieder auf Biergans hinwies und Material über sein Leben zutage förderte. Aus dieser Richtung kam dann von E. Pauls 1893 der erste biographische Versuch über ihn mit vielen Ungenauigkeiten und weiterhin gleichbleibend negativem Urteil: «Brutus hielt sich für einen Vorkämpfer der Freiheit, aber wohl niemals, seit den Tagen Gutenbergs bis zum Zusammensturz des verwitterten deutschen Reichs, ist in irgend einer Zeitschrift in deutschen Landen statt der Freiheit die Zügellosigkeit so offen gepredigt worden, als eben im Tyrannenfeind.» (5) Nach Justus Hashagen, der sich mehr mit Biergans‘ Werk und dessen Wirkung befasste (6), war es dann vor allem Joseph Hansen, der aufgrund seiner ungeheuren Quellensammlung nicht nur für Biergans die bis heute wichtigsten und ausführlichsten Nachrichten zusammenstellen konnte. (7) Er hat aus vielen, heute z.T. nicht mehr existierenden Quellen seinen Lebenslauf bis 1800 fast vollständig rekonstruiert.

In seinen Kommentaren wurde Biergans weiterhin als «fanatischer Freiheitsschwärmer» und seine Zeitschrift als «rohes Skandalblatt» bezeichnet. (8) Erst im Rahmen der Neuentdeckung der deutschen Jakobiner seit den 60er Jahren dieses Jahrhunderts wurde Biergans in knappen Bemerkungen als radikaler Publizist und Demokrat positiv beurteilt (9) und fand Aufnahme in neue Textsammlungen. (10) 1972 erschien seine Zeitschrift «Brutus oder der Tyrannenfeind» in einer Reprintausgabe. (11)

Die seit 1274 freie Reichsstadt Köln, in der Biergans 1795 mit seiner Zeitschrift für so viel Aufregung und Unruhe sorgte, stellte in dem stark zersplitterten Rheinland mit fast 100 Reichsständen eine der politisch bedeutendsten Herrschaften dar. Gegenüber dem Mittelalter hatte Köln allerdings erheblich an Bedeutung verloren. Die einstige Handelsmetropole des Rheinlandes war wirtschaftlich, politisch und geistig im Niedergang begriffen. Der wirtschaftliche Abstieg hing zum einen mit der Verlagerung der Fernhandelswege auf die offene See zusammen, wodurch die Rheinlande den Anschluss an den Welthandel verloren hatten. Zum anderen verhinderte das Festhalten an dem starren, mittelalterlichen Zunftsystem «den Aufstieg der zukunftsweisenden industriellen Produktionsweise», die in Köln erst in ganz geringen Ansätzen vorhanden war. Das Zunftsystem war auch die Ursache dafür, dass 10'000 bis 15'000 arbeitslose Bürger als Bettler durch die Strassen zogen und in Scharen den Besuchern der Stadt folgten. (12)

Kölns politische Verfassung beruhte ebenfalls auf dem Zunftsystem. Grundlagen der Stadtverfassung waren der Verbundbrief von 1396 und der Transfixbrief von 1513. Danach wählte die in 22 Gaffeln oder Zünfte aufgeteilte Bürgerschaft den 49 Mitglieder umfassenden Rat oder Senat der Stadt, der an der Spitze der städtischen Verwaltung stand. Aus ihrer Mitte wählten die Ratsherren sechs Bürgermeister, von denen abwechselnd jährlich zwei regierten. Ursprünglich sollte jedes halbe Jahr die Hälfte der Senatoren neu gewählt werden, aber mit der Zeit war die Wiederwahl der Ratsherren allgemeiner Brauch geworden. Ausserdem sorgten Korruption und Stimmenkauf dafür, dass das gewünschte Wahlergebnis auch zustande kam. Da die beiden in der Verfassung vorgesehenen Kontrollgremien der Zünfte so gut wie wirkungslos waren – die 22 von den Gaffeln auf Lebenszeit gewählten Bannerherren waren zum Grossteil gleichzeitig Senatoren, die 44 Gaffelfreunde wurden in ihrer Tätigkeit durch den Rat behindert bzw. ihre Stimmen wurden gekauft –, lag die politische Macht in den Händen weniger Kaufmannsfamilien, die im Lauf der Zeit ein städtisches Patriziat gebildet hatten, und nicht mehr bei der Bürgerschaft.

Das geistig-kulturelle Leben in der Stadt wurde von der katholischen Kirche beherrscht. Die Geistlichen dominierten, neben den bettelnden Arbeitslosen, das Strassenbild, die

über 100 Kirchen und Kapellen das Stadtbild von Köln. Die Protestanten konnten ihre Religion nicht ausüben und waren vom Bürgerrecht ausgeschlossen. Die Juden durften nicht einmal in der Stadt leben. Nur gegen Vorlage eines vom Rat ausgestellten «Judenpasses» und in Polizeibegleitung konnten sie sich in der Stadt überhaupt aufhalten. (II 9,212 f.) (13) Die äusserst orthodoxe Kölner Geistlichkeit bekämpfte alle Aufklärungs- und Reformbestrebungen im Rheinland ganz entschieden. Insbesondere von der 1786 eröffneten kurfürstlichen Bonner Universität, an der mit der Aufklärung sympathisierende Kölner Theologen lehrten, sah sie die grössten Gefahren für den Bestand von Religion und Kirche ausgehen. Von der alten Kölner Universität und der Stadt Köln hatten sie alle Reformen erfolgreich abwehren können. Es herrschte dort der «dunkelste Obscurantismus», eine freie geistige Entwicklung fand nicht mehr statt, und das Volk «verkam alle Tage mehr in frommer Unwissenheit und kirchlicher Bummel.» (14) Hiermit sind Biergans' spätere Hauptgegner genannt: Rat und Klerus der Stadt Köln. Dass er sie so scharf angreifen konnte, verdankte er den Franzosen. Denn nach dem Sieg der französischen Revolutionsheere über die Österreicher bei Fleurus (Belgien) am 26. Juni 1794, der die endgültige Sicherung der Republik bedeutete und dem französischen Besitzbürgertum die Jakobinerherrschaft entbehrlich machte, besetzten die Franzosen weite Teile des Rheinlandes. Am 23. September zogen sie in Aachen und am 6. Oktober 1794 in Köln ein.

Franz Theodor Mathias Biergans wurde am 22. Mai 1768 in Aldenhoven, Kreis Jülich, als Sohn eines Kaufmanns geboren. Er wurde von seiner «bigöttisch» frommen Mutter erzogen, sein erster Lehrer war der Dorfpfarrer. In Köln besuchte er das Gymnasium, ohne es jedoch abzuschliessen. 1786 trat er im Alter von 18 Jahren – ohne eigene Überzeugung und unter dem Druck der Eltern, besonders der Mutter – als Novize in das Kreuzherrenkloster Schwarzenbroich bei Düren ein. 1789 legte er dort die erste Profess ab, bereute diesen Schritt aber schon bald und bemühte sich noch im selben Jahr um die Annullierung. Da sein Protest erfolglos blieb, verliess er das Kloster und liess sich für den Türkenkrieg Josephs II. anwerben, an dem er dann auch teilnahm. Wenig später floh er aus der kaiserlichen Armee und kehrte über Stuttgart in seine Heimat zurück.

Um der auf Desertion stehenden Strafe zu entgehen, trat er durch Vermittlung des Kölner Generalvikars Anfang 1790 wieder ins Kloster ein. Bald darauf versuchte er erneut, die Lösung von Orden und Gelübde zu erreichen. Da ihm dies nicht gelang, liess er sich 1793 zum Priester weihen. Im Sommer 1794 flohen er und die übrigen Mönche vor den anrückenden Franzosen auf die rechte Rheinseite. Hier in Mühlheim veröffentlichte er anonym gegen Jahresende seinen ersten Gedichtband «Musen-Almanach auf das Jahr 1795, oder Taschenbuch für Liebhaber der Dichtkunst.» (15) Auf seiner Flucht aus der kaiserlichen Armee 1790 hatte Biergans in Stuttgart die zeitgenössische Literatur kennengelernt und vor allem die Bekanntschaft von Schubart, Stäudlin und Bürger gemacht, mit denen er nach seinem Wiedereintritt ins Kloster in brieflichem Kontakt blieb. Von diesen Dichtern ermutigt und beeinflusst von Klopstocks Oden, der Bardendichtung und den Gedichten Eulogius Schneiders, begann Biergans nun selbst, in seiner Mönchszelle Verse zu verfassen. In ihnen drückte er unmissverständlich seine ablehnende Haltung zu Mönchtum und Klosterleben, Ordensregeln und kirchlichen Wunderwerken aus, beschrieb er den verweltlichten Zustand in den Klöstern und die Lebensgewohnheiten der Mönche. Er erklärte seinen «Abschied an die Theologie» und die Hinwendung zu den Musen damit, dass im Dichten seine eigentliche Berufung Hege (18,181 f.). Folgerichtig nutzte er die Klosterzeit nun zum Schreiben und zur Lektüre schöngestiger wie auch verbotener philosophisch-aufklärerischer Schriften.

Nach der Veröffentlichung des «Musen-almanachs» kehrte Biergans Anfang 1795 auf die linke Rheinseite zurück, ging aber nicht wieder in das verhasste Kloster, sondern stellte sich der Französischen Republik zur Verfügung. Am 10. Ventöse III/28.2. 1795 hielt er in Düren beim grossen Bürgerfest eine lange Rede, in der er zum ersten Mal als überzeugter Anhänger der Französischen Revolution auftrat. Gab er sich in den frühen Gedichten noch ganz als Anhänger des aufgeklärten Absolutismus Josephs II. zu erkennen, so propagierte er jetzt öffentlich seine neue Überzeugung, indem er sich für den Anschluss der besetzten Gebiete an die Französische Republik einsetzte (I 1,14-27). Die Reaktion auf seine Rede war geteilt. Während er aus der Bevölkerung heraus wegen einer christusfeindlichen Passage angegriffen und verklagt wurde, fand

die Rede den uneingeschränkten Beifall der Aachener Zentralverwaltung, der obersten französischen Verwaltungsbehörde in den besetzten Gebieten. Ferner bekam er eine Anstellung als Kontrollkommissar zur Durchführung von Requisitionen im Umkreis von Bonn, die er aber aus verwaltungstechnischen Gründen nicht an treten konnte. Nach zwei erfolglosen Versuchen, als Schüler zum Besuch der Normalschule in Paris zugelassen zu werden, liess er sich Ende April 1795 in Köln nieder. Er wollte jetzt selbständig für Aufklärung und gegen den Obskurantismus der katholischen Kirche, für die Verbreitung republikanischer Grundsätze und gegen die Wiederherstellung der alten Zustände kämpfen. Dies erklärte er in einer Anzeige, die das Erscheinen einer Dekadenschrift unter dem Titel «Brutus oder der Tyrannenfeind» ab dem 20. Floreal III/9.5. 1795 verkündete. Die Zeitschrift erregte sofort beträchtliches Aufsehen, denn mit solcher Radikalität und Sprachgewalt waren die alten Gewalten Staat und Kirche vorher noch nicht angegriffen worden.

In den 34 Heften von «Brutus oder der Tyrannenfeind» bzw. «Brutus der Freie», die zwischen dem 9.5.1795 und dem 22.4.1796 erschienen, ging es bei aller Verschiedenheit der Beiträge immer wieder um zwei Themenkomplexe: 1. Theologisch-philosophische Themen, in denen sich Biergans mit Religion, Kirche und Aufklärung auseinandersetzt und 2. historisch-politische Themen. Beide Punkte lassen sich noch einmal untergliedern in a) einen allgemeinen, grundsätzlichen und überregionalen und b) einen regional begrenzten Teil, der sich mit den Machenschaften von Klerus und Senat in Köln und Umgebung beschäftigt. Diese beiden Themenkomplexe werden später gesondert untersucht.

Die im «Brutus» so scharf angegangene Kölner Geistlichkeit und der Magistrat reagierten sofort. In kurzer Zeit erschienen sechs Gegenschriften, teilweise vom Kölner Klerus finanziert und verfasst, um die im «Brutus» vertretenen Meinungen und Auffassungen vor allem in kirchlichen, aber auch in politischen Fragen zu bekämpfen. (16) Bei der Aachener Zentralverwaltung gingen Anzeigen aus Köln gegen Biergans ein, die aber nichts bewirkten. Stattdessen erhielt er von dem Volksrepräsentanten Dubois ein Belobigungsschreiben, das ihn aufforderte, seine «Schrift fortzusetzen, die wegen ihrem Inhalt so allgemein nützlich ist . . . Ich rathe euch: euch jedesmal an die Volksver-

treter zu wenden, so oft ihr öffentlichen oder heimlichen Verfolgungen euch ausgesetzt sehet» (I 9,219-223). Weitere Anklagen gegen ihn unterblieben daraufhin zunächst, und er konnte die «2. vom Verfasser verbesserte Auflage» des 1. Heftes herausbringen.

Gegen Jahresende nahmen die Angriffe gegen Biergans wieder zu. Insbesondere der Rat entschloss sich zu einer schärferen Vorgehensweise gegen den unbequemen Schreiber. Biergans hatte nämlich der in Paris weilenden Gesandtschaft des Senats unter Führung von Bürgermeister Dumont, die direkt beim Direktorium die alte Kölner Stadtverfassung behaupten und die Eingliederung der Stadt in die französische Verwaltung sowie die Kontributionszahlungen verhindern sollte, durch Veröffentlichungen im «Brutus» erheblichen Schaden zufügen können. Dumont forderte deshalb den Rat mehrmals zu energischerem Durchgreifen gegen Biergans auf. Anfang Januar gelang es schliesslich dem Rat, unterstützt vom Klerus, dem französischen Stadtkommandanten von Köln General Lefebvre einen überzeugenden Hinweis dafür zu liefern, dass Biergans ein Feind der Republik sei. Es handelte sich dabei um ein nicht mehr genau zu datierendes Gedicht, in dem er die Österreicher gelobt hatte. In der Nacht vom 8./9. Januar 1796 wurde Biergans auf Anordnung Lefebvres von den Kölner Gewalttrichtern verhaftet und ins Gefängnis beim Rathaus gebracht. Dass das Gedicht nur als Vorwand gedient hatte, zeigte die am nächsten Tag überreichte Anzeige des Rates, in der nur von Angriffen auf die »heilige Religion« und «unsere konstituierte Verwaltung» die Rede war (III 3,62-66). Nach langwierigen zähen Verhandlungen zwischen dem Kölner Rat und den französischen Behörden in Aachen und Bonn und zweimaliger Verhaftung wurde Biergans schliesslich Anfang Februar in Aachen von allen Vorwürfen freigesprochen. (17) Er verlegte seinen Wohnsitz nach Aachen und gab ab dem 1. Ventöse IV/19.2.1796 die Fortsetzung seiner Zeitschrift unter dem Titel «Brutus der Freie» heraus. Aber der politische Druck war weiterhin so stark, dass er nach elf Heften am 3. Floréal IV/22.4. 1796 das Erscheinen des «Brutus» einstellen musste.

Verbreitung fand die Zeitschrift vorwiegend im Bereich Köln, Bonn und Aachen, wie aus verschiedenen Zuschriften geschlossen werden kann. Auch bei Patrioten in Koblenz und im rechtsrheinischen Herzogtum Berg war sie an-

scheinend bekannt. Sogar in Paris druckten der von ehemaligen Mainzer Jakobinern herausgegebene «Pariser Zuschauer» und einige französische Zeitungen Artikel des «Brutus» nach und berichteten über Biergans' Verhaftung, zu der General Lefebvre vom Kölner Rat überredet worden sei.

Bis in den Herbst hinein führte Biergans einen Prozess gegen den Kölner Rat wegen der Beschlagnahme seiner Papiere und der schlechten Behandlung im Gefängnis. Da er all sein Vermögen in den «Brutus» gesteckt hatte und der Prozess ihn auch Geld kostete, bemühte er sich verzweifelt bei den Franzosen um eine Anstellung. Nach mehreren vergeblichen Gesuchen wurde er frühestens Ende 1796 in Maastricht, Departement Nieder-Maas, zum Domänenkommissar ernannt. Mit Beginn des Jahres VI/22.9. 1797 siedelte er nach Bonn über, wo er die Stelle eines Kommissars für das Rechnungswesen antrat. Er nahm dort Verbindung zur Cisirhenanischen Konföderation auf, deren Mitglied er wurde, und arbeitete an der von J.B. Geich seit dem 4.11. 1797 in Bonn herausgegebenen Zeitschrift «Der Freund der Freiheit» mit. Darin veröffentlichte er das «Bundeslied der Cisirhenanen», in dem er sich für die Schaffung einer Cisirhenanischen Republik einsetzte. (18) Allerdings war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Bundesliedes im Dezember der Höhepunkt der Agitation für eine selbständige, mit Frankreich verbündete Cisirhenanische Republik schon vorbei. Die durch den Staatsstreich vom 18. Fructidor V/4.9. 1797 in Paris an die Macht gekommene Partei forderte den Anschluss der Rheinlande an Frankreich, wofür die rheinischen Patrioten ab November ebenfalls ein traten. (19) Im Zuge der Neuorganisation der Verwaltung ab November, die den Anschluss an Frankreich einleitete, erhielt Biergans eine neue Anstellung. Am 25. Ventöse VI/15.3.1798 wurde er zum Regierungskommissar bei der Kantonsverwaltung in Brühl ernannt. Seine Beziehungen zu den Patrioten in Bonn und anderen Orten erhielt er aufrecht. Beim Fest der Volkssouveränität am 1. Germinal VI/21.3.1798 im Bonner Konstitutionellen Zirkel hielt er die Hauptrede, und ebenso sprach er zehn Tage später beim ersten öffentlichen Auftreten des Konstitutionellen Zirkels in Lechenich. Über seine amtliche Tätigkeit in Brühl ist nur so viel bekannt, dass er im April 1798 Unterschriften für eine Reunionsadresse des Brühler Kantons sammelte, gegen Regierungsbeschlüs-

se verstossende Geistliche gewaltsam verfolgte und sich am «Gedächtnistag der Bestrafung des letzten Königs der Franken» (21.1.1799) von der Bevölkerung feiern liess. Neben seiner Amtstätigkeit verfasste er weiterhin einige Gedichte, die in dem von Ferdinand Franz Wallraf anonym herausgegebenen «Taschenbuch der Ubier auf 1800» erschienen. Nach Napoleons Staatsstreich vom 18. Brumaire VIII/8.11. 1799 entschloss sich Biergans zur Herausgabe einer neuen Zeitschrift. Am 1. Pluviöse VIII/20.1. 1800 erschien in Köln das erste und wohl auch letzte Heft dieser neuen Monatsschrift «Iduna». (20) Ihr Umfang betrug 80 Seiten, und Biergans war der alleinige Verfasser aller Beiträge. Das eine vorliegende Heft gibt deutlich Auskunft über seine veränderte politische Einstellung. Die «Iduna» ist keine revolutionäre, unmittelbar in das politische Geschehen eingreifende Zeitschrift mehr wie die früheren «Brutus»-Dekadenschriften. Ihr fehlt der kämpferische und oppositionelle Charakter und die Radikalität der beiden früheren Blätter. Aus dem einstigen Jakobiner und Tyrannenfeind war ein begeisterter Parteiläufer des ersten Konsuls Bonaparte geworden, den er als siegreichen Helden und endlichen Friedensstifter, als Erretter und Erneuerer der Republik feierte. Die Zeit des Direktoriums, die Verfassung aus dem Jahre III und den vorher hochgelobten Staatsstreich vom 18. Fructidor V verurteilte er ganz entschieden. Dagegen war für ihn der 18. Brumaire in seiner Bedeutung und seinen Folgen für die Revolution höchstens mit dem 14. Juli 1789 zu vergleichen.

Die Verehrung für Bonaparte nur zwei Monate nach dessen Staatsstreich zeigt hier zum ersten Mal deutlich Biergans' rasche Anpassungsfähigkeit an sich verändernde politische Situationen. Seine weitere politische Entwicklung wird von diesem Opportunismus begleitet.

Zur gleichen Zeit wurden mehrere Anklagen gegen Biergans wegen Amtsmissbrauchs bei der Zentralverwaltung des Roerdepartements in Aachen erhoben, die aber folgenlos blieben, da ihn ein hoher Beamter in der Zentralverwaltung deckte. Dies behauptete ein bisher unbekanntes Denunziationsschreiben aus Köln, das gleichzeitig neue Beschuldigungen enthielt. (21) Die daraufhin einsetzende Untersuchung gegen Biergans endete im Juni 1800 mit der vollständigen Freisprechung in allen Anklagepunkten und der Aufhebung der ge-

gen ihn verhängten Suspension. (22)

Im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Verwaltung durch die Einrichtung des Präfektursystems verlor Biergans seine Stellung als Kommissar in Brühl. Er wurde stattdessen Ende Juni zum öffentlichen Notar und Friedensrichter von Montjoie=Monschau ernannt.

Nach einem im darauffolgenden August in Köln umgehenden Gerücht sollte Biergans dort eine Anstellung erhalten, wogegen sich die provisorische Stadtverwaltung in einem Brief vom 12. Fructidor VIII/29.8.1800 an den Präfekten des Roerdepartements wehrte. Man bezweifelte, dass er über die notwendigen Amtskennntnisse verfüge und verwies auf seinen schlechten Ruf. (23) Der Vorwurf der Unfähigkeit und sein schlechter Ruf begleiteten von nun an Biergans für sein restliches Leben. Er bekleidete das Amt des Notars und Friedensrichters in Montjoie=Monschau bis 1806, wurde dann nach Aachen versetzt, von wo aus er Ende 1836/Anfang 1837 auf eigenen Wunsch seine Stelle mit der seines Notarkollegen aus Wegberg tauschte. Im August 1838 wurde er, wieder auf eigenen Wunsch, von seinem Amt entbunden. (24) Über seine gesamte Notarstätigkeit ist nicht viel bekannt. In zwei knappen Bemerkungen über seine amtliche Tätigkeit, die eine 1801 von französischer und die andere 1815 von preussischer Seite, wurde die Beurteilung der provisorischen Stadtverwaltung von Köln aus dem Jahre 1800 wieder aufgegriffen. (25) Während des ganzen genannten Zeitraumes trat Biergans vor allem als Schriftsteller in Erscheinung. Allerdings war er durchaus nicht immer mit seinen dichterischen Leistungen zufrieden, wie er im Oktober 1804 Ferdinand Franz Wallraf bekannte. Er führte dies auf das Fehlen einer gründlichen Ausbildung zurück. Anhand einiger seiner literarischen Äusserungen lässt sich seine politische Entwicklung gut verfolgen. Eine 1804 zum Besuch im Rheinland verfasste «Ode auf die Rundreise des Kaisers» stellte eine glühende Lobpreisung der Taten Napoleons dar. Nach dem Abzug der Franzosen und der Besetzung der Rheinlande durch die Verbündeten im Januar 1814 wechselte Biergans sofort das politische Lager. In der Ende Februar erschienenen Schrift «Deutschlands Entzündigung» feierte er den russischen Zaren Alexander I. als Befreier Europas vom napoleonischen Joch. Noch deutlicher zeigte sich sein Übertritt ins deutschnationale Lager in

seinem letzten Versuch, eine eigene politische Zeitschrift herauszugeben. Sie sollte «Aurora» heißen und ab dem 17.1. 1815 zweimal wöchentlich erscheinen. Ihr Zweck sollte u.a. sein, «den noch vorhandenen gälischen Sinn auszurotten.» Dies erklärt er in einer Anzeige, die auch in dem von dem ehemaligen «Brutus»-Autor und Cistrhenanen Joseph Görres herausgegebenen «Rheinischen Merkur» erschien. Zwischen dem 17.1. und dem 3.2.1815 erschienen sechs Hefte der «Aurora», dann wurde sie vom General-Gouverneur vom Mittel- und Niederrhein Johann August Sack wegen wiederholten Verstosses gegen die Pressezensur verboten. (26) Vom selben Monat datieren Biergans' letzte politische Äusserungen. In der kleinen Schrift «Der Barde der Ruhr», in der er die Veröffentlichung seiner Werke ankün-

digte, wandte er sich noch einmal seiner «französischen» Vergangenheit zu, von der er sich nun noch stärker und entschiedener distanzierte als schon in der Anzeige der «Aurora», wobei er insbesondere den Zeitraum von 1795/96 bis zur «Iduna» hervorhob. (27)

Biergans' schriftstellerische Tätigkeit fand – gemessen an den Veröffentlichungen – in den Jahren bis 1819 ihren Höhepunkt. Nachdem er sein Amt als Notar niedergelegt hatte, übersiedelte er nach Köln und redigierte in den Jahren 1839/40 das dort erscheinende Unterhaltungsblatt «Omnibus zwischen Rhein und Niemen». Ausgesöhnt mit der katholischen Kirche starb Franz Theodor Mathias Biergans im Alter von 73 Jahren am 18. Januar 1842 in Köln.



Karikatur auf die Buchhändler, die aus dem Interesse an republikanischer Literatur für sich Kapital schlagen (aus: Brutus der Tyrannenfeind, hg. von Biergans, 1795).

Der deutschtümelnde Frühsozialist Jakob Venedey liess in seiner 1870 erschienenen Darstellung über „Die deutschen Republikaner unter der französischen Republik“ Biergans nicht nur als «preussischen Staatsprokurator» endigen, sondern er behauptete auch, dass der «Brutus=Biergans ... sich nie die Achtung der Patrioten' des Niederrheins zu erwerben gewusst» hätte und «die besten Patrioten, die ‚Cisrhenanen‘, wie sie sich bald nannten, von ihm nichts wissen wollten.» Als Gründe dafür gibt er an, dass Biergans bereits 1795 die französische Forderung nach der Rheingrenze unterstützt habe, seine «gemeine» Sprache und die «in gehässiger, übertreibender Weise» vorgebrachten Angriffe gegen Kirche und Kölner Rat. (28)

Venedeys Behauptungen sind beide falsch. Zum einen verwechselte er den «Brutus»-Autor Franz Theodor mit seinem jüngeren Bruder Wilhelm Joseph Biergans, der von 1834-40 preussischer Generalprokurator in Köln war. (29) Zum anderen lässt sich die Auffassung, die Biergans aus dem Kreis der rheinischen Patrioten ausklammern will, m.E. nicht aufrecht erhalten. Dafür sprechen nicht nur sein Auftreten im Zusammenhang mit der Cisrhenanischen Bewegung und den Konstitutionellen Zirkeln, sondern auch seine kirchlich-religiösen und politischen Auffassungen, wie er sie im «Brutus» vertrat und die mit denen seiner Gesinnungsgenossen übereinstimmten. Dies soll im Folgenden gezeigt werden.

Biergans war radikaler Gegner der Institution Kirche und der gesamten Geistlichkeit. In fast jedem Heft des «Brutus» finden sich Angriffe auf Kirchenrepräsentanten oder einzelne missliebig aufgefallene Geistliche und Anprangerungen bestimmter Erscheinungsformen im kirchlich-klerikalen Bereich. So greift er in direkter Weise Faulheit und Genussucht, Habsucht und Geiz der Geistlichen an. Er polemisiert gegen Benediktionen, Heiligenkult, Reliquienverehrung und vor allem gegen das Zölibatsgebot. Das gesamte Mönchswesen mit seinen Klöstern, Wunderwerken, Zeremonien, Fasten und Kulten sollte seiner Meinung nach abgeschafft und verboten werden. Priester, Mönche und Theologen waren für ihn immer nur «Schurken unter dem Deckmantel der Religion» oder «Wölfe in Schafspelzen», denen es galt, die Maske abzureissen und sie dem Publikum «nackt» darzustellen. Mit Vorliebe verwies er auf einzelne Geistliche wegen ihrer

Liebesverhältnisse, ihrem Geiz und habsüchtigen Verhalten gegenüber den Armen und der Landbevölkerung. Andere griff er wiederholt namentlich wegen ihrer politischen, antifranzösischen Haltung an.

Biergans' Verhältnis zu dem, was er unter Religion versteht, ist schwieriger zu fassen als das zu Kirche und Geistlichkeit. Als entschiedener Feind der Kirche und der von ihr gepredigten Religion ist er kein Atheist, wie seine Gegner behaupteten, sondern er ist überzeugter Deist und damit Anhänger der Natur- oder Vernunftreligion, der er die sog. «Priester=Religion» negativ gegenüberstellt (III 8,182 ff.). Sinn und Zweck der Naturreligion ist für ihn die Beförderung der Volksglückseligkeit durch «allgemeine Menschenliebe», «floral» und «Tugend» (II 4,86). In mehreren Artikeln zeigt er auf, wie in der Geschichte der Religionen die «Religion der Natur» durch die «Priester-Religionen» verdrängt und unterdrückt wurde.

Im Urzustand der Menschheit, als es noch keine Staaten und Religionen gab, lebten nach Biergans alle Menschen nach den Grundsätzen der «Religion der Natur» in Frieden und Freiheit glücklich miteinander und verehrten dasselbe göttlich-allumfassende «Urwesen von allem». Erst die Stiftung der verschiedenen Religionen beendete diesen glücklichen Naturzustand und führte zu Despotismus und Fanatismus, Aberglaube und Betrug, Krieg und Mord. Die Religionen zerstörten nämlich die ursprüngliche menschliche Gemeinschaft und führten zur Bildung von Sekten. Alle Religionsstifter waren nur Gründer fanatischer Sekten, die sich gegenseitig Irrglauben vorwarfen und bekämpften. Zwar verfolgten die Sektenstifter lautere Absichten, und insbesondere die von Christus gepredigte Lehre war «Vernunftreligion» und «reiner Theism», aber sie betrogen die leichtgläubigen Menschen dadurch, dass «sie sich für Gesandte des Ewigen ausgaben. Hätte der Ewige einen Gesandten geschickt, so würde und so müsste die Religion des Gesandten allgemein sein, jeder Sterbliche müsste sie gleichfalls ins Herz geschrieben haben, oder man könnte mit Recht den, der den Gesandten schickte, einen Tyrannen heissen!» (II 5,118 f.). Aber erst recht die Nachfolger der Sektenstifter, die Priester, Mönche und Theologen, verursachten Kriege, unterdrückten die Vernunft, verfälschten die ursprüngliche Lehre in ihr Gegenteil, erpressten die gläubigen Menschen und beuteten sie aus. An

der Geschichte des Christentums zeigt Biergans die verheerende Rolle der Kirche immer wieder auf. Mit Hilfe der Mönche, der Ohrenbeichte, dem Dogma von der unfehlbaren und alleinseligmachenden Kirche und der Heiligen Inquisition gelang es der Priesterschaft, eine «Universal=Theokratie» zu gründen (III 3,56 ff.). Alle Menschen waren dadurch von der Kirche abhängig. Der alle Vernunft und Kritik unterdrückende religiöse Fanatismus verbreitete nur Aberglaube, Betrug und Unmoral. Erst die Wiederentdeckung der Vernunft, der Sieg der Aufklärung in Frankreich zeigte allen Völkern, dass und wie die Priesterherrschaft und ihre «Pharisäer=Religion» zu stürzen waren. Ziel der sich langsam überall ausbreitenden Aufklärung war es, den durch den kirchlich-religiösen Despotismus «verdorbenen Menschen» wieder zum «Naturmenschen» zu erziehen, der selbständig denkt und seine Vernunft benutzt. Allerdings muss dieser lange Entwicklungsprozess wie in Frankreich in eine «gewaltsame Revolution» münden, da es sonst keine wirkliche Befreiung vom Kirchenjoch geben kann (III 4,76).

Die allen anderen Religionen überlegene «Religion der Natur» soll aber dennoch nicht zu Staatsreligion erhoben werden, sondern Biergans bekennt sich ausdrücklich zur Freiheit der Religion und ihrer Ausübung, solange der Bürger die Gesetze des Staates respektiert und diese durch die Glaubensausübung nicht verletzt werden. Er spricht sich für eine deutliche Trennung von Staat und Kirche aus und fordert die Unterordnung der Religion, die Sache eines jeden Einzelnen ist, unter den Staat, der die Interessen und das Wohl aller vertritt: «Nicht die Religion, sondern der Staat muss herrschen!» (III 6,120). Die Forderung nach einer revolutionären Veränderung begründet Biergans also mit der übermächtigen Stellung der katholischen Kirche und ihrem verheerenden Einfluss auf die Menschen. Nur auf revolutionärem Wege sah er hier eine dauerhafte Änderung der Verhältnisse gegeben.

In Biergans' kirchlich-religiösen Vorstellungen zeigt sich vor allem der Einfluss der Deisten Voltaire, Rousseau und der sonstigen religionskritischen Aufklärungsliteratur, die er in der Klosterzeit kennengelernt hatte. Dagegen weist seine Abhandlung «Von dem Menschen» (I 10-14), in der er den Menschen als ein wesentlich durch äussere Umstände, Erziehung und eigene Erfahrung bestimmtes Wesen erklärt, deutlich auf eine Berührung mit dem

französischen Materialismus hin. Als Autoren, von denen er in diesem Sinne beeinflusst worden sein könnte, kommen hier Holbach, La Mettrie und der u.a. von Holbach stark beeinflusste Gründer des Illuminantenordens Adam Weishaupt in Frage. (30)

In seinem Kampf gegen die katholische Kirche und ihren übermächtigen Einfluss war Biergans neben religiöser auch um naturwissenschaftliche Aufklärung bemüht. In der Abhandlung «Von der Erde» (I 4-9) gibt er Beschreibungen von der Entstehung der Erde, von Wasser, Feuer und Luft, ihren Erscheinungsformen und verschiedenen Wirkungen. Dem stellt er die Unhaltbarkeit des mosaischen Schöpfungsberichts entgegen und die theologischen Interpretationen von Naturereignissen wie Blitz und Donner und die Verhaltensvorschriften dagegen, die er als vernunftwidrige «Gaukeleien» und «Aberglauben» bezeichnet.

Biergans griff auf alle ihm verfügbare anti-kirchliche Literatur zurück und benutzte sie so, wie sie ihm am besten zu nützen schien. Dabei musste es allerdings zu manchen unauflösbaren Widersprüchen in seinen Ausführungen kommen, die er aber entweder nicht bemerkte oder die ihn nicht kümmerten.

Anhand seiner politischen Äusserungen soll auf Biergans' Auseinandersetzung mit dem Kölner Senat und auf seine Stellung zum revolutionären Frankreich näher eingegangen werden. Durch die Einteilung der besetzten Gebiete war die Stadt Köln der Bezirksverwaltung in Bonn untergeordnet. Gegen die Einordnung in das französische Verwaltungssystem prinzipiell und gegen die Unterordnung der alten freien Reichsstadt unter die ehemalige Residenz des Kurfürsten im besonderen protestierte der Kölner Rat auf das heftigste bei den Volksrepräsentanten. Er fürchtete um den Bestand der alten Verfassung und um die staatliche Unabhängigkeit. Das Hauptargument der Ratsherren war der Verweis auf die Jahrhunderte alte demokratische Verfassung der Stadt, die die Franzosen bei der Besetzung nicht anzutasten versprochen hatten. Der Rat schickte sogar seinen Bürgermeister Dumont nach Paris, der in direkten Verhandlungen mit dem Direktorium die Verfassung und Unabhängigkeit Kölns erhalten und die Befreiung von allen Kontributionen und Requisitionen erreichen sollte. Dumont verwies ebenfalls auf die demokratische Tradition der Stadt, die im Reichskrieg gegen Frank-

reich die Neutralität bewahrt habe. Köln sei daher nicht als besiegter Feindstaat, sondern als befreundete Nation anzusehen, die sich freiwillig unter französischen Schutz begeben habe. (31)

Gegen dies Bemühen des Kölner Senats wandte sich Biergans, Er widerlegte den angeblich demokratischen Charakter der Kölner Verfassung, verwies auf die Korruption, die in der Stadtverwaltung herrschte, sowie auf das auf der Seite der Reichsarmee gegen die Franzosen kämpfende Kontingent der Kölner Stadtsoldaten, von denen sich der Senat nicht distanziert hatte (II 4,92-103). Mehrmals schrieb er erbittert gegen die Sendung Dumonts nach Paris, womit er ihm erheblichen Schaden zufügen konnte. Biergans griff die vom Rat vorgenommene Verteilung der Kontributionslasten auf die Bevölkerung mehrmals an, da sie nicht den von der Bonner Bezirksverwaltung vorgegebenen Kriterien folgte. Nach deren Bestimmungen sollte die Verteilung «nach dem Verhältnis des Grundeigentums ... des Gewerbes und des Kapitalvermögens» vorgenommen werden (I 4,90). Stattdessen wurde sie vom Kölner Senat völlig willkürlich und ungerecht auf die Bürger verteilt. Zudem ergab diese Einteilung einen viel höheren Betrag als den geforderten, wobei über den Mehrbetrag und seine Verwendung keine Rechenschaft abgelegt wurde. Biergans erreichte schliesslich, dass die Aachener Zentralverwaltung die Kölner Kontributionseinteilung für nichtig erklärte und eine Kommission zur Untersuchung der Finanzen und der Verwaltung der Stadt Köln einsetzte (I 14, 350-359). Wenig später musste er allerdings resigniert bekennen, dass der Senat sehr geschickt seine Stellung zu verteidigen und die Unterordnung unter die französischen Verwaltungen in Bonn und Aachen zu verhindern wusste (II 3,73 f.). Hier klingen bei Biergans zum ersten Mal Töne der Enttäuschung über die Franzosen an, die seiner Meinung nach nicht energisch genug gegen die antifranzösischen Äusserungen und Umtriebe von Klerus, Rat und Adel durchgriffen. In seiner Dürener Rede hatte er die Franzosen begeistert begrüsst und sich für den Anschluss der besetzten Gebiete an Frankreich ausgesprochen, da «Freiheit, Gleichheit und eine bessere Gesetzgebung» zu Gunsten der gesamten Bevölkerung nur im Rahmen einer Republik durchgesetzt und verwirklicht werden könnten (I 1,14-27). Die einheimische Bevölkerung forderte er auf, die französischen

Heere zu unterstützen und selber patriotisch-republikanische Gesinnung zu verbreiten. Die Besetzung des Rheinlandes war für ihn der Beginn der Freiheit für ganz Deutschland. Insbesondere die arme Landbevölkerung und die «arbeitende Volks=Klasse» sowie die «Wittwen und Waisen», die am meisten unter der Willkür der Herrschenden zu leiden gehabt hatten, hatten die Franzosen als Befreier angesehen (I 3-4, 56-63, 77-83). Da die Franzosen in diesem Feldzug Mühen, Not, Unkosten und Verluste erlitten hatten, waren für Biergans ihre Kontributionsforderungen vollauf gerechtfertigt. Aber nach einem Jahr der Besetzung zeigte er sich nicht nur in der Kölner Frage von den Franzosen enttäuscht. Die schnell erwartete grundlegende Veränderung der sozialen, politischen und religiösen Verhältnisse im Rheinland war bisher ausgeblieben. Einfluss und Macht von Klerus, Adel und Senat waren nach wie vor ungebrochen, und die Lage der Bauern hatte sich sogar verschlechtert. Die Anwesenheit der französischen Truppen verschärfte die ohnehin vorhandene Nahrungsmittelknappheit, und durch die ständigen Requisitionen und hohen Kontributionen wurden sie materiell und finanziell noch stärker als früher ausgeplündert. Zudem litt die Bevölkerung unter der ungeklärten militärischen Situation: «Ihr (die Franzosen) habt den Adel abgeschafft, und dahier herrscht er noch; ihr habt dem Clerus Schranken gesetzt, und hier despotisiret er noch über unser Gewissen ...; hier kauft man die Rathsstellen mit klingender Münze, die alten Beamten treiben ihren Despotism schrecklicher als vorhin; die Munizipalbeamten bedecken ihren schändlichen Aristokratism unter ihrer dreifarbigigen Scherpe, und ein Strohkopf, der 16 beräucherte Ahnen aufweisen kann, verlacht den Mann von Verdienst. – Bei euch ist der Name eines Patrioten ein heiliger Name, dahier ist er aller Verachtung ausgesetzt! ... Bei euch ist das Volk frei, dahier ist es mehr Sklav als vorher; . . . Wir haben eure weisen Dekrete, eure die Rechte der Menschheit proklamierenden Gesätze in den Zeitungen gelesen, aber nichts ist bei uns in Ausübung gebracht worden . . . Eure siegreichen Armeen sind über ein Jahr bei uns, ernähren sich auf unserm Boden; der Landmann hat ohne zu murren die Arbeit und die Frucht zweier Jahre aufgeopfert; ... er hat mehr gegeben als er seinen ehemaligen Despoten in einer Dekade von Jahren gab. Doch gab er alles mit froher Miene, und hoffte eine bessere

Zukunft. Ihr habt sie ihm versprochen; . . . allein es sind schon 14 ganze Monden verflossen, und die Bewohner zwischen Maas und Rhein sehen sich noch in nichts gebessert; wo wir uns hinwenden, so schweben wir zwischen Furcht und Schrecken; . . . Den Mann, der arbeiten kann, schreckt die Ungewissheit, und er schweigt.» (111 7,170-172).

Diese Äusserungen über den enttäuschenden Verlauf der Revolution weisen m.E. deutlich auf das Dilemma der deutschen Patrioten hin. Da sie alleine zu schwach waren, die Adels- und Priesterherrschaft in Deutschland zu beseitigen, waren sie auf die Unterstützung der Franzosen angewiesen. Sie betrachteten die französischen Truppen ausschliesslich als brüderliche Befreier, die ihren Kampf in selbstloser Weise aktiv unterstützen würden. Aber wie schon die Mainzer Jakobiner 1792/93 ihre enttäuschenden Erfahrungen mit den Franzosen gemacht hatten – mangelnde Unterstützung der Klubisten sowie Ausplünderung der Bevölkerung durch Requisitionen und Kontributionen –, so mussten auch die rheinischen Patrioten nach 1794 erkennen, dass Frankreich keineswegs eine selbstlose Politik der Befreiung verfolgte. So klang es zwar noch in den ersten Proklamationen der Volksrepräsentanten, aber tatsächlich wurde das besetzte Gebiet als erobertes Land angesehen und systematisch ausgeplündert. Die bestehenden politischen Institutionen blieben weitgehend erhalten, so dass die Bevölkerung unter doppelter Bedrückung zu leiden hatte. Mit den einheimischen Revolutionsanhängern fand von französischer Seite aus nur solange Zusammenarbeit statt, wie sie ihren Interessen diente. Ansonsten standen sie ihnen eher gleichgültig bis misstrauisch gegenüber, wie man an Biergans' Schicksal verfolgen kann. Es blieb den rheinischen Jakobinern, deren politischer Spielraum durch die Anwesenheit der Franzosen überhaupt erst geschaffen worden war, in ihrer Schwäche gar nichts anderes übrig, als immer wieder aufs Neue an die Franzosen zu appellieren und sie aufzufordern, energischer gegen die alten Mächte durchzugreifen und die hohen Kontributionen wenigstens gerecht zu verteilen (1115,109-114).

In der Frage des Anschlusses der Rheinlande an die Französische Republik oder der Errichtung einer selbständigen linksrheinischen Republik unter französischem Schutz setzte sich Biergans im «Brutus» für den Anschluss ein,

während er in der cisrhenanischen Bewegung 1797 eine selbständige Republik befürwortete. Diese unterschiedlichen Auffassungen widersprechen sich m.E. insofern nicht, als es Biergans vor allem auf die Loslösung vom Deutschen Reich ankam. Der Rhein sollte die «Scheidmauer» zwischen Tyrannei, Despotismus und Monarchie einerseits und Freiheit, Gerechtigkeit und Republik andererseits sein. Dagegen war die Frage Anschluss oder eigene Republik sekundär. Dennoch scheint Biergans schon im «Brutus» als Fernziel eine mit Frankreich verbündete linksrheinische Republik vor Augen gehabt zu haben. Um möglichst schnell in den Genuss von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit kommen zu können, forderte er zunächst den Anschluss. Nach einer Zeit der Erlernung demokratischer Praxis und der Stabilisierung der neu gewonnenen Freiheit unter französischem Schutz wäre dann das «Volk am Rhenus» «civilisirt» genug, dass es «ganz allein im Stande» wäre, «den Tyrannen den Übergang über den Strom zu versagen» (II 7, 171).

Darüber hinaus verkündete er offen sein Bekenntnis zum Tyrannenmord (II 9,217-223 und III 2,23-29) und seine positive Stellung zur Hinrichtung Ludwigs XVI. Er verurteilte England und Österreich als die gefährlichsten Kriegstreiber und machte sie für das Elend in Europa verantwortlich, während seine Stellung zu Preussen eine eher positive war (I 2,33-41). In anderen Artikeln griff Biergans mit scharfen Worten Adel und Klerus an, die «von allen Lasten und Abgaben frei» waren und den von den «arbeitenden Volks=Klassen» erarbeiteten Reichtum verprassten (112-14,277 ff., 325 ff, 359 ff.). Er beschwerte sich über die Kleinstaaterei mit ihren vielen Grenzen und hohen Zöllen, die den freien Reiseverkehr behinderten und den Handel sehr belasteten (13,73 ff). All dies, zusätzlich zu dem kirchlich-religiösen Despotismus, machte für Biergans eine Revolution notwendig.

Biergans' Anschauungen wurden weitgehend von den rheinischen Patrioten geteilt. In den kirchlich-religiösen Fragen finden sich zahlreiche Übereinstimmungen zwischen ihm und Eulogius Schneider, der auch sein dichterisches Vorbild war (32), Franz Dautzenberg in Aachen (33) und dem zuerst in Köln lebenden, dann in Bonn wirkenden Johann Baptist Geich (34). Auf den jungen Joseph Görres in Koblenz, der seinen ersten satirischen Aufsatz

«Der allgemeine Friede» im «Brutus» erschienen liess (II 1,13-24), scheint Biergans sogar einen nicht geringen Einfluss dessen Stellung zur Kirche betreffend ausgeübt zu haben. (35) Die politischen Anschauungen Biergans' waren weniger ausgeprägt als die der meisten anderen rheinischen Jakobiner. Aber in seinen Auseinandersetzungen mit dem Kölner Rat fand er neben der Unterstützung Dautzenbergs insbesondere die von Geich. Dieser protestierte ebenfalls gegen die Sendung Dumonts, kritisierte die Politik des Senats und berichtete über die Auseinandersetzung zwischen diesem und Biergans, den er «einen unserer besten Patrioten» nannte. Auch er äusserte sich unzufrieden über den langsamen Verlauf der Revolution. Ausser mit Dautzenberg und Geich war Biergans sicher mit den beiden Moderatoren des Kölner Konstitutionellen Zirkels von 1798, Michel Venedey (36) und Christian Sommer (37), bekannt.

All diese Übereinstimmungen in den Auffassungen und die persönlichen Beziehungen widerlegen die von Jakob Venedey, dem Sohn des Kölner Jakobiners, aufgestellten Behauptungen über Biergans' Stellung innerhalb der rheinischen Jakobinerbewegung.

Biergans war vor allem ein radikaler Publizist, dem es darauf ankam, unmittelbar zu wirken und direkt Einfluss zu nehmen. Der «Brutus» bezog sich konkret auf die örtlichen Verhältnisse und war an die Kölner und die Landbevölkerung adressiert. Biergans bediente sich daher bewusst der einfachen, häufig recht derben Sprache des Volkes: «Hier will man die Wahrheit nackt und ohne Schminke sehen; das Volk hat hier seine eigene Sprache, seine Lieblingsausdrücke, die Satyre und das Lächerliche gefallen ihm, der Schriftsteller muss sich also hierin schicken, wenn er nutzen will.» (II², 14). So wie den beiden «Brutus»-Zeitschriften, die zusammen fast genau ein Jahr lang erschienen, war den meisten jakobinischen Journalen eine sehr kurze Erscheinungszeit gemeinsam. Dies hing mit dem Kräfteverhältnis zwischen den Jakobinern, den alten Obrigkeiten und den Franzosen zusammen. Die Franzosen hatten die herrschende Stellung von Geistlichkeit und Adel sowie die lokalen politischen Institutionen zunächst im Wesentlichen nicht angetastet. Gegen diese Vertreter der alten Feudalordnung war der Kampf der Patrioten gerichtet. Aber alleine waren sie zu schwach, die bestehenden Verhältnisse zu ändern. Ihr Kreis

war sehr klein, und sie hatten keine ausreichende Basis in der Bevölkerung. Andererseits erhielten sie von den Franzosen nicht die erhoffte Unterstützung für ihre Sache. Sie wurden von ihnen vor Verfolgungsmassnahmen seitens der alten Obrigkeiten nur ungenügend geschützt, ja ihr Radikalismus war den Besetzern selbst unbequem. .

Die Tätigkeit der rheinischen Jakobiner war also durch ihre eigene schwache Position sowie durch die Ziele der französischen Politik, die nur partiell mit den ihrigen übereinstimmten, bestimmt. Trotz dieser schwierigen Bedingungen entstand nach der endgültigen Besetzung eine patriotisch-demokratische Bewegung in den Rheinlanden. Mit seinen «Brutus»-Zeitschriften stand Biergans an ihrem Anfang. Auf dem Höhepunkt dieser Bewegung tauchte sein Name im Zusammenhang mit den Bestrebungen für eine Cisrhenanische Republik 1797 und der Gründung Konstitutioneller Zirkel 1798 ebenfalls wieder auf. Sein Kampf und seine Ziele waren die gleichen wie die seiner Gesinnungsfreunde. Ganz sicher gehört er zu dieser ersten bürgerlich-demokratischen Bewegung in Deutschland am Ende des 18. Jahrhunderts.

Anmerkungen

- (1) Cornelius v. Grumbkow: Der rheinische Jakobiner Franz Theodor Mathias Biergans (1768-1842) und seine Zeitschrift «Brutus oder der Tyrannenfeind», Magisterarbeit Heidelberg 1977 (masch.). Dort finden sich die genauen Quellenbelege. Einige Passagen aus meiner Arbeit habe ich hier übernommen.
- (2) vgl. dazu den Überblick bei Axel Kuhn: Jakobiner im Rheinland. Der Kölner konstitutionelle Zirkel von 1798, Stuttgart 1976, S. 163 ff.
- (3) Clemens Theodor Perthes: Politische Personen und Zustände in Deutschland zurzeit der französischen Herrschaft, Bd. 1: Das südliche und westliche Deutschland, Gotha 1862, S. 190. Zu Geich und Sommer s.o. mit Anm. 34 und 37.
- (4) Jakob Venedey: Die deutschen Republikaner unter der französischen Republik, Leipzig 1870, S. 228.
- (5) E. Pauls: Beiträge zur Geschichte der Buchdruckereien, des Buchhandels, der Censur und der Zeitungspressen in Aachen bis 1816, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 15 (1893), S. 97 ff., zu Biergans S. 155-162, das Zitat S. 156.

- (6) Justus Hashagen: Das Rheinland und die französische Herrschaft. Beiträge zur Charakteristik ihres Gegensatzes, Bonn 1908; ders.: Franz Theodor Biergans, ein stadtkölnischer Journalist unter französischer Herrschaft, in: *Alt-Köln* 6 (1913), S. 35/36; ders.: Probleme der Görresforschung, in: *Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst* 32 (1913), S. 409 ff., zu Biergans S. 420-423.
- (7) Joseph Hansen (Hg): *Quellen zur Geschichte des Rheinlandes im Zeitalter der Französischen Revolution 1780-1801*, Bonn 1931-1938.
- (8) ebd. Bd. III, S. 23*.
- (9) Walter Grab: *Eroberung oder Befreiung? Deutsche Jakobiner und die Franzosenherrschaft im Rheinland 1792-1799*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 10 (1970), S. 48; ders.: *Leben und Werke norddeutscher Jakobiner (=Deutsche revolutionäre Demokraten, Bd. 5)*, Stuttgart 1973, S. 13. – Inge Stephan: *Literarischer Jakobinismus in Deutschland (1789-1806)*, Stuttgart 1976. – Kuhn, Jakobiner im Rheinland. – Bruno Fischer/Birgit Scherer: «Der Genius der Freiheit ruft.» *Demokratische Bewegungen in Köln zurzeit der Französischen Revolution*, in: *Das andere Köln. Demokratische Traditionen seit der Französischen Revolution*. Hrsg. von Reinhold Billstein, Köln 1979, S. 29-58, zu Biergans S. 42 ff. – Helmut Reinalter: *Der Jakobinismus in Mitteleuropa. Eine Einführung*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1981.
- (10) Hans-Werner Engels: *Gedichte und Lieder deutscher Jakobiner (=Deutsche revolutionäre Demokraten, Bd. 1)*, Stuttgart 1971. Jörn Garber: *Revolutionäre Vernunft. Texte zur jakobinischen und liberalen Revolutionsrezeption in Deutschland 1789-1810*, Kronberg/Ts. 1974. – Axel Kuhn: *Linksrheinische deutsche Jakobiner (=Deutsche revolutionäre Demokraten, Bd. 2)*, Stuttgart 1978.
- (11) *Brutus oder der Tyrannenfeind. Eine Zehntags-Schrift um Licht und Patriotismus zu verbreiten*. Hrsg. von Franz Theodor Biergans, Köln 1795. Neudruck Kraus Reprint, Nendeln 1972.
- (12) Zu den Verhältnissen in Köln vgl. zuletzt Kuhn, *Jakobiner im Rheinland*, S. 24 ff., das Zitat S. 26, und Fischer/Scherer S. 29 ff.
- (13) Biergans druckt hier einen «Judenpass» ab. Im Folgenden stehen Hinweise auf den «Brutus» in Klammern im Text, wobei I und II den 1. und 2. Jahrgang von «Brutus oder der Tyrannenfeind», III und IV das 1. und 2. Vierteljahr von «Brutus der Freie» bezeichnen.
- (14) Venedey S. 14. Dazu ferner Hannsjürgen Geisinger: *Aufklärung und Revolution. Die Freiheitsbewegung in Bonn am Ende des 18. Jahrhunderts*, Stuttgart 1978, S. 50 ff., 61.
- (15) Joseph Götzen: *Der erste Kölner Musenalmanach und sein Verfasser Franz Theodor Matthias Biergans*, in: *Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins* 6/7 (1925), S. 155-172.
- (16) Zu den *Gegenschriften* vgl. Hansen Bd. III, S. 508-512.
- (17) Zum genauen Ablauf der Ereignisse vgl. ebd. S. 720-724 und Grumbkow S. 23-25.
- (18) *Der Freund der Freiheit*, 7. Stück vom 16. *Frimaire* VI/6.12. 1797. Wiederabgedruckt bei Engels S. 164/165.
- (19) Vgl. dazu zuletzt Kuhn, *Linksrheinische deutsche Jakobiner*, S. 17 ff. und Geisinger S. 128 ff.
- (20) Ein unvollständiges Exemplar befindet sich in der Stadtbibliothek Aachen; vgl. dazu Grumbkow S. 31/32.
- (21) *Landeshauptarchiv Koblenz*, 241 ff, Nr. 904.
- (22) ebd. Nr. 912, S. 151-154, 173-176, 179.
- (23) ebd. Nr. 912, S. 267/268.
- (24) *Hauptstaatsarchiv Düsseldorf*, *Gerichte Rep. 11*, Nr. 1432.
- (25) *Landeshauptarchiv Koblenz*, 241 ff, Nr. 1028 sowie *Hauptstaatsarchiv Düsseldorf*, *Gerichte Rep. 11*, Nr. 1499.
- (26) *Hauptstaatsarchiv Düsseldorf*, *Gen.-Gouv. N. u. M. Rhein*, Nr. 957, fol. 52-56.
- (27) *Der Barde der Ruhr. Nothgedrungener Vorbericht*, Aachen 1815.
- (28) Venedey S. 220, 228.
- (29) Über ihn vgl. Wilhelm Weisweiler: *Geschichte des rheinpreussischen Notariats*, Bd. 2: *Die preussische Zeit*, Essen 1925, S. 209.
- (30) Vgl. dazu Grumbkow S. 58 f., 108 f., 110.
- (31) Hansen Bd. III, Nr. 118, 122, 137, 140, 146-148.
- (32) Walter Grab: *Eulogius Schneider: Ein Weltbürger zwischen Mönchszelle und Guillotine*, in: *Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Jakobinismus*. Hrsg. von Gert Mattenklott und Klaus R. Scherpe, Kronberg/Ts. 1975, S. 61-138; s.a. Grumbkow S. 78.
- (33) Klaus Müller: *Franz Dautzenberg (1769-1828)*, in: *Rheinische Lebensbilder*, Bd. 7, Köln 1977, S. 63-81; Grumbkow S. 75 f.
- (34) Geisinger S. 143 ff. und Grumbkow S. 75.
- (35) Hashagen, *Probleme der Görresforschung*, S. 420-423. – Roman Reisse: *Die weltanschauliche Entwicklung des jungen Joseph Görres (1776-1806)*, Breslau 1926, S. 56 ff., 62 ff. – Grumbkow S. 76, 78 f.
- (36) Jakob Venedey (1870), ferner Kuhn, *Jakobiner im Rheinland*, S. 93-96, 154-156, 158-162.
- (37) Günter Bers/Waltraut Trilsbach: *Der Kölner Demokrat Christian Sommer (1767-1835)*, in: *Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins* 45 (1974), S. 63-110 und Grumbkow S. 76 f.

«Meinen Wert als Frau hatte ich zu beweisen, indem ich einwilligte, ein Mann zu werden»

Die Frauenfrage in der DDR-Literatur der fünfziger und frühen sechziger Jahre

I. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Situation der Frau in der DDR

Die Frauenpolitik der SED zielte immer darauf hin, die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann durchzusetzen, nie ging es um eine Emanzipation von den Normen und Zwängen der bürgerlich-patriarchalischen Gesellschaft. Die traditionelle Frauenrolle erschien lediglich als Defizit. Die geringe Bedeutung der Frauenfrage in der traditionellen marxistischen Politik lässt sich auf eine Gesellschaftsanalyse zurückführen, die den Bereich der Mehrwertproduktion als das zentrale Feld der Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat ansieht, von dem die Frauen als Produzentinnen von Gebrauchswerten im häuslichen Bereich ausgeschlossen sind. Im Rahmen dieser Analyse verharren die Frauen in einer feudalen Abhängigkeit vom Ehemann, abgeschnitten von der Erfahrung des gesellschaftlichen Produktions- und Lebensprozesses. Sie sind gesellschaftlich machtlos und entbehren jeglicher ökonomischen und politischen Identität. Ihre einzige Chance, aus der gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit heraus zu kommen, ist die, die das Kapital ihnen ebenfalls bietet, der Eintritt in die Lohnarbeit. Nur hier, dem Mann gleich, sind sie auch fähig, die Erfahrungs- und Lernprozesse durchzumachen, die ihre Integration in den kollektiven Kampf des Proletariats ermöglichen. Die Hausarbeitsproblematik wird auf die Alltagsroutine von Kindergeschrei und Abwasch reduziert, d.h. sie wird herausgelöst aus der Gesamtheit der Reproduktionsverhältnisse, die auch die Sphäre emotionaler und sexueller Beziehungen umfasst. Niemals wurde die Frage problematisiert, ob Frauen, wenn auch nur in ganz rudimentärer Form, ein anderes, aber darum nicht minder revolutionäres Bewusstsein entwickeln könnten. Der ausserhäuslichen Erwerbstätigkeit der Frau wurde die zentrale Bedeutung

zugeschrieben, Befreiung der Frau und Berufstätigkeit wurden in eins gesetzt. Das führte zu einer nahezu vollständigen Einschränkung der gesamten Frauenpolitik auf die Probleme und die Agitation lohnabhängiger Frauen. Andere Problemstellungen, welche mit den kulturellen Bestimmungen der Frau durch patriarchalische Ordnungsmuster verbunden sind, traten kaum als Fragen ins Bewusstsein und wurden, sofern sie sich tatsächlich einmal stellten, sofort rationalistisch reduziert.

Diese Reduzierung ist in ihrer ganzen Dimension erst dann völlig zu erfassen, wenn man den allgemeinen Stellenwert der Arbeit in den Gesellschaftsvorstellungen der SED berücksichtigt. Nicht die Aufhebung der entfremdeten Arbeit ist das Ziel der Gesellschaftsveränderung, sondern die grösstmögliche Effektivierung des Arbeitsprozesses. Im Sinne der Ideologie von der wissenschaftlich-technischen Revolution wird den Menschen in der DDR, ebenso wie bei uns, ein ‚Ausweg‘ lediglich in Form eines individuellen Aufstiegs angeboten, was sich im Rahmen der Frauenpolitik in der ewigen Forderung ‚qualifiziere Dich, qualifiziere Dich‘ niederschlägt.

In dieser, auf traditionelle Werte und Normen verpflichteten Gesellschaft bleibt das Subjekt mit seinen konkreten Bedürfnissen nach wie vor auf die vom Arbeitsprozess getrennte Privat-Sphäre verwiesen, die für die Leiden der Arbeit kompensatorisch – und damit reduzierte – Bedürfnisbefriedigung bereit halten soll, für die immer noch die Frau zuständig ist. Der lohnabhängigen Frau wird damit die Doppelfunktion ‚Frau und zugleich Mann‘ zu sein zugewiesen, was unter anderem die Situation einer ständigen atemberaubenden Jagd nach Zeitgewinn entstehen lässt.

«Meinen Wert als Frau hatte ich zu beweisen, indem ich einwilligte, Mann zu werden.» (1) Diese Metapher von Christa Wolf ist lesbar als ein Hinweis darauf, dass die ökonomische In-

tegration der Frau in der DDR eine Geschichte ihres Verstummens war.

1.2. Zur Erwerbstätigkeit der Frau in der DDR

Historischer Hintergrund für das Anknüpfen der SED an den eben entwickelten Zielvorstellungen zur Frauenemanzipation war der ungeheure Arbeitskräftemangel in der DDR nach 1945. Die Integration der Frau in das Erwerbsleben wurde in der Folge konsequent propagiert. Wichtigste Tagesförderungen waren: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, umfassende politische und berufliche Qualifizierung der Frauen, soziale Erleichterungen für die berufstätige Frau. Dazu gehörten verbesserter Arbeits-, Mutter- und Kinderschutz, Erleichterungen in der Hausarbeit, Sozialfürsorge, Witwen- und Waisenrente und die Rechtsgleichheit in der Familie. Die vom Deutschen Volkskongress am 7.10.1949 bestätigte Verfassung betonte den Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘. Das Arbeitsverhältnis wurde als ganz besonders schutzwürdig bezeichnet und zugleich die Schaffung spezieller Einrichtungen vorgeschrieben, die gewährleisten sollten, «dass die Frau ihre Aufgaben als Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann.» (Art. 18)

1950 wurde das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau erlassen. Das Gesetz legt fest, den Frauen alle Berufe zugänglich zu machen, das bestehende Ausbildungsgefälle zwischen Mann und Frau abzubauen, die Förderung von Frauen, die Hoch- und Fachschulstudien absolvieren, die Förderung von Jungarbeiterinnen und Aktivistinnen.

Dennoch vollzog sich das Eindringen von Frauen in bisher männlich dominierte Berufszweige äusserst langsam. Ein Aufstieg von Frauen in leitende gesellschaftliche oder wirtschaftliche Positionen fand im Lauf der fünfziger Jahre kaum statt. Der wachsenden Kritik versuchte die SED 1961 mit dem Komunique ‚Die Frau, der Friede und der Sozialismus‘ zu begegnen. Die zunehmende Bedeutung der Frau in der Wirtschaft wird betont und es wird darauf hingewiesen, Massnahmen einzuleiten, die zu einer Erhöhung des Anteils von Frauen in mittleren und leitenden Funktionen führen sollen. Der Beschluss des Ministerrats zur Durchführung des Komunique’s 1962 legt diese Massnahmen genauer fest. Mit Hilfe eines

systematischen Qualifizierungsprogramms soll der werktätigen Frau eine nachträgliche Berufsausbildung vermittelt werden, die mehrstufig angelegt, die ungelernete Arbeiterin zur Facharbeiterin, Technikerin und Ingenieurin weiterbildet. Das Studium von Frauen, insbesondere in den technischen Berufen, ist intensiv zu fördern. Mit der Diskussion und Durchsetzung dieses Komunique’s wurde die bereits praktizierte Linie der SED bezüglich der Frauenpolitik besonders eindrücklich festgelegt. Die Emanzipation der Frau und ihre Weiterbildung werden in eins gesetzt, der individuelle Aufstieg durch verstärkte Bildungsanstrengungen wird propagiert.

Auch heute noch belegen die Mehrzahl der Studentinnen pädagogische oder medizinische Studiengänge, Frauen dominieren im Dienstleistungsbereich, und innerhalb der Wirtschaftsbereiche verteilen sich ihre Beschäftigungen auf wenige Berufe: Sekretärinnen, Textilarbeiterinnen, Verkäuferinnen, Putzfrauen, Bedienungspersonal, Näherinnen, medizinische Hilfskräfte, Packerinnen und Landarbeiterinnen. In diesen Berufen arbeiteten 1964 70% aller Frauen. (2)

Das Fachschulstudium kann als die für die Frau typische Aufstiegsmöglichkeit angesehen werden. Mit dieser Qualifizierung können allerdings keinerlei Leitungspositionen erreicht werden. Selbst eine relativ subalterne Leitungsposition wie die des Meisters wird von Frauen kaum erlangt. Das Qualifikationsniveau der Frauen in der materiellen Produktion liegt unter dem Landesdurchschnitt: nur 28% der Frauen haben eine Ausbildung.

Die traditionsgemässe Beschäftigung von Frauen in bestimmten Wirtschaftsbereichen ist mit einer traditionsgemässen schlechten Bezahlung verbunden. Im Industriebereich, wo die höchsten Löhne bezahlt werden, gehören 80% der Frauen (25% der Männer) den vier niedrigsten Lohngruppen an. (3) Im Dienstleistungsbereich, z.B. als Krankenschwester oder Vorschullehrerin mit dem Qualifikationsniveau eines Facharbeiters, erhalten sie knapp den Lohn eines ungelerneten Arbeiters. (4) Dieses Lohnniveau ist ein zusätzlicher Hinderungsgrund, dass Männer nicht in Frauenberufen vordringen.

1.3. Zur Familiensituation und Doppelbelastung der Frau

Die Familie als Zentrum des Privatlebens bleibt in der DDR völlig unangetastet. Im Familien-gesetzbuch, das die Volkskammer am 20. Dezember 1965 verabschiedete, heisst es:

«Die Familie ist die kleinste Zelle der Gesellschaft. Sie beruht auf der für das Leben geschlossenen Ehe und auf den besonders engen Bindungen, die sich aus den Gefühlsbeziehungen zwischen Mann und Frau und den Beziehungen gegenseitiger Liebe, Achtung und gegenseitigen Vertrauens zwischen allen Familienmitgliedern ergeben.»

Wie sehr gerade der Versuch unternommen wurde, vor allem die Frauen auf diese Ehe- und Familienvorstellungen zu verpflichten, belegen zahlreiche Artikel in Zeitschriften und Sammelbänden, die für die Frau herausgegeben werden: «Die sozialistische Gesellschaft hat das grösste Interesse an gesunden Familienverhältnissen, die dem Einzelnen festen inneren Halt geben und eine Quelle der Kraft und Schaffensfreude sind. Vor allem steht die Aufgabe, das Ehe- und Familienleben so zu gestalten, dass es – getragen von Zuneigung und Vertrauen der Ehegatten, der verständnisvollen Fürsorge für die Kinder und der daraus sich ergebenden Achtung der Kinder für ihre Eltern – nicht nur die individuellen Bedürfnisse der Menschen befriedigt, sondern mit den gesellschaftlichen Interessen und Aufgaben in Einklang steht. Das findet in den Geboten der sozialistischen Moral seinen Ausdruck:

- Du sollst sauber und anständig leben und Deine Familie achten.
- Du sollst Deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.» (5)

Durch indirekte Zwänge, vor allem durch das Mittel der staatlichen Wohnungszuweisung, werden praktische Versuche, eine andere Form des Zusammenlebens zu finden, unterbunden. Auch in der DDR leisten die Frauen nach wie vor 70% der Hausarbeit, was bedeutet, dass sie neben ihrem Beruf noch einen zweiten vollwertig ausüben müssen, denn im Durchschnitt werden pro Woche 47,1 Std. für die Hausarbeit aufgewendet, davon leistet die Frau 37,1 Std., der Mann 6,1 Std. (6)

Angesichts der real existierenden Doppelbelastung der Frauen erscheint ein Gesetz, das beide Ehepartner zur Teilung der Hausarbeit

verpflichtet, fast als Zynismus. Die ausserordentlich zahlreichen Scheidungsanträge, die zumeist von Frauen gestellt werden, signalisieren den Kleinkrieg, den die Frauen in der DDR im Schatten solcher Gesetze führen müssen. (7) Dem Problem der real existierenden Doppelbelastung der Frauen, das wie die Literatur der DDR zeigt, bereits seit Beginn der fünfziger Jahre immer wieder auftaucht, versuchen staatliche Stellen in der DDR mit Rationalisierungen zu begegnen. Kindergärten, die Teilung der Hausarbeit unter den Ehepartnern und die schnellere Erledigung der Hausarbeit mittels technischer Geräte waren die ‚Lösungen‘, die den Frauen in ständiger Wiederholung angeboten wurden.

Besonders im Bereich der Kleinkinder-Erziehung war und ist die Haltung der SED schwankend und zwiespältig. Selbst bis Ende der sechziger Jahre fanden nur 24% aller Kinder einen Krippenplatz. Die SED scheint in diesem Bereich vor ihrem eigenen Pragmatismus zurückzuschrecken, erlaubt jedoch als Alternative nur die Familienerziehung und propagiert damit verbunden das Ideal der ‚ausgefüllten ‚glücklichen, sozialistischen Mut. Selbstverständlich wurden die Frauen auch weiterhin indirekt unter Druck gesetzt, berufstätig zu sein, was den Versuch beinhaltete, den real auftretenden Anstrengungen für die Frauen das Bild einer, mit zahlreichen Attributen einer sexuell attraktiven Traumfrau ausgestatteten Superfrau entgegen zu setzen. «Teilzunehmen am umfassenden Aufbau des Sozialismus, sich hohe Kenntnisse anzueignen, gute Ehepartner zu sein, feinfühligere Erzieherinnen, liebevolle Mütter ihren Kindern, die mit klarer und fester Hand unseren Staat mit regieren.» (8)

1.4. Zur politischen Organisierung der Frauen

Bereits 1945 bildeten sich auf Initiative der KPD antifaschistische Frauenausschüsse, die im Kampf um den Volksentscheid zur Entscheidung von Kriegs- und Naziverbrechern die Grundlage für den ‚Demokratischen Frauenbund Deutschlands‘ bildeten, der 1945 gegründet wurde. Der DFD bildete zahlreiche Arbeitskommissionen: Sozial-, Erziehung-, Kultur-, Verfassung- und juristische Kommission. Der Schwerpunkt seiner Arbeit lag in den Wohnbereichen und in der Hausfrauenagitation, mit dem eindeutigen Ziel, diese für

die berufliche Tätigkeit zu gewinnen. Darüber hinaus führte der DFD mehrere politische Kampagnen durch.

In den Aufbaujahren findet zudem eine intensive Werbung der SED um die Mitgliedschaft der Frauen statt. Infolge der besonderen Förderung des weiblichen Kadernachwuchses waren 1948 400'000 Frauen in der Partei organisiert, bei einem Mitgliederstand von insgesamt 1,7 Millionen. Für die Frauen wurden Schulungskurse eingerichtet und um ihnen die regelmäßige Teilnahme zu ermöglichen, wurden diesen Kursen Kindergärten angeschlossen. Das erste Parteistatut von 1946 garantierte den weiblichen Mitgliedern eine Mindestvertretung in den führenden Parteiorganen auf allen Organisationsebenen. Der weibliche Anteil bei den Vorständen lag bei etwa 25 – 30%. (9) Gabriele Gast (10) konstatiert jedoch, dass bereits zu Beginn der fünfziger Jahre die zuvor so intensiv geführte Diskussion, die Gleichberechtigung der Frau in der Partei zu verwirklichen, schwächer wurde. Es blieb bei der lapidaren Feststellung, dass die Genossinnen eine wichtige Kraft in der Partei seien. Allerdings dürfe nicht vergessen werden, dass die berufstätigen Frauen rein zeitlich stark belastet seien und von daher besonders unterstützt und gefördert werden müssten. Immer wieder wurde betont, dass der Anteil von Frauen in Leitungsebenen zu vergrößern seien. Demgegenüber wurde jedoch bereits auf dem 3. Parteitag 1950 ein neues Statut angenommen, in dem der Passus über die pflichtmässige Heranziehung von Frauen in Leitungsebenen gestrichen wurde und seitdem auch in keine weitere Fassung aufgenommen wurde. Der Frauenanteil in den verantwortlichen Wahlfunktionen der SED, auch auf unterer Organisationsebene, ging in den folgenden Jahren zurück und entsprach in keiner Weise dem weiblichen Mitgliederanteil in der Partei. In vielen Grundorganisationen bürgerte es sich ein, die weiblichen Mitglieder von der Teilnahme am Parteilehjahr zu befreien oder ihnen ein vorzeitiges Verlassen der Mitgliederversammlungen zu ermöglichen. Auch der Anteil der Frauen an den Schulungen nahm ab. Auf Initiative der SED wurden 1952 in den Betrieben Frauenausschüsse gebildet. Als Grund wurde genannt, dass die Bildung dieser Frauenausschüsse dem dringenden Bedürfnis entspreche, die verfassungsmässig garantierte Gleichberechtigung schneller und tiefgehender durchzusetzen. Die Frauenausschüsse, die nur

von Frauen gewählt wurden, waren Interessenorgane aller Frauen im Betrieb, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation. Sie hatten als Vereinigung aller Frauen kein besonderes Programm oder Statut, hatten aber das Recht, zu allen die Frauen interessierenden Fragen öffentlich Stellung zu nehmen. Die Arbeit dieser Frauenausschüsse wurde durch eine gewisse Rivalität zu den Gewerkschaften eingengt, die sich oft geklagten, dass die Frauen ihre Kompetenzen überschritten. Diese Auseinandersetzungen wurden dadurch ‚bereinigt‘, dass die Frauenausschüsse 1967 Teil der FDGB-Betriebsleitung wurden. Dieselben Überlegungen, die die Partei dazu brachten, besondere Frauenabteilungen in der SED aufzulösen, führten zu dieser Umstrukturierung betrieblicher Frauenausschüsse. Es wurde dahingehend argumentiert, dass die Probleme arbeitender Frauen keine reinen Frauenfragen seien, sondern alle Menschen betreffen. Damit wurden alle Möglichkeiten der Frauen, sich in Partei und Gewerkschaft autonom zu organisieren, zunichte gemacht. Eine Möglichkeit, sich zur Durchsetzung der eigenen spezifischen Interessen in entscheidungsbefugten Frauengruppen zusammenschließen, existiert in keinem gesellschaftlichen Bereich der DDR. Die Frauen haben bis jetzt angesichts der massiven Behinderung von Seiten des Staates schweigend kapituliert. Obwohl sie 25% der SED-Mitglieder stellen, sind sie in jenen Parteifunktionen überproportional vertreten, die lediglich repräsentativen Charakter haben, oder denen keine Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse zukommt. Politisch zum Fussvolk degradiert, haben die Frauen in der DDR heute kaum eine Möglichkeit, der Logik von ökonomistischer Notwendigkeit (Arbeitskräftemangel) und ökonomistischer Ideologie (die Gleichberechtigung der Frau wurzelt in ihrer Stellung in der Produktion) etwas Eigenständiges entgegen zu setzen.

II. Die Darstellung der Frau in der DDR-Literatur – Altes verkündet den Aufbruch in eine ‚Neue Zeit‘

Diese These lässt sich, meiner Meinung nach, sowohl als Überschrift bezüglich der Darstellung des beruflichen, als auch des privaten Bereichs der Frau in der DDR-Literatur der fünfziger/sechziger Jahre setzen. Unwidersprochen bleibt die These, dass die Frau in der

DDR Staat und Partei auf ihrer Seite hat, dass es nur an ihr selbst liegt, ‚ihr Leben in die Hand zu nehmen‘, dass sie, wie Marianne Bruns es in ihrem Roman ‚Glück fällt nicht vom Himmel‘ formuliert, bereits ‚befreit sind‘, und es werden lediglich Zweifel geäußert, ob die Frauen die ihnen angebotenen Chancen nutzen, ob sie es schaffen werden. Die Heldin der Arbeit ist das weibliche Leitbild der Literatur dieser Zeit. Die nicht-berufstätige Frau gilt als Hüterin kleinbürgerlicher Bewusstseins- und Verhaltensformen. Weibliches Selbstbewusstsein wurzelt in der Gewissheit, ‚der bessere Mann‘ zu sein. Gleichzeitig unterbleibt der Versuch einer Aufarbeitung und Problematisierung des traditionell Weiblichen. Die Suche nach einem neuen Selbstverständnis als Frau findet nicht statt. Weibliche Rollenklischees werden beibehalten und mit der Berufstätigkeit der Frau verbunden. Die Frau kann einen männlichen Beruf ausüben, das ewig Weibliche und erotisch Anziehende bleibt ihr dennoch. Die Frau behält den Charakter eines passiven Objekts: Sie ist hilfsbedürftiges Mädchen, mütterliche Glücke, Traum- und Märchenfrau, eine ideale Komposition der Eigenschaften, die der Mann liebt: erregende, aber zähmbare femme fatale, Madonna, souveräne Hausfrau, eine Mischung aus nüchternem Verstand, magischen Fähigkeiten und mädchenhafter Naivität. Der allen Frauen gemeinsame Tugendkatalog besteht in Natürlichkeit, Schlichtheit, Sauberkeit, Fleiss. Auf die Problematik der Doppelbelastung reagiert die Literatur vornehmlich mit der Konstruktion der Superfrau (11), die gesellschaftliches Durchsetzungsvermögen und technischen Sachverstand in idealer Weise zu verbinden weiss mit den enormen organisatorischen Fähigkeiten, die Aufgaben im Reproduktionsbereich ‚nebenbei‘ zu erledigen.

Zwar werden auch Risse und Konflikte im Lebensbereich der Frauen deutlich, artikulieren Frauen ihr Unbehagen an dem von der SED verordneten Zweckoptimismus, ihr Leben zu meistern, ihren Mann zu stehen, aber dieser Protest bleibt im Ansatz stecken oder wird durch unglaubliche ‚Lösungen‘ beigelegt, verzweifelte Äusserungen über die Zerrissenheit des Alltags, wie sie Christa Wolf in der Tagebuchskizze ‚Dienstag, der 27. September 1960‘ formuliert, sind die Ausnahme. Ihre Frage, ob die alltägliche Situation der Frau nicht auch auseinander fallen kann zu einer sinnlosen Häufung vergangener Zeit‘, bleibt

unbeantwortet. Erst die Literatur der 70er Jahre wird Medium der Selbstverständigung von Frauen über Frauen, erst hier entwickelt sich das Bewusstsein von den Grenzen der Emanzipation durch den Beruf: – «zu tun, was die Männer tun, hat die Frauen zu der Frage geführt ‚was tun die Männer überhaupt eigentlich?‘.» (12)

II. 1. Berufstätigkeit der Frau als Scheinlösung weiblicher Konflikte

«Vielleicht wird sie auch nicht anders. Viele Frauen ändern sich jetzt, Vater Czupak.» «Ja, – wenn sie arbeiten», antwortete er,» sonst nicht. Wir wollen froh sein, wenn sie nicht noch anderen den Kopf dreht.» (13) Diese Einschätzung des väterlichen Genossen Czupak, der bereits als Dreijähriger von seinen Eltern auf Versammlungen von August Bebel und Clara Zetkin mitgenommen wurde und nach dessen Meinung Bebel, Zetkin, Lenin und Stalin die Frauen bereits befreit haben, könnte als Motto für die Bedeutung der Berufstätigkeit stehen, die diese im Leben der Heldinnen der frühen DDR-Literatur einnimmt. Bei ihrem Befreiungsversuch treffen diese Frauen im beruflichen und privaten Bereich auf Männer, die entweder traditionellen Vorstellungen bezüglich der natürlichen Aufgaben der Frau anhängen oder ganz offen ihre Privilegien verteidigen, den Frauen Steine in den Weg legen und nicht bereit sind, womöglich anfallende Unbequemlichkeiten in Kauf zu nehmen. In der Auseinandersetzung mit diesen Männern entwickeln die Frauen Zähigkeit, Durchsetzungsvermögen und ein politisches Bewusstsein, das sich ohne Weiteres in die Strategie der SED, den Aufbau des Sozialismus und der Produktion gleichzusetzen, integrieren lässt.

In der Erzählung von Willi Bredel ‚Petra Harms‘ (1950), in der sich die Titelheldin von einer Büroangestellten zum Maurer ausbilden lässt, wird vor allem der Widerstand ihrer männlichen Kollegen gezeigt. Diese verhalten sich arrogant und herablassend gegenüber Petras Plänen, die eine Arbeit leisten möchte, ‚die ihr Freude macht und am besten dem allgemeinen Ziel dient‘. (14) Die Männer bilden untereinander eine Einheit gegenüber Petra, die sie durch eine besonders harte Ausbildung dahin bringen wollen, selbst einzusehen, dass diese Arbeit ‚nichts für sie ist‘ und die damit

eine grundlegende Lektion bezüglich ihrer hochfliegenden Pläne erhalten soll. Erst auf der Grundlage dieser Erniedrigung und den damit verbundenen Verhöhnungen erringt Petra die Bewunderung ihrer männlichen Kollegen, da sie diese Rosskur durchhält, die Zähne zusammen beisst und es lediglich wagt, für sich allein im Zelt zu weinen. Dennoch werden Männer eher naiv als unsympathisch dargestellt. Die Werte der Männer gelten unangestastet, dennoch müssen bestimmte Verhaltensweisen kritisiert werden, die der Integration der Frau in Männerberufe Widerstand entgegen setzen. Hier setzt der Erzähler in geschickter Weise Elemente der Komik ein. Plebejische und schwankhafte Darstellungsweisen («er lacht, dass der Bauch wackelt und ihm sogar die Tränen kommen»), die Männer argumentieren ‚spitzbübisch‘, etc.) haben die Funktion, die weltanschauliche Position der Figur lächerlich zu machen und zugleich die Kritik oberflächlich zu halten. Die Gestalt bleibt liebenswert und sympathisch.

Die Männer akzeptieren sie erst, als sie ‚eine von ihnen geworden ist‘. Als Petra es geschafft hat, hat sich ihr gesamtes Auftreten verändert, hat sie männliche Verhaltensweisen angenommen. «Auf dem gemeinsamen Weg mit den Arbeitskollegen von der Baustelle ins Zeltlager hat sie einen neuen Schritt. Fest und gewichtig tritt sie auf. Und mit ihren Ellenbogen stösst sie solche Burschen, die sie necken, derb in die Seiten und hebt den Arm, als wolle sie ihnen ein paar herunterhauen. Selbstbewusst war sie immer, so wie jetzt aber nie.» (15) Auch von ihren Freundinnen erhält Petra keine Unterstützung. Diese sind ebenfalls der Ansicht, der Maurerberuf passe nicht für Mädchen. Eine Solidarität von Frauen untereinander ist nicht möglich. Petra muss die Fassade aufrecht erhalten und Souveränität vorspielen, was von ihrer Umwelt als persönliche Stärke honoriert wird. Emotionen, wie Angst und Schwäche müssen vor den anderen versteckt werden, damit wird das Kollektiv moralisch gefordert und nicht als funktionierend Handelndes dargestellt. Die literarischen Figuren bewegen sich in Konkurrenz zueinander und die ausserordentliche Leistung Petras ist Ergebnis ihres Einzelkämpfertums. Damit ist das Bild der Superfrau vorgezeichnet. Die Isolation und Einsamkeit, die Petras Aussenseiterposition mit sich bringt, wird am Ende der Erzählung in ‚märchenhafter Weise‘ aufgehoben. Auf der Grundlage von Einzelleistungen

kommt es zu einer neuen Verschmelzung von Individuum und Kollektiv, wobei die einzelnen sprachlichen Bilder erotisch untermalt sind. «Petra ist unfähig, eine Antwort zu geben. Sie blickt auf die klatschende Menge. Sieht die blauen Hemden und Blusen ihrer Freunde. Sieht ihre lachenden Gesichter. Hört ihre Rufe, ohne sie zu verstehen. Und dann verschwimmt auch dieses Bild vor ihrem Blick wie hinter einem Vorhang . . . Aus dem lärmenden Jubel und Beifallklatschen wächst ein Lied, und Petra weiss: das hat ihr Fünfer-Kollektiv angestimmt, denn es ist ihr Lieblingslied ... So steht sie da und lacht und weint in den hundertstimmigen Gesang.» (16)

Die Grundstrukturen, die bei der Analyse der Erzählung Bredels deutlich werden, kehren in abgewandelter Form in fast allen literarischen Werken der fünfziger und sechziger Jahre wieder, die sich intensiver mit der Frauenfrage befassen. Dabei ist wichtig zu beachten, dass die wesentlichen Romane dieser Zeit und die in ihnen dargestellten weiblichen Leitbilder nicht aus einem Diskussionsprozess der Frauen untereinander, sondern in Zusammenarbeit mit der SED entstanden. Geht es in der Erzählung Bredels in exemplarischer Weise um die Probleme eines jungen Mädchens, das sich weiter qualifizieren und in männerspezifische Berufszweige vordringen möchte, so ist der Roman ‚Glück fällt nicht vom Himmel‘ von Marianne Bruns einer der ganz wenigen, in dem das Leben unverheirateter Frauen geschildert wird. Für diese Frauen, die zusammen in einem Haus in einer Kleinstadt leben, eröffnet der Arbeitsprozess noch eine weitere Dimension. Könnte man evtl. vermuten, dass hier ein Lebenszusammenhang entwickelt wird, der die Perspektive einer neuen Kollektivität, eines solidarischen Zusammenlebens der Frauen bietet, wie es z.B. Alexandra Kollontai immer wieder thematisiert, so sieht man sich in dieser Erwartung getäuscht. Es geht nicht um die Propagierung einer neuen Lebensform, sondern die Autorin weist die Arbeitssituation als Ausweg für die alleinstehende Frau, als Ersatz für die Liebe. Diese gilt weiterhin als das eigentliche Erlebnis im Leben der Frau, nur die Ehe und damit verbunden die Familie eröffnen den Rahmen für Emotionalität. Die im Roman angebotene Möglichkeit stellt somit auch den Versuch dar, auf die Verzweiflung vieler Frauen zu reagieren, die infolge des Frauenüberschusses in der DDR die Lebens-

Perspektive von Ehe und Familie fallen lassen mussten. Das rigide Festhalten der SED an traditionellen Lebensmustern im privaten Bereich blockierte jede Möglichkeit, die Bedürfnisse nach Liebe und Zärtlichkeit zu verwirklichen. Das sich ‚Hinein-Stürzen‘ in den Arbeitsprozess erscheint als pragmatischer Ausweg. Neben diesen unverheirateten berufstätigen Frauen stehen aAdere, deren hauptsächliche Problematik es ist, wie sie Ehe und Berufstätigkeit miteinander verbinden können. Ausgegangen wird dabei immer von der Unausgefülltheit und damit verbundenen Unzufriedenheit der Heldinnen mit ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter. So war z.B. in dem Roman ‚Regine Haberkorn‘ von Elfriede Brünig (17) der schwierige Aufbau der ‚Nachkriegszeit, ein wesentlicher Bestandteil der Ehe Regines und Erwins, die rückblickend als glücklich geschildert wird. Jetzt sind die grossen Schwierigkeiten überwunden, das Kind ist von Regines Obhut unabhängiger geworden und ihre innere Leere und das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, lassen sie daran denken, in die Fabrik zu gehen. Auf einem Betriebsfest, zu dem Erwin sie mitnimmt, wird ihr ihre Isolation krass bewusst. Nach aussen hin begründet Regine ihren Entschluss, wieder arbeiten zu gehen, mit dem Wunsch nach neuen Schlafzimmermöbeln. Dieser Wunsch lässt sich jedoch im Zusammenhang auflösen in erstens den Willen, schöner zu wohnen, zweitens wie früher wieder ein festes Ziel zu haben, auf das gemeinsam hingearbeitet werden kann und drittens heraus zu kommen aus der häuslichen Isolation. Diese Argumentation wiederholt sich in fast allen Werken, die für die Berufstätigkeit der Frau plädieren. (18) Obwohl fast alle Ehemänner, bzw. Freunde, auf den Entschluss der Heldin, arbeiten zu gehen, mit Liebesentzug reagieren, wird die Problematik doch von Anfang an so angelegt, dass bei allem kurzfristig Trennenden durch die Arbeit der Frau langfristig hierin auch die Perspektive einer neuen Gemeinsamkeit eröffnet wird. So hilft z.B. in dem Roman von Eduard Claudius ‚Menschen an unserer Seite‘ (19) Katrin ihrem Mann, dem Aktivist Hans Aehre, schon vor ihrer Berufstätigkeit bei der Ausarbeitung seiner Pläne, einen Ringofen zu reparieren, was als wesentliche Verbindung der Eheleute und als Grundlage des gegenseitigen Vertrauens gezeigt wird. «Sie (Katrin, P. Sch.) hatte neben ihm gesessen und hatte gefühlt, dass sein Arm bei ihr Halt suchte, dass er, ohne es eigentlich zu

wissen, jemanden brauchte, der ihm Klarheit gab. Aber was verstand sie von alledem? Nichts! Sie hatte ihm gesagt: Zeichne mal, was du meinst . . . Unbeholfen zeichneten sie gemeinsam den Steinrahmen und als sie fertig waren, hatte er gefragt: «Nun? Wie habe ich . . . Seine Augen verkniffen sich, dann aber sah er sie an, und sie hatte es nicht ertragen, in seine strahlenden, hellen Augen zu sehen, und sie hatte es auch nicht ertragen, dass er sagte: «Nun? Wie haben wir das gemacht?» Im Hals war es ihr hochgekommen, ganz warm, hatte ihr in der Kehle gesessen . . . « (20) Die Ehemänner sind jeweils selbst inhaltlich so in ihrer Arbeit engagiert – so hat z.B. Aehre von der Arbeit die Vorstellung ‚dass sie uns erst das Leben gibt‘, ‚dass sie uns stolz und erst zu wahren Menschen macht‘, dass sich der Konflikt nur bedingt eskalieren kann und am Ende harmonisch gelöst wird, ohne im Bruch der Eheleute zu enden. Die Arbeit ist die eigentliche Sphäre der Selbstverwirklichung, der Bereich, der am stärksten emotional besetzt ist und die Menschen verbindet.

Obwohl in diesen frühen DDR-Romanen durchaus auch negative Seiten des Arbeitsprozesses dargestellt werden – die Arbeit ist anstrengend, schmutzig, gesundheitsgefährdend – bietet sie letztendlich doch so viele Möglichkeiten für die Heldin, sich zu entwickeln, dass diese Folgen kaum ins Gewicht fallen. Alle Frauen finden zu einem neuen Selbstbewusstsein, ihr Äusseres verändert sich in positiver Weise, ihre Haltung ist aufrechter, ihr Gang ist selbstsicherer, die Anstrengungen des Arbeitsprozesses, der Umgang mit teilweise giftigen Materialien (wie im Roman Elfriede Brünings) können ihrer Gesundheit nichts anhaben.

Romane, die die Arbeitssituation aus weiblicher Sicht kritisieren, die die Konfrontation einer Frau mit dem patriarchalisch strukturierten Arbeitsprozess thematisieren, was ja durchaus die Gefahr des individuellen Scheiterns und damit verbunden einem Verlust an Identität und Selbstbewusstsein aufwirft, sind die absolute Ausnahme. Marianne Bruns ist eine der ganz wenigen Autorinnen, die die Frage überhaupt ins Gesichtsfeld rücken: Merkwürdiges Wort! Mann, wieso denn Mann? Müssen Frauen im öffentlichen Leben sich unbedingt auf männliche Art bewähren? Mit männlichen Stärken und ohne männliche Schwächen? Sie war so erregt, so verletzt – sie übertrieb einen Gedanken, der nicht ganz abwegig ist. Jede

weibliche Schwäche wird als Schandmal gewertet, aber jede zusätzliche Stärke wird unverbucht in Kauf genommen, dachte sie in ihrer Erbitterung. Wieso eigentlich? Ist das Gleichberechtigung? (21) Aber immer wieder, als die Verhandlungen schon im Gang waren, kam es ihr in den Sinn: anders! Wohl war der Parteisekretär kein nervenloser, von Ruhe durchsättigter Mensch; er rauchte und rauchte, und wie er die Lippen bewegte und die Stirnhaut zusammenzog, das liess auf manche schwere Diskussion schliessen, die hinter ihm lag, und wie er den Bleistift bereit hielt und wieder und wieder Notizen machte, das war gewiss ein Zeichen, dass mehr Aufgaben und Einfälle durch seinen Kopf zogen, als sich hintereinander bewältigen lassen. Dennoch: Die Nerven verlieren, dass die Tränen geschossen kommen und vor Herzklopfen der Atem stillsteht – niemals würde ihm dergleichen widerfahren! . . . Ganz anders als Frauen.» (22) Abgesehen davon, wie vorsichtig die Kritik hier angebracht wird, ist es wiederum die Partei, die den Frauen zur Seite steht und ihnen hilft, sich gegenüber ihren männlichen Widersachern zu behaupten. Die Widersprüchlichkeit im Konzept der SED selbst, einerseits eine Anpassung an männliche Verhaltensformen zu fordern, andererseits die Frauen zu unterstützen, ist gelöst, sobald die Frauen sich als die ‚besseren Männer‘ erweisen. Es handelt sich hierbei allerdings um eine scheinhafte Lösung, da die SED die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht im Sinne der Frauen verändert und die Widersprüche dadurch ständig neu reproduziert werden.

II.2. Zwischen Mann und Arbeitsdrang, Liebesglück und Schöpfungswillen, Kinderwunsch und Ehrgeiz ein Leben lang Zickzack laufen wie eine falsch programmierte kybernetische Maus.» (Christa Wolf ‚Selbstversuch‘) (23)

78% der Hausarbeit werden auch in der DDR weiterhin von Frauen geleistet. Während die männlichen Schriftsteller diesem Problem in ihren Arbeiten kaum Raum einräumen, scheint bei den Autorinnen doch mehr von der individuellen Verzweiflung durch, wird das Gefühl ‚es einfach nicht zu schaffen‘ aggressiver thematisiert. Zwar versuchen auch sie, die anfallenden Schwierigkeiten mittels einer rationelleren Organisation zu lösen, aber die Schilderung der anfallenden Arbeitslast ist stärker

emotional besetzt als bei ihren männlichen Kollegen. (24)

Dem Modell der Superfrau entsprechend, hat eigentlich jede der dargestellten Ehefrauen und Mütter den Ehrgeiz, die Hausarbeit nebenbei und ebenso perfekt zu erledigen wie vor ihrer Berufstätigkeit. Ehemann und Kindern soll nichts abgehen, sie sollen die stattgefundenen Veränderungen im häuslichen Bereich quasi nicht bemerken, um ihnen so alle Gegenargumente aus der Hand zu nehmen. Nervosität und Gereiztheit sind die Folgen, werden jedoch stets unter Kontrolle gehalten und sind angeblich im Rahmen einer rationelleren Haushaltsführung und mit Hilfe staatlicher Institutionen zu lösen. Die Diskussion stellt die Form der traditionellen Kleinfamilie nie in Frage. Die Frage einer Erleichterung für die Frauen wird oberflächlich gelöst, indem sich die Schwierigkeiten angeblich ins Nichts auflösen, wenn sich jeder nur ein bisschen Mühe gibt und die anfallende Arbeit partnerschaftlich geteilt wird (Brüning), oder dadurch, dass mehr Kindergärten eingerichtet werden (Bruns/Claudius). Besonders das Problem der Kindererziehung wird einem rigiden Rationalismus unterworfen. Sie wird quasi problemlos von staatlichen Institutionen übernommen, was nur zum Besten für die Entwicklung der Kinder und ihrer berufstätigen Mütter ist. Mangelnde Einsicht von Kindern und ihr damit verbundener Widerstand werden dadurch gebrochen, dass sie die Bedeutung der Berufstätigkeit ihrer Mütter erkennen und es lernen, ihren eigenen ‚Egoismus‘ zurückzu stellen. So wird z.B. Andreas, der zehnjährige Sohn Rose Werners, in voller Absicht von ‚Vater Czupak‘ mit auf die Betriebsversammlung genommen. Er soll selbst erleben, wie tüchtig und unentbehrlich seine Mutter ist‘, und die Überwindung kindlicher Sehnsüchte ist auch erfolgreich. Andreas, der in einem Wochenheim lebt und seine Mutter sowieso nur an den Wochenenden sieht – diese flüchtigen Besuche fallen infolge der anderweitigen Verpflichtungen seiner Mutter allerdings öfters aus – ist nach der Betriebsversammlung voller Verständnis für seine Mutter. Seine individuellen Wünsche werden in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Anforderungen gebracht, die Überwindung des Widerspruchs zwischen dem Einzelnen und dem Kollektiv gelingt selbst in einem so affektiv besetzten Bereich wie der Mutter-Kind Beziehung. «Mit Macht ergriff ihn das Bewusstsein, dass seine

Mutter nicht jemand war, gegen den man ankämpfen musste. Sie hatte ihm nie etwas Böses tun wollen» (25). . . «Das Beste aber war: Seit Grossvater Czupak ihn eingeführt hatte in die Welt der Arbeit, in der seine Mutter zu Hause war, seit Grossvater Czupak seine letzte Lebenskraft darangesetzt hatte, die Frauen zu verteidigen, die Mutter zu ehren und zu loben – seitdem hatte seine kindliche, oftmals eifersüchtige Liebe zu ihr jenen Zusatz von Einverständnis mit ihrem Tun und Sein erhalten, der aller Liebe erst Wert gibt, wie der Wurf edleren Zusatzes dem glühenden Stahl. Er verstand sie in seinem Herzen. Er konnte ihr folgen . . . Das Übelnehmen und Grollen, das Misstrauen und Nach tragen, mit dem ihr Mann Rose gequält hatte, das hatte der Sohn überwunden. Durch das Leben. Nun war es auch nicht mehr wesentlich, ob er in der Stadt lebte oder bei der Mutter. Er blieb in der Stadt. Es war schön im Heim.» (26)

Wieviel glaubwürdiger schildert Christa Wolf in der Tagebuchnotiz ‚Dienstag, der 27. September 1960‘ (2) ihren eigenen Alltag und die ungeheuren Anstrengungen, die nötig sind, die beiden Hälften ihres Lebens, Familie und Beruf, zusammenzufügen. Auch hier ist die Frau der Mittelpunkt der Familie, an ihr liegt es, die Familie zusammenzuhalten, sie trägt die Verantwortung für Haushalt und Kinder. Der Traum einer Häuslichkeit als Alternative, als eine Möglichkeit, emotionale Beziehungen wenigstens zwischen den Familienmitgliedern herzustellen und zu leben, ist nur möglich bei gleichzeitiger Selbstverleugnungen einen Teil ihrer Existenz aufrechtzuerhalten. Die gelebte Zerrissenheit hat Ungeduld und Gereiztheit zur Folge. Bereits beim Aufwachen der Gedanke ‚dieser Tag wird wieder anders verlaufen als geplant‘. Der ständige Kampf, ‚wenigstens zwischendurch eine Stunde Arbeit herauszuholen‘, der Protest der Kinder gegen diesen Versuch der Mutter, einen Rest Autonomie zu leben, die sich bildenden und immer wieder unterdrückten Aggressionen der Mutter gegen das Kind: «Ich antworte ungeduldig, setze mich versuchsweise an den Schreibtisch ... Sie beginnt wieder nach mir zu schreien, so laut, dass ich im Trab zu ihr stürze ... Ich wickle die Binde von ihrem zerschnittenen Fuss. Sie schreit wie am Spiess. Dann spritzt sie die Tränen mit dem Finger weg: Beim Doktor wird's mir auch weh tun. – Willst Du beim Doktor auch so schreien? Da rennt ja die ganze Stadt zusammen. – Dann musst du mir die

Binde abwickeln. – Ja, ja. – Darf ich heute früh Puddingsuppe? – Ja, ja. – Koch mir welche! – Ja, ja» (27)

Im Gegensatz hierzu kann ihr Mann noch ungestört seinen intellektuellen Studien nachgehen. «Ich muss noch etwas schreiben, aber alles stört mich: das Radio, der Fernseher nebenan, der Gedanke an den Geburtstagstrübel morgen und an diesen zerrissenen Tag, an dem ich nichts geschafft habe. Unlustig decke ich den Geburtstagstisch, mache den Lichterkranz zurecht. G. blättert in irgendeinem Büchlein, findet es ‚gut geschrieben‘. Aus irgendeinem Grund stört mich auch das.» (28) Doch die Sehnsucht, die Kleinfamilie als funktionierenden Lebensraum aufrechtzuerhalten, die Harmonie in der ehelichen Beziehung letztendlich zu wahren, steht trotz aller Fragen der Autorin immer noch im Vordergrund. Die Probleme werden noch nicht als frauenspezifische verallgemeinert, es darf noch nicht zum Bruch der Beziehung, zum Protest gegen die familiären Strukturen kommen. Insgesamt erscheint die Erzählung jedoch bereits als Anklage gegen die Zwänge, in denen die Frage nach dem ‚Sinn‘ des weiblichen Lebenszusammenhangs ständig unterdrückt wird: «Vor dem Einschlafen denke ich, dass aus Tagen wie diesem das Leben besteht. Punkte, die am Ende, wenn man Glück gehabt hat, eine Linie verbindet. Dass sie auch auseinanderfallen können zu einer sinnlosen Häufung vergangener Zeit, dass nur eine fortlaufende unbeirrte Anstrengung den kleinen Zeiteinheiten, in denen wir leben, einen Sinn gibt.» (29)

II.3. Andere Frauen als Hemmschuh in der Entwicklung der Heldinnen

Unterstützung moralischer und politischer Art erfahren die Protagonistinnen dieser Romane nicht von ihren Arbeitskolleginnen oder anderen Frauen, sondern von leitenden Funktionären, die mit weiser Umsicht für die engagierten Frauen agieren. Die Beziehungen der Frauen untereinander sind von Konkurrenz und Missgunst (Bredel ‚Petra Harms‘) geprägt, es existiert keine Möglichkeit, Erfahrungen gemeinsam zu verarbeiten, sich gegenseitig zu helfen. Der politischen Vorstellung von einem autonomen Kampf der Frauen, der Notwendigkeit einer Selbstverständigung untereinander, wird vor allem dadurch begegnet, dass die meisten Frauen, ausser der Heldin, noch ‚in

bürgerlichem Denken befangen sind' und von daher keine Einheit der Frauenbewegung möglich scheint. Die ‚Heldinnen der Arbeit‘ sind ihren Kolleginnen meist voraus, erscheinen ihnen gegenüber als Vorbildfiguren und stehen angeblich weit über ihren Konflikten und Widersprüchen. «Sie warf die Ehe mit Andreas, die sie nach vierwöchiger Bekanntschaft mit einer Ferntraumung begonnen und nach dem Krieg mit dem gemeinsamen Studium fortgesetzt hatte, so schmerzlos ab, als handle es sich um ein flüchtiges Abenteuer, dessen man sich schon nach kurzer Zeit kaum noch entsinnt . . . Wenn die Frauen im Werk über ihre Ehen tratschten, rief sie sich zuweilen gewalttätig ins Gedächtnis zurück, dass sie mitsprechen könnte. Aber sie nahm sich gar nicht die Zeit dazu ...» (30)

Alle neuen Erfahrungen der Frauen in Beziehungen oder innerhalb des Arbeitsprozesses, ihre Ängste und Sehnsüchte, die sich ihnen stellenden Konflikte, die Organisationsformen, die sie entwickeln, um den neuen Widersprüchen zu begegnen, werden negiert. Ein bereits fertiges, statisches Konzept wird über das reale Leben der Frauen gestülpt. Mit dieser Darstellung wiederholt sich eine bestimmte Sichtweise des Verhältnisses Partei-Massen. Nicht das Volk, in diesem Fall die Frauen, bringen die Dinge ins Rollen, sind die bewegendende Kraft der Geschichte, sondern das Schwergewicht wird auf die Partei gelegt. Sie ist im Besitz des theoretischen Wissens, sie lernt nicht mehr, sondern ist Geburtshelferin des politischen Bewusstseins der Frauen bei deren Weg von der ‚Nacht zum Licht‘. So sind z.B. Regines Kolleginnen am Band in dem Roman von Elfriede Brüning meist geschieden oder verwitwete Frauen, die aus wirtschaftlicher Not heraus arbeiten müssen. Ihre Haltung ist nicht politisch oder gesellschaftlich motiviert, daher empfinden sie Regine als Fremdkörper. Da sie befürchten, bei einem Ausbleiben der Glimmerlieferungen ihren Arbeitsplatz zu verlieren, und an anderer Stelle eingesetzt zu werden, drücken sie das Arbeitstempo. Als Regine bereits am ersten Tag die Norm erhöht, reagieren sie mit Ablehnung und Unfreundlichkeit. Sie erhält allerdings Unterstützung von aussen, von Mielke, dem Abteilungsleiter und Edith Zeller, einer leitenden Chemikerin. «Sie suchen einen Grund zum Bummeln, das ist das Ganze. Aber mit ihrer Hilfe werden wir ihnen in Zukunft ein bisschen Dampf machen.» (31)

Nach diesem Gespräch lässt sich Regine nicht weiter von den Anfeindungen ihrer Kollegen beirren. Sie erreicht bald das Anderthalbfache, später das Doppelte des Solls. Dadurch werden die Frauen gezwungen, gleichfalls mehr zu leisten, wenn sie nicht durch Faulheit auffallen wollen. Regine verachtet ihre Kolleginnen, die die Arbeit lediglich als ein notwendiges Übel ansehen und alle davon träumen, einen Mann zu finden, der sie von dem Zwang, für eigenen Unterhalt zu sorgen, erlöst.

Besonders Vertreterinnen des Kleinbürgertums, die nicht arbeiten gehen, werden durchgängig diffamiert und erscheinen als Relikte einer Welt, die untergegangen ist. Sie werden als hilflos und schwach (Claudius/Brüning), als oberflächlich und dumm (Brüning/Langner), als weinerlich (Bruns) oder als geschickte Intrigantinnen charakterisiert (Brüning/Christa Wolf), die im Hintergrund ihre Fäden spinnen, wobei sie teilweise sogar im Auftrag des Westens Spionage betreiben (Mundstock). Sie werden angegriffen oder belächelt, ihre Lebensform erscheint lediglich als Defizit. Bereits ihre sprachlichen Ausdrucksformen – so bezeichnet z.B. in Elfriede Brünings Roman die Rivalin Regines deren Ehemann mit penetranter Häufigkeit ‚Schatzi‘ – sollen ihr konservativ-infantile Verhalten in Liebesbeziehungen veranschaulichen. Im Gegensatz zu den neuen ‚emanzipierten‘ Heldinnen sind sie zu keiner gleichberechtigten Partnerschaft fähig. Diese Vertreterinnen des Kleinbürgertums drängen sich skrupellos in fremde Ehen, symbolisieren ein oberflächliches, bequemes, genussüchtiges Leben, das sie über die Ehe mit einem erfolgreichen Mann realisieren wollen und werden durchweg als ‚Gefahr‘ gesehen. Ihre körperliche Anziehungskraft wird mit der Aura des Obszönen, Unsauberen belegt.

II.4. Wunschbild romantische Liebe, verbunden mit ehelicher Geborgenheit

Die Apologie der patriarchalischen Ordnung, einschliesslich des Staates als Übermann, macht es notwendig, dass die traditionelle Rollenzuschreibung für Männer und Frauen weitgehend erhalten bleibt. Die Männer sind ‚stark und gewähren Schutz‘, sie sind die Ernährer, sie verteidigen die Familie nach aussen, nach dem Krieg waren sie es, die der Familie erträgliche Lebensbedingungen sicherten. Die Ehemänner in der frühen DDR-Literatur lieben in ihren

Frauen vor allem die Hausfrau und Mutter. Die damit verbundene Form der Idealisierung erlaubt es einerseits die Frau zur Projektionsfigur für männliche Vollkommenheitsträume und andererseits zum Objekt materieller Ausnutzung zu machen. «Er fuhr sich mit den Händen über die Stirn, sie war schweissnass. Katrin richtete sich auf: «Was ist? . . . Katrin stand auf, machte Licht. Aehre lag mit offenen Augen. Als sie sich über ihn beugte, lächelte er beruhigend. Sie sagte: «Du hast noch nichts gegessen!» ... Er hörte, wie sie Messer und Gabel nahm, und obwohl die Tür geschlossen war, sah er ihre ruhigen, sicheren Bewegungen, sah sie Brot schneiden, die Wurst aus dem Schrank nehmen, das Bier ins Glas giessen, und er dachte: Viel zu schade ist sie! Da sitzt sie in der Küche, räumt auf, macht für mich den Dreck weg. Siedendheiss durchfuhr es ihn: Sollte das der Grund ihrer Unzufriedenheit sein? (32) Auch er drückte ihren Arm, legte dann seine Hand an ihre Brust, knurrte! «Ach du . . . «Sie sah ihm in die Augen, er senkte sie und dachte: Alles, alles hat sich gelohnt.» (33) Auch die Frauen selbst verstehen sich innerhalb der Beziehung dem Mann gegenüber eher als mütterliche Glücke, haben männliche Verhaltensmuster und Bewusstseinsformen verinnerlicht. Das Diktat der Bilder sichert die Wunschvorstellung romantische Liebe verbunden mit patriarchalischem Spiesserglück ab. Die Frau opfert sich auf, was ihren Wert ausmacht und wofür sie Dankbarkeit verlangen kann. Dass dieser Opfergang nicht nur sie selbst, sondern ebenso andere deformiert, ist indirekt zu entschlüsseln. So zeigt sich z.B. die emotionale Deformation des Mannes im Roman Elfriede Brünings. Regine, die selbstverständlich für den Bereich der Kindererziehung verantwortlich ist, sieht sich allein, als es zu ernsteren Schwierigkeiten mit ihrem Sohn kommt. Ihr Mann, der entsprechend der traditionellen Rollenteilung, keinerlei Kontakt zu dem Kind hat, zeigt sich völlig unfähig, dem Problem zu begegnen und verspricht sich eine Verbesserung vor allem durch eine gehörige Tracht PrügeF. Im Grunde sind diese Männer allseitig reduzierte Persönlichkeiten, die zwar ihre Arbeit tun und ihre Familie versorgen, die pflegende Frau auch zärtlich behandeln, ansonsten menschlich jedoch kaum Kontakte haben, weder zu ihren Kindern, noch zu Arbeitskollegen. Ihre eigene Hilflosigkeit und Unfreiheit lässt sie die Leistungen ihrer Frauen fürchten und erschwert

eine Partnerschaft. «Vor Aehre verschwamm alles, die Baustelle und auch die Gesichter der beiden Männer, kaum erkennbar im Zwielflicht, und wie Feuer durchfuhr es ihn: was reden sie mir alle von meiner Frau! Immer meine Frau! Und was bin ich? Wahrscheinlich ein Dreck. Kommt so eine Schürze daher, etwas schlauer als andere Schürzen, versteht es, die Männer zu nehmen, dann wird sie behandelt wie ein Klumpen Gold. Und ich?» (34)

Bestimmte männliche Verhaltensweisen werden kritisiert, die der Integration der Frau in die Arbeitswelt Widerstände entgegensetzen, aber ohne den Zwang zur Kleinfamilie und die damit verbundene Rollenteilung anzugreifen. Die Männer wehren sich gegen die Berufstätigkeit ihrer Ehefrauen. Sie sehen sich als Ernährer, die Arbeit der Frau als Nebenverdienst, als Spielerei, auf deren ausdrücklichen Wunsch weiterzuarbeiten, reagieren sie mit Liebesentzug. Das klassische Muster dieser Konflikte geht dahin, dass die Frauen Widerstand gegen das Verhalten ihrer Männer entwickeln, dass sie soviel Souveränität und Ich-Stärke besitzen, deren Bedingungen nicht nachzugeben, die Schuld nicht bei sich suchen und auch bereit sind, es zum Bruch kommen zu lassen. Dabei ist allerdings zu hinterfragen, warum die damit verbundenen Ängste vor Liebesverlust und Einsamkeit kaum thematisiert werden und der Konflikt dadurch entschärft wird, dass sich

1. im Roman Elfriede Brünings in der Gestalt des Funktionärs und Abteilungsleiters Mielke bereits eine bessere Alternative anbietet, da er eher die Gewähr zu bieten scheint, Verständnis und Schutz zu geben. Dabei wird natürlich auch in der Beziehung Regine – Mielke das konservative Rollenmuster – er ist der Dominierende, Führende, Schutzbietende – praktisch konfliktfrei wiederholt. In selbstloser Weise erscheint er als Deus ex machina, der der Heldin bei ihren Konflikten beisteht und wieder verschwindet, als es zu einer Versöhnung der Eheleute kommt.

2. Das positive Ende beider Romane suggeriert die Schlussfolgerung, dass gleichwertige Beziehungen durchaus möglich sind, wenn man sich nur anstrengt, dass Männer die Selbständigkeit von Frauen durchaus ertragen können, dass Frauen nicht mit Einsamkeit bezahlen müssen, wenn sie nicht mehr Spiegel der Männer sein wollen. Die Beziehungen geraten durch die Weiterentwicklung der Frauen in eine schwere Krise. Die Unfähigkeit der Männer zu Reflexion und Veränderung macht im

Roman keine positive Entwicklung durch, sondern reduziert sich auf ihre Zustimmung zur Berufstätigkeit der Frauen. Es kommt nicht zu einem Bruch der ehelichen Beziehung, sondern die Probleme münden in einen unglaubhaften Schluss, was eher die Wunschvorstellung der Autoren bezüglich ehelicher Konfliktlösungen zeigt. Durch die Literatur zieht sich ein unhistorischer, idealistischer Liebesbegriff. In den dargestellten Frauengestalten wird ein abstraktes Ideal zur Norm erhoben, das in der Realität nicht einlösbar ist. Damit erscheint die Unlösbarkeit bestimmter Konflikte lediglich in der Dimension eines individuellen Scheiterns. «Und ich glaube, wenn man sich wirklich liebt, dann kann man alle Schwierigkeiten, die sich der berufstätigen Frau zweifellos entgegenstellen, leicht überwinden. – Der Mann muss natürlich auch wollen, fügte sie noch hinzu.» (35)

Im Gegensatz zu diesen verheirateten Frauen wird in dem Roman Elfriede Brünings in der Chemikerin Edith Zeller die selbstbewusste geschiedene Frau gestaltet, die ganz für ihre Arbeit lebt, eine Lebensform, die sie gelassen und konfliktfrei führen kann, ohne Wunsch nach einer Liebesbeziehung, ohne quälende Fragen bezüglich der eigenen Identität als Frau. «Edith dagegen war erfüllt von dem brennenden Wunsch zu arbeiten, von dem Verlangen, alles, was sie sich in zehn Semestern zäher Arbeit theoretisch angeeignet hatte, endlich praktisch zu erproben ...» (36)

Um so verblüffender ist es, dass sich auch diese Frau dem Ideal ‚romantische Liebe‘ ohne Widerspruch hingibt. Als Edith nach 15 Jahren ihren Jugendfreund, einen führenden politischen Kader, wiedertrifft, geht sie ganz in der Liebe zu ihm auf. Obwohl er sie nach dem Krieg nicht suchte, sondern rein zufällig ihr Bild in einer Zeitschrift wiedererkennt, kritisiert sie diese Gleichgültigkeit nicht. Sein aufopferungsvoller politischer Einsatz macht alle Fragen bezüglich seiner gedankenlosen Haltung ihr gegenüber überflüssig und erhebt ihn über jeden Angriff. Edith nimmt ihm gegenüber die Haltung der hingebungsvollen Zuhörerin ein, sie hat seinem tapferen und gefährlichen Leben nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Ohne darüber zu reflektieren, nimmt sie die traditionelle Haltung ein, Spiegel für die Aktivitäten des Mannes zu sein. Auch hier wird exemplarisch demonstriert, dass Frauen einerseits die Härte im Beruf und andererseits traditionelle Liebesfähigkeit ver-

binden können, dass ihre ‚emotionale Weichheit‘ in den männlich bestimmten Produktionsprozess integrierbar ist. Edith ordnet alle ihre Gedanken, ihre Interessen, ihre Ziele der Liebesbeziehung unter. Lediglich die Ermahnungen ihres Geliebten verhindern ihr völliges ‚Versinken in der Liebe zu ihm‘. Er ist eindeutig der Dominierende innerhalb der Beziehung, der Selbständigere, der sie mahnend auf ihre Pflichten im Betrieb hinweist, eine Vatergestalt, der man ohne Bedenken vertrauen, dem man sich vorbehaltlos hingeben kann. Er sorgt für die ‚Emanzipation der Frau‘, von ihm wird die eigene Entwicklung vorangetrieben. Kämpfe zwischen Mann und Frau sind in bestimmten, vorbildlichen Beziehungen nicht mehr nötig.

II.5. Erotische Bilder in den Bereichen Arbeit und Politik

Die Darstellung von Sexualität und Erotik als Teil der Beziehungen taucht in der Literatur dieser Zeit kaum auf. Die Heldinnen dieser Romane sind ihren Männern vor allem ehelicher Kamerad und Mütter ihrer Kinder und werden von daher ‚rein‘ geschildert. In dem Roman Elfriede Brünings verdrängt Regine ihre eigenen sexuellen Bedürfnisse völlig und hält den diesbezüglichen Wünschen ihres Mannes entgegen, noch plätten zu müssen. Hausfrauliche Verpflichtungen werden gegen Erotik ins Spiel geführt. Die Frau versagt dem Mann ihre Liebe und macht sich zugleich unangreifbar in ihrer masslosen Pflichterfüllung. Die Heldinnen sind nur noch Mütter, der Grobheit der Männer setzen sie als Kampfmittel die Erzeugung von Schuldgefühlen entgegen, allerdings auf Kosten der eigenen Sinnlichkeit. «Frauen, die aktiv lieben und sich verhalten, verlieren den Schutz, der im Schuldgefühl der Männer vor der moralischen ‚Überlegenheit der sich selbst opfernden Frau besteht‘. (37)

Das ‚Emanzipationsfeld‘ der Frau ist der Arbeitsplatz und die hier absorbierte Energie lässt ihr kaum Zeit, sich über sexuelle Probleme überhaupt Gedanken zu machen. Sexualität soll, als ein Teil des Privaten, in seiner Bedeutung für die Frau relativiert werden, was jedoch faktisch dazu führt, dass die Autoren ihn generell negieren, d.h. in einen Bereich von Unbeholfenheit, versteckter Aggression und Mystik abdrängen. Die Kanäle, die für die libidinösen Wünsche anlässlich dieser Sexual-

feindlichkeit angeboten werden, sind der Arbeitsplatz und die politische Aktion. Im Gegensatz zur Privatsphäre werden diese beiden Bereiche mehr oder weniger mit erotischen Bildern besetzt. Die Anpassungsstrategie als Emanzipationsmöglichkeit in Bezug auf die Frauen soll emotional durch eine unterschwellige Sexualisierung dieser Bereiche erreicht werden. So tauchen z.B. in der Erzählung 'Petra Harms' folgende Bilder auf: Muskelerotik, «er bewunderte die zähe Willenskraft in diesem kleinen Körper», Arbeit als Potenzbeweis, Petra rackert sich ab, ihm war nicht entgangen, dass sie mitunter leise aufgestöhnt hatte.» (38) Noch deutlicher wird die Abdrängung sexueller Sehnsüchte in der Darstellung der Gefühle, die Regine Haberkorn anlässlich der ersten Mai-Demonstration empfindet. «Regine war es, als ob sie in ein Meer von Fahnen tauche, dessen Wellen über ihrem Kopf zusammenschlugen. Sie schritt in einer Reihe mit den anderen Aktivistinnen, die gestern mit ihr zusammen ausgezeichnet worden waren ... Regine hatte ihre Nachbarn zur Rechten und zur Linken, eine stämmige Dreherin und einen grossen dicken Heizer aus dem Kesselhaus, an den Händen gefasst und sang die Lieder, die, man wusste nicht, aus welcher Richtung, immer von Neuem aufrauschten, aus voller Kehle mit. Sie war fast heiser von der ungewohnten Anstrengung, aber immer wenn sie glaubte, jetzt ginge es nicht mehr weiter, jetzt müsse sie aufhören und ihren Stimmbändern ein wenig Ruhe gönnen, schien der Druck der Hände rechts und links wieder stärker zu werden – und als ob von dem Druck dieser Hände neue Ströme von Kraft auf sie übergingen, sang sie aufs Neue mit.» (39) Es wird eine Intensität des Gefühls beschworen, die Grösse der Leidenschaft, die Bewegtheit des Lebens. Die Bilder verraten die Sehnsucht nach dem Rausch, nach der Auflösung in einem Gemeinschaftserlebnis. Es kommt zu einem gefühlsmässigen Ineinssetzen von politischer Heimat, Orgasmus, Leben und Abdrängen der tatsächlichen Konflikte des Individuums. Gleichzeitig kommt hier die Vorstellung von einem Kollektiv zum Tragen, das dem Einzelnen Lebenssinn und Tätigkeitsfeld vermittelt. Die Teilhabe am Bedeutenden macht auch das unbedeutende, alltägliche Leben zur sinnvollen Tat. Es besteht die Möglichkeit, Grösse zu entleihen, indem sich die Frau selbst als Ausführende einer imaginären Gesamtheit (hier des demonstrierenden Vol-

kes) empfindet. Die Identifikation mit der Macht beendet das Gefühl der Sinnlosigkeit, Bedeutungslosigkeit, es verschafft das Gefühl zu leben.

Der Arbeitsprozess, als der offiziell eingeräumte Bereich der Selbstverwirklichung der Frau, ist zudem mit Bildern der männlichen Erotik besetzt. Unverhüllt wird die Potenzphantasie des Mannes, sein Wunsch, die Frau als Objekt zu unterwerfen auf Technik und Maschinen übertragen. «Diese grosse Fräse hatte es ihm angetan. Dieses stolze, eigenwillige Ungetüm von einer Maschine bis in die letzte Einzelheit zu erforschen, ihr ihre Launen auszutreiben und sie sich zu unterwerfen – diese Aufgabe reizte ihn.» (40) Wie resistent die Unterdrückung der Sexualität, bzw. die Praktizierung traditioneller Formen in diesem Bereich und in der Vorstellungswelt der Autoren tatsächlich noch sind, lässt sich anlässlich dieser Symbolik ohne weitere Schwierigkeiten rückschliessen. Bilder dieser Art, die mehr oder minder deutlich die ganze Literatur dieser Zeit kennzeichnen, verankern auf emotionaler Ebene die Dominanz männlicher Gefühls- und Verhaltensweisen und verfestigen damit unterschwellig die Aufrechterhaltung der traditionellen Geschlechterbeziehung.

II.6. Erste Risse im Konzept der ‚romantischen Liebe‘ – Christa Wolfs Erzählung ‚Der geteilte Himmel‘

Rita, ein neunzehnjähriges Dorfmadchen, verliebt sich im Herbst 1959 in einen Doktor der Chemie und folgt ihm als Studentin an die pädagogische Akademie in Halle. In den Semesterferien arbeitet sie in einem Waggonwerk und lernt dort angeblich die Grundbegriffe der sozialistischen Produktionsweise und Solidarität kennen, die sie befähigen/ gegen einen Dogmatiker stalinistischer Prägung an ihrem Seminar vorzugehen. Die neuen Erfahrungen bringen sie aber auch in Gegensatz zu der skeptisch, nihilistischen Argumentation ihres Geliebten, den sie schliesslich unmittelbar vor dem 13. August 1961 an den Westen verliert. Sowohl die Konzeption der Fabel – die Schilderung des einfachen, natürlichen Mädchens, das sich durch die Arbeit zur bewussten Sozialistin emanzipiert –, als auch die Darstellung der weiblichen Hauptfigur, folgen noch ganz dem traditionellen Muster, bleiben auf der Ebene des Dogmas. «Es ist die Gestalt der

neunzehnjährigen Rita, in der sich die Eigenschaften eines sympathischen Menschenbildes summieren, schön und klug, sinnlich und sauber, zart und entschieden, grazil und tüchtig, erfahren, aber keiner Anfechtung erliegend, reagiert sie instinktiv stets richtig, glänzt auf Tanzfesten und bei Professoreneinladungen durch Charme und Sicherheit und ist doch die bescheidene, höchst lernbrave Lehrerstudentin.» (41)

Während Schriftsteller wie Eric Neusch (Spur der Steine) oder Benito Wogatzki (Der Preis des Mädchens) weiterhin entsprechend dem Modell der Super-Traum- und Märchenfrau eine Synthese von schiefer Utopie und patriarchalischem Spiesserglück entwerfen, (42) finden sich in dieser Erzählung Christa Wolfs allerdings auch die ersten zweifelnden Ansätze, ob das Modell der romantischen Liebe, das kennzeichnend war für die Literatur der fünfziger Jahre, so überhaupt lebensfähig ist.

Neben den politischen Unterschieden, die letztendlich für das Scheitern der Liebe zwischen Rita und Manfred verantwortlich gemacht werden, zeigt die Autorin auch die Unfreiheit dieser Art der Beziehung. Die Suche nach Einheit, der Wunsch einer Symbiose mit dem anderen (43), erstickt die gegenseitigen Gefühle, lässt eine Eigenständigkeit Ritas nicht zu, mündet letztendlich in die Alternative der Unterwerfung des einen Teils oder des endgültigen Bruchs der Beziehung. Es geht Christa Wolf, wie sie selbst betont, auch gar nicht um die Teilung Deutschlands in dieser Erzählung, sondern um die Frage «Wie kommt es, dass Menschen auseinandergehen müssen?» (44) Die Autorin stellt Rita zu Beginn ihrer Liebesbeziehung in eine dörflich-idyllische Umgebung, in die gesellschaftliche Spannungen oder eine unbewältigte Vergangenheit nicht zu dringen scheinen. Das ‚braune Fräulein‘, wie Manfred sie später nennen wird, symbolisiert für ihn, den Skeptiker, den männlichen Traum einer Verbindung mit der Natur und der ‚Unverdorbenheit‘ in einer erneut von Dogmatismus und Opportunismus bestimmten Gesellschaft. Manfred erscheint Rita wie der Prinz aus dem Märchen, der sie aus der träumerischen Eintönigkeit reißt und alle Dinge des Lebens in einen neuen Glanz taucht. Sie fühlt, ‚dass sie lebt wie nie vorher‘, dass es unmöglich ist, ‚dass sie sich wieder verlieren‘, das Warten auf den einen hat sich gelohnt.

Beinahe gleichzeitig mit dem Beginn ihrer Liebe trifft Rita mit dem sozialistischen Lehrer-

werber Schwarzenbach zusammen, der sie veranlasst, «in Blitzesschnelle den Zufall dieser Lebenswende für sich in Notwendigkeit zu verwandeln.» (45) und nach Halle zu gehen, um zu studieren. Manfred fühlt sich bei dieser Entscheidung übergangen, die Eigeninitiative Ritas, ihre darin zum Ausdruck kommende Autonomie, passt nicht in das Bild eines ‚miteinander Verschmelzens‘ zweier Liebender. Bereits hier wird der ‚imperiale, patriarchalische Zug‘ Manfreds als ein Charakteristikum dieser Liebesbeziehung deutlich. Beide Aspekte wiederholen und ergänzen sich im weiteren Verlauf der Beziehung. Auf der einen Seite die Fürsorglichkeit Manfreds, seine Bereitschaft, ihr bei den auftretenden politischen Schwierigkeiten im Seminar zu helfen, seine Zärtlichkeit, die sie befähigt, ihren Körper in neuer Weise wahrzunehmen und zu akzeptieren, das Miteinander eins werden in dem wie eine ‚riesige Gondel über der Stadt schwebenden Mansardenzimmer‘. Auf der anderen Seite die passive Bewusstlosigkeit Ritas, Manfreds Wunsch, ‚sie ganz für sich zu haben‘, seine Eifersucht auf alles, was ihnen nicht gemeinsam ist, was ihn ausschliesst, seien es die Freunde Ritas oder ihre politischen Anschauungen, die sie immer weiter von ihm wegtreiben. «Manfred war erst zufrieden, Rita mit dieser Freundin zusammen zu wissen; diese Freundschaft würde gewisse Grenzen nicht überschreiten, und eben das war ihm recht.» (46) oder weiter: «Manfred sah Rita lachen und wusste, dass sie jetzt ein Glück empfand, von dem er ausgeschlossen war. Sie sah, dass er das Gesicht verzog und fragte sich erschrocken: Womit hab ich ihn verletzt?» (47)

Vergleicht man diese Erzählung mit der Literatur der fünfziger Jahre, so wird hier zum ersten Mal gezeigt, mit welchen Verlusten die Frauen bezahlen müssen, wenn sie sich für eine eigene Zukunft und ihren eigenen Weg entscheiden. Rita entscheidet sich für die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR, sie ist nicht bereit, Manfreds Forderung, ihm zu folgen, nachzugeben und verliert ihn. Die Ängste der Frauen, eine neue Identität zu finden, die in der Literatur der fünfziger Jahre noch in dem Modell der ‚Superfrau‘ aufgelöst wurden, sind hier zum ersten Mal in all ihrer Härte thematisiert, kommen brutal zum Ausdruck. Die Widersprüche werden nicht durch einen märchenhaften Schluss harmonisiert, sondern die Verunsicherung Ritas geht so weit, dass sie der Vernichtung ihrer eigenen

Person kaum noch Widerstand entgegensetzen kann, dass sie indirekt Selbstmord verübt. Die Autorin unternimmt aber in dieser Erzählung, im Gegensatz zu ihrer späteren ‚Nachdenken über Christa T.‘, noch nicht den Versuch, den Bruch zwischen den beiden Liebenden aus dem Scheitern dieser Beziehungsstrukturen zu erklären, sondern die Notwendigkeit, auseinander zu gehen, wird mit den unterschiedlichen weltanschaulichen Vorstellungen Ritas und Manfreds begründet. Diese schliessen allerdings eine Reflexion und Kritik unterschiedlicher Bedürfnisse und Sehnsüchte bezüglich eines zu realisierenden Liebesbegriffs nicht ein, sondern bleiben auf der Ebene der unterschiedlichen Einschätzung der ‚sozialistischen Errungenschaften‘ in der DDR begrenzt. Rita bleibt während des Handlungsverlaufs die passiv beobachtende Statistin, sie steht der immer weiter zunehmenden politischen Gleichgültigkeit und Kälte Manfreds ‚wie gelähmt vor Mitleid und Traurigkeit‘ gegenüber.

Stattdessen werden auch hier erotische Bilder verwandt, die eine politische, argumentative Auseinandersetzung ersetzen sollen. Während die Liebe zwischen Rita und Manfred sonst weitgehend körperlos bleibt, dient Erotik in der Darstellungsweise als Symbol für weiterreichende politische Aussagen. Metaphern ersetzen eine Reflexion der unterschiedlichen Glücksvorstellungen im erotischen Bereich. Am deutlichsten wird das am Beispiel der Autofahrt zu Beginn eines ‚vollkommenen Sommertages‘, der als ein Höhepunkt der Liebesbeziehung charakterisiert wird. «Manfred war ein ungeübter Fahrer. Er sass verkrampft am Steuer, misstrauisch gegen sich selbst, er schwitzte, regte sich auf und horchte auf die Geräusche des Motors.» Rita veranlasst ihn, in voller Geschwindigkeit eine Landstrasse hinunterzusausen. «Mehr!» rief Rita. «Mehr, mehr!» Sie fing seinen Blick auf und gab ihn zurück, herausfordernd, rückhaltlos. Ein neuer Ausdruck war in ihrem Gesicht, den kannte sie selbst noch nicht. Dieses Gesicht verdankte sie ihm, und sie zeigte es nur ihm heute und immer. Sie war ihm gewachsen. Plötzlich begriff Manfred den Doppelsinn dieses Wortes. Seine Augen wurden heiss, er griff nach ihren Fingern und presste sie. Weit vor ihnen war die Teerstrasse, ein gleissendes, spiegelndes Wasserband. Mit grosser Geschwindigkeit schwammen sie auf eine Brücke zu, die fern auftauchte, grösser wurde, näherkam. Ein schmales, steinernes Tor, hinter dem sich die Weite der

Welt auftat, und neue Sehnsucht und neue Weiten. Sie rasten durch die Brücke. ‚Genug‘, sagte Rita. Der Wagen rollte aus. Sie schloss die Augen und lehnte sich in den Sitz. Sie war erschöpft und glücklich. Manfred sass locker am Steuer. Er zündete sich eine Zigarette an und blies den Rauch aus dem Fenster . . . Manfred beugte sich zu Rita und tippte ihr auf die Nase. ‚Du kannst zaubern, junge Frau‘, sagte er.» (48) Der Doppelsinn dieser Worte bezieht sich nicht nur auf die sexuellen Untertöne dieser Szene, die in Erschöpfung, Glück und dem Rauchen einer Zigarette endet, sondern auch auf die positiven Möglichkeiten einer Eigenständigkeit Ritas. Sie sucht unabhängig von Manfred nach neuen Wegen und ist nun in der Lage, selbst die Initiative zu ergreifen, ihn bei der Eroberung von Neuland mitzureissen, nun ist sie es, die die Möglichkeit anbietet, ihm die Welt in allen Bereichen, vor allem auch dem politischen, zu verzaubern. Auch in der Abschiedsszene in West-Berlin hat Rita Manfreds berechtigter Kritik an den politischen Verhältnissen in der DDR, seiner Reflexion und intellektuellen Argumentation nichts als bedeutungsschwere Symbolik entgegensetzen, dargestellt in der Spekulation über die Bedeutung eines in Licht und Dunkel getauchten Abendhimmels. «Genau über ihnen verlief, quer über dem grossen Platz, die Grenze zwischen Tag- und Nachthimmel. Wolkenschleier zogen von der schon nachtrauen Hälfte hinüber zu der noch hellen Tagseite, die in unirdischen Farben verging. Darunter oder darüber? – war Glasgrün, und an den tiefsten Stellen sogar noch Blau . . . ‚Den Himmel wenigstens können sie nicht zerteilen‘, sagte Manfred spöttisch. Den Himmel? Dieses ganze Gewölbe von Hoffnung und Sehnsucht, von Liebe und Trauer? ‚Doch‘, sagte sie leise. ‚Der Himmel teilt sich zuallererst.‘» (49)

Es trifft, meiner Meinung nach, nicht zu, was Dagmar Ploetz in ihrem Aufsatz ‚Vom Vorteil eine Frau zu sein – Frauenbild und Menschenentwurf in Christa Wolfs Prosa‘ über Rita Seidel schreibt, dass in ihr eine Frauengestalt verkörpert ist, die sich unbewusst fast, der Definition durch den Mann entzieht‘, die mit ihrer individuellen Identität auch ihre gesellschaftliche Identität findet‘. (50) Ritas Entscheidung gegen Manfred und für die DDR bleibt auf einer abstrakten, die eigene Situation nicht reflektierenden Ebene, und ist so für den Leser kaum nachvollziehbar. Es gelingt der Autorin noch nicht, die private Ebene als Teil

des Politischen zur Diskussion zu stellen, sondern beide Bereiche bleiben voneinander getrennt, das Modell der ‚romantischen Liebe‘ wird in seiner Grundkonzeption nicht in Frage gestellt. Infolgedessen bleibt die Analyse der Frage ‚warum müssen Menschen auseinandergehen‘ unbeantwortet und ist die Haupttendenz der Erzählung letztendlich noch affirmativ.

II.7. Ausblick: ‚Nachdenken über Christa T.‘ – die Suche nach einer neuen weiblichen Identität?

Das Lebensgerüst Christa T.’s steckt den äusseren Rahmen der Erzählung ab. Aufgewachsen während des Faschismus, in einem Dorf jenseits der Oder, war sie nach dem Krieg kurz Lehrerin und studierte später in Leipzig Germanistik. Sie heiratet einen Tierarzt, zieht mit ihm aufs Land und stirbt im Februar 1963 an Leukämie. Ihrem Leben und Tod, ihrer Suche nach Selbstverwirklichung forscht die Ich-Erzählerin, eine Freundin Christa T.’s, nach. Wie im ‚Geteilten Himmel‘ geht es um das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Es handelt sich jedoch nicht um eine schlichte Umkehrung des Verhältnisses: hier Eingliederung in die sozialistische Menschengemeinschaft, dort Scheitern. Gegen eine solche Interpretation der Christa T. hat Christa Wolf sich gewehrt mit dem Hinweis, es gehe um andere Kriterien für die Beurteilung von Gelingen/Scheitern eines Lebens, nicht um Benotung im Rahmen der Politik und Ökonomik. (51) Bereits das Motto des Buches, eine Frage von Becher, – «Was ist das: Dieses zu-sich-selbst-Kommen des Menschen» – signalisiert, dass abseits der SED-Ideologie die Frage nach einer neuen weiblichen Identität gestellt wird. Bereits die Fragestellung macht aufmerksam, zeigt sie doch, dass aus der Perspektive einer Frau beträchtliche Zweifel an der von der SED konstruierten Einheit von gesellschaftlichen Bedürfnissen und weiblicher Selbstverwirklichung geäußert werden. Die «Schwierigkeit ‚Ich‘ zu sagen», die Erweiterung der Realität um Wünsche, Ängste und verworfene Möglichkeiten, die Problematik der Zeit, die als Vergangenheit nicht verfügbar, sondern zu produzieren ist, als Gegenwart sich dem Fortschrittsbegriff der SED entzieht, und als Zukunft sich nicht ans Machbare binden lässt. Als Leser hat man anfangs Schwierigkeiten,

die Züge Christa T.’s festzuhalten. Zunächst erscheinen einem Widersprüchlichkeiten der verschiedensten Art in ihrem Charakter vereinigt. Teils ist sie gefühlsstark und leidenschaftlich, teils nüchtern und rational, teils schüchtern, unsicher und hilflos, teils von einem unerklärlichen Selbstbewusstsein geprägt. In den Augen der Erzählerin erscheint sie dagegen von Beginn der Erzählung an als ein aussergewöhnlicher Mensch, der sich auf eigentümliche Weise von seiner Umwelt abhebt. Festzustellen ist von Anfang an nur eine unheimliche Spannung, bzw. Unruhe, die das ganze Leben Christa T.’s beherrscht. »Die Bewegung mehr lieben als das Ziel,« (52) d.h. sie setzt sich ständig neue Ziele, hat aber auch Angst vor Festlegungen jeder Art. Die Kraft, dauernd in Bewegung zu bleiben, nie mit dem erreichten Ziel zufrieden zu sein, schöpft sie aus der Fähigkeit ‚freie grossmütige Augenblicke‘ zu erleben und selbst erzeugen zu können. Hinzu kommt die Sicherheit, die Energie zu haben, «hinter sich zu lassen, was man zu gut kennt, was keine Herausforderung mehr darstellt. Neugierig bleiben auf die anderen Erfahrungen, letzten Endes auf sich selbst in den neuen Umständen.» (53) Als Motiv für diese unglaublich anstrengende Lebensweise ist vornehmlich die Angst vor dem Versinken in einem spießbürgerlichen, empfindungsarmen Leben zu nennen, die Furcht vor dem bloss zeitgemässen Mitlaufen, wie sie selbst es im Faschismus erfahren hatte. Auch ihre Antwort auf die Frage nach ihrem Berufswunsch zeigt die Angst, sich festlegen zu lassen. «Ach, sie traute ja diesen Namen nicht. Sie zweifelte ja, inmitten dieses Rausches der Neubenennungen, sie zweifelte ja an der Wirklichkeit von Namen, mit denen sie doch umging, sie ahnte ja, dass die Benennung kaum je gelingt, und dass sie dann nur für kurze Zeit mit dem Ding zusammenfällt, auf das sie gelegt wurde. Sie zuckte davor zurück, sich selbst einen Namen aufzudrücken, das Brandmal, mit welcher Herde in welchen Stall man zu gehen hat. Leben, erleben, freies grosses Leben! O herrliches Lebensgefühl, dass du mich nie verlässt! Nichts weiter als ein Mensch sein . . . Was willst Du werden, Krischan? Ein Mensch? Nun weisst du ... « (54). Das Gefühl, anders zu sein, erlebt sie – vernachlässigt man die allerersten Jahre des Neubeginns in der SBZ, in denen sie die Broschüren von Gorki und Makarenko liest – in der DDR als Isolation, als Unterlegenheit gegenüber ihrer Umwelt. Ihr, die die

Hoffnung hatte, ‚sie könne der Welt zu ihrer Vollkommenheit nötig sein‘ (55), graut vor der neuen Welt der Phantasielosen, der Hopp-hopp-Menschen. Gesellschaftliche Verhältnisse, damit aber auch die Arbeitsverhältnisse, und die Möglichkeit einer Selbstverwirklichung als Frau lassen sich für Christa T. nicht mehr in Übereinstimmung bringen. (56) Sie erprobt das von der SED propagierte Emanzipationskonzept und verwirft es.

Als Frage bleibt, warum diese doch als aussergewöhnlich geschilderte Frau zu der herkömmlichen Form der Ehe greift und was sie für sie bedeutet.

Es handelt sich nicht um eine spontane Begeisterung, die sie anfangs für Justus, ihren späteren Mann, empfindet und die für die Heirat ausschlaggebend wäre. Eher wird ihr Wunsch nach Sicherheit und Geborgenheit angedeutet. Versucht sie das, was sie beim Neuanfang in der DDR nicht realisieren konnte, in der Ehe zu kompensieren? Im Vordergrund steht allerdings nicht die Resignation, der Rückzug, sondern eine ungeheure Lebensfreude. «Sie schuf sich noch einmal neu, von Grund auf für Justus, das war beileibe keine Mühe, sondern das grösste irdische Vergnügen, das ihr je untergekommen war.» (57) Vor allem ist diese Ehe ein Spiel mit neuen Varianten, der Versuch, sich in einer neuen Lebenssituation selbst zu verwirklichen. Im Vordergrund steht wieder der ‚Neubeginn‘, das Nicht-fest-gelegt-sein. Zu Beginn ihrer Ehe ist Christa T. glücklicher denn je. Sie freut sich an den banalsten Kleinigkeiten des Alltags. Dass sie ihren Beruf, Lehrerin, den sie nach dem Studium erneut in Berlin aufgenommen hatte, aufgibt, erscheint ihr offensichtlich selbstverständlich. Hatte sie früher auf Fragen ihr Berufsziel betreffend nur ausweichend geantwortet ‚ein Mensch werden‘, so definiert sie ihre Stellung jetzt – zwar leicht ironisch – ausschliesslich über ihren Mann – Tierarztfrau. Christa T. bleibt in ihrer Ehe ausgeglichen, solange diese in irgendeiner Weise noch provisorisch ist, sich nicht in endgültigen festgelegten Rahmenbedingungen bewegt. Je festgefügt sich ihr Leben darstellt, desto schwieriger wird es für sie.

«Das Spiel mit den Varianten hat aufgehört.» (58) All die kleinen, täglich notwendigen Handlungen, die ihr zu Beginn der Ehe Freude brachten, werden nun zur Qual. «Sie sah sich in eine unendliche Menge von tödlichen banalen Handlungen und Phrasen aufgelöst.» (59) Zwar versucht sie auch jetzt

noch ihr relativ gleichförmiges Leben mit ‚Varianten‘ aufzubessern. Als fest steht, dass Justus und sie den Wohnort nicht mehr wechseln wollen, beginnt sie mit den Plänen ihres Hauses, als auch dieses sich seinem Ziel unaufhörlich nähert, beginnt die Episode ihrer ‚Jägerliebe‘. Doch dies alles nützt ihr nichts. Man muss von ihr sagen: «Dass sie ausprobierte, was möglich war, bis ihr nichts mehr übrigblieb.» (60) Christa T. ging in ihrer Wohnung herum wie in einem Käfig. Sie wusste, dass sie nichts denken konnte, was nicht schon millionenmal gedacht, kein Gefühl aufbringen konnte, was nicht in seinem Kern durch Abnutzung verdorben war, und dass jeder ihrer Handgriffe von jeder anderen an ihrer Stelle gemacht werden konnte.» (61) Der Weg der Ehe, den sie als scheinbare Variante ihrer Selbstfindung einschlug, wirkte sich entgegen ihrer Absicht aus.

Christa Wolf stellt mit dieser Frauengestalt eine Geschichte von Einsamkeit, Selbstzweifel, Fragen der scheinbar wissenden und siegreichen Arbeiterbewegung entgegen. Gleichzeitig kritisiert sie die in der SED-Ideologie enthaltene Vorzugsstellung des Proletariats, in der die allgemein-menschliche Unterdrückung enthalten sei und dessen Emanzipation die allgemein-menschliche bedeute. Die Frauen sind ihrer Meinung nach diejenigen, die von ihrer unterprivilegierten Stellung aus scharfe Kritik formulieren können. «Das dem herrschenden Selbstverständnis Unbewusste, das Unausgesprochene findet sich immer bei den Unterprivilegierten, (. . .) und eben bei den Frauen, die lange sprachlos blieben.» (62) Christa T. lässt sich nicht eingliedern in die Welt der zweckmässigen Verhaltensweisen, der Rationalität, dem Unterordnungs- und Leistungszwang. Die Welt der Berufstätigen, der Hopp-Hopp-Menschen, die drei grossen W.s ‚Wirtschaft, Wissenschaft, Weltpolitik‘ (63) entfremden diejenigen, die sie betreiben. In Christa T. wird die Forderung nach einem Entwurf von Subjektivität gestellt, der die ganze Gesellschaft umfasst. Das Ziel, ‚man selbst zu werden‘, ist für die Frau weder dadurch realisierbar, ‚der bessere Mann‘ zu sein, noch durch die blosser Umkehrung der Geschlechtsrollenverteilung. Modelle subjektiver Selbstfindung und Selbstverwirklichung werden experimentell durchgespielt und verworfen, im Beruf, im Reproduktionsbereich, in der Praxis des Schreibens. Christa T. macht

keine ‚Entwicklung‘ durch. Eine Entwicklung würde ja Kriterien von hier nach dort voraussetzen und eben um diese Kriterien geht es in dem Roman. Christa T. ist der einzige Roman Christa Wolfs ohne Entwicklung, im Gegensatz zum ‚Geteilten Himmel‘ und zu ‚Kindheitsmuster‘, die gerichtet sind. Die Erzählstruktur, Auflösung einer einheitlichen Fabel zugunsten der Verknüpfung selbständiger Ebenen, ist daher in ‚Nachdenken über Christa T.‘ konsequent durchgeführt. Im ‚Geteilten Himmel‘ dient sie noch der Selbstvergewisserung des sozialistischen Menschen, der Hauptfigur Rita. Mit Christa T. unterläuft Christa Wolf die herrschenden Denkstrukturen. Das Fremde und Disparate wird nicht in der Identität eines neuen Selbstbewusstseins aufgehoben. Christa T. findet nicht zu sich selbst, zieht sich dem Versuch einer Neufestschreibung von ‚Weiblichkeit‘. Die Frage ist, ob in ihrem Tod nur Ersticken, Überforderung, Hinfalligkeit zu sehen ist, oder ob selbst hier an dem Moment des Nicht-festlegens, der Bewegung, dem Sich-nicht-unterwerfen unter eine Identität festgehalten wird? Die Meinung einer Freundin, Getrud Dölling, zum Tod Christa T.’s scheint diese Vermutung zu bestätigen. «Was ich ihr vorwerfe? sagte Gertrud Dölling da vom Fenster her, und ihre Stimme hat sich verändert. Dass sie tatsächlich gestorben ist. Immer hat sie alles wie zum Spass gemacht, versuchsweise. Immer konnte sie mit allem wieder aufhören und ganz was anderes anfangen, wer kann das schon? Und dann legt sie sich hin und stirbt in vollem Ernst und kann damit nicht mehr aufhören. – Oder denkst du, dass sie an dieser Krankheit gestorben ist.» (64)

Damit wird aber auch eine Affinität zu der Frauenbewegung in den westlichen Ländern erkennbar. ‚Die ständige Rede über das weibliche‘ unterstellt also nicht zu wissen, was das eigentlich ist. So überreich, unterschiedlich und verwirrend sind die Bilder, Definitionen und Zuweisungen über unser Geschlecht, dass eine Orientierung oder Identifikation darin gänzlich unmöglich scheint. Immer wieder greift Frau nach dieser oder jener Blume, doch ausgerupft aus dem Nährboden der männlichen Träume über die Frau, taugt sie nur noch als getrocknetes Ornament für Poesiealben.» (65) und weiter: «Vielleicht ist es nicht der Ort, sondern die Reise, nicht das System, sondern der Aphorismus, nicht die Identität, sondern die Vielheit, von wo aus gesprochen

wird. Es könnte ein Spielen mit Theoriefragmenten, ein Jonglieren mit probeweisen Standpunkten, eben ein unverhohlener Eklektizismus sein, dessen sich Frauen bedienen.» (66)

Weibliche Erfahrung führt, nach Meinung Christa Wolfs, nicht zur Konstruktion eines weiblichen Prinzips, sondern zu einem Entwurf menschlicher Kommunikations- und Selbstverständigungspraxis.

Anmerkungen:

- (1) Christa Wolf, ‚Selbstversuch‘ in: Frauen in der DDR, München 1977, S. 231.
- (2) Vgl. Jutta Menschik/Evelin Leopold «Gretchens rote Schwestern, Frauen in der DDR», Frankfurt 1974, S. 73.
- (3) Vgl. Gisela Helwig, ‚Zwischen Familie und Beruf. Die Stellung der Frau in beiden deutschen Staaten‘, Köln 1974, S. 90.
- (4) Vgl. Annemarie Tröger, ‚Fragen an unkritische Kritiker. Gedanken zu sozialistischen Übergangsgesellschaften‘, in Berliner Hefte 7/1978, S. 40. (5) Kleine Enzyklopädie, ‚die Frau‘ 1961, S. 75. (6) Vgl. Jutta Menschik/Evelin Leopold, a.a.O., S. 145 ff.
- (7) Jede 4. Ehe (gemessen an den Eheschliessungen im selben Jahr) wird geschieden, wobei in 65% aller Scheidungen die Frau die Antragsstellerin war. Vgl. Jutta Menschik/Evelin Leopold, a.a.O., S. 154.
- (8) Die Frau in der DDR, hrsg. vom Bundesvorstand des DFD, Dresden 1967, S. 38.
- (9) In dem Bericht an den 3. Parteitag heisst es: «zum 1. Mal gelang es auch vielen Frauen in die leitenden Parteiorgane zu wählen. Besonders stark zeigt sich das auch bei der Wahl der Wohngruppen. 22% aller Funktionäre waren Frauen, wobei ihr Anteil in den Wohngruppen einiger Kreise bis auf 50 und 60% anstieg. Selbst in den ländlichen Ortsgruppen stieg der Anteil der Frauen in den Leitungen bis auf 30%.» Vgl. Doernberg, Stefan, Kurze Geschichte der DDR, Berlin DDR 1964, S. 69. Zit. n. Gast Gabriele a.a.O., S. 61.
- (10) Gast Gabriele: die politische Rolle der Frau in der DDR, Düsseldorf 1973.
- (11) Elemente dieses Frauenbildes sind bereits in der Literatur der fünfziger Jahre angelegt, aber erst die Autoren der sechziger Jahre vor allem Eric Neutsch, Jurek Becker, Benito Wogatzki u.a. – bilden hieraus das neue weibliche Leitbild. Die Frauen vereinen Berufstätigkeit, weibliche Weiterqualifizierung und Mutterschaft, sie sind verständnisvolle Ehefrauen und attraktive Geliebte.
- (12) Maxie Wander, ‚Guten Morgen, du Schöne‘, Vorwort von Christa Wolf, Darmstadt 1978, S. 17.
- (13) Marianne Bruns, ‚Glück fällt nicht vom Himmel‘, Halle 1954, S. 40.

- (14) Vgl. Willi Bredel, ‚Petra Harms‘, in: Frauen in der DDR, München 1977, S. 20.
- (15) Ebda. S. 22.
- (16) Ebda. S. 25.
- (17) Vgl. Elfriede Brüning, Regine Haberkorn, Berlin 1955.
- (18) Vgl. hierzu die Heldin in: Hans Marchwitza ‚Roheisen‘, Karl Mundstock ‚Helle Nächte‘. Maria Langner ‚Stahl‘, Eduard Claudius ‚Menschen an unserer Seite‘, Marianne Bruns ‚Glück fällt nicht vom Himmel‘, Friedrich Wolf ‚Bürgermeister Anna‘.
- (19) Eduard Claudius, ‚Menschen an unserer Seite‘, Leipzig 1974.
- (20) Ebda. S. 38.
- (21) Marianne Bruns, a.a.O., S. 334.
- (22) Ebda. S. 335.
- (23) Christa Wolf ‚Selbstversuch‘ in: Frauen in der DDR, a.a.O., S. 233.
- (24) So z.B. in Elfriede Brünings Roman ‚Regine Haberkorn‘ a.a.O., S. 89.
- (25) Marianne Bruns, a.a.O., S. 419.
- (26) Ebda. S. 420.
- (27a) Vgl. Christa Wolf ‚Dienstag der 27. September 1960‘, in: Frauen in der DDR a.a.O., S. 58.
- (27) Ebda. S. 59.
- (28) Ebda. S. 69.
- (29) Ebda. S. 69.
- (30) Elfriede Brüning ‚Regine Haberkorn‘ a.a.O., S. 47.
- (31) Ebda. S. 23.
- (32) Eduard Claudius ‚Menschen an unserer Seite‘ a.a.O., S. 21/22.
- (33) Ebda. S. 41.
- (34) Ebda. S. 270.
- (35) Elfriede Brüning ‚Regine Haberkorn‘ a.a.O., S. 279.
- (36) Ebda. S. 47.
- (37) Ulrike Prokopp ‚Die Suche nach der Volkseinheit‘ in: Die Überwindung der Sprachlosigkeit, Darmstadt/Neuwied 1979, S. 193/94.
- (38) Willi Bredel, ‚Petra Harms‘, a.a.O., S. 21.
- (39) Elfriede Brüning ‚Regine Haberkorn‘, a.a.O., S. 134.
- (40) Ebda. S. 75.
- (41) Martin Reso: Der geteilte Himmel und seine Kritiker, Halle 1965, S. 33.
- (42) «Das ist nun, dachte Möllen thin, arbeiten gegangen wie ein Maurer, hat die Mutter gepflegt, ist zur Schule gelaufen jeden Abend wie andere zum Dienst, hat sich des Liebhabers entledigt, wie Madame Pompadour, hat, weiss der Teufel wie, ein Kind zur Welt gebracht und nichts zu sehen, nichts, nichts, nichts ... das ist so, wie wenn Blumen übers Wetter lachen, dachte Möllen thin. Wetterfeste Blumen sozusagen, die der Frost nicht erreichen kann.» (Benito Wogatzki ‚Der Preis des Mädchens‘, in: Frauen in der DDR a.a.O., S. 120.
- (43) ‚Immer das gleiche‘ sagte Rita, ‚eine einzige Haut um uns, einen Atem für uns beide, ja, »sagte er, »aber ist es nicht so? Christa Wolf ‚Der geteilte Himmel‘, München 1979, S. 80.
- (44) Karl Corino Interview mit Christa Wolf, gesendet im hessischen Rundfunk am 27.11.1974 in der Reihe ‚Transit, Kultur in der DDR‘.
- (45) Christa Wolf ‚Der geteilte Himmel‘ a.a.O., S. 21.
- (46) Ebda. S. 90.
- (47) Ebda. S. 145.
- (48) Ebda. S. 63.
- (49) Ebda. S. 187.
- (50) Dagmar Plötz: Vom Vorteil, eine Frau zu sein. Frauenbild und Menschenentwurf in Christa Wolfs Prosa, in: Christa Wolf Materialien buch, hrsg. v. Klaus Sauer, Darmstadt/Neuwied 1979, S. 100.
- (51) «Ich bin schon für eine gewisse Masslosigkeit, «Christa Wolf im Gespräch mit Wilfried F. Schöllner in: Christa Wolf Materialienbuch, hrsg. v. Klaus Sauer, a.a.O., S. 54.
- (52) Christa Wolf ‚Nachdenken über Christa T.‘ Neuwied/Berlin 1977, S. 42.
- (53) Ebda. S. 43.
- (54) Ebda. S. 37.
- (55) Ebda. S. 54.
- (56) So muss sich Christa T. als Lehrerin von ihren Schülern über gewisse Spielregeln ‚aufklären lassen‘. Sie machen ihr, der ‚Idealistin‘, deutlich, dass Opportunismus und Verlogenheit in der DDR nötig sind, um sich durchzuschlagen. Vgl. hierzu ‚Nachdenken über Christa T.‘, S. 101.
- (57) Ebda. S. 120.
- (58) Ebda. S. 133.
- (59) Ebda. S. 153.
- (60) Ebda. S. 165.
- (61) Ebda. S. 152/153.
- (62) Christa Wolf ‚Berührung‘ in: Maxie Wander ‚Guten Morgen, du Schöne, Darmstadt/Neuwied 1978, S. 12/13.
- (63) Christa Wolf ‚Selbstversuch‘ a.a.O.
- (64) ‚Nachdenken über Christa T.‘ a.a.O., S. 51.
- (65) Die Überwindung der Sprachlosigkeit, Texte aus der neuen Frauenbewegung, Darmstadt/Neuwied, 1979, S. 18.
- (66) Ebda. S. 18.

Die Commune – Eine Revolution auf Schallplatte(n)?

Der Jahrestag der Pariser Commune hat sich vor Kurzem zum 110-ten Mal wiederholt. Entgegen früheren Zeiten ist dieses Ereignis nach 1968 und vor allem nach 1971, dem Centennarium, zum Gegenstand ausgedehnter und erschöpfender Forschungen geworden. Augenzeugenberichte an ihm beteiligter Revolutionäre wurden veröffentlicht, historische Analysen von Zeitgenossen – wie die des französischen Historikers Lissagaray – wurden neu aufgelegt, eine Fülle von Dokumentensammlungen und wissenschaftlichen Untersuchungen erschien zu diesem Thema. Die Flut ist nun abgeebbt, die historischen Fakten – und Detailfragen sind im Grossen und Ganzen beantwortet, die ursprünglichen Probleme und Fragestellungen – die kurze Dauer der Commune; war sie eine proletarische oder gar sozialistische Revolution; ihre verschiedenen ideengeschichtlichen und politischen Wurzeln – sind zufriedenstellend gelöst. Die heutzutage noch als Randgebiete geltenden Bereiche der historischen Forschung werden nun in Angriff genommen: die Kommunen im übrigen Frankreich (so z.B. in Narbonne, Marseille, Lyon, Toulouse und Rouen) und ihr Verhältnis zur Pariser Commune/die Rolle der Frauen in der Commune/ihre Auswirkungen im kulturellen Bereich – denn viele Intellektuelle, Literaten und Künstler nahmen an der Revolution teil.

Aber nicht nur die historische Forschung – mit ihrem Medium Buch – beschäftigte sich mit dem Phänomen Commune, sondern in letzter Zeit wurde es auf Schallplatten einer breiteren und vor allem jüngeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und nahegebracht; dies ist normalerweise bei historischen Fachbüchern nicht der Fall. Versuche, die Commune mit anderen Medien als dem relativ unanschaulichen Buch darzustellen und zu analysieren, sind nichts Neues: Ich erinnere hier nur an das Theaterstück ,Die letzten Tage der

Commune» von Brecht und an die Ausstellung «Die politische Lithographie im Kampf um die Pariser Commune» in Stuttgart 1976. Diese Ausstellung ist deswegen erwähnenswert, weil sie selbst ein Medium ins Zentrum der Betrachtung stellte, das durch die Auseinandersetzungen in der und um die Commune zu einem Höhepunkt seiner künstlerischen Produktivität gelangte. So sind diese Schallplatten nichts grundlegend Neues, was die Wahl eines anderen Mediums als das des Buches betrifft, aber ihr kommerzieller Erfolg zeigt doch, dass neben der Welle populärer Geschichtsbücher vor allem solche Platten zur Verbreitung eines Interesses an der Geschichte besonders im jüngeren Teil der Bevölkerung beitragen. Bei den noch zu besprechenden Platten ist dabei erfreulich, dass sie nicht das vorherrschende konservative Geschichtsbild im Bezug auf die Commune wiedergeben, sondern versuchen, deren Bedeutung als erster hauptsächlich von Arbeitern getragenen und geleiteten Revolution gerecht zu werden.

Ein kurzer Abriss ...

Lassen wir die kurze, nur 72 Tage dauernde Geschichte der Commune noch einmal Revue passieren. Ihre indirekten Ursachen lagen in der wechselseitigen Verknüpfung einer umfassenden Industrialisierungswelle im zweiten französischen Kaiserreich (1852-1870) und dem damit verbundenen quantitativen Wachstum der Arbeiterklasse. Diese umfasste gegen 1870 ca. 3 Millionen Individuen, etwa 28% der damaligen Bevölkerung Frankreichs (1). Die industriellen und damit proletarischen Ballungsräume unseres Nachbarlandes waren zu jener Zeit der Raum von Paris, die Gegend von Lille, das Zentralmassiv mit seinen Kohle- und Stahlwerken und das Elsass im Bereich der Textilindustrie. Bei einem durchschnittlichen

Tageslohn von 2,50 Francs für Männer und 1,50 für Frauen (2) und dem damit verbundenen Elend war es nicht verwunderlich, dass die Arbeiter sich dagegen auflehnten: zwischen 1863 und 1870 gingen mehrere Streikwellen über Frankreich hinweg, die manchmal blutig niedergeschlagen wurden. Aber die Erfolge dieser Streikbewegung überwogen die Repressionsbestrebungen der Regierung, zumal diese sich auf das Proletariat angewiesen glaubte, da sie die Gunst des französischen Bürgertums durch kostspielige aussenpolitische Abenteuer (die französische Intervention in Mexico 1863-1867) und handelspolitische Massnahmen (1860 Freihandelsabkommen mit Grossbritannien) weitgehend verloren hatte; so erkämpften die Arbeiter 1868 das Koalitions- und Versammlungsrecht, gründeten Unterstützungskassen («Caisses du Sou») und Gewerkschaften, und die 1865 gegründete französische Sektion der I. Internationale erhielt bis 1870 beträchtlichen Zulauf (3).

Das Proletariat war am Vorabend des deutsch-französischen Krieges ein politischer Faktor geworden, mit dem die herrschenden Klassen rechnen mussten.

Eben dieser Krieg sollte die direkte Ursache der Commune werden, da die Klassengegensätze in Frankreich durch seinen Verlauf extrem zugespitzt wurden: Er wurde von den Machteliten der beiden Länder Frankreich und Preussen willentlich zur Absicherung und zum Ausbau ihrer Herrschaft begonnen. Napoleon III. bedurfte einer Legitimation seines plebiszitären Kaisertums nach seinen vorhergehenden Niederlagen durch den Erwerb linksrheinischen Gebietes; Bismarck wollte die 1866/67 begonnene Einigung Deutschlands unter preussischer Hegemonie durch einen Krieg gegen den «Erbfeind» vollenden. Der Kampf endete mit dem totalen Zusammenbruch des bonapartistischen Kaiserreichs: **am 4. September 1870 wurde die bürgerliche Republik ausgerufen.** Doch damit war der Krieg nicht beendet, denn nun gingen die preussisch-deutschen Truppen zur offenen Annexion über. Die französische Bourgeoisie, eben voll an die politische Macht gelangt, sah sich in einem Zweifrontenkrieg mit dem auswärtigen Aggressor und dem einheimischen Proletariat, das im Krieg den Kopf für das Bürgertum hinhielt und nun seinen Anteil an der Macht forderte: es kam zu Aufständen in Paris (am 31. Oktober 1870 und am 21./22. Januar 1871), im übrigen Frankreich würden

Communen ausgerufen (in Lyon und Marseille) und eine «Ligue du Midi» gegründet. Angesichts einer drohenden sozialen Revolution entschloss sich die bürgerliche Regierung, den Frieden mit dem klassenmässig ebenbürtigen Gegner zu suchen. Der Chauvinismus der Bourgeoisie zu Beginn des Krieges hatte sich entsprechend der Lage in Kriegsmüdigkeit **verwandelt: am 28. Januar 1871 wurde ein Waffenstillstand geschlossen.** Das französische Proletariat, das anfänglich der offiziellen Kriegspropaganda erlegen war (4), wurde nun zum Träger des Widerstands gegen die deutschen Besatzer, die Paris belagerten. Die am 8. Februar gewählte, mehrheitlich royalistische Nationalversammlung sorgte dafür, dass die Arbeiter nicht allein blieben in ihrem Widerstand, indem sie verschiedene Mietverordnungen erliess und die Soldzahlungen für bedürftige Nationalgardemitglieder einstellen liess – die kleinen Händler und Handwerker schlossen sich den Arbeitern an. Voll war das Mass, als die Regierung Thiers am 18. März 1871 der Nationalgarde, einer Art Bürgerwehr, die Waffen wegnehmen lassen wollte, weil ihr die letztere nicht mehr zuverlässig erschien: **die Nationalgarde revoltierte zusammen mit dem Volk von Paris,** die bürgerliche Regierung floh nach Versailles. Dies war nur möglich, weil sich die regulären französischen Truppen in Kriegsgefangenschaft befanden und die Nationalgarde mit 150'000 bewaffneten Leuten die einzige ernstzunehmende Macht in Paris war, von den Preussen abgesehen. Die Nationalgarde liess am 26. März einen Rat der Stadt, die Commune, wählen und **am 28. März wurde er als Regierung proklamiert:** die Commune war die erste französische Revolution, an deren Beginn wenigstens in Paris allgemeine Wahlen standen und die so eine breite formale Legitimation besass, denn ca. 50% der Bevölkerung nahmen an den Wahlen teil (5). Obwohl nicht alle gewählten Delegierten dezidierte Revolutionäre waren und etliche eine Verständigung mit der bürgerlichen Regierung Thiers suchten (unter ihnen war Clemenceau, der spätere Sieger des Ersten Weltkrieges), machte letztere gemeinsame Sache mit den deutschen Siegern, um ihre Soldaten freizubekommen und sie gegen die Revolutionäre kämpfen zu lassen. Der deutschen Regierung war nämlich das revolutionäre Paris auch nicht geheuer, da sie nicht wusste, ob es nicht auch im neuen Deutschen Reich Schule machen würde. So wurde man sich überraschend

schnell handelseinig: am 10. Mai 1871 wurde in Frankfurt der Friede geschlossen (Frankreich trat Elsass-Lothringen ab und zahlte 5 Milliarden Goldfrancs Kriegsschädigung), am 21. Mai ratifizierte ihn die französische Nationalversammlung, am gleichen Tag begann der Sturm der regulären Armee auf Paris, der nach der ‚blutigen Woche‘ am 28. Mai mit dem Fall der letzten Barrikade und mit dem Terror der siegreichen Truppen endete.

Doch die Revolutionäre in Paris hatten die kurze Zeit bis zu ihrer Niederlage – 72 Tage – genutzt, obwohl sie mit den preussischen Besatzungstruppen, der Lebensmittelknappheit und nicht zuletzt ihrer eigenen Uneinigkeit zu kämpfen hatten. Sie trafen eine Reihe von aktuellen Massnahmen: Schulden und Mieten wurden für die Zeit der preussischen Belagerung erlassen und sie beschlagnahmten leerstehende Wohnungen. Das Gemeinwesen wurde radikal demokratisiert: die Armee wurde abgeschafft, eine Volksmiliz sollte an ihre Stelle treten; die Beamten wurden wählbar und hatten den gleichen Lohn wie Arbeiter; die Schulen waren von da an kostenlos und vom Einfluss der Kirche befreit, die Mädchenschulen wurden vermehrt und man initiierte pädagogische Erneuerungsversuche. Auch die Lage der Arbeiter und Handwerker besserte sich grundlegend: Geldstrafen in Form von Lohnabzügen wurden verboten, ebenso die Nacharbeit für Bäcker; Arbeitsbörsen wurden in jedem Stadtteil eingerichtet; von ihren Besitzern verlassene Fabriken wurden Arbeitern übergeben. Dies alles war aber nicht nur eine Angelegenheit der Männer, sondern auch eine der Frauen: das zeigen die Existenz eines Frauenbataillons in der Nationalgarde und die exemplarische Tätigkeit von Louise Michel (und mit ihr vieler Frauen) in den Schulreformversuchen.

Die Zeit, die für den revolutionären Aufbau blieb, war zu kurz und sie war überschattet von den dauernden Angriffen der bürgerlichen Truppen gegen Paris. So blieben die meisten Reformen Stückwerk oder Absichtserklärungen, da die ganze Energie der Kommunarden von Verteidigungsmassnahmen aufgefressen wurde. Trotz ihrer Niederlage blieb die Commune aber ein Beispiel für die in Angriff genommene Emanzipation des arbeitenden Volkes durch die Grundsätze, die sie in einer **Deklaration an das französische Volk vom 19. April 1871** verkündet: dezentraler Staats- und Verwaltungsaufbau; Autonomie der Kom-

munen bei nationaler Einheit; Selbstregierung des Volkes mit Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit.

... und drei Fragen

Im Zusammenhang mit der Commune wurde oft die Frage diskutiert, ob diese Revolution wirklich eine **Revolution der Arbeiter** gewesen sei. Oder ob sie nicht vielmehr von den Kleinbürgern in Paris getragen worden sei. Bei einer soziologischen Analyse der Mitglieder der Nationalgarde, die am 18. März 1871 spontan revoltierten, kommt man zu der Feststellung, dass sie hauptsächlich proletarischer Herkunft waren (6). Auch die Zusammensetzung des demokratisch gewählten Communes beweist uns den proletarischen Charakter der Revolutionäre: von seinen 65 Mitgliedern waren allein 25, also fast 40%, Arbeiter aus den Sektionen der Internationale, die restlichen 40 waren mehrheitlich unselbständige Handwerker und Intellektuelle. Unter diesen Arbeitern traten aber nicht nur die Führer der damaligen französischen Arbeiterbewegung hervor, sondern es fanden sich auch eine grosse Zahl sogenannter ‚Rühmloser und Unbekannter‘, wie etwa die Eisengiesser Albert Theisz und Camélinat, die Maschinenbauer Langevin und Adolphe Assi oder der Goldschmid Leo Frankel. An ihren Berufen kann man einen weiteren Grundzug der Commune erkennen: die Arbeiter in den führenden Funktionen der Revolutionsorgane waren im allgemeinen Handwerker oder Arbeiter mit handwerklicher Ausbildung. Der Grund lag darin, dass in Paris die traditionellen Industriezweige wie Textil- und Möbelindustrie noch stärker dominierten als im übrigen Frankreich; dennoch besaßen in der Revolution von 1871 im Vergleich zu der von 1848 die Arbeiter aus den wachstumsorientierten Industrien (wie z.B. der Metallindustrie) ein bedeutend grösseres Gewicht, wenn man auch noch nicht von einem modernen Proletariat im heutigen Sinne sprechen kann. Neben den Arbeitern war nur noch das in jenen Zeiten von Verelendung stark betroffene Pariser Kleinbürgertum für die Commune von Bedeutung: viele kleine selbständige Handwerker und Intellektuelle schlossen sich der Revolution an und trugen sie mit. Die Kommunarden selbst betrachteten ihren Aufstand im Kern als eine «Revolution der Arbeiterklasse». So bezeichnete jedenfalls

Léo Frankel, der Verantwortliche der Kommission für Arbeit und Handel im Commune-Rat, die Commune (7).

Die subjektive Einschätzung der Revolutionäre führt uns zur nächsten Frage, ob die Commune denn auch **eine sozialistische Revolution** gewesen sei (8). Ein Grossteil der Kommunarden selbst – wie z.B. Leo Frankel – und ebenso aussenstehende, aber anteilnehmende Revolutionäre bejahten diese Frage. So stellte Bakunin im Juni 1871 fest, dass die französischen Arbeitermassen in einer «instinktiven Hinwendung» zum Sozialismus in der Commune mit der feudalistisch-kapitalistischen Staatskontinuität gebrochen hätten. Auch Karl Marx erkannte nach einigen Schwankungen in ihrer Beurteilung (9) in der Commune im Wesentlichen eine Regierung der Arbeiterklasse, da die Arbeiter zum ersten Mal die führende Kraft einer Revolution seien. Die Massnahmen der Revolutionäre (z.B. die Abschaffung des bürgerlichen Heeres und die Einführung einer proletarischen Miliz) befürwortete er als einen Weg zur Entwicklung einer sozialistischen Demokratie. Sogar die administrative Form der Commune bezeichnete er als fortschrittliches Gegenmodell zur bürgerlichen Überzentralisation. Betrachtet man nun den ideologischen Standort der Mitglieder des Communerates als den Repräsentanten der Meinung der Revolutionäre – auch existieren dokumentarische Berichte nur von ihnen –, so wird die Beantwortung der gestellten Frage schon schwieriger. Aus der Theorienvielfalt der sozialistischen Bewegung jener Zeit – Blanquismus, Proudhonismus, Kooperativbewegung, Marxismus, antiautoritärer Kommunismus und Bakuninischer Anarchismus, um nur die wichtigsten zu nennen – lassen sich zwei für die Commune wichtige Stränge herauskristallisieren: der erste stand in der Tradition der grossen bürgerlichen Revolutionen und wollte vor allem das jakobinische Erbe von 1793/94 fortsetzen. Diese Revolutionäre befürworteten sehr schnell eine autoritäre Diktatur einer revolutionären Elite zum Wohl des Volkes nach der Art des legendären jakobinischen Wohlfahrtsausschusses von 1793. Sie setzten sich in dieser Frage auch durch; ab dem 1. Mai 1871 entstand wieder eine solche Institution unter dem Eindruck der militärischen Angriffe der Versailler Regierung. Dieser Strömung, die eine radikale Demokratievorstellung verfocht und die der Frage sozialer Veränderungen kein so grosses Gewicht beimass, sind vor allem die Jakobiner

von 1871 (wie etwa Félix Pyat), ehemalige Revolutionäre von 1848 wie Delescluze, und aufgrund ihrer putschistisch-elitären Theorie auch die Blanquisten (z.B. Eudes, Rigault) zuzurechnen. Man hat sich in der Geschichtsschreibung der Commune angewöhnt, die Vertreter dieser ideologischen Richtung als ‚Mehrheit‘ zu bezeichnen, da sie in einigen wichtigen Fragen die Politik des Communerates bestimmten.

Zu den Vertretern des anderen Flügels, der ‚Minderheit‘, gehörten viele Internationalisten und die wenigen damaligen Marxisten in Paris wie Serrailier, Frankel und Elisabeth Dimitrieff, die eine grosse Rolle in der Frauenorganisation der Commune spielte, aber auch radikale Proudhonisten. Diese subjektiv sozialistisch denkende ‚Minderheit‘ hatte aber weder eine klare Vorstellung von einem realen Sozialismus noch ein zielstrebiges Programm zu dessen Verwirklichung. Dies beweist auch die Tatsache, dass die Grenzen zwischen den beiden Fraktionen oft schwimmend waren (10). Die ideologischen Vorstellungen der Kommunarden zeigen uns nur eine Seite des Revolutionsprozesses, die praktischen Massnahmen der Commune – wenn auch oft nicht durchgeführt – führen uns dagegen ganz klar den sozialistischen Charakter dieser Revolution vor Augen. Denn neben Erlassen, die die krassesten Missstände erst einmal beseitigten (wie das Verbot der Kündigung von Mietern), bedeuteten die politischen Massnahmen der Commune die fast völlige Abschaffung des alten bürgerlichen Staatsapparates: selbst wenn man die Trennung von Staat und Kirche, die intendierte Wählbarkeit von Beamten und Richtern und das imperative Mandat für Abgeordnete noch als Elemente einer radikalen bürgerlichen Demokratie betrachtet, so sind doch die Aufstellung eines Volksheeres, die Aufhebung der Gewaltenteilung und gar die Übergabe verlassener Fabriken an Arbeiterkooperativen Massnahmen, die den Rahmen der radikalsten bürgerlichen Demokratievorstellungen sprengten. Erstmals wurden so in der Commune schemenhaft die Umriss einer proletarischen Demokratie sichtbar. Daher kann sie als erste genuin sozialistische Revolution in Europa bezeichnet werden, in der viele spätere Probleme des sozialistischen Denkens diskutiert wurden oder erst auftauchten, wie die Frage einer proletarischen Partei, das Verhältnis von Zentralismus und Föderalismus, von Demokratie und Sozialismus, von revolutionä-

närer Spontaneität und organisierter revolutionärer Arbeit.

Die dritte Frage im Zusammenhang mit der Commune ist die nach ihren **Versäumnissen und Fehlern**. Sie wurde nach ihrem Ende oft von sozialistischen Theoretikern – Lissagaray, Lavrov, Marx und Lenin – mit der Absicht diskutiert, aus ihrer Beantwortung Lehren für die spätere revolutionäre Arbeit zu ziehen. Bürgerliche Wissenschaftler beschäftigten sich mit dieser Problematik kaum, da für sie das grausame Ende der Commune und die darauffolgende jahrelange Friedhofsruhe unter den französischen Arbeitern erst einmal alle Probleme zufriedenstellend gelöst hatte. Aus einer Fülle von Versäumnissen schälten sich drei gravierende Fehler heraus: Erstens hatten die Kommunarden vergessen oder nicht gewagt, die wirtschaftliche Macht des französischen Bürgertums zu brechen, indem sie z.B. die Banque de France beschlagnahmt hätten. Dann wurde der Verbindung und Zusammenarbeit mit anderen revolutionären Kommunen in ganz Frankreich kaum eine grosse Bedeutung von Seiten der Pariser Revolutionäre beigemessen. Der zentrale Fehler aber war, dass die Kommunarden keine Verbindung zu den französischen Bauern aufnahmen. Ihnen war das Problem bewusst, sie unternahmen aber fast nichts, um die Pariser Revolution dem ländlichen Frankreich nahezubringen (11). So erlag die Bauernschaft vollständig der ideologischen Beeinflussung der ländlichen Gutsbesitzer, der ‚ruraux‘, die die traditionellen Vorurteile der Bauern gegen das revolutionäre Paris wiederbelebten, obwohl sie gleichzeitig die Hauptlast der französischen Kriegsschuld über Sondersteuern auf sie abwälzten. Und so schossen in der Blutwoche im Mai die Bauernsoldaten der Versailler Armee die Commune zusammen.

Lieder der Commune – Lieder über die Commune?

Die Commune war nicht nur eine Revolution – oder besser gesagt, ein Revolutionsversuch – auf wirtschaftlich-politischem Gebiet, obwohl hier die hauptsächlich revolutionäre Arbeit geleistet wurde. Auf kultureller Ebene, mit den verschiedenen Medien künstlerischer und literarischer Betätigung, wurden ebenfalls revolutionäre Versuche eingeleitet: der Bildhauer Courbet versuchte, eine revolutionäre Kunst

zu schaffen; die Pariser Theater erprobten Experimentalstücke unter Einbeziehung der Zuschauer; die Strassensänger und chansonniers in den populären cafés-concerts der französischen Hauptstadt machten sich zu singenden Verfechtern der Commune; die politische und karikative Lithographie feierte in ihrer Parteinahme für die Revolution künstlerische Triumphe.

Die Commune hatte Langzeitwirkungen auch auf den Gebieten der Kunst und der Literatur. Eine Vielzahl von Romanen und Theaterstücken hatten sie zum Thema, sowohl in diffamierender wie in verteidigender Absicht. Der Kommunarde Jules Valles kreierte mit seinem autobiographischen Roman über seine Mitwirkung an der Commune – «LTnsurge» (unter dem Titel «Der Rebell» 1980 auf deutsch erschienen) – eine neue sozialkritische, dem Proletariat als literarischem Subjekt verpflichtete Romanform, die sich in Gestaltung und Inhalt vom bürgerlichen Sozialroman à la Zola und Charles Dickens stark unterschied. Die Poesie und die Lieder der Arbeiter erhielten von der umfangreichen Lied- und Gedichtproduktion der Kommunardenpoeten Eugene Pottier, Paul Brousse und J.-B. Clement einen starken Anreiz; davon zeugen auch die Übertragungen von Kommunardenliedern ins Deutsche durch Erich Weinert in den Jahren 1937 – 1939 und die Tatsache, dass die von Pottier im Juli 1871 geschaffene «Internationale» das bekannteste Lied der Arbeiterbewegung geworden ist und sogar von 1918–1940 die Nationalhymne der Sowjetunion war.

In den letzten 10 Jahren hat das während der Commune sich entfaltende Medium des politischen Liedes sich erneut an seine frühere Blütezeit erinnert: vor allem französische Chansonniers, aber auch deutsche Liedermacher nahmen Lieder der Commune in ihr Repertoire auf. Darüber hinaus wurde die Commune auf Platten besungen, die sich ausschliesslich mit ihr beschäftigten.

Vier dieser Platten – eine französische, eine österreichische und zwei deutsche Produktionen und die einzigen, die meines Wissens die Commune als (einen) thematischen Schwerpunkt haben – möchte ich besprechen. Zunächst werde ich auf ihre inhaltliche Darstellung der Commune eingehen und sie kritisch bewerten. Genauso wichtig erscheint mir aber auch eine Untersuchung, wie die formalen Mittel des Mediums Schallplatte in Verbin-

dung mit dem Inhalt eingesetzt werden. Ein drittes Kriterium ist der didaktische Einsatz des Mediums, da drei dieser Platten erklärte Programmusik sind, d.h., sie versuchen, über die Verbindung der beiden Medien Text und Musik gezielte Informationen und Meinungen an die Zuhörer/Leser zu vermitteln.

Die Platten selbst – La Commune en chantant (Stec LP 89)/Schmetterlinge: Proletenpassion 1975 (25535 XU)/Oktober: Die Pariser Commune 1977 (ALP 321 1/1-2)/Kommunegruppe Schauspiel Frankfurt: Die Himmelsstürmer. Lieder der Pariser Commune 1980 (NWKE 3001) – gehen ihr Thema in sehr unterschiedlicher Weise an: die erste dokumentiert allein Lieder der Commune; die zweite stellt uns ein Musiktheater mit Liedern über die Commune vor; die dritte besingt die Revolution von 1871 mit eigenen Liedern der Gruppe, in die Originalmelodien eingestreut sind; auf der vierten Platte schliesslich hört man Originallieder, die von einem Programmbuch (78 Seiten stark) in ausführliche Hintergrundinformationen eingebettet sind. So unterschiedlich, wie sie ihr Thema behandeln, so unterschiedlich ist auch die musikalische Gestaltung der Platten: vom Versuch der Reproduktion der Originalmusik (Himmelsstürmer) über Bel Canto und Chorgesang (La Commune en chantant) bis zur Verbindung von Rock – und damaliger Volksmusik (Schmetterlinge) und zur reinen Rockmusik (Oktober) reicht die Palette.

Die Commune – eine Revolution des chansons?

«La Commune en chantant», eine Doppel-LP mit mehreren Interpreten, ist der Versuch einer authentischen Dokumentation von chansons und Liedern der Commune; so suggerieren es jedenfalls der Titel und der kurze Begleittext der Schallplatte. Die Platte enthält jedoch zum Grossteil Lieder aus dem historischen Umfeld der Commune, die allerdings oft in direktem Bezug zu der Revolution von 1871 stehen. So finden wir auf den ersten zwei Seiten vor allem aus der Zeit der bürgerlichen Republik in Paris Lieder und chansons: in ihrem Ausdruck der Sehnsucht nach einer Republik des Volkes («Quand viendra-t-elle», das von der Zensur aufgrund des Personalpronomens als Liebeslied aufgefasst wurde), in der Verhöhnung des geschlagenen Napoleon III («le Sire de Fisch-Ton-Kan»), in dem liebevollen

Besingen der populären Nationalgarde ebenso wie in der Ablehnung des Waffenstillstandes («Ah! Zut à ton armistice») und im Gefühl des Verratenseins («Paris pour un beafsteack») taucht vor uns jene Zeit (September 1870-März 1871) mit ihrer revolutionären Unruhe aus dem Sarg der Geschichte auf. Die Wut des Volkes auf die Bourgeoisie und den Kaiser, die es in den Krieg führten und dann verrieten, und gleichzeitig das trotzige Bewusstsein seiner neu errungenen Macht werden wieder lebendig.

Dieses trotzige Selbstbewusstsein manifestiert sich auch in den Liedern der Commune selbst wie dem «Insurgé» (dessen Melodie die der «Internationale» vorwegnimmt) und der «canaille». Bewusst übernahmen die Kommunarden diese ursprünglich negativ auf die Arbeiter angewandten bürgerlichen Begriffe und grenzten sich von der Bourgeoisie ab, indem sie ihnen einen positiven klassenkämpferischen Sinn gaben. In diesen zeitgenössischen Liedern kommt das sinnliche, lebensbejahende Element ebenso zum Ausdruck wie das Bewusstsein, dass das Kollektiv der Arbeiter/-innen die Geschichte gestaltet und nicht einzelne Führerfiguren, wenn die «Inconnus» der Revolution besungen werden oder in «Vive la Commune» der ‚tägliche gute Wein‘ zu den Errungenschaften der Commune gezählt wird. Generell werden in den Liedern die revolutionären Veränderungen eher summarisch, schlagwortartig erwähnt als differenziert und konkret vorgestellt. Als Beispiel für die Lieder der Kommunarden wird der «Chant des ouvriers», den der französische Arbeiterpoet Pierre Dupont 1849 geschrieben hatte, gesungen. Am Ende des Zyklus steht die Beschreibung der Greuel während der «Semaine sanglante».

Auf der vierten Plattenseite findet man chansons, die von Kommunarden nach ihrer Rückkehr aus dem Exil – nach der allgemeinen Amnestie für Kämpfer der Commune 1880 – geschrieben worden sind. Sie zeigen das Wiederaufleben des durch die blutige Unterdrückung der Revolution nur für kurze Zeit verschütteten Klassenbewusstseins («En avant la classe ouvrière») und die – in Bezug auf die Verwirklichung einer in der Commune kurz Realität gewordenen Utopie-optimistischen Verarbeitung der Geschichte von 80 Jahren Arbeiterkämpfen in Frankreich («Le drapeau rouge» und «Internationale»). Im zuletztgenannten Lied von Pottier zeigt sich auch, dass

der Autor einen der entscheidenden Fehler der Commune erkannte, als er schrieb:

«Ouvriers, paysans, «Arbeiter, Bauern,
nous sommes wir sind
le grand parti die grosse Partei
des travailleurs» der Werktätigen»

Allerdings wird der authentische Charakter der Lieder stark geschmälert, wenn von den sieben ursprünglichen Strophen der «Internationale» nur vier gesungen werden. In dieser Anpassung an die heutige Tradition des Absingens der Hymne der Arbeiterbewegung geht die sinnlich erfahrbare Konkretheit der Analyse von Pottiers ursprünglichem Text verloren, das Lied fasst nur mehr schlagwortartig die Klassenkampf Erfahrungen der Arbeiter zusammen.

Überhaupt zeichnen sich die Aufnahmen der Chansons durch viele Textkürzungen und -Veränderungen gegenüber den Originaltexten aus (z.B. bei «Insurgé», «Semaine sanglante»etc.). Bei dem Lied «Le drapeau rouge» wird kommentarlos die Fassung von Achille Le Roy von 1885 übernommen, in der es heisst:

«Les révoltés «Die Rebellen
du moyen âge des Mittelalters
l'ont arboré sur haben sie auf
maints beffrois» manchem Wehrturm
gehisst»

In den Bauernaufständen, auf die hier angespielt wird, wurde allerdings oft eine rote Fahne aufgepflanzt; sie war aber das Banner des Königshauses und war Ausdruck des Vertrauens der Bauern in ihren König gegenüber der Willkür des Adels, war also Ausdruck der ideologisch-politischen Widersprüchlichkeit und Konfusion der Bauernbewegung. Die Erstfassung von Paul Brousse aus dem Jahre 1877 zeigt dagegen eine andere, wahrscheinlichere Tradition auf, die der französischen Revolution von 1789:

«Il était du «Sie gehörte zur
,parti de l'ordre' Ordnungspartei
au massacre du bei dem Blutbad auf
Champs de Mars» dem Marsfeld»

Brousse spielte hier auf das Massaker der Nationalgarde bei einer Volksversammlung auf dem Marsfeld am 17. Juli 1791 an. Bei der Anwendung der 'loi martiale', eines Gesetzes des Bürgertums vom Oktober 1789 zur Ermöglichung gewaltsamer Auflösungen von Volksversammlungen, musste die rote Fahne auf dem Stadthaus von Paris gehisst werden. Am 17. Juli 1791 wurde sie gehisst. Bis 1848 allerdings – hier setzte sich die rote Fahne als

Symbol der Arbeiterbewegung allgemein durch – eignete sich das Volk als Symbol seiner Unterdrückung an und kehrte es um: Es wurde zum Sinnbild der Souveränität des einfachen Volkes. Wir wissen nun nicht, welche der beiden Traditionen, Herkunft der roten Fahne aus dem Mittelalter oder aus der französischen Revolution, bei den Arbeitern verbreitet war, aber mit Sicherheit war auf politischer Ebene die Tradition der bürgerlichen Revolutionen jedem Proletarier bewusst, und so erscheint mir die Textverfassung von Paul Brousse das reale Traditionsbewusstsein der Arbeiter eher wiederzugeben als die von Achille Le Roy.

Auf der musikalischen Ebene dokumentieren die Melodien, die oft Volksliedern, aber auch bürgerlichen Revolutionsliedern entlehnt wurden, dass das Revolutionäre der Communelieder sich nur auf den Text, aber nicht auf die musikalische Gestaltung bezog: Revolutionäre Inhalte mit neuen Formen zu verbinden, das kam den Poeten der Commune nicht in den Sinn. Ein Beweis dafür ist, dass selbst der bei den damaligen Arbeitern so verhassten Marseillaise die Melodie belassen und nur der Text umgeschrieben wurde («La Marseillaise de la Commune»).

Der authentische Charakter der damaligen Arbeitermusik wird allerdings auf der Platte stark verstümmelt durch die getragene, arienhafte Darbietung der Chansons im Bel Canto-Stil. Auch die Chöre auf der Platte gleichen eher biedereren Männer- oder Frauengesangsvereinen denn Arbeiter/-innenchören, selbst wenn man die uns heute befremdend anmutende mehrstimmige Chortradition der Arbeiter jener Zeit berücksichtigt. So wie auf dieser Platte wurden meiner Meinung nach Revolutionslieder auch damals nicht gesungen; es fehlt ihnen jeglicher Schwung. Trotz dieser inhaltlichen und musikalischen Mängel bleibt «La Commune en chantant» jedoch die umfangreichste Sammlung von Liedern der Kommunarden und Liedern über die Commune, und sie vermittelt so ein Bild einer Seite dieser Revolution, die bisher noch kaum richtig erforscht wurde.

Die Commune – Folklore der Revolution?

Die im Jahre 1977 fertiggestellte Dreifach-LP der österreichischen Politrockgruppe ‚Die Schmetterlinge‘ mit dem Titel «Proletenpas-

sion» ist die einzige der besprochenen Platten, die einen eindeutig formulierten pädagogischen Ansatz hat. Ausgehend von dem personalistischen und auf die Vergangenheit bezogenen Geschichtsunterricht – im ‚Lied des Geschichtslehrers‘ singen sie: «Cäsar liebte fette Römer/und Lucullus war ein Schlemmer» –, den sie selbst genossen haben, setzen sie ihre Geschichtsauffassung dagegen, deren Inhalt durch das Brechtgedicht «Fragen eines lesenden Arbeiters» am Beginn des die Platte begleitenden Textheftes und durch das Eingangslied «Wer schreibt die Geschichte» für den Leser/Zuhörer hinreichend strukturiert wird.

«Geschieht Geschichte mit uns?/Oder machen wir unsere Geschichte?»

Für die Schmetterlinge ist die Antwort klar: Sie betrachten die geschichtliche Entwicklung aus der Sicht derer, auf deren Rücken sie meist abließ und deren Versuch, ihre eigene Geschichte zu machen, oft grausam von den gerade Herrschenden beendet wurde.

Dieser Versuch ist das Thema der Schmetterlinge-Platten. Von den frühneuzeitlichen Bauernaufständen in Deutschland über die bürgerliche und die erste proletarische Revolution in Frankreich spannt sich der Bogen bis zur russischen Revolution 1917 und den Kämpfen gegen den Faschismus in Mitteleuropa und anderen Teilen der Welt. In diesem historischen Zusammenhang widmet die Gruppe der Pariser Commune eine Plattenseite, um auf ihre Bedeutung als erste Revolution hinzuweisen, in der das Volk, d.h. die Arbeiter und kleinen Handwerker, die Macht direkt und unmittelbar übernahm.

Dies ist das historische Leitmotiv, unter dem die Schmetterlinge wie auch die Gruppe Oktober, deren Commune-Platte ich noch besprechen werde, die Commune betrachten: die erste Arbeiterrepublik der Geschichte. Auf deren Ursachen gehen sie allerdings nur sehr summarisch und allgemein ein, indem sie auf der zweiten Plattenseite die Verelendung der Arbeiter im Frühkapitalismus besingen; die spezifische Situation der französischen Arbeiter stellen sie nicht dar. Das ist insofern ein Mangel, als etliche schwerwiegende Problematiken der Commune Ausdruck der eigenständigen Entwicklung der französischen Arbeiterklasse waren, sie aber auf der Platte nicht zur Geltung kommen. So wird nur die allgemein ökonomische Ursache des deutsch-französischen Krieges erwähnt, eines der aus-

lösenden Momente für die Revolution von 1871:

«Wenn ein Kapital national erstarkt/und ein Konkurrent will auch den Markt/dann gibt es eine Schlacht und es blitzt und kracht/dass die Fetzen fliegen“

Aber die spezifisch französische Situation, in der Napoleon III. den Preussen den Krieg erklärte, um von den innenpolitischen Schwierigkeiten mit den Arbeitern – die grossen Streiks der Jahre 1866-1869 waren ein Anzeichen dafür – wegzukommen, wird den Zuhörern nicht erklärt. Gerade sie ist meines Erachtens jedoch wichtig zum Verständnis der revolutionären Stimmung in Paris nach der Niederlage der kaiserlichen Armee bei Sedan.

In dem Begleittext, der im Songheft jedem historischen Abschnitt vorangeht und der den Hintergrund zu den Liedern liefern soll, werden als direkte Ursache der Revolution nur die von der Bevölkerung als Verrat empfundenen geheimen Verhandlungen der bürgerlichen Regierung mit den Preussen angeführt. In einem Lied wird noch die grosse Zahl der Arbeitslosen beschrieben («Hunderttausend Arbeitslose»), die von der Regierung in die Nationalgarde gesteckt wurden und dort die Machtgrundlage für das Gelingen der Arbeiterrevolution bildeten. Das ganze Elend im belagerten Paris, die Hungersnot, die vergeblichen Aufstandsversuche vom 31. Oktober 1870 und 21. Januar 1871 als Motoren der revolutionären Entwicklung werden jedoch nicht thematisiert.

Breiten Raum nimmt der direkte Anlass der Commune, der Versuch der Regierung Thiers, der Nationalgarde die Waffen wegzunehmen, ein. Die Verhinderung dieser Aktion durch das Volk, in diesem Fall durch die Frauen und die Soldaten («... und die Soldaten schossen/die Generale nieder») und das Lied vom darauffolgenden ‚Gespensterzug‘ der Bourgeoisie nach Versailles – dieses besonders durch seinen demagogischen Wortschatz – geben dem Zuhörer einen lebendigen Eindruck von der Stimmung jener Tage in Paris:

«Es ziehen die Lemuren/mit wütendem Geheul/und ihren fetten Huren/gar hastig nach Versailles».

Die Schmetterlinge heben, wie schon gesagt, den Charakter der Commune als erster Arbeiterrevolution stark hervor. Die im Begleittext zitierte Proklamation der Nationalgarde vom 18. März 1871 und die Auflistung der zu einem proletarischen Staat tendierenden politi-

schen und ökonomischen Massnahmen unterstreichen ihre Meinung. Diese Massnahmen werden in den Liedern ‚Was ist die Kommune‘ und ‚Dekrete der Kommune‘ noch ausführlicher erläutert. Dabei unterläuft der Gruppe allerdings ein Fehler, wenn sie singt:

«Und dass im Sitzungssaal (des Commune-rats, der Verf) / kein Advokat, kein General / kein Fabrikant, kein Journalist / kein Mitglied der herrschenden Klasse ist».

Indem sie richtig sagt, dass zum erstenmal eine grosse Masse Unbekannter über die Geschicke eines Staats-/Stadtwesens bestimmte, schießt sie über ihr Ziel hinaus, denn viele der Kommunarden waren Journalisten, die in Tat und Wort der Commune grosse Dienste leisteten; ich erinnere nur an Jules Valles. Im Zuge einer für die Schmetterlinge notwendigen Beschränkung auf das Wesentliche, zu dem sie allerdings die revolutionäre Rolle der Frauen in der Commune zählen (im Lied ‚Frauen der Kommune‘), obwohl auch die Kommunarden nicht an deren Wahlrecht dachten, werden öfters wichtige Strukturmerkmale der Revolution nicht erwähnt, so z.B. der die ganze Zeit der Commune währende Streit zwischen den Traditionalisten der Revolution und den Sozialisten um die geeignete Staatsform des proletarischen Staates, oder die Vielfalt sozialistischer Theorien, die in dieser Zeit miteinander im Wettstreit lagen. Aber gerade hierin lag eine grundlegende Bedeutung der Commune: Zum erstenmal stellte sich hier der Gegensatz zwischen Zentralismus und Demokratie in der Arbeiterbewegung in dieser scharfen und klaren Form. Auf der Ebene der sozialistischen Theorien wurde die Commune das Grab für etliche von der Entwicklung der Klassenkämpfe offensichtlich überholten Vorstellungen wie den apolitischen, ökonomisierenden Proudhonismus oder den elitären Putschismus Blanquis. Dagegen rechtfertigte sie durch ihre Praxis marxistische und bakuninistische Vorstellungen bzw. initiierte sie bei Marx eine klare Definition des proletarischen Klassenstaates in seinem Buch «Der Bürgerkrieg in Frankreich». Zu dieser Reihe von Auslassungen wesentlicher Momente der Revolution durch die Gruppe gehört auch die isolierte Betrachtung der Pariser Commune; die revolutionären Erhebungen im übrigen Frankreich werden überhaupt nicht erwähnt, obgleich es Versuche zu einer Zusammenarbeit der Kommunen gegeben hat.

Für das Ende der Commune, dessen Grauen

die Schmetterlinge in ihrem Lied ‚Chanson vom letzten Kampf der Kommunarden‘ eher lyrisch denn realistisch wiedergeben, taucht auf der Platte zuerst eine monokausale Erklärung auf, der Pakt zwischen den deutschen und französischen Herrschenden, zwischen Moltke und Thiers:

*« . . . wir sind ja Brüder, Herr von Moltke/
der wahre Feind, der ist im Volke».*

Erst im ‚Lied der Fragen‘ werden andere Gründe für das Scheitern der Revolution genannt: das Unangetastetlassen der militärischen und der wirtschaftlichen Macht der Gegner. Die Schmetterlinge messen auch der kurzen Dauer der Commune eine wichtige Bedeutung bei; sie treffen mit all diesen Erklärungen wesentliche Ursachen von deren Niederlage, aber sie erwähnen nicht einen ihrer zentralen Fehler, das Ausserachtlassen der Bauernfrage. Die Bauern bildeten dann nämlich das Gros des Heeres, das der Revolution ein blutiges Ende setzte.

Diese Lücken bei der theoretischen Auseinandersetzung der Gruppe mit der Commune entspringt aus der widersprüchlichen historischen Betrachtungsweise, mit der sie die Revolution einschätzt. Die Schmetterlinge beurteilen nach den pädagogischen Gesichtspunkten eines emanzipatorischen Geschichtsverständnisses dieses proletarische Revolutionsmodell, das den internationalen Nachfahren jener französischen ‚Klassenkämpfer in den Augen der Gruppe folgende Botschaft übermittelt:

*«Tot oder lebendig, wir haben es bewiesen:
das Volk kann selbst regierendes braucht
euch nicht dazu. Das war das erste Mal,
doch es wird nicht das letzte Mal sein./es
wird so oft geschehen,/bis wir uns befreien».*

Das hier skizzierte Verständnis von Geschichte wird allerdings eingeengt durch die Anwendung eines zu parteilich empfundenen Historischen Materialismus, dadurch, dass die Lehren der Commune, die von vielen ihrer Zeitgenossen selbst schon gezogen wurden, wie in einem Brennpunkt nur auf die Oktoberrevolution in Russland gerichtet wurden. Sicher war die Gründung einer proletarischen Kampfpartei durch Lenin und die Bolschewiki eine wichtige Konsequenz aus den Erfahrungen der Commune, die allerdings schon vor dieser Revolution von französischen Internationalisten – etwa Vermorel mit seinem im April 1870 erschienenen Buch ‚Le parti socialiste‘ – dis-

kutiert wurde; die Schmetterlinge übergehen sogar in ihrer alleinigen Konzentration auf die Parteigründung der Bolschewiki die Lösung des Bauernproblems für eine sozialistische Revolution durch Lenin, eine für den Erfolg der russischen Revolution mindestens genauso wichtige Schlussfolgerung aus den Fehlern der Commune. Aber die europäischen Arbeiter bezogen auch eine andere Tradition aus der Revolution von 1871, auf die sie in den nachfolgenden Erhebungen in Russland 1905/1917 und in Mitteleuropa 1918-1919 immer wieder spontan zurückgriffen: die Selbstorganisation in Räten. Sie wird zwar von der Rockgruppe im Zusammenhang mit der Darstellung der Revolution in Mitteleuropa erwähnt, aber ihr wird kein Gewicht als Alternative/Ergänzung zu einer Arbeiterpartei beigemessen. Der pädagogische Wert der ‚Proletenpassion‘ der Schmetterlinge ist hoch zu veranschlagen. Trotz konzeptionell notwendiger Einseitigkeit – ich meine hier nicht Einseitigkeit im politischen Sinn, sondern im Sinn einer Entstellung der konkreten realen Vielfältigkeit der Commune – lieferte die Gruppe ein emanzipatorisches Geschichtswerk, das die im Bereich des historischen Unterrichts so vernachlässigte Arbeitergeschichte in den Blickpunkt stellt und sie pädagogisch-praktisch einem breiten Teil der Jugend zugänglich macht:

*«Ja, da muss man sich doch einmal fragen/
was machen wir damit in unserer Zeit?/
Ja, da kann man sich noch nicht erst aus-
ruhn, weil der Gegner gar so mächtig
scheint/Ja, da müsste man sich doch zu-
samm'tun/wir erreichen nur etwas-vereint».*

Zu dem Erfolg unter den Jugendlichen trägt die musikalische Gestaltung der Platte und die Aufführungspraxis der Gruppe viel bei. Der Inhalt wird den Zuhörern mit einer formal ausgeklügelten Mischung von Rockmusik und der Volksmusik der jeweils besungenen historischen Länder und Situationen nahegebracht. So werden populäre französische Melodien bei der Communebeschreibung verwandt, Volksinstrumente des 19. Jahrhunderts wie die Ziehharmonika erklingen, und Thiers singt sein Klagelied ‚Die Verhandlung‘ mit der parodistisch verwendeten Melodie eines Michel Chevalier-chansons über eine unglückliche Liebe. Die Aufführung der Platten auf der Bühne gleicht eher einem Musiktheater denn einem Rockkonzert, denn die Gruppe stellt besungene Situationen simultan theatralisch dar, die

Sänger treten in historischen Kostümen auf und gesprochene kurze Zwischentexte stellen den historischen Kontext her. Alle diese Momente wirken zusammen, um aus der Aufführung der ‚Proletenpassion‘ ein Stück lebendigen Geschichtsunterrichts mit emanzipatorischer Absicht und Wirkung zu machen.

Die Commune im Rockrhythmus?

Die Doppel-LP «Die Pariser Commune» der deutschen Rockgruppe Oktober ist nicht wie ‚La Commune en chantant‘ eine chronologisch geordnete Aufreihung von Liedern der/zur Commune, sondern ein ‚zusammenhängendes Musikwerk‘, in dem versucht wird, mit den Mitteln der modernen Musik die Commune-revolution in Ton und Wort anschaulich wiederzugeben. Dies ist nicht als Unterhaltung gedacht (Oktober: «Man kann dazu nicht tanzen»); Textheft), sondern die Platte will gezielt informieren und zum Denken anregen, deswegen auch das ausführliche Textheft als Beilage. Sie ist darüber hinaus parteiisch, ihre Aussage entspricht den «politischen Zielen» der Gruppe.

Inhalt: Der Aufbau des Musikwerkes ist viergliedrig, entsprechend den vier vorhandenen Plattenseiten. Im **ersten Teil** wird die Geschichte der französischen Revolutionen ab 1830 (im nur schriftlichen Text sogar ab 1789) und der Klassenkämpfe dargestellt. Die Arbeiteraufstände vor dem 2. Kaiserreich werden nur schriftlich erwähnt (im Textheft geben kursiv gehaltene Abschnitte Hintergrundinformationen, die auf der Platte nicht auftauchen), das Kaiserreich, der deutsch-französische Krieg und der Vorfriedensvertrag werden dagegen ausführlich auf der Platte behandelt. Die **zweite Seite** ist ganz der Commune gewidmet, ihrer Eroberung der Macht, ihren Massnahmen, ihren Fehlern und Illusionen. Aber auch die Machenschaften der bürgerlichen Regierung in Versailles (‚Lied vom Verbrechen‘) werden erwähnt. Die Frauen der Commune werden ausführlich besungen, sowohl die armen Witwen der Kämpfer (Janine) wie die Kämpferinnen selbst (‚Die Frauen der Commune‘). Mit dem sogenannten ‚Zwischenlied‘, in dem das Leitmotiv des Plattenwerks, der Kampf zwischen Proletariat und Bürgertum, vorgestellt wird, beginnt die **dritte Seite**. Hier wird die Commune in einer historischen Perspektive in ihre Vorgeschichte und in unsere Gegenwart einge-

bettet: Der Bogen spannt sich von 1789 bis Chile 1973 und bis zur heutigen BRD. Dann werden wir Ohrenzeugen des Untergangs der Commune und des Terrors der bürgerlichen Armee in Paris. Der **vierte Teil** ist eine Art Epilog, in dem das Weiterleben der Revolution von 1871 und ihrer Erfahrungen in den Liedern ('Pottiers Lied') und in den Herzen der Arbeiter besungen wird. Am Ende des ganzen Werks antwortet die Gruppe optimistisch auf die (auf der Platte vorgespiegelte) Resignation von Jugendlichen in Hinsicht auf die Commune und ihre aktuelle Bedeutung mit Brechts 'Lob der Dialektik'. Abgerundet und mit historischem Hintergrund versehen wird das Musikwerk im Textteil mit Ausschnitten aus Engels 'Vorwort zu der 1891-er Ausgabe des Marx'schen Buches «Der Bürgerkrieg in Frankreich». Ausser eigenen Texten verwendet Oktober Gedichte von Pottier, Texte von Brecht und ein Lied der oben besprochenen Rockgruppe 'Die Schmetterlinge'.

Kritischer Kommentar: Das Anliegen der Gruppe 'Oktober' ist einfach zu benennen: Sie betrachtet die Geschichte, insbesondere die französische von 1789-1871, aus der Perspektive derer von «unten», aus der Perspektive des Proletariats. Diese parteiliche Geschichtsbetrachtung ist nicht nur angesichts des Adressaten der Gruppe – hauptsächlich die heutige Arbeiterjugend – legitim, sondern auch gerade deshalb, weil das offizielle BRD-Geschichtsverständnis, wie es im Schulunterricht noch täglich an jungen Menschen reproduziert wird, ungebrochen vom Personalismus und von der Sichtweise historischer Sieger geprägt ist. Da machen grosse Männer (Frauen sowieso nicht!), ein Napoleon und ein Bismarck etwa, Geschichte, der kleine Mann schaut zu und dient höchstens als Bauer (oder Arbeiter) im Schachspiel der Grossen. Die Ereignisse, in denen die Unterdrückten sich zu emanzipieren suchten, wie etwa die Commune, werden von den Geschichtslehrbüchern heute noch in einer die historische Realität entstellenden Weise behandelt: Da ist dann die Commune manchmal eine Zeit des roten Terrors, obwohl doch eigentlich die Kommunarden für ihre anfängliche Friedfertigkeit mit einem von der Versailler Armee angerichteten Blutbad bezahlen mussten. Die Gruppe Oktober besingt also nicht nur die Geschichte der Arbeiter in Frankreich, sie will sie auch aus deren eigener Sicht darstellen. Die Platte wird zu einem Agitprop-Werk, indem sie diese parteiliche Darbietung

historischer Informationen auf unsere Gegenwart bezieht und die Grundproblematik der Commune, den Klassenkampf, im 'Lob der Dialektik' aktualisiert.

«Dies war eine Zeit, da schrieb die Geschichte/mit unserem Blut ihre bürgerlichen/verlogenen Heldengedichte».

steht leitmotivisch über mehreren Teilen des Plattenwerks von Oktober. Die Zeit der französischen Revolutionen aus der Sicht des Proletariats:

«Wir führten den Kampf Es triumphiert die Bourgeoisie».

Diese parteiliche Sehweise der französischen Klassenkämpfe vor der Commune verschiebt die gängigen historischen Relationen in durchaus realistischer Weise: der oft missbrauchte 'Motor' jener bürgerlichen Revolutionen wird sichtbar. Genauso wie die Kehrseite der grossen geschichtlichen Ereignisse sichtbar wird, wenn die Kolonialunternehmen Napoléon III. in Mexiko und Vietnam, sein «Werk für die Hochfinanz», mit deren Auswirkungen auf die französischen Arbeiter konfrontiert werden:

«Doch jeder Kampf den der Kaiser gewinnt,/ist hier der Tod für ein französisches Kind,/ist hier der Hunger einer Arbeiterfrau».

Aber die von Oktober hier dargestellte historische Perspektive gerät der Gruppe zu einseitig, selbst wenn man zu gesteht, dass ein gutgemachtes Agitprop-Werk mit Vereinfachungen der (historischen) Realität arbeiten muss, um seine aufrüttelnde Absicht voll zur Geltung zu bringen. Wir haben im Text das Proletariat immer in der Rolle des aktiven Kämpfers für die Interessen der Bourgeoisie, der um seine eigenen Interessen gerade von den Bourgeois betrogen wurde. Der Zuhörer hört nichts von der politisch und ökonomisch bedingten organisatorischen Schwäche der Arbeiterklasse in jenen Revolutionen, nichts von ihrer Manipulation durch die bürgerlichen Theorien und Medien, nichts von der Zersplittertheit ihrer Interessen und ihrer politischen Zielvorstellungen, eine Zersplittertheit, die der ungefestigten Stellung der Arbeiter im damaligen kapitalistischen Wachstumsprozess entsprach. So hören wir zwar auf der Platte die Fakten der immer wiederkehrenden Unterwerfung der Arbeiter, aber über ihre Ursachen und Rahmenbedingungen schweigt sich die Gruppe aus. Bei dem Teil der Platte, der direkt die Commune behandelt, ist dies anders: Die Lage der

Arbeiter im 2. Kaiserreich, der deutsch-französische Krieg und das auf ihn folgende Elend (im Lied ‚Janine‘), die Machenschaften der bürgerlichen Regierung mit den deutschen Besatzern werden thematisiert. Der eigentliche Anlass für die Commune, die Revolte der Nationalgarde, wird aber nicht erwähnt. So ergibt sich der historisch falsche Eindruck eines vorgeplanten und vorbereiteten Aufstandes. Dessen Charakter als erste von Arbeitern durchgeführte und geleitete Revolution arbeiten sie dagegen klar heraus:

*«Dies war eine Zeit, da schrieben Gedichte/
mit unserem Blut erstmals uns're Geschichte»*
und:

*«Wir haben die Waffen/. . . wir haben die
Macht».*

Oktober betont ganz stark das Element der Volkserhebung, der gemeinsamen Aufbauarbeit der Pariser Proletarier für ihre neue Zukunft, aber «wer sollte denn den Arbeiterstaat führ'n?» Hier macht sich die Gruppe die leninistische Auffassung von der Lösung des der Commune innewohnenden Konflikts zwischen Demokratie und Zentralismus zu eigen, eine Auffassung, die – wiewohl von den Erfahrungen der Commune ausgehend – den Vorstellungen der meisten damaligen Sozialisten diametral entgegenstand, wie die Abstimmungen im Rat der Commune über die Errichtung eines Wohlfahrtsausschusses zeigten.

Den sozialistischen Charakter der Revolution stellt die Gruppe klar heraus: Die zum Sozialismus tendierenden politischen und sozialen Massnahmen der Commune werden hervorgehoben, von der Volksmiliz über Arbeiterlohn für Beamte bis zur Übergabe der Fabriken an Arbeiterkooperative. Besonderen Wert legt Oktober dabei auf die Emanzipation der Frauen in passiver wie in aktiver Hinsicht: Mit dem Dekret über die Zuerkennung einer Pension an – verheiratete wie unverheiratete – Frauen der Communekämpfer wird offenkundig, welche neue Bedeutung die Männer der Revolution ihren Frauen beimessen, in dem von der Gruppe ‚Die Schmetterlinge‘ übernommenen Frauenlied hört man von der aktiven Teilnahme der Frauen am Kampf. Oktober politisiert deren Rolle noch mehr, indem sie den lyrischen Refrain des Schmetterlinge-Liedes («Wie ihre roten Wangen glühen beim Barrikadenbau») feminisieren:

*«Wie alle Frauen zusammensteh'n/beim
Barrikadenbau'n».*

Mit dem Lied «Stadt der Illusionen» analysieren die Musiker die Ursachen des grausamen Endes der Revolution: Nichtantastung der wirtschaftlichen Macht des Bürgertums, militärisches Chaos und Fehlen einer Kampfpartei bei den Kommunarden. So richtig diese Ursachen im Einzelnen auch benannt sind, sie spiegeln doch nicht alle gravierenden Fehler der Commune wieder – es fehlen z.B. die Isolierung der Stadt Paris von anderen Kommunen und die Isolierung der Arbeiter von den Bauern. Indem das Fehlen einer Arbeiterpartei an den Schluss des Liedes gestellt wird, verengt die Gruppe die Perspektive der Commune teleologisch auf die bolschewistische Variante der proletarischen Revolution, ohne sich zu fragen, ob sie auf westeuropäische Verhältnisse anwendbar war oder noch anwendbar ist.

Diese mechanische Verengung der Perspektive einer materialistischen Geschichtsbetrachtung, die die Gruppe Oktober in viel stärkerem Masse wie die Schmetterlinge vornimmt, findet sich durchgängig auf der ganzen Platte. Für Oktober mündet die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung in der Zeit vor der Commune in die Internationale Arbeiterassoziation, die übrigens nicht von Karl Marx gegründet wurde, wie sie vereinfachend behauptet. Die übrigen Organisationsformen der französischen Arbeiter und die in ihnen virulenten sozialistischen Theorien spielen in einer mechanistisch und instrumentalistisch verstandenen marxistischen Geschichtsauffassung keine Rolle mehr: Hier zieht sich ein ununterbrochener Traditionsstrang zielbewusst vom Marx'schen Denken über die marxistischen Arbeiterorganisationen zur bolschewistischen Partei, und von der Commune zur Oktoberrevolution in Russland. Die Dialektik der geschichtlichen Entwicklung geht dabei ebenso verloren wie der andere grosse Traditionsstrang – neben dem marxistisch-bolschewistischen Konzept der Kampfpartei – in der Geschichte der Arbeiterbewegung, der von der Commune entscheidende Impulse empfangen hatte: der sich auf Autonomie und Demokratie gründende Rätegedanke, oft der spontane Ausdruck des Organisierungswillens der Arbeiter in dieser und späteren Revolutionen.

Neben der mechanistischen Verengung der Perspektive der Arbeitergeschichte werden auf

der Platte allerdings zwei positive Merkmale materialistischer Geschichtsschreibung umgesetzt: Die bei aller historischen Genauigkeit offene Parteilichkeit und die Einsicht in die Veränderbarkeit historisch entstandener Zustände:

«Ihre Lage verändernd/ändern sie sich selbst / und selber verändert/ändern sie das Ganze».

Diese beiden Merkmale machen aus der Platte der Gruppe Oktober ein Mittel der emanzipatorischen Geschichtsbetrachtung, die besonders im Rahmen der herkömmlichen Revolutionshistorie in der BRD von grossem Wert ist.

Dazu trägt nicht wenig die Musik der Gruppe bei. Denn das emanzipatorische Geschichtsverständnis wird von einem Medium getragen, das alle Voraussetzungen mit sich bringt, den Inhalt der Platte einem jugendlichen Publikum nahezubringen, das nur ungern historische Sachbücher liest und kaum geschichtliche Kenntnisse besitzt. Dieses Medium ist die Rockmusik. Rockmusik als Träger historischer Informationen? Wie die Schmetterlinge benützt Oktober sie bewusst, um Breitenwirkung zu erzielen, um die verschüttete Geschichte der Arbeiterbewegung den heutigen (Arbeiter) Jugendlichen in einer Form darzubieten, die sie anspricht. Denn diese Musik ist im Verständnis der Gruppe in der Arbeiterklasse entstanden und war ursprünglich ein Ausdrucksmittel der Arbeiterjugend. «Wenn man zum Volk sprechen will, muss man vom Volk verstanden werden. Aber das ist keine blosse Formsache. Das Volk versteht nicht nur die alten Formen. Marx, Engels, Lenin haben, um dem Volk die soziale Kausalität aufzudecken, zu sehr neuen Formen gegriffen . . . ». Dieser Ausspruch Bertolt Brechts dient der Gruppe in ihrem Album zur theoretischen Rechtfertigung ihrer Vorgehensweise. Wenn man die vollen Konzerte der Gruppen Oktober und Schmetterlinge sah, dann musste man ihrer Konzeption recht geben; ob sie langfristig erfolgreich sein wird, müssen wir abwarten.

Wenn allerdings Oktober schreibt: «Wir haben uns bemüht, die Rockmusik in ‚1871‘ in einer Weise anzuwenden, die es uns gestattet, mit musikalischen Mitteln die inhaltlichen Aussagen noch schärfer herauszuarbeiten: . . . , so konnte ich das nicht hören. Immerhin gelang es der Gruppe, einen Eindruck von der emotionalen Komponente der Commune zu geben (im Instrumentalstück ‚Tanz der Kommunar-

den‘), aber die instrumentale Bearbeitung des deutsch-französischen Krieges blieb mir in ihrem Gehalt unverständlich. Auf mich macht die Platte mehr den Eindruck eines musikalischen Experiments (mit Sprech- und Wechselgesang/Synthesizer- und akustischen Klängen) im Vergleich zu der formal geschlossenen musikalischen Konzeption der Schmetterlinge. Aber vielleicht trifft die Gruppe damit den Experimentcharakter der Commune.

Die Commune-Lieder in der Revolution

Die Platte «Die Himmelsstürmer» von der Kommunegruppe Schauspiel Frankfurt hat als Äquivalent ein Begleitbuch, das die gehörten Lieder in ihren politischen Kontext in jener Zeit stellt, ihre Noten aufzeichnet, ihre Verfasser (Jean-Baptiste Clement, Paul Brousse, Emile Dereux und Eugene Pottier), Komponisten (Pierre Degeyter) und Nachdichter (Erich Weinert) vorstellt, und sie nach ihrer inhaltlichen Funktion neu gruppiert. Das Unternehmen der Kommunegruppe ist also eher als bimediales Werk – Buch und Platte – zu bezeichnen denn als Platte über die Commune; nimmt man die vielen zeitgenössischen und modernen Bilder noch dazu, ist es ein trimediales Werk. Die Lieder dieser Platte sind anders gereiht als diejenigen der vorhin besprochenen französischen Platte ‚La Commune en chantant‘, die einem chronologischen Prinzip gehorchen. Die Kommunegruppe beginnt mit dem Lied ‚Kleiner Mann‘ von Dereux, das zu Beginn der bürgerlichen Republik nach dem Fall des Kaiserreiches im September 1870 von den Arbeitern im Gegensatz zur bürgerlichen Marseillaise gesungen wurde; die Platte stellt es allerdings in der Fassung von 1881 vor, in der das Lied als Parteilied der Blanquisten fungierte und schon auf die Commune Bezug nahm. Zusammen mit ‚Wehr dich, Paris‘ von Pottier stellt die Gruppe es in den Ereigniszusammenhang der Republikausrufung, der Verwandlung des dynastischen Krieges in einen offen annektionistischen von Seiten der Preussen. Das Proletariat wandelt sich von einem Opfer des Machtkampfes zweier Staaten und zweier Bourgeoisien in einen aktiven Verteidiger nationaler Interessen. Die Bilder, die in der typischen Struktur des Begleitbuches immer dem Liedtext und dem politischen Kommentar beigegeben sind, illustrieren diese damalige Situation.

Die Schilderung des Elends der städtischen Arbeiter („Der Sohn der Gosse“ und im allgemeineren Sinne „Der Überfluss“) mündet in die Darstellung der zeittypischen Charaktere der Commune, der „Insurges“:

«Er gibt sein Herz für die Commune/Er weiss, dass ihr Programm, das kühne/ wie diese Welt unteilbar ist.»

Im Kommentar werden diese Lieder mit dem Aufstand vom 31. Oktober 1870, in dem die Pariser Bevölkerung vergeblich ihre bürgerliche Regierung zwingen wollte, die Politik des Pazifismus und damit des Verrats nationaler Interessen aufzugeben, verbunden.

In einer Art Retroperspektive, die gleichzeitig die historischen Verbindungslinien aufzeigen soll, wird die Resignation des um 1850 entstandenen Pottier-Liedes „Wozu muss man immer stören“ dem fröhlichen Optimismus der Propaganda des Liedes (geschrieben im Februar 1848 nach der siegreichen Revolution vom gleichen Dichter) gegenübergestellt. Durch die beige stellte Kopie der Lithographie „Marsaker in der Rue Transnonain“ von Daumier, die an ein Blutbad unter Pariser Arbeitern 1834 während der Juli-Monarchie erinnert, verweist das erstere Lied auf die lange Tradition blutigen Terrors des Bürgertums gegenüber den Proletariern, die ihre Rechte forderten, und auf die darauffolgenden, periodisch wiederkehrenden Zeiten der Resignation bei ihnen. Das zweite Lied dagegen stellt die andere Tradition der französischen Arbeiterbewegung vor, die der optimistischen Aufbruchsstimmung in und nach siegreichen Revolutionen. Diese Stimmungslage wird im Textteil aufgegriffen durch die Zitierung des sogenannten „roten Manifestes“ vom 6. Januar 1871, in dem zum ersten Mal öffentlich die Proklamation der Commune gefordert wurde. Die „Propaganda des Liedes“ illustriert aber gleichzeitig – in seiner Funktion als Agitationslied – die wesentliche Rolle von Liedern, darüber hinaus aber auch von Zeitungen, Manifesten etc. als Kommunikationsträger im Prozess der Formierung und Organisierung einer proletarischen Gegenmacht in Paris um 1870/71:

*«Man stirbt. Mach, dass das Leben blüht/
Und steig in die Mansarden,/Mein Lied/
Und steig in die Mansarden!»*

Dazu werden im Text ausführlich die Aktivitäten des Volkes erwähnt: Gründung von politischen Clubs und Wachsamkeitskomitees in den Pariser Stadtvierteln, Wiederentstehung der Pariser Sektionen der I. Internationale,

deren organisierende Funktion und organisatorische Kraft mitsamt den damit verbundenen Hoffnungen die „Internationale“ von Pottier auf der Platte dokumentiert.

Ebenso wie die „Internationale“ erweist das Lied „Die rote Fahne“ einem Symbol und einem Katalysator der Arbeiterbewegung seine Referenz, das in der 1871-er Jahresfeier der französischen Februarrevolution 1848 geehrt wurde und das in dem Aufstand vom 18. März 1871 wiederum die Flagge der revolutionären Arbeiter war; deren Bewusstsein von ihrer kurzen, aber blutigen Geschichte spiegelte sich hier deutlich wider.

Diese An- und Verknüpfung der proletarischen Tradition setzt sich auf der Platte fort: Das Gedicht „Die Blutwoche“ von Clement über das Ende der Commune geht der Erinnerung an frühere Kämpfe und deren blutige Niederschlagung, Pottiers „Tod eines Planeten“ von 1840, voraus. Beide Male sehen wir die gleiche Situation: Die Zerschlagung eines Arbeiteraufstandes (1871 und 1834/39). Doch während Clement im Refrain seines Gedichtes selbst in der Niederlage die Hoffnung nicht aufgab,

«Jedoch/Das Elend geht vorbei/Es kommt der Tag der Rache./Das Volk/zerschlägt die Tyrannei/Wenn es kämpft für seine Sache!»

war bei Pottier 30 Jahre vorher nur dumpfe Hoffnungslosigkeit zu verspüren. Die Hoffnung trotz des erlittenen Blutbades tritt uns auch in der Neudichtung der „Carmagnole“ von 1792, dem Lied „La Commune“, entgegen. Bei diesem Lied zeigt sich auch, welche Symbolkraft alte revolutionäre Volkslieder auf die Arbeiter hatten: Die alte Gassenhauer Melodie wurde beibehalten, nur der Inhalt wurde den neuen Ereignissen und Erfahrungen angepasst. Dass die Commune selbst zu einem Symbol und zur Tradition der Arbeiterbewegung wurde, und zwar zu einer Tradition, die in der Erinnerung an das Vergangene die Kraft zu neuen Aktionen spenden wollte, führt das Lied „Sie ist nicht tot“ von Pottier (geschrieben 1885) dem Zuhörer plastisch vor Ohren:

«Man hat sie an die Wand gestellt/ und tausendmal erschossen./ . . Doch trotz Verbot/Sie ist nicht tot/Sie lebt noch, die Commune.»

Dass dieses von der 1871-er Revolution hinterlassene Vermächtnis noch nicht erfüllt ist und dass die Kontinuität der bürgerlichen Unterdrückerrepublik bis auf den heutigen Tag ge-

wahrt worden ist, sollen die Bilder demonstrierender Bauern und prügelnder Polizisten vom Mai 1968 beweisen, die dem Liedtext Pottiers zugeordnet sind.

Die Platte schliesst mit einem Liebeslied von Clement aus dem Jahre 1867, das wegen seines populären Charakters trotz seiner Vermarktung und seines unpolitischen Textes zu einem der Symbole der Commune für die französischen Arbeiter geworden ist.

Zur Revolution von 1871, zu ihren politischen und ökonomischen Experimenten, sagt die Gruppe wenig. Im Textteil beschränkt sie sich darauf, die wichtigsten Daten der Commune zu nennen wie den 18. März 1871, den 2. April als Beginn der Versailler Angriffe und den 21. Mai als Beginn der ‚blutigen Woche‘. Zur Charakterisierung der Revolution genügt ihr ein Zitat von Karl Marx, in dem er ausführte, dass sie die erste Erscheinungsform einer «Regierung der Arbeiterklasse» darstellte. Relativ ausführlich behandelt werden dagegen der Charakter und die Auswirkungen des deutsch-französischen Krieges auf die Arbeiter Frankreichs, die Stationen des Pariser Proletariats bis zur Machtübernahme am 18. März, die Versuche und die Erfolge seiner Selbstorganisation und die Rolle der proletarischen Medien. Auch den Massnahmen der bürgerlichen Regierung zur Unterdrückung der Arbeiter nach dem Fall der Commune (z.B. Gesetz der Nationalversammlung vom 14. März 1872 gegen die Internationale als «kriminelle Vereinigung»; klingt das nicht bekannt in unseren Ohren?) wird eine ganze Textseite eingeräumt. Im Grossen und Ganzen wird die Commune als politische und soziale Revolution des französischen Proletariats eher nebensächlich behandelt, ein Umstand, der beim Zuhörer/Leser viel Vorwissen voraussetzt. Erklärlich ist dies dadurch, dass die Platte und das Buch ursprünglich als Beiprogramm zu Brechts Theaterstück «Die Tage der Commune» geplant worden waren, in dem die hier vernachlässigte Thematik umfassend dargestellt wird.

Im Mittelpunkt der Platte wie des Textheftes stehen die Lieder. Ihre Autoren werden in informationsreichen Kurzbiographien vorgestellt, die auch ihren ideologisch-politischen Werdegang berücksichtigen. Sogar dem deutschen Nachdichter, Erich Weinert, ist ein kurzer Abschnitt gewidmet. Bei diesen biographischen Skizzen fällt auf, dass ausser zweien (Emile Dereux und dem Komponisten Pierre Deyerter) alle sogenannten Arbeiterdichter nicht

proletarischer, sondern bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Herkunft waren. Arbeiterdichter sind sie in dem Sinne, dass sie ihre künstlerische Tätigkeit ab einem bestimmten Zeitpunkt ganz der Sache der Arbeiter widmeten und dass sie mit ihnen zusammen kämpften, z.B. in der Commune.

Ihre Lieder ordnete die Kommunegruppe in dem Textheft anders als auf der Platte in funktioneller Absicht. So wird anhand der ‚Propaganda des Liedes‘ die agitatorische Funktion der gespielten chansons besprochen. In einem längeren Exkurs verweist die Gruppe dabei auf die Geschichte des Arbeiterliedes in Frankreich, ausgehend von den Trinkhallen der 1820-er Jahre, in denen Arbeitergesangsvereine (goguettes) auftraten, über Strassensänger und politische Liedermacher wie Dupont und Charles Gille bis hin zum 2. Kaiserreich und seinen cafés-concerts, in denen Arbeiterlieder örtlich kontrollierbar gesungen werden konnten. Den politischen Lernprozess der französischen Arbeiterbewegung kann man so an ihren politischen Liedern ablesen. Dem Leser wird aber auch die Veränderung des sozialen Umfelds des Liedgebrauchs ins Bewusstsein gehoben: Der Fabrikarbeiter der 1860-er Jahre sang im Maschinenlärm nicht mehr, wie der Werkstattarbeiter im Frankreich der Juli-Monarchie es noch getan hatte.

Neben der Funktion der sozialen Anklage, die vielen dieser Lieder durch ihre Beschreibung des proletarischen Elends eigentümlich war, wird die Entwicklung eines klaren politischen Programms in ihnen aufgezeigt: Der Reigen spannt sich von dem populären Gassenhauer ‘Carmagnole’, der noch kein über bürgerliche Vorstellungen hinausgehendes proletarisches Programm aufwies, bis zu den klaren programmatischen Aussagen der ‘Internationale’. Er demonstriert so das Lernen der Arbeiter aus ihren historischen Erfahrungen. Anhand von Liedern wie ‘Die rote Fahne’ oder ‘Der Auführer’ hebt die Gruppe deren Beitrag zur Entwicklung der sozialen und politischen Identität der Arbeiter in Abgrenzung zum Bürgertum hervor. Was die Buchmacher bei der Aufstellung des Funktionsdiagramms der chansons vergessen haben, ist meines Erachtens die Tatsache, dass mit diesen Liedern so etwas wie eine zweite Kultur im Entstehen begriffen war, die der offiziellen bürgerlichen Kultur gegenüberstand. Die Lieder bezeugten auch die Existenz einer proletarischen Emotionalität, die sich mit ihren Werten wie Solidarität,

ihren Ausdrucksformen und Inhalten von der seichten, realitätsverweigernden Kultur der Bourgeoisie für die Arbeiter unterschied. Bei der Darbietung der Lieder ging die Kommune-Gruppe historisierend vor, d.h., sie versuchte, die Chansons authentisch zu spielen. So verwendete sie nur in jener Zeit bei Arbeitern gebräuchliche Instrumente (Mirliton, Ziehharmonika und Blasinstrumente), und sie bemühte sich, die komplizierte mehrstimmige Choralstruktur mancher Gesänge wiederzugeben. Sie suchte aber keine mechanische Wiederfindung der authentischen Klangkörper, sondern zeigte historische musikalische Entwicklungslinien in einem Lied auf, um sie dem Zuhörer plastisch vor Ohren zu führen: Anhand der vielfältigen Instrumentierung des Chansons ‚Propaganda des Liedes‘ taucht der ganze musikalische Prozess von einem einfachen, gesungenen und geklopften Lied bis zum mit Bläsern und Ziehharmonika begleiteten Gesang aus der Versenkung auf. Zudem wandte der Komponist der Kommune-Gruppe das Prinzip der Authentizität schöpferisch an, indem er Gedichte ohne Melodie vertonte und dabei zwar Originalinstrumentierung vorschrieb, aber in der Melodie eine Verbindung von Inhaltswiedergabe mit moderner proletarischer Musiktradition (z.B. Eisler) einging. Die Methode der kreativen, nichtmechanischen Authentizität findet allerdings ihre Grenzen in der Tatsache, dass zwischen den Arbeiterliedern des 19. Jahrhunderts und der heutigen proletarischen Liedtradition ein tiefer Unterschied besteht. Diese Chansons in ihrer differenzierten Vielstimmigkeit befremden uns mit unserer heutigen Vorstellung von Kampfliedern; mir ging es jedenfalls so beim Anhören der Platte, ich hörte sie mir an, wie ich ein Sachbuch lese, meine Emotionen wurden dabei nicht angerührt. Die Kommune-Gruppe hat bei Aufführungen ihres Programms ähnliche Erfahrungen gemacht, wenn sie in einem im Textheft abgedruckten Interview erzählen, dass sie beim Absingen der Internationalen in ihrer historischen vierstimmigen Form als «Arbeiterverräter» beschimpft worden seien.

Bei den Liedtexten dagegen durchbricht aus für mich unerfindlichen Gründen die Gruppe das Prinzip der Authentizität, zum Schaden der Lebendigkeit und Anschaulichkeit der Lieder. Die Weinert'schen Nachdichtungen der meisten Lieder zeichnen sich des Öfteren durch vage, allgemeine Aussagen aus, die die

kämpferische Emotionalität der wortgetreu übersetzten Lieder, die im Buch den auf Platte gesungenen Texten gegenübergestellt sind, vermissen lassen. Ein Textbeispiel verdeutlicht dies mehr als alle Worte:

*«Ja, gegen die, von Gier erblindet
Hat er den grossen Krieg verkündet
von dem kein Ende abzusehn*

*Für die, die schon die Welt
besitzen,
will er nicht auch noch Renten
schwitzen,
der kaum das trockene Brot gewann»*
(Weinerts Nachdichtung)

*«Gegen die Unternehmerklasse
führt er den sozialen Krieg
dessen Ende nicht abzusehen ist*

*Für die widerwärtige Bourgeoisie
will er nicht länger die Rente schaffen;
Wieviele Milliarden jedes Jahr»*
Lied ‚L'Insurge‘ von Pottier (1884)

Schrieb Weinert, dessen Nachdichtungen zwischen 1937 und 1939 entstanden sind, so farblose Texte, weil dies mehr dem Geist einer breiten antifaschistischen Einheitsfront entsprach, der zu jener Zeit in der Arbeiterbewegung vorherrschend war? Jedenfalls erscheinen die harten, klassenkämpferischen Töne des Originaltextes bei ihm seltsam gemildert. Aber Weinert milderte nicht nur die inhaltliche Aussage der Lieder, er liess wesentliche Teile von ihnen unübersetzt, wenn er etwa aus der ‚Carmagnole‘ ein Spottlied allein auf die königliche Familie macht und den Teil nicht verwendet, in dem im Original das revolutionäre Selbstverständnis der Sansculotten formuliert wurde. Oder wenn er die anschauliche Schilderung bei dem Lied ‚La Commune‘ nicht berücksichtigt. Die Verwendung der Weinert'schen Nachdichtungen steht so in seltsamem Kontrast zum Prinzip der kreativen Authentizität bei der musikalischen Gestaltung der Platte. Dadurch geht nicht nur viel von der Unmittelbarkeit und Konkretheit der originalen Liedtexte verloren, auch der Versuch der Kommune-Gruppe, den Charakter der Revolution mit Hilfe ihrer Lieder historisch genau zu rekonstruieren, schlägt teilweise fehl.

Trotz dieses meines Erachtens schwerwiegenden Mangels bleiben die Platte und das Buch «Die Himmelsstürmer» eine profunde

und reflektierte Darstellung der Rolle der Arbeiterlieder in der Commune und sie bilden mit ihrer Schwerpunktsetzung auf die musikalische Seite dieser Revolution eine wichtige Ergänzung zu den Platten der Gruppen «Die Schmetterlinge» und «Oktober» mit ihrer politisch-ökonomischen Thematik.

Anstelle einer sonst üblichen Schlussbemerkung:



Zeichnung von Pilotell: Der Leichnam liegt am Boden – die Idee lebt, London, 1876

Anmerkungen

- (1) Die Zahlen stammen von Alain Plessis: *De la fête impériale au mur des fédérés*, Band IX der Reihe «Nouvelle histoire de la France contemporaine», Paris 1973, p. 151 und von J.C. Toutain: *La population de la France de 1700 à 1959*, cahier de 1TSEA, o.O. 1963.
- (2) Die Gewähr für die Richtigkeit der Lohnangaben übernahm P. Pierrard in seinem Buch: *La vie ouvrière à Lille sous le second Empire*, Paris 1965.
- (3) Die Arbeiterorganisationen begannen sogar, sich auf nationaler Ebene zusammenzuschließen: am 14.11.1869 wurde die «Chambre fédérale des sociétés ouvrières» gegründet.
- (4) So gab es zu Beginn des deutsch-französischen Krieges Arbeiterdemonstration für den Krieg in Frankreich; der Kommandeur Jules Vallès schilderte sie in seinem autobiographischen Roman «L'Insurgé», o.O. 1975. Aber auch in Deutschland existierten anfänglich unterschiedliche Haltungen der Sozialisten zum Krieg; die Lasalleaner befürworteten ihn, die SDAP lehnte ihn ab. Erst die Commune wurde einhellig von ihnen begrüßt. Ausführlich beschrieben findet man diesen Tatbestand in Jacques Droz' Buch: *Geschichte des Sozialismus*, Band III: *Sozialismus und Arbeiterbewegung bis zum Ende der I. Internationale*; S. 53-57, Ffm. 1975.
- (5) Diese Zahl sagt bedeutend mehr aus, wenn man berücksichtigt, dass ein Grossteil der anderen 50%, hauptsächlich Grossbürger, schon vorher aus Paris geflohen waren.
- (6) Diese Meinung vertritt auch Jean Bruhat in seinem Aufsatz «Der französische Sozialismus von 1848-1871», erschienen bei Jacques Droz (siehe Anm. 4), S. 99 ff.
- (7) Nachzulesen ist dies ebenfalls bei Jean Bruhat (siehe Anm. 6).
- (8) Hierbei muss man meiner Meinung nach zwischen einer sozialistischen Revolution des frühen Typus, wie der Commune z.B., und einer sozialistischen Revolution im marxistisch-leninistischen Sinne unterscheiden und man darf sich die Frage nicht ahistorisch, also rein schematisierend, stellen. Ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal zwischen beiden Typen ist z.B. die Existenz und die Rolle einer proletarischen Partei in einer Revolution. Diese Frage stand aber für die Kommarden nicht unmittelbar an, jedenfalls soweit es aus ihrer schriftlichen oder mündlichen Hinterlassenschaft erkennbar ist. Sie tauchte erst in der Reflektion von Betrachtern und Akteuren der Ereignisse nach dem Abschluss der Aktion selbst auf, so z.B. bei dem Russen Pjotr L. Lavrov in seinem Buch «Die Pariser Kommune vom 18. März 1871» (zuerst 1890 in Genf erschienen; ich berufe mich auf die von Klaus Meschkat 1971 in Berlin herausgegebene Ausgabe). Eine weitere, hier nur ange deutete Unterscheidungsmöglichkeit wäre die zwischen den Trägern einer sozialistischen Revolution und ihrer Zielsetzung.
- (9) So hatte er in der 2. Adresse des Generalrates der I. Internationale am 9.9.1870 an die französischen Arbeiter diesen geraten, sich nicht zu erheben, sondern die Mittel der republikanischen Freiheit auszunutzen, um die «Organisation ihrer eigenen Klasse gründlich durchzuführen»; zitiert nach Karl Marx: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, Beijing 1972; S. 37.
- (10) Selbst ein dezidiert Kommunist – Im Sinne des 19. Jahrhunderts – wie Eugène Varlin wechselte bei Abstimmungen im Communerat oft die Fraktionen.
- (11) Der Aufruf der Commune an die Provinz vom 6.4.1871 und das Manifest an die «Arbeiter auf dem Land», das am 10. April in der Zeitung «La Commune» erschien, sind als Ausnahmen zu werten, und sie richteten sich auch nicht direkt an die Bauern.

Literaturliste zur Pariser Commune 1871

1) Bibliographien, Literaturberichte, Sachwörterbücher

- Bibliographie annuelle de l'histoire de France; Paris.
- The Paris Commune 1871. Inventory of the Collection in the University of Sussex Library. Brighton 1975.
 - Jean-Léo: Bibliographie de la Commune de 1871 (1871-1970), Brüssel 1970.
 - Jean Rougerie/Georges Haupt: Bibliographie de la Commune de 1871 (Travaux parus de 1940 à 1961), in: Le Mouvement Social, No. 37, oct.-dec. 1961.
 - Eberhard Kolb: Geschichtspropaganda und Geschichtsforschung. Zu Ergebnissen und Tendenzen der neuern Commune-Historiographie, in AFS 17 (1977), S. 445 – 57.
 - Bernard Noël: Dictionnaire de la Commune. Iconographie et légendes de Marie-José Viollette. Paris 1971.
 - Dictionnaire Biographique du Mouvement Ouv-

2) Quellen

- Procès-verbaux de la Commune de 1871. Ed. critique par Georges Bourgin et Gabriel Henriot, 2 vol., Paris 1924/25.
- Journal officiel de la République française sous la Commune (Réimpression). Paris 1871.
- La Commune de 1871. Paris 1963.
- Irmgard & Paul Hartig: Die Pariser Kommune 1871. Stuttgart 1975. (Quellen und Arbeitshefte zur Geschichte und Politik).
- Pariser Kommune 1871. Berichte und Dokumente von Zeitgenossen. Berlin 1931.
- Pariser Kommune 1871. Hrsg. v. Dieter Marc Schneider, 2 Bde. Reinbek 1971.
- Die Pariser Kommune 1871. Hrs.: Helmut Swoboda. München 1971.
- Die politische Lithographie im Kampf um die Pariser Kommune 1871. Henke 1976.
- Jules Vallès: L'insurgé. o.O. 1975. ders.: Le Cri du Peuple. Edition revue, annotée et préfacée par Lucien Scheier. Paris 1970.
- Eugène Varlin: Pratique militante & écrits d'un ouvrier communard, (présenté par Paule Lejeune). Paris 1977.

3) Literatur

- ~ Jean-Pierre Azéma/Michel Winock: Les Communards. Paris 1964.
- Georges Bourgin: La Commune, 2ieme ed., Paris 1960.
- Jean Bruhat: La Commune de 1871. Paris 1960.
- Maurice Choury: La Commune au cour de Paris. Paris 1967. ders.: Le origines de la Commune. Paris 1973.
- La Commune de 1871. Sous la direction de Jean Bruhat, Jean Dautry et Emile Tersen. Paris 1960. (2ieme ed. revue et complétée. Paris 1970).
- La Commune de 1871. Colloque de Paris (mai 1971). Paris 1972.
- Jean Dautry/Lucien Scheier: Le Comité Central Républicain des vingt arrondissements de Paris (septembre 1870 – mai 1871). Paris 1960.
- Paul Ducatel: Histoire de la Commune et du siège de Paris. Vue a travers Timagerie populaire. Paris 1973.
- Jeanne Gaillard: communes de province, commune de Paris 1870 – 1871. o.O. 1971.
- Günter Gruetzner: Die Pariser Kommune. Macht und Karriere einer politischen Legende. Die Auswirkungen auf das politische Denken in Deutschland. Köln/Opladen 1963.
- Henri Guillemin: Le origines de la Commune, 3vol., Paris 1956 – 60.
- Heinrich Koechlin: Die Pariser Kommune von 1871 im Bewusstsein ihrer Anhänger. Basel 1950.
- Pjotr L. Lavrov: Die Pariser Kommune vom 18. März 1871. (Hg.: Klaus Meschkat) Berlin 1971.
- Henri Lefebvre: La proclamation de la Commune, 26 mars 1871. Paris 1965.
- Prosper Lissagaray: Geschichte der Commune von 1871. Ffm 1971.
- Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Beijing 1972.
- Alain Plessis: De la fSte impériale au mur des fédérés 1852 – 71. Paris 1973.
- La Première Internationale. L'institution, l'implanatation, le rayonnement. Paris 1968.
- Charles Rihs: La Commune de Paris 1871. Sa structure et ses doctrines, 2ieme ed., Paris 1973.
- John Morris Roberts: The Paris Commune from the Right. London 1973.
- Jacques Rougerie: Procès des communards. Paris 1964. ders.: Paris libre 1871. Paris 1971.
- Eugene W. Schulkind: The Paris Commune of 1871. The View from the Left. London 1972.
- Georges Soria: Grande Histoire de la Commune, 5 vol., Paris 1970/71.

Weltpolitik in der Hauptschule

Nachfolgende Arbeit ist ein Auszug aus der Zulassungsarbeit zur II. Dienstprüfung an Grund- und Hauptschulen vom Frühjahr 1979 (Thema: «Aktualisierung der Vergangenheit – Eine Aufgabe des Geschichtsunterrichts. Exemplifiziert am Thema ‚Weltpolitik‘»).

Der schulpraktische Teil wurde weitgehend in seiner Originalfassung belassen, lediglich die Einleitung wurde neu verfasst, beinhaltet jedoch grösstenteils Ansichten und Meinungen aus der Zulassungsarbeit. Die sachanalytischen und didaktisch/methodischen Vorüberlegungen wurden hier weggelassen.

Einleitung

Das Problem des Geschichtsunterrichts besteht in zweifacher Hinsicht: Einmal in der Festlegung des spezifischen Inhalts jeder Unterrichtsstunde. So kann ja zu ein und demselben Thema das inhaltliche Schwergewicht völlig verschieden gelagert sein und damit der Lernprozess samt -resultat völlig andere Qualitäten annehmen. Wir haben hier die ewige Frage nach der sog. ‚Objektivität‘ vor uns.

Es ist das Verdienst der neueren Geschichtsdidaktik, mit der Anbetung des ‚objektiven historischen Faktums‘ gebrochen zu haben.^{*} Das Verhältnis von Geschichte und Erkenntnis wurde völlig neu definiert; es gibt nicht länger die statische historische Faktizität, die es nüchtern und objektiv zu kapiern gilt, – vielmehr ist es Aufgabe des Historikers, qualitativ an das vergegenwärtigte Vergangene heranzugehen. Das Lernende muss dazu ein Konzept haben, nach dem er die «Reise in die

* Vgl. Anette Kuhn, Einführung in die Didaktik der Geschichte. München 1974. «Es gibt kein theorieloses Faktum» (S. 5 5) «Die Vergangenheit stellt keine starre, unabänderliche Konstante dar; sie wird vielmehr immer neu aus dem Bedürfnis der Gegenwart und der Potentialität der Zukunft rekonstruiert.» (S. 47)

Vergangenheit» antritt, er muss zugeben, etwas von der Vergangenheit zu wollen.

Subjektivität schwingt also a priori mit, ist keine ideologische Bösartigkeit; das tradierte Postulat nach der ‚objektiven Geschichtsbeachtung‘ ist damit nicht länger haltbar. Jede Gesellschaftsform, jede Gegenwart fragt stets unter Berücksichtigung eines Erkenntnisinteresses nach der Vergangenheit.

Die zweite Frage, mit der Geschichtsunterricht heute mehr denn je konfrontiert wird, lautet: Wie gestaltet sich der Lernprozess? Bei der Beantwortung oder Lösung dieser Frage muss ein wichtiger Tatbestand berücksichtigt werden, der einem aussenstehenden Betrachter weitgehend verschlossen bleibt, von dem das Unterrichtsgeschehen an der Hauptschule jedoch in immer stärkerem Ausmass tangiert wird. Ich spreche von der gewissen Schulmüdigkeit, die sich ab Klasse 8 feststellen lässt und die sich darin konkretisiert, dass viele Schüler in den elementaren Fertigkeiten Lesen, Schreiben etc. eine Rückwärtsentwicklung durchlaufen. Überflüssig zu erwähnen, dass dies auch Einflüsse auf das Funktionieren des Geschichtsunterrichts hat.

In der vorliegenden Arbeit habe ich versucht, den erwähnten Problemen ansatzweise gerecht zu werden.

So wurde eine Thematik ausgewählt, die nicht erst mühsam aus der Vergangenheit hervorgekehrt werden musste, sondern die sich durch die Brisanz ihrer Kontinuität quasi auf drängte.

— Methodisch knüpfte ich an die von Anette Kuhn vertretene Theorie an, den Geschichtsunterricht mit der Erfassung bestimmter Gegenwartsdefizite zu beginnen. Geschichte wird dabei nicht länger in einer bestimmten reflektierten Form präsentiert, sie wird vielmehr immer wieder neu ermittelt.

Ein Geschichtsunterricht, der auf diese didaktischen Überlegungen aufbaut, hat auf folgen-

de Weise zu verfahren:

Ausgangspunkt der Geschichtserkenntnis ist die Erfahrung von Defiziten der Gegenwart, wovon die Schüler selbst in unmittelbarer oder wenigstens mittelbarer Form betroffen sein sollten. Betroffenheit wird hier als ein gegenwärtig/realer Zustand und nicht als eine initiierte moralische Kategorie verstanden!

Der zweite Schritt in der Unterrichtspraxis ist die gemeinsame Ermittlung der Vorgeschichte dieser Gegenwartsdefizite. Den Beginn dieser Phase leisten die Schüler selber: sie werden angehalten, Hypothesen mit futurischem Charakter, Begriffsutopien, zu formulieren.

Die historische Sache, die die Schüler in anderer Form ja schon als lebendige Gegenwart kennengelernt haben, soll ihnen immer wieder neu gegenüber treten und ihren eventuellen Utopiegehalt offenbaren. Endziel dieser Vorgangsweise wäre: Schüler und Historie begegnen sich nicht nur passiv, sondern versuchen sich in der Begegnung zu verändern. Dazu ist es jedoch notwendig, die vorläufig erstellten Begriffsutopien in fundierte Realutopien umzusetzen. Gerade dieser Schritt kann und darf jedoch nicht einseitig vom Katheder aus getätigt werden!

Eine wirkliche Belebung des Geschichtsunterrichts im Sinne der Weckung eines emanzipatorischen Erkenntnisinteresses muss sich der Konsequenzen im Hinblick auf die Methodik bewusst werden.

Solange nämlich das ‚Interesse der Schüler‘ als bloße intellektuelle Kategorie verstanden und gehandhabt wird, bleibt der Schüler weiterhin mehr oder weniger passives Objekt im Geschichtsunterricht – und später in der Geschichte. Interesse im Sinne von Dabeisein sollte aber bedeuten: Einbringung der gesamten (theoretischen und praktischen) Menschlichkeit in den historischen Prozess, den es ja nicht nur zu erkennen, sondern auch zu gestalten gilt!

Ein so verstandener Geschichtsunterricht wird sich nicht länger mehr allein daran prüfen lassen können, ob die Schüler das eine oder andere Feinlernziel im traditionellen Sinne erreicht haben oder nicht; er zielt vielmehr darauf ab, die Schüler gegenwarts- und zukunftsbezogen zu sensibilisieren und sie nicht länger nur in Sachen Chronologie zu trainieren.

Die Unterrichtsbeispiele

Ich habe mich darauf beschränkt, die einzelnen Schritte kurz zu skizzieren, eine Wiedergabe der totalen Unterrichtssituation scheint mir nicht möglich.

1. Stunde:

«Das Interesse an Afrika in den aktuellen Tagesnachrichten: Flugwesen in Zaire»

Groblernziel:

Die Schüler sollen wissen, dass heute von verschiedenen Grossmächten ganz bestimmte Interessen in Afrika verfolgt werden.

Feinlernziel:

Die Schüler sollen wissen . . .

- dass in manchen afrikanischen Staaten Korruption und Bestechung in vielen Lebensbereichen an der Tagesordnung sind;
- dass in manchen afrikanischen Staaten einige wenige Clans das ganze Land beherrschen;
- dass subjektive Willkür zu grossen wirtschaftlichen Krisen und politischen Kämpfen führen kann;
- dass die gegenwärtigen Probleme in diesen afrikanischen Staaten historisch gewachsen sind;
- dass hinter der publizistischen Auseinandersetzung mit afrikanischen Problemen tiefere Interessen stehen;
- dass es vornehmlich wirtschaftliche, politische und militärische Interessen sind, die dazu führen, dass sich die ausserafrikanische Öffentlichkeit mit diesem Kontinent befasst.

Instrumentelles Lernziel:

Die Schüler sollen aus einer Videoaufzeichnung und aus Zeitungsausschnitten sachgerechte Informationen entnehmen können.

„Erfolg der Afrikapolitik“

Genscher würdigt Swapo-Zustimmung zum Namibia-Plan

BONN (ddp). Die Bundesregierung hat die Zustimmung der südwestafrikanischen Volksorganisation (Swapo) zum Namibia-Plan der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder als einen Erfolg ihrer Afrikapolitik bewertet.

Außenminister Genscher würdigte gestern die Einigung, die nach zweitägigen Beratungen am Vortag in Luanda erfolgte, als einen „weiteren wichtigen Schritt zu einer friedlichen Lösung“ der Namibia-Frage. Es zeige sich, daß die Bemühungen der Bundesregierung und

der anderen vier Mitglieder der Gruppe sowie die Unterstützung durch eine Reihe schwarzafrikanischer Staaten „ihre Früchte zu tragen beginnen“.

Nach der Zustimmung Südafrikas, die bereits früher erfolgte, und der Entscheidung der Swapo sollen die Vorschläge so bald wie möglich dem Sicherheitsrat vorgelegt werden. In einem Kommuniqué unterstreichen beide Delegationen ihren Willen für eine international akzeptable Lösung der Namibia-Frage.

Arbeitsblatt 1

Das Interesse an Afrika in den aktuellen Tagesnachrichten: „Flugwesen in Zaire“

Bestechung/Korruption
Privilegien für
„dicke Leoparden“



Flugwesen arbeitet mit
Verlusten. Keine Kredite
zur Verbesserung der Zustände



Rückgang des Fremdenverkehrs
Devisenverluste → Staatsbankrott



Zaire: 17 Mill. Einwohner
2,3 Mill. km² (BRD: 0,25 Mill.)
Seit 1960 unabhängig, seit
'65: Mobuto Staatspräsident.

Warum so großes Interesse an Afrika?

Wirtschaftliche Interessen



Rohstofflieferant

Politische Interessen



Gegensatz zwischen

Militärische Interessen

USA – UdSSR

Lernziel	Lehrer-Schüler-Aktivitäten	didakt.-method. Kommentar	Medien
	<p>1) Hinweis auf die vielen Berichte in Zeitungen und im Fernsehen über Afrika; Unterrichtseinheit «Welpolitik» wird noch nicht bekanntgegeben. Ankündigung eines Videobandes über ein praktisch-gesellschaftliches Problem in Zaire (aus: «Auslandsjournal» vom 11.8.78).</p> <p>L: Macht Euch Notizen von dem, was Euch ganz besonders auffällt!</p>	<p>Die Schüler werden zur Thematik und Problematik «Afrika» hingeführt, und zwar zu einem praktischen, vordergründig nicht politischen Problem.</p>	<p>Zeitungsausschnitte</p> <p>Video-band</p>
1	<p>2) Fragen und spontane Äußerungen der Schüler.</p> <p>Sammlung der Schülernotizen zu einem Tafelanschrieb:</p> <p>→ Bestechung</p> <p>→ Privilegien für «Dicke Leoparden»</p>	<p>Die Schüler erarbeiten das gegenwärtige gesellschaftspolitische Defizite eines afrikanischen Staates anhand eines konkreten Beispiels.</p>	<p>Tafel</p>
2	<p>→ Flugverkehrswesen arbeitet mit Verlusten</p> <p>→ Keine Auslandskredite mehr</p> <p>→ Lebensgefährliche Zustände im Flugverkehr</p>		
3	<p>→ Rückgang des Fremdenverkehrs</p> <p>→ Devisenverluste steigen</p> <p>3) Unterrichtsgespräch über die Ursachen des gesehenen Chaos in Zaire.</p> <p>L: Wie lässt sich ein solcher Zustand aus der Geschichte erklären?</p> <p>Schüler spekulieren und diskutieren in Gruppen über mögliche Ursachen der zairischen Verhältnisse.</p> <p>Die Frage wird im Klassenverband nur ansatzweise ausdiskutiert; die Schüler erkennen, dass zur tieferen Erkenntnis der Problematik «Zaire» noch weitere Informationen notwendig sind.</p>	<p>Die Schüler erkennen, dass sie ein gegenwärtiges Problem nicht ohne historische Betrachtungen erkennen, geschweige denn lösen können.</p>	<p>Schülernotizen</p>
4			
5	<p>4) L: Was soll ein solcher Film im deutschen Fernsehen; wie erklärt Ihr Euch das grosse Interesse an Afrika?</p> <p>Die Schüler arbeiten wieder in Kleingruppen und erhalten Zeitungsausschnitte als Informationsquellen zur Beantwortung der Fragen.</p> <p>Die Schüler erkennen wirtschaftliche, politische und militärische Interessen seitens der Grossmächte an Afrika.</p>	<p>Politisierung der Bedeutung Afrikas: Afrika mit seinen praktischen Problemen soll den Schülern zu einem historisch-politischen Problem werden.</p> <p>Dazu wird zunächst das gegenwärtige Interesse an Afrika dokumentiert.</p>	<p>Zeitungsausschnitte</p>
6	<p>5) Gemeinsames Bearbeiten des Arbeitsblattes</p>		<p>Arbeitsblatt</p>

2. Stunde:

«Alte Gesellschaftsformen in Afrika»

Groblernziel:

Die Schüler sollen wissen, dass sich die Lebensbedingungen und -weisen der Bewohner Afrikas von denen der Europäer unterscheiden, jedoch zunehmend annähern.

Feinlernziele:

Die Schüler sollen . . .

- wissen, dass sich ihr Leben in ganz bestimmten, soziologisch fixierten und gesellschaftlich determinierten Gruppen abspielt;
- wissen, dass sich dieser Tatbestand auf die jeweilige historische Entwicklung eines sozial-politischen Gemeinwesens zurückführen lässt;
- die engeren und weiteren Gruppenbezie-

hungen ihrer sozialen Realität angeben können;

- wissen, dass in Afrika die Menschen weitgehend in anderen soziologisch fixierbaren Gruppen zusammenlebten;
- wissen, dass diese Gruppen in ‚wirtschaftlicher und politischer‘ Autarkie lebten;
- wissen, dass es die unterschiedlichen Lebensbedingungen eines Landes sind, die unterschiedliche Lebensweisen seiner Bevölkerung hervorrufen;
- wissen, dass man unter dem Begriff «Kultur» die Gesamtheit der spezifischen Lebensbedingungen und Lebensweisen eines Volkes versteht;
- dass die friedliche Koexistenz kulturell unterschiedlicher Völker zur Erhaltung des Friedens notwendig ist.

Arbeitsblatt 2

Alte Gesellschaftsformen in Afrika

Grossfamilie: Kleinste selbständige Einheit

Sippe: Mehrere Grossfamilien leben zusammen

Dorf: Mehrere Sippen lassen sich in einer fruchtbaren Gegend nieder

Buschmänner: Jäger und Sammler ohne festen Wohnsitz
Mehrere Buschmänner bilden eine «Jagdschar»

Diese Gruppen versorgen sich mit allem Lebensnotwendigen selbst («Autarkie»); sie betreiben einfachen Ackerbau, jagen und sammeln, oder sie leben von den Erträgen einfacher Viehzucht.

Die Ältesten sind die jeweiligen Führer der oben aufgeführten Gruppen.

Unterschiedliche Lebensbedingungen rufen unterschiedliche Kulturen hervor. Unter Kultur verstehen wir die ganz bestimmte Lebenseinstellung und Lebensweise eines Volkes bzw. einer Gruppe von Menschen.

Lernziel	Lehrer-Schüler-Aktivitäten	didakt.-method. Kommentar	Medien
1 2 3	<p>1) Unterrichtsgespräch über die gesellschaftliche Gliederung in unserem Staat; L: In welchen freundschaftlichen, verwandtschaftlichen und gesetzlichen zwischenmenschlichen Verhältnissen leben wir? (Familie – Verwandtschaft – Dorf – Stadt – Land – Kontinent – Erde)</p> <p>2) L: Warum ist dies wohl so und wie könnte es anders sein?</p> <p>3) Unterrichtsgespräch über gegenwärtige Alternativen zu den traditionellen Lebensformen.</p>	<p>Der Zugang zu den ganz anderen Gesellschaftsbeziehungen in Afrika wird den Schülern erst möglich, wenn ihnen ihre eigene soziologisch fixierte und gesellschaftspolitisch determinierte Situation bewußt ist.</p>	
4 5	<p>2) Die Schüler sehen eine Diaserie über das Leben und die ‚gesellschaftlichen‘ Beziehungen verschiedener afrikanischer Stämme. L: Notiert Euch, was bei den afrikanischen Stämmen ganz anders ist als bei uns! (Erläuternder Lehrervortrag während der Diaschau).</p>	<p>Die Schüler ‚erleben‘ die Relativität der gegenwärtigen europäischen Zivilisation und Kultur durch Anschauung.</p>	Dias
4	<p>3) Besprechung von Fragen zu den gesehenen Dias. Die Schüler erhalten Zeit, ihre Notizen zu vervollständigen und zu ordnen. L: Welche Unterschiede zwischen den afrikanischen und den europäischen Lebensverhältnissen habt Ihr herausgefunden? Tafelanschrieb: – Großfamilie = Versorgungs- und – Sippe = Verteidigungs- – Dorf = Gemeinschaften</p>	<p>Arbeitsphase: Die Schüler werten Ihre neuen Erkenntnisse aus und ergänzen damit die sinnliche mit der rationalen Erkenntnis. Hervorhebung der Andersartigkeit der unmittelbaren Lebensbeziehungen. Fixierung der neuen Fakten.</p>	Tafel
6 7	<p>Die Schüler erhalten ein Arbeitsblatt, in das sie die Ergebnisse des Unterrichtsgesprächs eintragen.</p>		Arbeitsblatt
	<p>4) Lehrervortrag und Unterrichtsgespräch über das friedliche und kriegerische Zusammenleben von unterschiedlichen Kulturen.</p>	<p>Die Schüler werden für die kommende Unterrichtsstunde sensibilisiert.</p>	

3. Stunde:

«Deutschland erobert Kolonien in Afrika»

Groblernziel:

Die Schüler sollen wissen, dass das Deutsche Reich zu einem bestimmten Zeitpunkt des letzten Jahrhunderts kolonialen Besitz in Afrika eroberte.

Feinlernziele:

Die Schüler sollen . . .

- wissen, dass es deutsche Kaufleute waren, die die deutschen Kolonien erobert haben;
- wissen, dass erst nach einigen Jahren die deutsche Reichsregierung und der Deutsche Kaiser sog. «Schutzbriefe» ausstellten und damit die Kolonien zu deutschem Gebiet erklärten;
- wissen, dass diese «Schutzbriefe» eine Menge

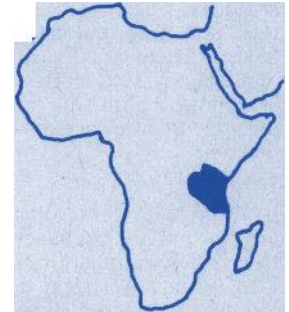
Rechte für die Eroberer brachten und gleichzeitig den ehemaligen Eigentümern des Landes Rechte nahmen;

- wissen, dass der Eroberung der afrikanischen Gebiete eine bestimmte Geisteshaltung zugrunde lag (Sendungsbewusstsein etc.);
- wissen, dass bei den Eroberungen Betrug und Gewalt keine unwesentliche Rolle gespielt haben;
- erkennen, dass die Eroberungspolitik der Imperialisten zwangsläufig Widerstand seitens der Eingeborenen hervorrufen musste;
- wissen, dass gegen den afrikanischen Widerstand jahrelange Kriege von Deutschland geführt worden sind, die zur Dezimierung ganzer Stämme geführt haben;
- versuchen, selbst eine Definition der imperialistischen Epoche zu geben.

Arbeitsblatt 3

Kaiserliche Schutzherrschaft über Deutsch-Ostafrika

Im Jahre 1884 ‚erobert‘ der deutsche Kaufmann Carl Peters ein grösseres Gebiet im Osten Afrikas. Peters und seine «Gesellschaft für deutsche Kolonisation» erreichen ein Jahr später, dass ihnen der deutsche Kaiser für dieses Gebiet einen kaiserlichen Schutzbrief ausstellt.



«Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen, tun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem die derzeitigen Vorsitzenden der Gesellschaft für deutsche Kolonisation Dr. Carl Peters und Unser Kammerherr Felix, Graf Behr Bandelin Unseren Schutz für die Gebietserwerbung der Gesellschaft in Ostafrika . . . nachgesucht und dies . . . mit dem Ansuchen vorgelegt haben, diese Gebiete unter Unsere Oberhoheit zu stellen, bestätigen Wir hiermit, dass Wir diese Oberhoheit angenommen und die betreffenden Gebiete unter Unseren Kaiserlichen Schutz gestellt haben. Wir verleihen der besagten Gesellschaft ... die Befugnis zur Ausübung aller aus den Uns vorgelegten Verträgen fließenden Rechte, einschliesslich der Gerichtsbarkeit.

Zur Urkund dessen haben Wir diesen Schutzbrief Höchst eigenständig vollzogen und mit Unserem Kaiserlichen Insiegel versehen lassen.

gez. Wilhelm

gez. Bismarck

Ausbeutung der Naturreichtümer durch die Europäer
Völkermord an den Eingeborenen
Übernahme von Justiz und Verwaltung durch die Europäer
Unbefristete Verträge sichern den Eroberern
‚ewige Rechte‘

Arbeitsblatt 4

Quellen zur deutschen Afrikapolitik im 19. Jahrhundert

„Die Kolonialpolitik will nichts anderes, als die Kraftsteigerung und die Lebensbereicherung der stärkeren, besseren Rasse auf Kosten der schwächeren, geringeren, – die Ausbeutung der nutzlos aufgespeicherten Reichtümer dieser im Dienste des Kulturfortschrittes jener.“

(C. Peters, 1886)

„Zu diesem Zwecke gründete ich mit dem Grafen Behr-Bendelin am 28. März 1884 die ‚Gesellschaft für deutsche Kolonisation‘, welche die Aufgabe durchführen sollte, etwas zu gründen, was den alten englischen Abenteuergesellschaften entsprach: d.h. eine Kapitalistengruppe zur Annexion und später zur Verwaltung möglichst großer Kolonialländer unter deutscher Flagge.“

(C. Peters, Memoiren)

„Ich wußte aus der Weltgeschichte, daß alte und neuere Konquistadoren (=Eroberer) ihre Rechtstitel auf Verträge stützten, welche sie mit eingeborenen Häuptlingen abschlossen, sogenannte Abtretungsurkunden. Die Schwierigkeiten bei solchen Rechtsverfahren lagen auf der Hand. Sie bestand darin, daß die Häuptlinge in Afrika weder lesen noch schreiben konnten.“

(C. Peters, Memoiren)

„In Mbusine knüpften wir sofort ein kordiales (=herzliches) Verhältnis an, indem wir den Sultan zwischen uns auf ein Lager nahmen, von beiden Seiten unsere Arme um ihn schlagend. Wir tranken dann einen Trunk guten Grog und brachten seine Hoheit von vorneherein in die vergnüglichste Stimmung . . .

Alsdann wurden Geschenke ausgetauscht . . . Alsdann begannen die diplomatischen Verhandlungen und aufgrund derselben wurde der Kontrakt (=Vertrag) abgeschlossen. Als dies geschehen war, wurden die Fahnen auf einer die Umgebung beherrschenden Höhe gehißt, der Vertrag in deutschem Text verlesen, ich hielt eine kleine Ansprache, wodurch ich die Besitzergreifung als solche vornahm, die mit einem Hoch auf seine Majestät den deutschen Kaiser endete, und drei Salven demonstrierten den Schwarzen, was die im Falle einer Kontraktverletzung zu erwarten hätten.“

(Peters, Memoiren)

„Mafungu Biniani, Sultan von Nguru, tritt hiermit durch sein Handzeichen und unter Zuziehung der mitunterschiedenen Zeugen das ihm widerspruchslos als alleinigem Souverän gehörige Land Kianiani Kwatunge in Nguru . . . für ewige Zeiten und zu völlig freier Verfügung an Herrn Dr. Peters als den Vertreter der Gesellschaft für deutsche Kolonisation ab. Die Rechte, welche mit dieser Abtretung auf Herrn Dr. Peters . . . übergehen, sind unter anderem das Recht, überall Farmen und Straßen, Bergwerke usw. anzulegen, das alleinige Recht, Grund und Boden, Forsten und Flüsse usw. in jeder ihm beliebigen Weise auszunützen; das alleinige Recht, Kolonisten in das Land zu führen, eigene Justiz und Verwaltung einzurichten, Zölle und Steuern aufzulegen.

(Peters, Memoiren)

Methoden der Kolonisation

„Die Grausamkeit und die Ungerechtigkeit der Deutschen hat uns zur Verzweiflung getrieben und unsere Führer und unser Volk fühlten, daß der Tod seinen Schrecken verlor gegenüber den Bedingungen, unter denen wir lebten.“

(Imperialismus. Materialien, Beltz 1978)

„Der Afrikaner muß zu dem Weißen aufsehen mit Achtung und Vertrauen als zu einem Höherstehenden . . .

Er soll und darf den Europäern jedoch nicht betrachten als sei er seinesgleichen. Denn das ist er nicht! Und daran ändert keine Mission etwas!“

(Imperialismus. Materialien, Beltz)

Bevölkerungsschwund* in Deutsch-Südwestafrika

	1900	1911
Hereros	80.000	15.130
Hottentotten	20.000	9.800

(Imperialismus, Beltz)

Lernziel	Lehrer-Schüler-Aktivitäten	didakt.-method. Kommentar	Medien
1	1) Die Schüler erhalten einen Quellentext (Kaiser Wilhelm überträgt sämtliche Rechte in Deutsch – Ostafrika auf die C. Peters – Organisation).	Adäquates Anschlusssthema zur Diaschau: die Schüler erfahren,	Quelle
2	Schüler lesen die Quelle vor.	wie die Originalität der afrikanischen Welt durch die Expansion der europäischen Welt zerstört wurde.	
3	L: Tragt nun in die beiden Spalten des des Arbeitsblattes die Rechte ein, die die Eroberer erhalten! Schüler füllen das Arbeitsblatt aus.		Arbeitsblatt
8	2) Gemeinsame Kontrolle der Schüler-Eintragungen und ggf. Vervollständigungen. Unterrichtsgespräch über die historische Bedeutung des in der Quelle angesprochenen Vorgangs. Die Schüler versuchen, die historische Epoche «Imperialismus» selbst zu entdecken und auszudrücken.	Das Thema der Unterrichtseinheit soll an dieser Stelle von den Schülern selbst in etwa erkannt werden.	
4	3) Der konkrete Gang einer Besitzergreifung in Afrika wird anhand eines Quellentextes nachvollzogen. Vor dieser Phase jedoch: L: Wie stellt Ihr Euch denn eine Eroberung in Afrika durch deutsche Kaufleute z.B. vor?	Konkretisierung der imperialistischen Vorgangsweise so weit wie irgend möglich.	Quelle
5	Sammlung von Schülerantworten zur Kontrastierung mit den tatsächlichen Vorgängen. Lehrer – Schüler – Arbeit am Quellentext. (Nr. 4) Gesprächsimpulse: → Recht → Frieden → Achtung → Kultur → Menschenrechte	Ergänzung der Faktizität durch die (A-) Moralität des Geschehens.	Quelle
6	4) Verdeutlichung der europäischen Vorgangsweise in Afrika durch die Ausrottungspolitik an den Hottentotten.	Belegung der in 3) nur vermuteten Afrikapolitik der Imperialisten.	Quelle
7	Unterrichtsgespräch über die Bevölkerungsstatistiken der Hereros und Hottentotten.		

4. Stunde:

«Die Aufteilung der Erde unter die Grossmächte»

Groblernziel:

Die Schüler sollen wissen, dass am Ende des vorigen Jahrhunderts wenige entwickelte Industrienationen in kurzer Zeit nahezu alle noch unbeherrschten Gebiete auf der Erde in ihre Gewalt brachten.

Feinlernziele:

Die Schüler sollen . . .

- die Namen der grossen imperialistischen Mächte kennen;
- wissen, welche Gebiete ausserhalb Afrikas noch von den imperialistischen Mächten in

Besitz genommen wurden;

- wissen, dass es verschiedene Formen der kolonialen Abhängigkeit gegeben hat;
- die logisch auftretenden Gefahren eines solchermassen gesteigerten Imperialismus erkennen können;
- die historischen Fakten der imperialistischen Politik in Afrika kennen;
- erkennen, welche spezifische Rolle Deutschland im Laufe der Zeit zufiel;
- in der Lage sein, die imperialistische Epoche der Bismarck'schen Bündnispolitik zu vergleichen;

Instrumentelles Lernziel:

Die Schüler sollen einfache Statistiken bzw. Tabellen lesen können.

Arbeitsblatt 5

Die Aufteilung der Erde

Nachdem schon im 15./16. Jahrhundert Spanien und Portugal fremde Länder erobert hatten, war die Zeit von 1880-1918 der Höhepunkt in der Aufteilung der Welt; Afrika stand dabei im Mittelpunkt.

Neben den europäischen Staaten waren Russland und die USA imperialistische Grossmächte.

England besass neben Gebieten in Afrika, Indien, Australien und Kanada in verschiedenen Formen der Abhängigkeit.

Russland hatte keine Interessen an Afrika, es orientierte sich nach dem Fernen Osten und dem Balkangebiet.

USA Die Vereinigten Staaten verstärkten ihren Einfluss in der Pazifikgegend. 1867 kauften sie den Russen Alaska ab.

Landflächen und Bevölkerungszahlen der imperialistischen Mächte

Land	Jahr	Mutterland		Kolonie	
		Fläche	Bevölkerung	Fläche	Bevölkerung
England	1881	315.000 qkm	34,5 Mill.	22.138.000 qkm	257 Mill.
	1909	315.000 qkm	45,0 Mill.	29.557.000 qkm	349 Mill.
Russland	1881	5.046.000 qkm	72,5 Mill.	16.604.000 qkm	15 Mill.
	1909	5.377.000 qkm	125,3 Mill.	16.654.000 qkm	27 Mill.
Frankreich	1881	529.000 qkm	36,9 Mill.	527.000 qkm	6 Mill.
	1909	536.000 qkm	39,3 Mill.	5.948.000 qkm	43 Mill.
Deutschi.	1881	540.000 qkm	45,2 Mill.		
	1909	540.000 qkm	60,6 Mill.	2.657.000 qkm	12 Mill.
USA	1881	9.272.000 qkm	50,2 Mill.	-	-
	1909	9.420.000 qkm	85,8 Mill.	306.000 qkm	9 Mill.

(L. Zimmermann. Der Imperialismus. Stuttgart 1971, S. 3)

Lernziel	Lehrer-Schüler-Aktivitäten	didakt.-method. Kommentar	Medien										
2	<p>1) Die Schüler erarbeiten in Gruppenarbeit Fakten des britischen, russischen, amerikanischen, französischen und deutschen Imperialismus.</p> <ul style="list-style-type: none"> – welche Länder wurden erobert? – wie gross war der Kolonialbesitz? – wie gross war die Bevölkerung in den Kolonialländern? 	<p>Die Schüler erkennen, dass nicht nur Deutschland seine «Mission» in Afrika, sondern dass es auch andere imperialistische Staaten gab.</p>	Schülerbuch										
3	<p>2) Besprechung und Korrektur der Arbeitsergebnisse. Die Schüler erhalten zwei Quellenblätter, die ihnen das Ausmass der imperialistischen Politik verdeutlichen.</p> <p>Unterrichtsgespräch über den Umfang und die Qualität des Imperialismus in der ganzen Welt. Dazu Kartenarbeit Bestimmung der Kolonialisten und der kolonialisierten Länder.</p>	<p>Die Schüler werden mit dem ganzen* Imperialismus konfrontiert.</p>	Karte Quelle										
5	<p>3) Lehrervortrag und Unterrichtsgespräch über die Vorteile und Nachteile der «Weltpolitik»</p> <p>Tafelanschrieb:</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Vorteile</td> <td style="width: 50%;">Nachteile</td> </tr> <tr> <td>Landerweiterung</td> <td>Kriege mit Eingeborenen</td> </tr> <tr> <td>Machterweiterung</td> <td>Kriege mit anderen Imperialisten</td> </tr> <tr> <td>Rohstoffe/Ab-satzgebiet</td> <td></td> </tr> <tr> <td>fremde Waren</td> <td>Hohe Verwaltungskosten</td> </tr> </table>	Vorteile	Nachteile	Landerweiterung	Kriege mit Eingeborenen	Machterweiterung	Kriege mit anderen Imperialisten	Rohstoffe/Ab-satzgebiet		fremde Waren	Hohe Verwaltungskosten	<p>Die andere Seite des Imperialismus wird deutlich; der Imperialismus birgt weit mehr Risiken in sich, als er Nutzen bringen kann.</p>	Tafel
Vorteile	Nachteile												
Landerweiterung	Kriege mit Eingeborenen												
Machterweiterung	Kriege mit anderen Imperialisten												
Rohstoffe/Ab-satzgebiet													
fremde Waren	Hohe Verwaltungskosten												
6 7	<p>4) Lehrervortrag über die Zuspitzung der europäischen Machtpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 1884/85: Kongokonferenz in Berlin - 1898: Faschodakrise - 1911: Marokkokrise - 1912/13: Balkankriege <p>Herausarbeitung der Rolle Deutschlands. Vergleich: Bismarcks Bündnispolitik – Wilhelms «Weltpolitik» Isolierung Deutschlands</p>	<p>Die historischen Fakten vermitteln den Schülern einen zusätzlichen Eindruck von der Bedeutung des Imperialismus.</p>	Karte										

5. Stunde:

«Die Ursachen des Imperialismus»

Groblernziel:

Die Schüler sollen wissen, dass der Imperialismus ökonomisch durch den raschen industriellen Aufschwung des europäischen Kapitalismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bedingt war.

Feinlernziele:

Die Schüler sollen . . .

- wissen, dass ab ca. 1860 die industrielle Entwicklung Europas neue Dimensionen annahm;
- wissen, dass es hauptsächlich die Gebiete Schwerindustrie, Chemie und Elektrizität waren, die den Kapitalismus beflügelten;
- wissen, dass der qualitativ veränderte Kapitalismus nahezu alle gesellschaftlichen Le-

bensbereiche der europäischen Nationen veränderte;

- erkennen, dass die quantitative Ausweitung der nationalen Märkte zu qualitativen Problemen in diesen Volkswirtschaften führen musste;
- wissen, dass Banken und Aktiengesellschaften das wirtschaftliche Leben seit dieser Zeit massgeblich bestimmten;
- erkennen, dass die logische Folge des unaufhaltsamen Produzierens eine Serie von Überproduktionskrisen war;
- wissen, dass die europäischen Volkswirtschaften in einer drastischen Markterweiterung die einzige wirkliche Lösung der nationalen ökonomischen Krisen sahen;
- begreifen, dass mit «Weltpolitik» die politische Lösung wirtschaftlicher Probleme in einem weniger entwickelten Land gemeint ist.

Arbeitsblatt 6

Industrielle Entwicklung im 19. Jahrhundert

Die immer raschere industrielle Entwicklung in Europa und den USA ab ca. 1860 gründete sich auf eine Reihe von Entdeckungen und Erfindungen:

- Verarbeitung von Eisen zu Stahl → Maschinenbau, Herstellung von Eisenbahnen und anderen Transportmitteln.
- Nutzung der Elektrizität → neue Form der Energie.
- Entwicklung der Chemie → künstliche Düngemittel steigern die Erträge der Landwirtschaft.

Statistische Angaben über die industrielle Entwicklung Deutschlands 1887-1911



Zum Beispiel KRUPP

- 1820 4 Arbeiter sind in der ersten Gussstahlfabrik tätig
- 1850 Bereits 250 Menschen arbeiten in den KRUPP-Werken
- 1870 8'400 Arbeiter sind beim deutschen «Kanonenkönig» im Ruhrgebiet beschäftigt

Für den deutschen Aufschwung war ferner ausschlaggebend:

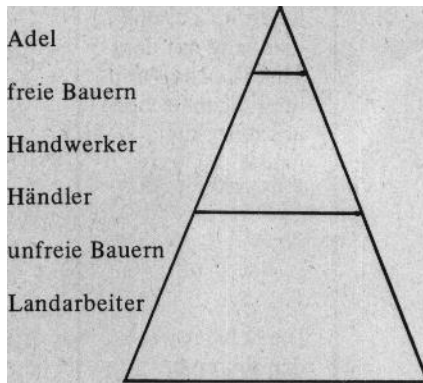
5 Milliarden Franc französische Kriegsschädigung

Die Abtretung von Elsass-Lothringen an Deutschland nach dem verlorenen Krieg 1871.

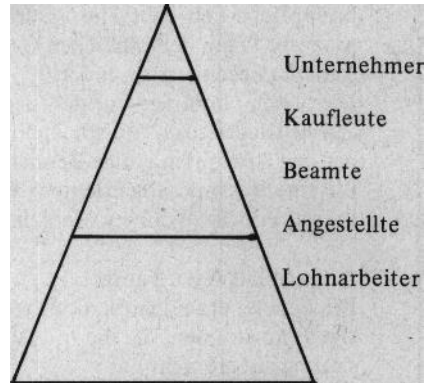
Arbeitsblatt 7

Der Imperialismus entsteht

Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ruft eine gewaltige Bevölkerungsexplosion hervor, die Menschen leben länger; immer mehr und grössere Städte entstehen, kurzum: die ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse ändern sich.



Frühere Gesellschaftsordnung



Neue Gesellschaftsordnung

Das «Grosse Geschäft» wurde von nun an nicht mehr von Privatleuten gemacht, sondern **BANKEN** und **AKTIENGESELLSCHAFTEN** setzten sich schnell an die Spitze der Geschäftswelt.

Die Kehrseite der Medaille

Das immer schnellere Produzieren von immer mehr Waren führte zu einem erbitterten Konkurrenzkampf in Europa und der ganzen Welt.

Als dann schliesslich mehr Waren auf dem Markt waren als die Bevölkerung kaufen konnte, gab es nur zwei Auswege für die grossen Geschäftsleute:

1. Preise senken → auf Gewinne verzichten
2. Erweiterung des Marktes → Kolonien erobern

Gewinne erhalten und steigern

IMPERIALISMUS

Lern- ziel	Lehrer-Schüler-Aktivitäten	didakt .-method. Kommentar	Medien
1 2 3	<p>1) Ein Wandbild wird gezeigt, das die Industrialisierung Deutschlands zum Thema hat.</p> <p>L: Was wird auf diesem Bild dargestellt und welche Lebensbereiche wurden in dieser Phase der deutschen Geschichte besonders verändert?</p> <p>Die Schüler kommen auf den Begriff «Industrialisierung» zu sprechen und nennen bzw. raten einige Bereiche, die eine Veränderung erlebten: Wirtschaft, Politik, Wohnen, Medizin usw.</p>	<p>Ein optischer Impuls soll die Schüler an eine Thematik erinnern, die ihnen im Zusammenhang mit dem Thema «1848 und die Folgen» schon bekannt sein müsste.</p>	<p>Wandbild</p>
4 6	<p>2) Arbeitsblatt 6 wird ausgeteilt.</p> <p>Die Schüler erkennen konkret wichtige Innovationen, die die Industrialisierung aufgebracht hat.</p> <p>Zugleich werden die Schüler an dieser Stelle mit dem sachgerechten «Lesen» von Statistiken vertraut gemacht.</p> <p>3) Die Schüler werden mit der Kehrseite der Medaille bekannt gemacht.</p> <p>L: Wohin kann es führen, wenn jemand immer nur Waren herstellt, ohne auf den Marktbedarf zu achten?</p> <p>Die Schüler kommen auf das Stichwort «Überproduktion» zu sprechen und geben eine einfache Erklärung desselben.</p> <p>L: Welche Möglichkeiten bieten sich nun einem Geschäftsmann oder vielen Geschäftsmännern an, seine zu viel produzierten Waren loszuwerden?</p>	<p>Die Schüler werden mit einer praktisch wichtigen Fertigkeit vertraut gemacht.</p> <p>Anhand eines vereinfachten Beispiels wird den Schülern das Wesen einer Überproduktionskrise erklärt.</p>	<p>Arbeitsblatt</p>
7 5 8	<p>4) Lehrervortrag über die Möglichkeiten, mit einer Überproduktion fertig zu werden.</p> <p>Stichwort «Markterweiterung».</p> <p>5) Die Schüler werden aufgefordert, das unter 4) verwendete simplifizierte Beispiel einer Überproduktionskrise in einer Bäckerei in die Thematik der behandelten Geschichtsepoche zu übertragen.</p> <p>6) Arbeitsblatt 7 wird ausgeteilt und bearbeitet.</p>	<p>Hiermit erfahren die Schüler die tiefsten Ursachen des Imperialismus.</p> <p>Die Schüler erkennen, dass die «Weltpolitik» eigentlich die logische Konsequenz zur Nationalpolitik war.</p>	<p>Arbeitsblatt.</p>

6. Stunde:

«Wege zur afrikanischen Selbständigkeit»

Groblernziel:

Die Schüler sollen wissen, dass es grundsätzlich zwei verschiedene Wege zur afrikanischen Selbständigkeit gegeben hat: den afrikanischen und den europäischen Weg.

Feinlernziele:

Die Schüler sollen . . .

- die Lage Afrikas in der kolonialen Abhängigkeit und Unterdrückung zusammenfassend beschreiben können;
- erkennen, dass die massive Unterdrückung der afrikanischen Völker nicht ohne Widerstand bleiben konnte;

- Möglichkeiten zur Erreichung der Unabhängigkeit nennen können;
- einen Quelltext auf seine Vorschläge und Argumentation hinsichtlich der afrikanischen Unabhängigkeit untersuchen und bewerten können;
- einen Unterrichtsfilm hinsichtlich seiner Vorschläge zur afrikanischen Unabhängigkeit auswerten können;
- die beiden in Film und Quelle vorgeschlagenen Wege zur Unabhängigkeit Afrikas benennen und miteinander vergleichen können;
- in der Lage sein, in einer Diskussion ihre Vorstellungen und Meinungen zur Frage der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung zu äussern und zu begründen.

Arbeitsblatt 8

Wege zur afrikanischen Selbständigkeit

FRANTZ FANON, 1924 geb., studierte in Paris Medizin und Philosophie. Ab 1956 kämpfte er in Algerien aktiv auf Seiten der Befreiungskämpfer gegen die französischen Kolonialherren. 1961 erschien sein Buch «Die Verdammten dieser Erde»:

«Ganze Jahrhunderte lang hat Europa nun schon den Fortschritt bei anderen Menschen aufgehalten und sie für seine Zwecke und zu seinem Ruhm unterjocht; ganze Jahrhunderte hat es im Namen eines angeblichen geistigen ‚Abenteuers‘ fast die gesamte Menschheit erstickt. . .

Mit Energie, Zynismus und Gewalt hat Europa die Führung der Welt übernommen. Europa hat jede Demut, jede Bescheidenheit zurückgewiesen, aber auch jede Fürsorge, jede Zärtlichkeit.

Nur beim Menschen hat es sich knausrig gezeigt, nur beim Menschen schäbig, raubgierig, mörderisch. Los, Genossen, Europa hat endgültig ausgespielt, es muss etwas anderes gefunden werden. Wir können heute alles tun, vorausgesetzt, dass wir nicht Europa nachäffen, vorausgesetzt, dass wir nicht von der Begierde besessen sind, Europa einzuholen.

Vor zwei Jahrhunderten hatte sich eine ehemalige europäische Kolonie in den Kopf gesetzt, Europa einzuholen. Es ist ihr so gut gelungen, dass die Vereinigten Staaten ein Monstrum geworden sind, bei dem die Geburtsfehler, die Krankheiten und die Unmenschlichkeit Europas grauenhafte Dimensionen angenommen haben.

Genossen, haben wir nichts Besseres zu tun, als ein drittes Europa zu schaffen?

Die Dritte Welt steht heute als eine kolossale Masse Europa gegenüber; ihr Ziel muss es sein, die Probleme zu lösen, die dieses Europa nicht hat lösen können.»

AFRIKANISCHER WEG

Europa nicht nachäffen.
Die Probleme lösen, die Europa nicht lösen konnte.
Nicht versuchen, Europa einzuholen.

EUROPÄISCHER WEG

Zusammenarbeit und Partnerschaft unter europäischer Führung.

Lernziel	Lehrer-Schüler-Aktivitäten	didakt .-method. Kommentar	Medien
1	<p>1) Die Schüler werden aufgefordert, die Situation Afrikas innerhalb der europäischen Abhängigkeit zu beschreiben. L: Kann Europa Afrika «für immer» als Kolonialbesitz halten? Auf welche Weisen kann der Zustand der Abhängigkeit für Afrika beendet werden?</p>	<p>Die Schüler erkennen die unhaltbare Situation der kolonialen Beherrschung Afrikas durch Europa; gleichzeitig beziehen sie eine moralische Stellung innerhalb der Problematik.</p>	
2	<p>Schüler geben verschiedene Möglichkeiten der Entkolonisation an: Verträge, Kriege.</p>		
3			
4	<p>3) Ein Quellen text von F. Fanon wird gemeinsam gelesen. L: Welcher Weg zur Entkolonisation wird hier vorgeschlagen? Schüler zählen die einzelnen Forderungen Fanons auf und tragen sie unter der Überschrift «Afrikanischer Weg» in ihr Arbeitsblatt ein.</p>	<p>Durch die Gegenüberstellung zweier Entkolonisierungsmodelle erkennen die Schüler echte und falsche Befreiungsintentionen.</p>	Quelle
5	<p>3) Ein Unterrichtsfilm über den Rückzug der Europäer aus Afrika wird gezeigt.</p>		Film
6	<p>L: Welche Vorschläge werden hier unterbreitet? Inwiefern widerspricht sich das Modell von der afrikanischen Unabhängigkeit in diesem Film? Schüler tragen ihre Erkenntnisse in das Arbeitsblatt unter der Überschrift «Europäischer Weg» ein.</p>	<p>Die Schüler erkennen deutlich die unterschiedliche Motivation und Intention, die dem Film bzw. der Quelle zugrunde liegen.</p>	Arbeitsblatt
7	<p>4) Abschliessendes, un gelenktes Unterrichtsgespräch über die beiden Wege zur Unabhängigkeit Afrikas.</p>		

7. Stunde:

„Imperialistische Tendenzen in der Gegenwart“

Problemziel:

Die Schüler sollen wissen, daß es auch in der Gegenwart Länder gibt, die ihre wirtschaftliche Macht zu weltpolitischen Unternehmungen gebrauchen.

Feinlernziele:

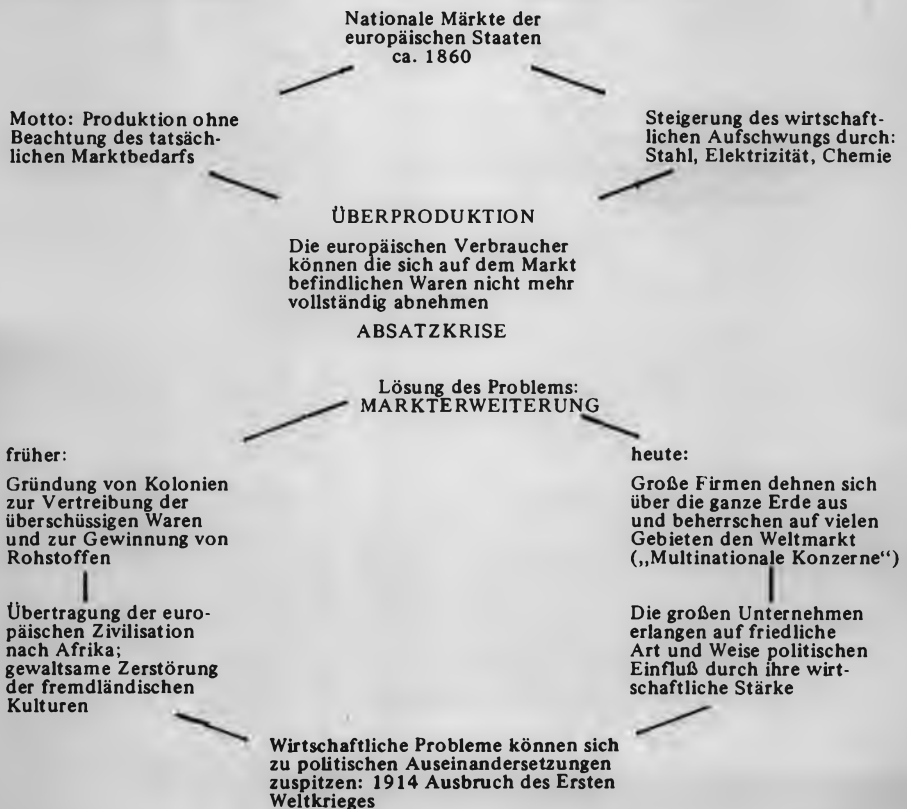
Die Schüler sollen . . .

- einen besonders schlimmen Auswuchs des Imperialismus kennen lernen: den Rassismus;
- wissen, daß der Rassismus besonders auf ökonomischen Gebiet nutzbringend ist;
- wissen, daß es südafrikanische Praxis ist, Schwarze und Weiße in Propagandaschriften und in der Praxis gegeneinander aufzubringen und auszuspielen;

- in der Lage sein, eine eigene Ansicht zu der rassistischen Politik Südafrikas zu formulieren;
- wissen, daß große multinationale Konzerne auf der ganzen Erde – auch in Südafrika – Stützpunkte ihrer wirtschaftlichen Macht haben;
- die Macht dieser multinationalen Konzerne mit der Macht der alten Kolonialmächte des 19. Jahrhunderts vergleichen können;
- wissen, daß es das gleiche ökonomische Bedürfnis ist, das die beiden Mächte zu den weniger entwickelten Ländern der Erde führt;
- erkennen, daß die „Weltpolitik“ nicht nur ein vergangenes Problem darstellt, sondern daß sie hauptsächlich in Form des amerikanischen „Dollarimperialismus“ und des sowjetischen „Sozialimperialismus“ auch heute noch die Welt entscheidend prägt.

Arbeitsblatt 9

Schema des Imperialismus



Lernziel	Lehrer-Schüler-Aktivitäten	didakt.-method. Kommentar	Medien
1	1) Gruppenarbeit über den Rassismus/Imperialismus in Südafrika heute. Die Schüler erhalten Propagandaschriften der südafrikanischen Botschaft und untersuchen diese auf seine Aussagequalität.	Schüler erkennen durch Anschauung, wie ein rassistisch/imperialistisches System sich darstellt, um von sich abzulenken.	Informations-schriften
2	2) Unterrichtsgespräch über die Arbeitsergebnisse.		
3	3) Lehrervortrag über die Entwicklung des südafrikanischen Regimes, sowie über die ausländischen Protagonisten dieser Politik. Stichwort «Multinationale Konzerne»	Die Kontinuität des «ganzen» Imperialismus in (Süd-) Afrika wird hervorgehoben.	
5	4) Zwei Quellen («Der Spiegel» – «Wirtschaftswoche») werden herangezogen, um die neue Form der alten «Weltpolitik» begreiflich zu machen.	Aktuelle Quellen vermitteln einen Eindruck über die Gegenwart des Imperialismus.	Quelle
6			
7	5) Abschliessendes Unterrichtsgespräch über die ganze Thematik «Weltpolitik» unter Verwendung des Arbeitsblattes «Schema des Imperialismus».		
8			



blätter des informationszentrums dritte welt

Themen der letzten Nummern waren: v- *Tansania: Bürokratie behindert sozialistische Entwicklung* + *Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien* + *Unterdrückung der Indios in Südamerika* + *Malaysia: Kampf um Wohnraum* + *Medizin in der Dritten Welt Probleme landwirtschaftlicher Entwicklung* + *Indien: Ursachen und Formen des Elends der indischen Bauernbevölkerung* + *Argentinien: Unterdrückung und Widerstand* + *Energieversorgung der Dritten Welt Chile: Faschismus im 5. Jahr* + *Mexiko: Elend der Bauern* + *Welthandelskonferenz V: Entwicklung für wen?* + *Kolumbien: Geschichte, Arbeiterbewegung, wirtschaftliche Lage* +

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift + berichtet über die Lage der Dritten Welt, die Ursachen ihrer «Unterentwicklung» und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen

+ gibt Aufschluss über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt

+ beleuchtet die «Entwicklungshilfe», ihre Hintergründe und Auswirkungen + setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander

+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der Dritten Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten

+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der Dritten Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen + gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit.

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 50 – 60 Seiten: DM 35,- (Für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM25,-).

- **Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 FREIBURG, Telefon: 0761/74003**

• Kostenloses Probeexemplar anfordern!

Bitte senden Sie mir ein Probeexemplar!	
Name	
Vorname	
Strasse	

PLZ/Wohnort



Eugen Eberle / Peter Grohmann

Die schlaflosen Nächte des Eugen E.

Erinnerungen eines neuen schwäbischen Jacobiners

ed.co. edition cordeliers



288 Seiten - davon 20 Originalbild- und Dokumentenseiten
Paperback 19.80 / Leinenausgabe 26.80
ISBN 3-922836 - 06 - 2

edition cordeliers · Liststraße 36 · 7000 Stuttgart 1

Heinrich Albertz

Blumen für Stukenbrock

Biographisches

Ein Jahr lang hat Pastor Heinrich Albertz Tagebuch geführt und dabei auf die wichtigsten Daten seines Lebens zurückgeblickt: Kindheit und Jugend, Studium, die Zeit der Bekennenden Kirche, die Jahre als Regierungsmitglied in Niedersachsen und Berlin, der 13. August, die Amtszeit und der Rücktritt als Regierender Bürgermeister, Pastor in einer geteilten Stadt, der Flug mit den Terroristen nach Aden 1975, Begegnungen, Diskussionen, Freundschaften . . . Eine Biographie in nicht üblicher Form, die ein ungewöhnliches Leben mit Zivilcourage zeigt. Ein Plädoyer für den Frieden. Ein Antikriegs- und Antirüstungsbuch. Ein Demokratiebuch. Ein Jugendbuch. Ursachen kommen zutage, die unglaublich tief zurückreichen, vieles bestätigen, manches korrigieren. Heinrich Albertz zeigt die Zusammenhänge auf: Das Tagebuch eines Jahres / eines Lebens.

»Blumen für Stukenbrock«: 304 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag DM 34,-

Im RADIUS-Verlag

Kniebisstraße 29 – 7000 Stuttgart 1